

Geschäftsbericht 2011/2012

Inhalt

Brief des Vorstandsvorsitzenden	6
<i>Unternehmen des gehobenen Mittelstands weiter erfolgreich</i>	8
Bericht des Aufsichtsrats	9
Überblick.....	9
Die Themen im Aufsichtsratsplenium.....	9
Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex	11
Arbeit der Ausschüsse.....	12
Jahres- und Konzernabschlussprüfung.....	12
Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2011/12	13
Personalien – Aufsichtsrat.....	13
Personalien – Vorstand	13
Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance Bericht	18
Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG	18
Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken.....	20
Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat	20
Zusammensetzung und Arbeitsweise der Vorstands-ausschüsse	23
Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtsrats-ausschüsse	23
Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat.....	25
Aktienbesitz von Organmitgliedern	25
Aktionsoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme.....	25
<i>Wandel in der deutschen Unternehmensfinanzierung</i>	26
Konzernlagebericht	27
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	28
Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft	28
Strategische Positionierung der IKB	29
Segmente	30
2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum	32
Umsetzung der EU-Auflagen	32
Rückgabe von SoFFin-Garantien.....	33
Veränderungen im Konzern.....	34
Rechtlich relevante Ereignisse.....	35
Ergebnisse der Sonderprüfung	35
Debt Issuance Programme	35
Refinanzierung durch Online-Angebot für Privatkunden.....	35
Personalien	35
Ordentliche Hauptversammlung am 7. September 2011	36
Europäische Schuldenkrise	36
Aktuelle Rating-Situation	37
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	38
Geschäftliche Entwicklung.....	38
Ertragslage.....	38
Entwicklung der Segmente	40
Vermögenslage	41
Finanzlage	42
Gesamtaussage	42
4. Risikobericht	43
Risikomanagement-Organisation.....	43
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit.....	45
Risikostrategie.....	48
Adressenausfallrisiken.....	49
Liquiditäts- und Marktpreisrisiken.....	59
Operationelle Risiken	62
Rechtsrisiken	62
Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin	66
IT-Risiken.....	66
Compliance-Risiken	67
Personalrisiken.....	68
Strategische Risiken und Reputationsrisiken	68

Geschäftsrisiken.....	69
Beteiligungsrisiken	69
Gesamtaussage zur Risikosituation.....	70
5. Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	72
Anzuwendende Rechtsvorschriften, Rechnungslegungsstandards und Erstanwendung	72
Verantwortlichkeiten bezüglich des IKSR.....	72
Organisation des Rechnungswesens.....	72
Ziele und Grenzen des IKSR	73
Organisation und Funktionsweise	73
6. Ereignisse nach dem 31. März 2012 (Nachtragsbericht)	77
Pflichtwandlung von Wandelschuldverschreibungen	77
Segmentwechsel vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs.....	77
Debt Issuance Programme	77
SoFFin-Garantien.....	77
Veränderungen im Konzern.....	77
Rechtlich relevante Ereignisse.....	78
Interessenausgleich und Sozialplan.....	78
Anleihen mit Griechenlandbezug	78
Personalia – Aufsichtsrat.....	78
7. Prognosebericht.....	79
Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen	79
Chancen der zukünftigen Entwicklung	80
Vermögenslage	81
Auswirkungen von Basel III	81
Liquiditätssituation.....	82
Ertragslage.....	83
8. Vergütungsbericht	84
Das Vergütungssystem des Vorstands	84
Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile	85
Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile	85
Change of Control.....	86
Leistungen durch Dritte	86
Übersicht über die Vorstandsvergütung	86
Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit und Altersversorgung	87
Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft	88
Frühere Mitglieder des Vorstands	89
Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats	89
Die Vergütung des Aufsichtsrats.....	90
9. Sonstige Finanzinformationen.....	91
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB.....	91
Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	93
<i>Investitionen des Mittelstands bleiben auf Erholungskurs</i>	<i>94</i>
Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2012.....	95
Konzern-Gesamtergebnisrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom	
1. April 2011 bis 31. März 2012	96
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	96
Ergebnis je Aktie	96
Zusammengefasste Konzern-Gesamtergebnisrechnung.....	97
Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2012	98
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	99
Konzern-Kapitalflussrechnung vom 1. April 2011 bis 31. März 2012.....	100
Konzernanhang.....	100
Grundlagen der Konzernrechnungslegung	101
Übersicht Rechnungslegungsvorschriften	101
Erstmals im Konzernjahresabschluss angewandte Rechnungslegungsvorschriften.....	102
Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften	103
Vom IASB verabschiedete Standards, die noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden...	103
Änderungen von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Fehler	107

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	109
(1) Grundsätze.....	109
(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements.....	109
(3) Konsolidierungskreis	111
(4) Konsolidierungsgrundsätze.....	112
(5) Währungsumrechnung	112
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	113
(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7.....	119
(8) Barreserve	119
(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten / Kunden	119
(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	120
(11) Handelsaktiva/-passiva	120
(12) Finanzanlagen.....	121
(13) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	121
(14) Immaterielle Vermögenswerte	121
(15) Sachanlagen	121
(16) Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	122
(17) Sonstige Aktiva/Passiva	123
(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte.....	123
(19) Verbriefte Verbindlichkeiten	123
(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.....	123
(21) Sonstige Rückstellungen	125
(22) Nachrangkapital	125
(23) Eigenkapital.....	125
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.....	127
(24) Zinsüberschuss	127
(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	128
(26) Provisionsüberschuss.....	128
(27) Fair-Value-Ergebnis.....	129
(28) Ergebnis aus Finanzanlagen	130
(29) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	130
(30) Verwaltungsaufwendungen.....	131
(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	132
(32) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.....	133
Erläuterungen zur Aktivseite der Konzernbilanz.....	135
(33) Barreserve	135
(34) Forderungen an Kreditinstitute.....	135
(35) Forderungen an Kunden.....	135
(36) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	136
(37) Handelsaktiva.....	137
(38) Finanzanlagen.....	138
(39) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	139
(40) Immaterielle Vermögenswerte	139
(41) Sachanlagen	139
(42) Laufende Ertragsteueransprüche.....	139
(43) Latente Ertragsteueransprüche.....	140
(44) Sonstige Aktiva.....	141
(45) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte.....	141
Erläuterungen zur Passivseite der Konzernbilanz	142
(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	142
(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	142
(48) Verbriefte Verbindlichkeiten	142
(49) Handelspassiva	143
(50) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.....	143
(51) Sonstige Rückstellungen	146
(52) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	147
(53) Latente Ertragsteuerverpflichtungen	147
(54) Sonstige Passiva.....	147

(55) Nachrangkapital	148
(56) Eigenkapital.....	150
Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung	154
(57) Kapitalflussrechnung	154
Erläuterungen zur Konzern-Segmentberichterstattung	155
(58) Segmentberichterstattung.....	155
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten.....	158
(59) Ergebnis nach Kategorien und Überleitung zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	158
(60) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	158
(61) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	160
(62) Derivative Geschäfte	164
(63) Kreditrisikoangaben.....	165
Sonstige Erläuterungen	169
(64) Ertragsteuern im Sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income).....	169
(65) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.....	169
(66) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	169
(67) Leasing	170
(68) Angaben zu Sicherheiten.....	172
(69) Wertpapierpensionsgeschäfte.....	173
(70) Anlagenspiegel.....	174
(71) Restlaufzeitengliederung	174
(72) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten	175
(73) Liquiditätsrisiko.....	176
(74) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	178
(75) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	179
(76) Bezüge und Kredite der Organe	181
(77) Corporate Governance Kodex	182
(78) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2012	182
(79) Organe	182
(80) Konsolidierungskreis zum 31. März 2012.....	186
(81) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2012	188
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	192
Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB	193

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

die europäische Staatsschuldenkrise, die ungelösten Probleme der Euro-Währungsunion, die nachgebende Weltkonjunktur, die Flut zusätzlicher Bankenregulierung auf europäischer und nationaler Ebene, die tief verunsicherten Finanzmärkte und die widersprüchlichen Signale der Politik bringen große Herausforderungen für das Bankgeschäft auch in einem relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld wie derzeit in Deutschland mit sich. Sie zwingen zur Überarbeitung der Geschäftsmodelle und zu Umstrukturierungen. Die IKB hat diesen Weg bereits im Jahr 2007 begonnen und seither gute Fortschritte gemacht. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich auch im Namen meiner Vorstandskollegen für den großen Einsatz in einem teilweise schwierigen Umfeld.

Das Geschäftsjahr 2011/12 brachte allerdings auch Rückschläge. Die eingangs erwähnten Faktoren belasten die Kreditnachfrage und die wirtschaftliche Entwicklung unserer mittelständischen Kunden nach zwei guten Jahren zunehmend. Der Schuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen – wir haben inzwischen alle Griechenlandrisiken abgebaut – und das dadurch ausgelöste Kreditereignis nach ISDA haben sich stark auf das Ergebnis der IKB ausgewirkt. Gleiches gilt für den durch die Risikoaversion getriebenen Preisverfall an den Kapitalmärkten, der auch bei Staatsanleihen einiger großer Euro-Länder auf breiter Front eingesetzt hat.

Der IKB-Konzern weist einen Jahresfehlbetrag von 517 Mio. € nach IFRS aus. Darin spiegeln sich an erster Stelle die negativen Bewertungseffekte der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise wider. Zahlreiche Sonderfaktoren bzw. Bewertungseffekte, die das Ergebnis im Vorjahr noch stark ins Positive verzerrt hatten, wirkten sich jetzt negativ aus. Sie überlagern die Ergebniskomponenten unseres Kerngeschäfts oft um ein Vielfaches.

Die Regulierung der Banken in Europa bringt eine Vielzahl weitreichender und einschneidender Vorhaben mit sich. Diese teils noch unfertigen Vorhaben fordern einen hohen Ressourceneinsatz. Wir wollen uns für die Zukunft u. a. die Möglichkeit sichern, die Rechnungslegung auf HGB zu beschränken. Daher haben wir einen Börsensegmentwechsel unserer Wertpapiere vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs eingeleitet, der ohne einen wesentlichen Transparenzverlust Kosten vermeiden hilft.

Bereinigt um die erwähnten Sonderfaktoren haben wir den Konzernfehlbetrag von 140 Mio. € im Vorjahr um mehr als die Hälfte auf 58 Mio. € reduzieren können. Dies zeigt, dass die Richtung in einem herausfordernden Umfeld stimmt. Das Nettobankeinkommen (Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Risikovor-sorge) ist im Geschäftsjahr 2011/12 angestiegen. Diszipliniertes Kreditgeschäft und steigende Erträge aus dem Kapitalmarkt- und Beratungsgeschäft haben dazu beigetragen. Zudem half eine geringe Risikovor-sorge, in der sich die noch gute wirtschaftliche Verfassung unserer mittelständischen Kunden widerspie-gelt.

Wir haben die EU-Auflagen per Ende September 2011 vollständig umgesetzt und den Abschlussbericht zum Jahreswechsel vorgelegt. Trotz erheblicher damit verbundener Kosten konnten wir die Verwaltungsaufwendungen senken. Unsere Anstrengungen zur Effizienzsteigerung setzen wir konsequent fort. Wir nutzen dabei ein System von Key-Performance-Indikatoren, die quartalsweise ermittelt werden. Die Notwendigkeit, Kosten einzusparen, erfordert auch den Abbau weiterer 200 Stellen. Wir haben uns mit dem Betriebsrat auf einen entsprechenden Sozialplan und Interessenausgleich geeinigt.

Die Liquidität sehen wir als gesichert. Die Refinanzierung der IKB basiert auf Einlagen und Schuldscheindarlehen von Firmenkunden und institutionellen Investoren, dem Einlagengeschäft mit Privatkunden („IKB direkt“) und besicherten Finanzierungen. Darüber hinaus versorgt die IKB ihre Kunden weiterhin aktiv mit Mitteln der öffentlichen Förderbanken. Derzeit nutzen wir noch 4,25 Mrd. € an SoFFin-Garantien, von denen 2 Mrd. € im September diesen Kalenderjahres fällig werden. Die verbleibenden 2,25 Mrd. € wollen wir nach Möglichkeit innerhalb der nächsten zwölf Monate zurückgeben, um die Garantiegebühren schneller zu reduzieren. Die IKB hat insgesamt bereits über 300 Mio. € an den SoFFin gezahlt.

Die Kernkapitalquote der IKB-Gruppe liegt nach Berücksichtigung der angefallenen Verluste auf Griechenlandanleihen bei 9,4 % und damit weiterhin über den regulatorischen Anforderungen und unserer Verpflichtung gegenüber dem SoFFin. Dank der Beilegung unserer Rechtsstreitigkeiten mit Crédit Agricole und Financial Guaranty Insurance Company (FGIC) sowie eines Vergleichs mit Iowa Student Loan Corporation und King County im Hinblick auf Rhinebridge konnten wir die Rechtsrisiken deutlich verringern.

Die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum überlagert die Fortschritte, die wir im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielt haben. Sie verzögert zudem das Erreichen einer nachhaltigen Profitabilität der Bank; dies umso mehr, als die weiteren Entwicklungen im Euro-Raum von großer Unsicherheit geprägt sind. Wir werden die IKB weiter auf ihre Kernaufgaben fokussieren und unsere mittelständischen Kunden mit einem umfassenden Angebot an Kredit und Beratung unterstützen.

Düsseldorf, im Juni 2012



Hans Jörg Schüttler
Vorstandsvorsitzender

Unternehmen des gehobenen Mittelstands weiter erfolgreich

Investitionen und Exporterfolge sichern Arbeitsplätze

Das obere Segment des deutschen Mittelstands – die primäre Kundenzielgruppe der IKB – enthält besonders ertrags- und wachstumsstarke Unternehmen, die international ausgerichtet sind und mit ihren innovativen Produkten häufig eine führende Position auf den globalen Märkten einnehmen. Ihre Entwicklung verfolgt die IKB zeitnah anhand einer regelmäßigen Auswertung der Jahres- und Zwischenabschlüsse von ca. 125 börsennotierten Firmen mit Jahresumsätzen zwischen 50 Mio. € bis 3 Mrd. €. Die Ergebnisse bilden Trends ab, die für den gehobenen Mittelstand insgesamt zutreffen.

Die aktuelle Auswertung zeigt, dass die Unternehmen 2011 ihren Umsatz im Durchschnitt erneut zweistellig (+12 % nach +15 % im Vorjahr) ausweiten und damit die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2009/2010 hinter sich lassen konnten. Erst zum Jahresende 2011 war eine leichte Geschäftsabschwächung erkennbar. Das Wachstum war breit angelegt, da annähernd neun von zehn Unternehmen eine Erlössteigerung verzeichneten. Immerhin zwei Dritteln der Firmen gelang auch eine Verbesserung der Erträge – trotz hoher Rohstoffpreise und steigender Arbeitskosten. Zudem entstanden Kosten durch Prozessoptimierungen, Einrichtung neuer Fertigungen oder Integration akquirierter Firmen. Gleichwohl blieben die Renditen (wie beispielsweise die EBIT-Marge mit fast 8 % im Durchschnitt) annähernd auf dem hohen Vorjahresniveau.

2011 haben die erfassten Mittelständler umfangreiche Investitionen durchgeführt; mehr als zwei Drittel haben ihr Investitionsvolumen gegenüber 2010 erhöht. Darüber hinaus waren zahlreiche

Übernahmen zu verzeichnen. Angesichts der vielfältigen Aktivitäten entwickelte sich der durchschnittliche Free Cashflow rückläufig, er blieb aber noch im positiven Bereich. Immerhin fast jedes zweite Unternehmen hat den Bestand an liquiden Mitteln ausgeweitet; im Firmendurchschnitt ging dieser nur leicht auf gut 12 % der Bilanzsumme zurück. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich – ungeachtet einer deutlichen Zunahme der Bilanzsumme um mehr als 7 % – um einen halben Prozentpunkt auf 46,2 %. Mehr als jedes dritte Unternehmen weist derzeit eine Quote von über 50 % aus. Bemerkenswert (und für eine Phase kräftigen Wachstums eher ungewöhnlich) ist, dass die Hälfte der Firmen die Finanzverbindlichkeiten zurückgeführt hat. Im Durchschnitt blieb diese Position anteilig an der Bilanzsumme in etwa konstant.

Insgesamt ist die finanzielle Situation der Unternehmen weiterhin sehr komfortabel; einerseits sind sie gut gerüstet, um einen möglichen Absatzrückgang (etwa im Zuge einer denkbaren Verschärfung der Euro-Schuldenkrise) gut zu verkraften, andererseits besteht ausreichend Spielraum, um neue Investitionsprojekte anzugehen, wenn die Marktsignale wieder eindeutiger auf Wachstum stehen. Wie konsequent die Unternehmen ihren Wachstumskurs verfolgen, zeigt sich an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen. 2011 weiteten sie ihre Belegschaften durchschnittlich um fast 8 % aus. Im Ausland war die Zunahme besonders ausgeprägt. Aber auch im Inland wurden zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen. Während nur ein gutes Drittel der Umsätze auf Deutschland entfällt, sind immer noch deutlich mehr als die Hälfte der Mitarbeiter an inländischen Standorten tätig.

IKB – Volkswirtschaft und Research

„UnternehmerThemen März 2012: Mittelständische Unternehmen – Auch 2011 ein erfolgreiches Jahr“;
die gesamte Studie finden Sie unter: [www.ikb.de/Branchen & Märkte](http://www.ikb.de/Branchen%20&%20M%C3%A4rkte)

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2011/12 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Hauptpunkte der Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB und die Entwicklung des Konzernrisikos insbesondere mit den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012/13, der Mittelfristplanung und mit den Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von den Plänen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Sitzung vor. Der Halbjahres- und die Quartalsfinanzberichte gingen den Mitgliedern des Finanz- und Prüfungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu. Über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie Großkreditbeschlüsse, fasste das Aufsichtsratspräsidium Beschluss.

Im Geschäftsjahr 2011/12 hielt der Aufsichtsrat fünf Sitzungen ab. Die regulären Sitzungen fanden im Juni, September, November und Februar statt. Darüber hinaus kam der Aufsichtsrat im September im Anschluss an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2010/11 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, in der Herr Bruno Scherrer wieder zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt wurde. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus. In den Sitzungen des Aufsichtsrats waren jeweils einzelne Mitglieder entschuldigt abwesend. Die Herren Olivier Brahin und Dr. Thomas Rabe haben an einer Sitzung teilgenommen.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

In allen Aufsichtsratssitzungen des Berichtsjahrs 2011/12 erläuterte der Vorstand dem Aufsichtsrat, wie sich Umsatz und Ergebnis im Konzern entwickelt hatten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Kapital- und Finanzlage. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Auswirkungen der Euro-Schuldenkrise und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

Einen Schwerpunkt der Arbeit im Aufsichtsrat bildeten die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise in Europa. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die denkbaren Szenarien und die jeweiligen Konsequenzen gerichtet, insbesondere für die Eigenkapitalquote und Bewertungsthemen.

In der Sitzung am 28. Juni 2011 machte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Außerdem prüfte er den Jahres- und den Konzernabschluss sowie den Abhängigkeitsbericht. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe, und die Konzernrevision erstattete ihren Jahresbericht für 2010/11. Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2011 mit den Lageberichten und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Nachfolgend wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010/11 und die Erklärung zur Unternehmensführung bzw. der Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2010/11 beschlossen. Anschließend erläuterte der Vorstand

schriftlich und mündlich die Fünfjahresplanung und den Stand der Abarbeitung der Feststellungen der Deutschen Bundesbank im Rahmen ihrer Prüfung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG. Weiter berichtete der Vorstand schriftlich und mündlich über die Vergütungssysteme für das Unternehmen. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die Hauptversammlung 2011 der IKB AG und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Des Weiteren behandelte der Aufsichtsrat die Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder und setzte deren variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2010/11 entsprechend fest. Außerdem wurden verschiedene Rechtsstreitigkeiten mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern erörtert. Auch wurde dem Aufsichtsrat über die Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums und die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses berichtet, und es wurde auf den Stand des Verkaufsprozesses der Bank eingegangen.

Am 6. September 2011, am Tag vor der Hauptversammlung, informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich über die Geschäftsentwicklung im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2011/12, über das Konzernzwischenenergebnis zum 30. Juni 2011 und über das Konzernrisiko zum 30. Juni 2011. Weiter bereitete der Aufsichtsrat die Hauptversammlung am 7. September 2011 vor. Zudem wurde dem Aufsichtsrat über die Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums berichtet, und er beriet über die Sitzungstermine 2012 und die Pensionen ehemaliger Vorstandsmitglieder.

Am Abend nach der Hauptversammlung am 7. September 2011 kam der Aufsichtsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Darin wählte der Aufsichtsrat Herrn Bruno Scherrer erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

In der Sitzung vom 25. November 2011 berichtete der Vorstand eingehend schriftlich und mündlich über den Geschäftsverlauf und die Finanzlage des IKB-Konzerns. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den Rechtsstreitigkeiten der IKB, insbesondere hinsichtlich verschiedener Anlegerklagen, Klagen in den USA und Anfechtungsklagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlungen vom 25. März 2009 und vom 27. August 2009. Anschließend stellte der Vorstand den Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2011 schriftlich und mündlich dar. Im Mittelpunkt standen dabei die Auswirkungen der Schuldenkrise in Europa und die Entwicklung des Eigenkapitals der IKB. Außerdem berichtete der Vorstand schriftlich und mündlich über die Risikolage des IKB-Konzerns zum 30. September 2011. Auch hier diskutierte der Aufsichtsrat intensiv die Bedeutung der europäischen Schuldenkrise für die Lage des IKB-Konzerns. Des Weiteren stellte der Vorstand schriftlich und mündlich die aktualisierte Geschäfts- und Risikostrategie der Bank vor. Zudem beschloss der Aufsichtsrat eine Änderung der Geschäftsordnung des Vorstands betreffend die Berichterstattung über die Geschäfts- und Risikostrategie.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der weiteren Aufbereitung der Krise der IKB und der Geltendmachung von etwaigen Schadenersatzansprüchen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder. Von der Geltendmachung etwaiger Ansprüche sah der Aufsichtsrat wie schon bislang ab. Mit dieser Entscheidung hat der Aufsichtsrat die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Bank allerdings nur vorläufig zurückgestellt. Ein endgültiger Verzicht auf etwaige Ansprüche ist damit weder rechtlich noch faktisch verbunden. Denn das wäre nur der Fall, wenn ehemalige Vorstandsmitglieder mangels Rechtsverfolgung in die Verjährung fliehen könnten. Der Aufsichtsrat prüft die Verjährung etwaiger Ansprüche jedoch laufend, und nach dem Ergebnis seiner Prüfungen ist eine Verjährung etwaiger Ansprüche nicht zu befürchten.

Hinter dem Aufschub der Rechtsverfolgung innerhalb der noch laufenden Verjährungsfristen stehen im Wesentlichen zwei Überlegungen:

Zum einen sieht sich die Gesellschaft – wie der Aufsichtsrat bereits in den Vorjahren wiederholt berichtet hat – im Inland und im Ausland einer Vielzahl tatsächlicher und potenzieller Anspruchsteller gegenüber. Im Zusammenhang mit den Ereignissen, die im Sommer 2007 zur Krise der Gesellschaft geführt haben, behaupten sie Ansprüche gegen die Gesellschaft oder könnten solche Ansprüche noch verfolgen. Derartige Ansprüche von Dritten gegen die Gesellschaft hält der Aufsichtsrat zwar für unbegründet. Trotzdem widerspricht es nach seiner Überzeugung dem Gesellschaftsinteresse, wenn der Aufsichtsrat über einen öffentlichen Organhaftungsprozess gegen ehemalige Vorstandsmitglieder den vorhandenen oder potenziellen Anspruchstellern Mittel an die Hand gäbe, um unbegründete Forderungen gegen die Gesellschaft zu behaupten und geltend zu machen. Bereits dadurch würde die Gesellschaft hohen Risiken ausgesetzt, zumal sie selbst im Fall des Obsiegens nicht annähernd den ihr entstehenden Verteidigungsaufwand ersetzt verlangen könnte. Unterläge die Gesellschaft in solchen Verfahren, wäre ein Regress bei etwaigen Verantwortlichen weitgehend illusorisch. Das gilt auch unter Berücksichtigung bestehender D&O-

Versicherungen und der Freistellungsvereinbarung mit der KfW vom 10./16. September 2008. Zwar wurden insbesondere die hochvolumigen Rechtsstreitigkeiten rund um FGIC/Calyon zwischenzeitlich verglichen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass in anderer Sache von Kapitalmarktteilnehmern Schadenersatzklagen angestrengt werden, die unter Berücksichtigung des Streitwerts, der Verteidigungskosten und anderer Faktoren eine erhebliche Belastung für die Gesellschaft darstellen können. Vor diesem Hintergrund ist der Aufsichtsrat der Überzeugung, dass die Verfolgung etwaiger Innenhaftungsansprüche innerhalb der Verjährungsfristen im besten Interesse der Gesellschaft erst zu einem Zeitpunkt begonnen werden sollte, zu dem sich die forensische Gesamtlage beruhigt hat. Ungeachtet dessen wird sich der Aufsichtsrat aber auch im laufenden Geschäftsjahr kontinuierlich mit der etwaigen Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen die für die Krise der Gesellschaft verantwortlichen Personen unter Berücksichtigung des Unternehmensinteresses beschäftigen und die Interessenlage des Unternehmens regelmäßig überprüfen, um festzustellen, ob sie die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Gesellschaft zulässt.

Zum anderen wird bekanntlich im Rahmen einer aktienrechtlichen Sonderprüfung untersucht, ob ehemalige Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit den Ereignissen, die im Sommer 2007 zur Krise der Gesellschaft geführt haben, ihre organschaftlichen Pflichten verletzt haben. Diese Sonderprüfung dauert nach wie vor an, und der Gesellschaft ist nicht bekannt, wann genau der Sonderprüfer sie abschließen und seinen Prüfungsbericht vorlegen wird. Ausweislich einer Mitteilung des Sonderprüfers an das Landgericht Düsseldorf ist aber nunmehr in absehbarer Zeit mit einem Abschluss der Prüfungsarbeiten zu rechnen. Selbstverständlich muss und wird der Aufsichtsrat die Ergebnisse der Sonderprüfung in seine Prüfungen und Abwägungen einfließen lassen. Nach derzeitigem Sachstand hält er es daher für geboten, die Ergebnisse der Sonderprüfung abzuwarten, um sie innerhalb der Verjährungsfristen bei seiner Entscheidung über die Geltendmachung etwaiger Ansprüche zu berücksichtigen.

Davon unberührt sind verschiedene laufende Rechtsstreitigkeiten gegen ehemalige Vorstandsmitglieder über Gehalts- bzw. Tantiemepflichten und Schadenersatzansprüche wegen der von ihnen bewohnten Häuser.

In der Sitzung vom 23. Februar 2012 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat zunächst schriftlich und mündlich über den Geschäftsverlauf und die aktuelle Lage der IKB. Ein Schwerpunkt lag insoweit insbesondere auf Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Krise der IKB insbesondere in Form von Anlegerklagen und verschiedenen Klageverfahren in den USA. Anschließend berichtete der Vorstand schriftlich und mündlich über das Konzernzwischenenergebnis zum 31. Dezember 2011. Nachfolgend informierte der Vorstand den Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über das Konzernrisiko zum 31. Dezember 2011. Einen Schwerpunkt bildeten hierbei die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise. Danach befasste sich der Aufsichtsrat mit den Ergebnissen der von PwC durchgeführten Depotprüfung. Zudem erstattete der Chief Compliance Officer mündlich und schriftlich seinen Jahresbericht. Anschließend erörterte der Aufsichtsrat die Pensionen ehemaliger Vorstandsmitglieder und informierte sich über den Fortgang der Rechtsstreitigkeiten mit ehemaligen Vorstandsmitgliedern.

Sodann befasste sich der Aufsichtsrat mit konkreten Zielen für seine Zusammensetzung. Für die Darstellung dieser Ziele wird auf den Corporate-Governance-Bericht verwiesen. Weiter fasste der Aufsichtsrat Beschluss über die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex. Ebenfalls erörterte der Aufsichtsrat die Ergebnisse der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse.

Der Aufsichtsratsvorsitzende informierte das Aufsichtsratsplenum zudem über zwischenzeitliche Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums, insbesondere über Großkreditbeschlüsse. Außerdem erörterte der Aufsichtsrat zusammen mit dem Vorstand eingehend die Ergebnisse eines Projektprogramms zur Effizienzsteigerung, die quantitative und qualitative mittelfristige Personalplanung, die Neugeschäftsplanung und operationelle Risiken im Hinblick auf personelle Maßnahmen im IKB-Konzern.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung vom 23. Februar 2012 sowie weitere Ausführungen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance Bericht“ in diesem Geschäftsbericht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats traten im Geschäftsjahr 2011/12 und bis zum heutigen Tag keine Interessenkonflikte auf.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Finanz- und Prüfungsausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium tagte im Geschäftsjahr 2011/12 fünfmal. Sämtliche Mitglieder haben an allen Sitzungen teilgenommen. Im Aufsichtsratspräsidium wurden im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vorbesprochen. Das Aufsichtsratspräsidium beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns. Zudem befasste sich das Aufsichtsratspräsidium vor allem mit Corporate-Governance-Fragen, der Vorbereitung der ordentlichen Hauptversammlung und Vorstandsangelegenheiten.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2011/12 sechsmal. Sämtliche Mitglieder haben an allen Sitzungen teilgenommen. Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionsystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. So wurden die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die Bestellung des Abschlussprüfers beraten. Der Finanz- und Prüfungsausschuss holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein, vereinbarte die unverzügliche Unterrichtung des Ausschussvorsitzenden über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Nominierungsausschuss tagte am 28. Juni 2011 in voller Besetzung und erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung am 7. September 2011.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Eine Aufstellung der Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mit den wesentlichen Gegenständen der Beratung ist diesem Bericht beigelegt.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss sowie für eine etwaige prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2011/12 hat die Hauptversammlung die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, gewählt. PwC hat die Jahresabschlüsse der IKB AG und des Konzerns sowie die jeweiligen Lageberichte geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Eine prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahrs 2011/12 ist nicht beauftragt worden.

Alle Aufsichtsratsmitglieder haben den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und die zugehörigen Lageberichte sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von PwC für das Geschäftsjahr 2011/12 rechtzeitig vor der Sitzung erhalten, in der der Aufsichtsrat diese Unterlagen prüfte. Daher konnten sie sich rechtzeitig vor der Sitzung mit den jeweiligen Inhalten befassen. Die Prüfungen und Beratungen über diese Unterlagen im Finanz- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum fanden am 28. Juni 2012 statt. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie präsentierten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rech-

nungslegungsprozess, haben die Abschlussprüfer nicht festgestellt. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht vor. Die Abschlussprüfer haben den Aufsichtsrat ferner über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen informiert.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 28. Juni 2012 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 22. Mai 2012 und 1. Juni 2012 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. Juni 2012 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2011/12

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2011/12 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 28. Juni 2012 haben sich zunächst der Finanz- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers bereits vor der Sitzung, sodass sie sich rechtzeitig mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil, berichteten über die Ergebnisse ihrer Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 28. Juni 2012 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts zu erheben.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Bruno Scherrer, Herr Stefan A. Baustert und Herr Arndt G. Kirchhoff, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 7. September 2011 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 7. September 2011 bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013/14 beschließt, erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Turnusgemäß schied Herr Andreas Wittmann mit Ablauf der Hauptversammlung vom 7. September 2011 aus dem Aufsichtsrat aus, während aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter Frau Nicole Riggers in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Aufgrund seiner neuen Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG hat Herr Dr. Thomas Rabe mit Wirkung zum 21. Februar 2012 sein Amt niedergelegt. Herr Olivier Brahin hat sein Amt mit Wirkung zum 25. Mai 2012 niedergelegt. Über die Nachfolge soll auf der Hauptversammlung am 23. August 2012 entschieden werden.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

Personalia – Vorstand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es im Vorstand der Bank keine personellen Veränderungen. Dem Vorstand gehörten die Herren Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender des Vorstands), Dr. Dieter Glüder, Claus Momburg und Dr. Michael Wiedmann an.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2011/2012

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 28. Juni 2012
Der Aufsichtsrat



Bruno Scherrer
Vorsitzender

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011/12

Datum der Sitzung	Wesentliche Gegenstände der Beratungen
28. Juni 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der IKB ▪ Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2010/2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 31. März 2011 ▪ Jahresbericht der Konzernrevision für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Bericht der Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Billigung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses zum 31. März 2011 sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Bericht des Aufsichtsrats ▪ Erklärung zur Unternehmensführung / Corporate Governance Bericht ▪ Fünfjahresplanung ▪ Prüfung nach § 44 Abs. 1 S. 2 KWG – Stand der Abarbeitung der Feststellungen der Deutschen Bundesbank (einschl. Kurzstellungnahme PwC) ▪ Vergütungssysteme für das Unternehmen ▪ Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 7. September 2011 ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> - Variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2010/11 - Forensik (Altvorstände) ▪ Bericht über Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums ▪ Bericht über die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses
6. September 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der IKB ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 30. Juni 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 30. Juni 2011 ▪ Vorbereitung der Hauptversammlung am 7. September 2011 ▪ Vorstandsangelegenheiten ▪ Bericht über Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums ▪ Sitzungstermine 2012
7. September 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats
25. November 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der IKB ▪ Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 30. September 2011 ▪ Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie ▪ Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand ▪ Vorstandsangelegenheiten: Forensik ▪ Effizienzprüfung des Aufsichtsrats ▪ Bericht über Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums

23. Februar 2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der IKB ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 31. Dezember 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 31. Dezember 2011 ▪ Personalplanung und -entwicklung ▪ Prüfung nach § 36 WpHG ▪ Jahresbericht des Chief Compliance Officer ▪ Vorstandsangelegenheiten: Pensionen ehemaliger Vorstandsmitglieder ▪ Aufsichtsratsangelegenheiten: Konkrete Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats ▪ Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG ▪ Ergebnis der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats ▪ Bericht über Beschlüsse des Aufsichtsratspräsidiums ▪ Ergebnisse der Projekte und Auswirkungen auf die Mitarbeiter
------------------	--

Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums im Geschäftsjahr 2011/12

Datum der Sitzung	Wesentliche Gegenstände der Beratungen
28. Juni 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Entwicklung der IKB - Bericht des Aufsichtsrats - Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance Bericht - Tagesordnung der Hauptversammlung am 7. September 2011 - Vorstandsangelegenheiten
6. September 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Entwicklung der IKB - Vorbereitung der Hauptversammlung am 7. September 2011 - Vorstandsangelegenheiten
25. November 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Entwicklung der IKB - Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand - Vorstandsangelegenheiten: Forensik - Effizienzprüfung des Aufsichtsrats
23. Februar 2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung <ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Entwicklung der IKB - Vorstandsangelegenheiten: Pensionen ehemaliger Vorstandsmitglieder - Aufsichtsratsangelegenheiten: Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats - Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG - Ergebnis der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats
26. März 2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umstrukturierung Hybridmittel

Sitzungen des Finanz- und Prüfungsausschusses im Geschäftsjahr 2011/12

Datum der Sitzung	Wesentliche Gegenstände der Beratungen
28. Juni 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Dashboard Konzernrisiko per 31. März 2011 ▪ Bericht der Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Verabschiedung des Berichts des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2011 mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11/Vorschlag zur Billigung des Jahresabschlusses zum 31. März 2011 sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2010/11 ▪ Fünfjahresplanung ▪ Prüfungen nach § 44 Abs. 1 S. 2 KWG – Stand der Abarbeitung der Feststellungen der Deutschen Bundesbank (einschl. Kurzstellungnahme PwC) ▪ Bericht über das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisions-system ▪ Abschlussprüfer 2011/12
25. August 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 30. Juni 2011
6. September 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 30. Juni 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 30. Juni 2011
25. November 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 30. September 2011 ▪ Prüfungsschwerpunkte der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2011/12
17. Februar 2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 31. Dezember 2011
23. Februar 2012	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzernzwischenenergebnis zum 31. Dezember 2011 ▪ Dashboard Konzernrisiko zum 31. Dezember 2011 ▪ Prüfung nach § 36 WpHG ▪ Jahresbericht des Chief Compliance Officers

Sitzungen des Nominierungsausschusses im Geschäftsjahr 2011/12

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
28. Juni 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die ordentliche Hauptversammlung am 7. September 2011 ▪ Verschiedenes

Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance Bericht

In der nachstehenden Erklärung berichten der Vorstand und der Aufsichtsrat über die Unternehmensführung sowie gemäß Ziff. 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK, in der Fassung vom 26. Mai 2010) über die Corporate Governance des Unternehmens unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen, nach der Aufnahme der Erklärung zur Unternehmensführung in den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG erfolgten Niederlegung des Aufsichtsratsmandats durch Herrn Olivier Brahin sowie unter Berücksichtigung der Sitzung des Nominierungsausschusses vom 28. Juni 2012.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB erklären jährlich, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex – im Text des Kodex gekennzeichnet durch die Verwendung des Worts „soll“ – entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen aus welchen Gründen nicht angewendet wurden oder werden (§ 161 Abs. 1 Satz 1 AktG). Die letzte Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat datiert vom 23. Februar 2012. Ebenso wie die Entsprechenserklärungen früherer Jahre ist sie auf der Internetseite der IKB (www.ikb.de) unter Investor Relations/Corporate Governance/Entsprechenserklärung dauerhaft öffentlich zugänglich (§ 161 Abs. 2 AktG). Sie hat folgenden Wortlaut:

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG („IKB“) erklären gemäß § 161 AktG, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 2. Juli 2010 bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010 seit Abgabe der letzten Erklärung vom 10. März 2011 unter Berücksichtigung der Aktualisierung vom 26. Juli 2011 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

- Ziff. 3.8 Abs. 3: Vereinbarung eines Selbstbehalts von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung bei Abschluss einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung, die einen Selbstbehalt nicht vorsieht. Verantwortungsvolles Handeln ist für alle Organmitglieder der Gesellschaft selbstverständliche Pflicht: Eines Selbstbehalts für den Aufsichtsrat bedarf es deshalb nicht.

- Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstandes erlassen, geändert und aufgehoben. Wir halten diese Regelung für flexibler.

- Ziff. 4.2.3 Abs. 4: Beachtung beim Abschluss von Vorstandsverträgen, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht übersteigen (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages vergüten sowie Abstellen auf die Gesamtvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und ggf. auch auf die voraussichtliche Gesamtvergütung für das laufende Geschäftsjahr zur Berechnung des Abfindungs-Caps

Im Hinblick auf die grundsätzliche Verkaufsabsicht des Hauptaktionärs und die Restrukturierungssituation der IKB ist mit den Mitgliedern des Vorstands eine Begrenzung einer Abfindung nicht vereinbart.

- Ziff. 5.4.1 Abs. 2: Benennung konkreter Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie Berücksichtigung einer angemessenen Beteiligung von Frauen bei der Festlegung der konkreten Ziele

Aufgrund der Verkaufsabsicht des Hauptaktionärs der IKB wurde von der Benennung konkreter Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats zunächst Abstand genommen. In der Aufsichtsrats-

sitzung am 23. Februar 2012 hat der Aufsichtsrat konkrete Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen.

- Ziff. 5.4.1 Abs. 3: Berücksichtigung der konkreten Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bei den Vorschlägen des Aufsichtsrats an die Wahlgremien und Veröffentlichung der Zielsetzung des Aufsichtsrats und des Stands der Umsetzung im Corporate Governance Bericht

Der Aufsichtsrat hat abweichend von der Empfehlung des Kodex in Ziff. 5.4.1 Abs. 2 keine konkreten Ziele für seine Zusammensetzung benannt. Daher konnten bei den Vorschlägen des Aufsichtsrats an die Wahlgremien konkrete Ziele für die Zusammensetzung nicht berücksichtigt und auch im Corporate Governance Bericht die Zielsetzung des Aufsichtsrats und der Stand der Umsetzung nicht veröffentlicht werden.

- Ziff. 7.1.2 S. 4 Var. 2: Veröffentlichung von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums

Die 3-Monats-Zwischenmitteilung zum 30. Juni 2011 ist am 26. August 2011, der Halbjahresfinanzbericht 2011/12 ist am 28. November 2011 und die 9-Monats-Zwischenmitteilung zum 31. Dezember 2011 ist am 20. Februar 2012 veröffentlicht worden. Aufgrund der besonderen Lage der IKB seit Eintritt der Krise Ende Juli 2007 und die damit verbundenen besonderen Anforderungen an die Bilanz- und Rechnungslegung konnten die Veröffentlichungen nicht früher erfolgen.

Vorstand und Aufsichtsrat erklären weiter, dass die IKB den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 – mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 3, 4.2.1 S. 2 und 4.2.3 Abs. 4 aus den vorstehend genannten Gründen – entsprechen wird.


Düsseldorf, den 23. Februar 2012

Für den Aufsichtsrat
der IKB Deutsche Industriebank AG



Bruno Scherrer

Für den Vorstand
der IKB Deutsche Industriebank AG



Hans Jörg Schüttler

Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die IKB erfüllt grundsätzlich alle Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 – im Text des Kodex gekennzeichnet durch die Verwendung von Begriffen wie „sollte“ oder „kann“ – und weicht lediglich in folgenden Punkten ab:

- Die Hauptversammlung beschließt nicht über die Billigung des Systems der Vergütung der Vorstandsmitglieder (Ziff. 2.2.1 Absatz 2 Satz 2 DCGK). Das System der Vergütung der Vorstandsmitglieder ist im Vergütungsbericht dargestellt.
- Die von der IKB bestellten Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre sind während der Hauptversammlung nur für anwesende Aktionäre erreichbar (Ziff. 2.3.3 Satz 3 Halbs. 2 DCGK). Für Aktionäre, die nicht an der Hauptversammlung teilnehmen, besteht die Möglichkeit, die Stimmrechtsvertreter vor der Hauptversammlung mit ihrer Vertretung zu beauftragen.
- Die Hauptversammlung wird nicht über moderne Kommunikationswege übertragen (Ziff. 2.3.4 DCGK).

Code of Conduct

Der Code of Conduct ist ein Verhaltenskodex für alle Mitarbeiter des IKB-Konzerns. Er bildet die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB ab. Um stets ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, Integrität, Verlässlichkeit und Leistungsorientierung bei sämtlichen Aktivitäten zu gewährleisten, wurde der Code of Conduct als verbindlicher Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft entwickelt. Die Grundsätze enthalten Mindestanforderungen an das Verhalten jedes Einzelnen. Der Code of Conduct ist auf der Webseite der IKB (www.ikb.de) in seiner jeweils aktuellen Fassung unter Investor Relations/Corporate Governance veröffentlicht.

Im Übrigen bestehen bei der IKB keine relevanten Unternehmensführungspraktiken im Sinne des § 289a Abs. 2 Nr. 2 HGB, die über die gesetzlichen Anforderungen hinaus angewandt werden.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die IKB mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Führungs- und Kontrollstruktur. Die Unternehmensführung basiert auf einer engen, konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat sowie einem intensiven und stetigen Informationsfluss. Dies entspricht dem gemeinsamen Verständnis guter Corporate Governance von Vorstand und Aufsichtsrat.

Leitung des Unternehmens

Der Vorstand entwickelt die Geschäfts- und Risikostrategie, sorgt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat für deren Umsetzung und führt die Geschäfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung. Dabei beachtet er die Vorschriften der Gesetze, der Satzung, der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplans und der jeweiligen Dienstverträge. Außerdem ist er an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Es gilt der Grundsatz der Gesamtverantwortung, d. h. die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Jedem Vorstandsmitglied ist jedoch die Zuständigkeit für bestimmte Ressorts zugewiesen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht derzeit aus vier Mitgliedern. Herr Schüttler, Vorsitzender des Vorstands, ist für die Ressorts Treasury, Recht/Vorstandsstab und Compliance, Konzernrevision, Organisation, Strategische Planung und Beteiligungsmanagement sowie Kommunikation zuständig. Die Aufgabengebiete von Herrn Dr. Glüder umfassen die Informationstechnologie, Finanzen, Datenschutz und Datensicherheit sowie Steuern. Herr Momburg ist für die Bereiche Kreditrisikomanagement, Risikocontrolling, Credit Treasury Operations, Management Verbriefungsstrukturen, Personal und Service verantwortlich. Herr Dr. Wiedmann ist für die Bereiche Vertrieb, Produkte, Industriegruppen und Volkswirtschaft zuständig. Nähere Angaben zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern finden sich im Konzernanhang unter Note (79).

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung, der Strategie, der Unternehmensplanung, der Ertragslage, der Rentabilität, der Compliance, der Risikolage, des Risikomanagements und des Risikocontrollings zu informieren. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats gegebenenfalls aus sonstigen wichtigen Anlässen. Geschäfte von grundlegender Bedeutung wie z. B. die Gewährung von Großkrediten oder der Abschluss von Unternehmensverträgen werden in einer vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung für den Vorstand an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Im Geschäftsjahr 2011/12 und bis zum heutigen Tag sind keine Interessenkonflikte in der Person von Mitgliedern des Vorstands mit der Gesellschaft aufgetreten. Die Mandate der Vorstandsmitglieder sowie die Geschäfte mit nahe stehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt.

Für die Mitglieder des Vorstands besteht eine D&O-Versicherung mit einem Selbstbehalt von jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds.

Kontrolle des Unternehmens

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank und der Konzernunternehmen. Er erfüllt seine Aufgaben nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der IKB und seiner Geschäftsordnung.

Gemäß dem deutschen Drittelbeteiligungsgesetz besteht der Aufsichtsrat zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung im Wege der Einzelwahl gewählt. Grundsätzlich setzt der Aufsichtsrat sich aus zehn Anteilseignervertretern und fünf Arbeitnehmervertretern zusammen. Nachdem Herr Dr. Rabe aufgrund seiner neuen Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG mit Wirkung zum 21. Februar 2012 und Herr Brahin mit Wirkung zum 25. Mai 2012 jeweils ihre Ämter niedergelegt haben, sind derzeit von Anteilseignerseite nur acht Mitglieder im Aufsichtsrat vertreten. Über die Nachfolge soll auf der Hauptversammlung am 23. August 2012 entschieden werden. Einzelheiten zur personellen Besetzung des Aufsichtsrats und zu den diesbezüglichen Veränderungen im vergangenen Geschäftsjahr finden sich im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung sowie im Konzernanhang unter Note (79).

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 23. Februar 2012 in Umsetzung der Ziffer 5.4.1 Abs. 2 DCGK nachfolgende Ziele für seine Zusammensetzung getroffen:

"Der Aufsichtsrat wird für die zukünftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats und die Erarbeitung der Wahlvorschläge an die Hauptversammlung unter Berücksichtigung potentieller Interessenkonflikte die Verwirklichung folgender Ziele anstreben:

- Es sollen mindestens drei Mitglieder des Aufsichtsrats eine langjährige Tätigkeit im Ausland oder eine langjährige Tätigkeit mit Auslandsbezug aufweisen.
- Dem Aufsichtsrat gehört jederzeit mindestens ein unabhängiges Mitglied an, das über Sachverstand hinsichtlich Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügt. Dem Aufsichtsrat sollen darüber hinaus mindestens zwei unabhängige Mitglieder angehören.
- Dem Aufsichtsrat sollen jederzeit drei Mitglieder mit Kenntnissen und Erfahrung in der Führung und/oder Überwachung von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsunternehmen und/oder vergleichbaren Kapitalmarktteilnehmern angehören.
- Die in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats vorgesehene Altersbegrenzung für Mitglieder des Aufsichtsrats (75 Jahre) ist zu berücksichtigen.
- Der Frauenanteil im Aufsichtsrat soll weiterhin 20 % betragen."

Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats erfüllt diese Anforderungen auch nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Rabe und Herrn Brahin. Der Nominierungsausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Juni 2012 die Vorschläge für die Anteilseignervertreter an das Plenum sowohl hinsichtlich der Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch an die Zusammensetzung des Gesamtgremiums über-

prüft. Bei den Wahlvorschlägen des Aufsichtsrats für die ordentliche Hauptversammlung wurden die genannten Ziele berücksichtigt.

Der Aufsichtsrat tagt mindestens zweimal je Kalenderhalbjahr und nach Möglichkeit mindestens einmal je Kalendervierteljahr. Er ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, aus denen er nach der Satzung insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnehmen. Soweit nicht Gesetz oder Satzung etwas anderes bestimmen, entscheidet der Aufsichtsrat mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Arbeitsweise des Aufsichtsrats ist im Einzelnen in einer von ihm selbst erlassenen Geschäftsordnung geregelt. Zur effizienten Gestaltung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat eine Reihe von Ausschüssen eingerichtet, über deren konkrete Zusammensetzung und Arbeitsweise weiter unten in einem selbstständigen Abschnitt dieses Kapitels berichtet wird. Nähere Informationen zur konkreten Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse im vergangenen Geschäftsjahr sind aus dem Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung ersichtlich.

Dem Aufsichtsrat gehört eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern an, die unabhängig im Sinne der Ziff 5.4.2 DCGK sind, d. h. die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand stehen, die einen Interessenkonflikt begründet. Allerdings steht ein Teil der im vergangenen Geschäftsjahr amtierenden Aufsichtsratsmitglieder anderen Unternehmen nahe, mit denen die IKB Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte zwischen der IKB und diesen Unternehmen erfolgen grundsätzlich zu marktgerechten Bedingungen wie unter fremden Dritten; im Geschäftsjahr erfolgten keine Geschäfte zu nicht marktgerechten Bedingungen. Diese Transaktionen hatten bzw. haben nach Einschätzung der IKB keinen Einfluss auf die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder, die diesen Unternehmen nahe stehen. Die Mandate der Aufsichtsratsmitglieder sind im Konzernanhang dargestellt. Zustimmungspflichtige Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der IKB oder einem Konzernunternehmen bestanden und bestehen nicht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats traten im Geschäftsjahr 2011/12 und bis zum heutigen Tag keine Interessenkonflikte auf.

In seiner Sitzung vom 25. November 2011 hatte der Aufsichtsrat im Einklang mit der Empfehlung aus Ziff. 5.6 DCGK die Durchführung einer Effizienzprüfung beschlossen. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind in der Aufsichtsratssitzung am 23. Februar 2012 vorgestellt worden.

Umgang mit Risiken

Für das Risikomanagement der IKB zeichnet der Vorstand verantwortlich. Ausgehend von der Geschäfts- und Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements sowie Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Der Aufsichtsrat sowie der Finanz- und Prüfungsausschuss ließen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr vom Vorstand regelmäßig über die Risikosituation der IKB sowie des Gesamtkonzerns informieren.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des IKB-Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS); der Jahresabschluss der IKB AG wird gemäß den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs aufgestellt. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen durch die Hauptversammlung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss hat den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2011/12 sowie des Abschlussprüfers für eine etwaige prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2011/12 vorbereitet. Außerdem hat er von dem vorgesehenen Abschlussprüfer die vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene Erklärung über eventuell bestehende Ausschluss- und Befangenheitsgründe eingeholt (Ziff. 7.2.1 Abs. 1 DCGK) und sämtliche im Rahmen der Erteilung des Prüfungsauftrags geforderten Vereinbarungen mit ihm getroffen (Ziff. 7.2.1 Abs. 2, Ziff. 7.2.3 Abs. 1 und 2 DCGK).

In der Hauptversammlung der IKB am 7. September 2011 ist auf Vorschlag des Aufsichtsrats die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschluss-

prüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2011/12 sowie zum Abschlussprüfer für eine etwaige prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2011/12 gewählt worden.

Eine prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2011/12 ist schließlich nicht beauftragt worden.

Transparenz

Die IKB befolgt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) können sich auch Privatanleger zeitnah über wesentliche Termine sowie aktuelle Entwicklungen (einschließlich Ad-hoc-Mitteilungen) im Konzern informieren. Darüber hinaus werden wesentliche Vorgänge innerhalb des Unternehmens über Pressemitteilungen bekannt gemacht, die ebenfalls auf den Internetseiten publiziert werden. Die Gesellschaft bietet allen Interessenten an, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren, der über aktuelle Finanzberichte sowie Ad-hoc- und Pressemitteilungen informiert.

Compliance als wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands

Compliance im Sinne von Maßnahmen zur Einhaltung von Recht, Gesetz, aufsichtsrechtlichen Anforderungen und unternehmensinternen Richtlinien ist bei der IKB eine wesentliche Leitungsaufgabe. Der Vorstand hat ein Compliance-Konzept für die Mitarbeiter eingeführt, das regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Die Umsetzung und Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex werden von einem Corporate-Governance-Beauftragten überwacht, der vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt wird.

Die Hauptversammlung

Die Entscheidung über Fragen der Geschäftsführung ist grundsätzlich dem Vorstand vorbehalten, der durch den Aufsichtsrat beraten und überwacht wird. Die Hauptversammlung kann über Fragen der Geschäftsführung nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt (§ 119 Abs. 2 AktG). Allerdings entscheidet die Hauptversammlung unter anderem über die Bestellung der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat, über die Verwendung des Bilanzgewinns, über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und über die Bestellung des Abschlussprüfers. Auch die Entscheidung über Änderungen der Satzung, die für Vorstand und Aufsichtsrat verbindliche Regeln enthält, fällt in die alleinige Zuständigkeit der Hauptversammlung. Im Rahmen der Hauptversammlung nehmen die einzelnen Aktionäre der IKB ihre Rechte wahr und üben insbesondere das Stimmrecht aus. Durch einen Finanzkalender, der auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird, werden die Aktionäre im Einklang mit der Empfehlung aus Ziff. 6.7 DCGK über wesentliche Termine unterrichtet. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (Ziff. 2.3.3 Satz 3 Halbs. 1 DCGK) ausüben zu lassen.

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Vorstandsausschüsse

Der Vorstand der IKB hat keine Ausschüsse gebildet.

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtsratsausschüsse

Der Aufsichtsrat der IKB hat zur Erledigung seiner Aufgaben Ausschüsse gebildet, über deren Zusammensetzung und Arbeitsweise im Folgenden berichtet wird.

Aufsichtsratspräsidium

Das Aufsichtsratspräsidium erteilt gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats die Zustimmung zu verschiedenen Geschäften, zu deren Vornahme der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf, z. B. – ggf. unter weiteren Voraussetzungen – zum Erwerb und zur Veräußerung von Immobilien, zur Beteiligung an oder zur Gründung von Unternehmen, zur Gewährung von Großkrediten oder zur Veräußerung eigener Aktien. Außerdem entscheidet das Aufsichtsratspräsidium kraft der ihm verliehenen Eilkom-

petenz anstelle des Gesamtaufsichtsrats in allen Fällen, in denen ein Aufschub der erforderlichen Maßnahmen zur Abwendung wesentlicher Nachteile für die Gesellschaft bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats nicht vertretbar erscheint und eine Entscheidung des Aufsichtsrats nicht innerhalb der gebotenen Frist herbeigeführt werden kann. Das Aufsichtsratspräsidium tagte im Geschäftsjahr 2011/12 insgesamt fünfmal.

Dem Aufsichtsratspräsidium gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Bruno Scherrer (Vorsitzender)
Senior Managing Director/Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd.,
wohnhaft in London
- Dr. Karsten von Köller
Chairman Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Dr. Andreas Tuczka
Head of European Financial Institutions/Managing Director, Lone Star Management Europe Ltd.,
wohnhaft in Wien
- Ulrich Wernecke
Betriebsrat, IKB Deutsche Industriebank AG, wohnhaft in Rommerskirchen.

Finanz- und Prüfungsausschuss

Zu den Aufgaben des Finanz- und Prüfungsausschusses gehört es unter anderem, die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses vorzubereiten, dem Aufsichtsrat eine Empfehlung hinsichtlich der Wahl des Abschlussprüfers auszusprechen, dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag zu erteilen und seine Vergütung zu vereinbaren. Darüber hinaus befasst sich der Finanz- und Prüfungsausschuss mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit der internen Kontroll- und Revisionssysteme, des Risikomanagementsystems und Fragen der Compliance. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses berichtet dem Aufsichtsrat spätestens in der nächsten Sitzung über für den Aufsichtsrat unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen, die dem Ausschuss vom Vorstand zugeleitet worden sind. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses ist überdies berechtigt, unter Einbeziehung des Vorstandsvorsitzenden Auskünfte unmittelbar vom Leiter der Konzernrevision sowie vom Compliance-Beauftragten einzuholen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2011/12 sechsmal.

Dem Finanz- und Prüfungsausschuss gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Dr. Karsten von Köller (Vorsitzender)
Chairman Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Dr. Claus Nolting
Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG, wohnhaft in München
- Bruno Scherrer
Senior Managing Director/Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd.,
wohnhaft in London
- Dr. Carola Steingraber
Branchenanalytistin, IKB Deutsche Industriebank AG, wohnhaft in Berlin.

Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss hat die Aufgabe, dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für ein Aufsichtsratsmandat im Hinblick auf die der Hauptversammlung zu unterbreitenden Wahlvorschläge vorzuschlagen. Der Nominierungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2011/12 einmal.

Dem Nominierungsausschuss gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Bruno Scherrer (Vorsitzender)
Senior Managing Director/Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd.,
wohnhaft in London
- Dr. Karsten von Köller
Chairman Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Dr. Claus Nolting
Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG, wohnhaft in München.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vergütungsbericht ist im Kapitel „Vergütungsbericht“ des Konzernlageberichts dargestellt. Im Einklang mit Ziff. 4.2.5 DCGK finden sich dort auch allgemeinverständliche Erläuterungen des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder sowie Angaben zur Art der von der Gesellschaft erbrachten Nebenleistungen. Ferner wird dort gemäß Ziff. 5.4.6 Abs. 3 Satz 1 DCGK die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert und aufgegliedert nach Bestandteilen ausgewiesen. Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten (Ziff. 5.4.6 Abs. 3 Satz 2 DCGK).

Aktienbesitz von Organmitgliedern

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB, sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen sind gemäß § 15a WpHG gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und mit ihm in einer engen Beziehung stehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahrs getätigten Geschäfte insgesamt die Summe von 5.000,00 € erreicht oder übersteigt. Im Berichtsjahr sind keine entsprechenden Mitteilungen erfolgt. Auch mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 DCGK lag bis zum 31. März 2012 nicht vor.

Aktienoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme

Bei der IKB bestehen keine Aktienoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme.

Düsseldorf, den 28. Juni 2012

Für den Aufsichtsrat
der IKB Deutsche Industriebank AG



Bruno Scherrer

Für den Vorstand
der IKB Deutsche Industriebank AG



Hans Jörg Schüttler

Wandel in der deutschen Unternehmensfinanzierung

Unternehmen suchen Alternativen zum Kredit

Die Neuausrichtung der IKB orientiert sich an einem tiefgreifenden Wandel in der Unternehmensfinanzierung, der bereits seit vielen Jahren erkennbar ist und sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise noch beschleunigt hat. Im Mittelpunkt dieses Veränderungsprozesses steht eine deutliche Verschiebung im Mix der Finanzierungsbausteine. Zum einen gewinnt die Innenfinanzierung gegenüber der Außenfinanzierung an Bedeutung; zum anderen büßt der Bankkredit mehr und mehr seine frühere Vorrangstellung unter den externen Finanzierungsinstrumenten ein.

Schon im letzten Jahrzehnt haben die Unternehmen ihre Aktivitäten zu größeren Teilen aus dem Cashflow finanziert – wodurch ihre durchschnittliche Eigenkapitalquote kontinuierlich angestiegen ist. Die Firmen tragen damit erhöhten Bonitätsanforderungen der Banken, aber auch den höheren Risiken Rechnung, die sich aus fortschreitender Internationalisierung und forcierten Innovationsaktivitäten ergeben. Gelingen konnte die Stärkung der Finanzierungsstruktur allerdings nur, weil sich die Ertragskraft nachhaltig verbessert hat – vor allem dank attraktiver Produkte, Produktivitätsverbesserungen und moderater Lohnkostensteigerungen. Sofern das erreichte Ertragsniveau gehalten werden kann, wird sich der Trend zur Verstärkung der Eigenkapitalbasis fortsetzen. Dabei spielt auch die Erwartung eine Rolle, dass durch anhaltende Strukturprobleme im Bankensektor und verschärfte Regulierungen die Inanspruchnahme von Krediten schwieriger und teurer werden könnte. Dass die Firmen heute einer stabilen, langfristig ausgerichteten Finanzierung besonderen Stellenwert einräumen, zeigt sich aktuell auch an vermehrten Kapitalerhöhungen aufseiten börsennotierter Mittelständler.

Bei der Suche nach alternativen Lösungen im Bereich der Fremdfinanzierung rücken Kapitalmarktprodukte in den Vordergrund, die nun auch von größeren mittelständischen Firmen genutzt werden. Ihnen ist mit der Einrichtung spezieller Mittelstandssegmente an den deutschen Börsen der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert worden. Seit Sommer 2010 haben etwa 50 Firmen Anleihen emittiert und sich Mittel in Höhe von ca. 2,5 Mrd. € beschafft. Wenngleich an den neuen Märkten Rahmenbedingungen und Prozesse noch zu adjustieren sind, wird diese Art der Finanzierung weiter an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus stoßen Schulscheindarlehen auf wachsendes Interesse. Auch hier nehmen die Unternehmen die Chance wahr, die Finanzierung auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Substitution des Bankkredits durch andere Finanzierungsinstrumente ist kein neuer Trend. Ein Blick in Statistiken der Deutschen Bundesbank zeigt, dass der Anteil der Bankkredite an den gesamten Außenfinanzierungsbeständen schon innerhalb der letzten 20 Jahre von etwa einem Drittel auf unter 20 % gesunken ist. Als Kreditgeber sind immer stärker Nicht-Banken in Erscheinung getreten. Vor allem die Kreditgewährung von Unternehmen an Unternehmen hat erheblich zugenommen, da immer mehr Firmen (auch im mittelständischen Sektor) einem Konzernverbund angehören und damit in ein gruppeninternes Liquiditäts- und Finanzierungsmanagement eingebunden sind.

Veränderte Finanzierungsmuster stellen neue Anforderungen an die Banken: Sie sind nicht mehr in erster Linie als Kreditgeber gefragt, sondern vor allem als Berater, Problemlöser und kompetente Begleiter in allen Fragen rund um die Finanzierung.

IKB – Volkswirtschaft und Research

„Mittelstandsfinanzierung mit neuen Perspektiven“; die gesamte Studie finden Sie unter:
[www.ikb.de/Branchen & Märkte](http://www.ikb.de/Branchen%20&%20M%C3%A4rkte)

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Konzernlagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2011/12 war durch die fortdauernde Staatsschuldenkrise im Euro-Raum beherrscht. Durch die ungelösten Probleme der Euro-Währungsunion wurden sowohl die konjunkturelle Entwicklung als auch das Vertrauen an den Finanzmärkten stark beeinträchtigt.

Die Weltwirtschaft verlor nach einem guten Auftakt im weiteren Verlauf des Jahres 2011 an Dynamik. Zu den Faktoren, die die globale Konjunktur bremsten, gehörten der kräftige Ölpreisanstieg und vor allem die zunehmende Verunsicherung durch die Schuldenkrise im Euro-Raum, die sich im Sommer erneut zuspitzte. Auch in den Schwellenländern reduzierte sich das Wachstumstempo, blieb aber auf einem deutlich höheren Niveau als in den Industrieländern. Als relativ robust erwies sich die US-Wirtschaft, die nach einer ausgeprägten Wachstumsschwäche im ersten Halbjahr wieder deutlich Fahrt aufnahm und ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,7 % in 2011 erzielte. Zwar deuten erste Indikatoren an, dass der globale Aufschwung im Verlauf dieses Jahres allmählich wieder Tritt fassen wird, aber die Entwicklung bleibt wegen der weiter schwelenden Schuldenkrise im Euro-Raum fragil.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Die konjunkturelle Entwicklung in der Euro-Zone hatte sich nach einem guten Jahresauftakt ab dem Sommer 2011 deutlich verlangsamt. Nachfragedämpfend wirkten die vermehrten Konsolidierungsanstrengungen. Auch in den für die IKB relevanten Kernländern kam es im Laufe des Jahres zu einer Abschwächung der Dynamik. Frankreich zeigte noch eine relativ stabile Entwicklung und verzeichnete ein BIP-Wachstum von 1,7 % in 2011. Italien, das zunehmend unter den Konsolidierungsmaßnahmen leidet, rutschte ab dem Sommer wieder in die Rezession. Für das Gesamtjahr konnte noch ein gesamtwirtschaftliches Plus von 0,4 % verzeichnet werden. Auch in Spanien verlief mit einem Jahreswachstum von 0,7 % die konjunkturelle Entwicklung immer schwächer. Zum Ende des Jahres konnte auch hier die Rezession nicht verhindert werden. In Großbritannien geriet die wirtschaftliche Erholung ebenfalls ins Stocken (BIP-Wachstum 2011: 0,7 %). Nach den vorliegenden Indikatoren hat sich die konjunkturelle Lage im Euro-Raum zwar wieder etwas stabilisiert, aber nennenswerte Auftriebskräfte sind noch nicht zu erkennen.

Für die deutsche Wirtschaft stand dagegen das Jahr 2011 mit einem BIP-Wachstum von 3,0 % im Zeichen eines breit angelegten Aufschwungs. Dabei konnte die Auslandsnachfrage zwar nicht mehr so fulminant zulegen wie im Jahr davor, aber die sukzessive Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte verlieh der konjunkturellen Grunddynamik eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit. So wurden die gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen – als bedeutender Indikator für die Kreditnachfrage – wegen einer hohen Kapazitätsauslastung, grundsätzlich optimistischer Geschäftsaussichten sowie günstiger Finanzierungsbedingungen mit fast 8 % zum Vorjahr kräftig ausgeweitet. Der Wohnungsbau wies infolge des soliden Arbeitsmarktes und fehlender alternativer Anlagemöglichkeiten ebenfalls ein signifikantes Plus auf. Außerdem kamen vom Privaten Verbrauch Impulse. Im Verlauf des Jahres konnte sich jedoch auch die deutsche Wirtschaft dem schwierigen Umfeld nicht entziehen und büßte gegen Jahresende durch die Verlangsamung der globalen Konjunkturdynamik und die Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise an Tempo ein. Frühindikatoren deuten allerdings auf eine Belebung der Konjunktur ab Mitte 2012 hin, wobei die Abwärtsrisiken weiterhin nicht zu vernachlässigen sind.

An den Finanzmärkten war die Staatsschuldenkrise das beherrschende Thema. Die Kombination aus Unsicherheit über den weiteren Fortgang der Krise in Griechenland, spezifischer Entwicklungen in einzelnen Euro-Ländern und zunehmender Abwärtsrisiken für den allgemeinen Konjunkturverlauf führte ab dem Sommer zu einer Neubewertung der Kreditrisiken an den Märkten. Insbesondere die Anleiherenditen der Peripherieländer erreichten neue Rekordhöhen. Aber auch Italien und Spanien gerieten angesichts zunehmender Unsicherheit über den Konsolidierungswillen und befürchteter Ratingabstufungen in den Fokus der Märkte. Trotz verschiedener Rettungspakete kam es in Griechenland schließlich doch zu einem Schuldenschnitt, bei dem private Gläubiger griechischer Staatsanleihen „freiwillig“ beteiligt wurden und einen Verlust von rund 80 % erlitten haben.

In diesem Umfeld gerieten Finanzinstitute erneut unter erheblichen Druck. Die Banken, insbesondere in den Krisenländern, waren zunehmend Refinanzierungsproblemen ausgesetzt. Ebenso verschlechterte sich die Situation an den Kreditmärkten in Teilen der Euro-Zone erheblich, und die Sorge vor einer Kreditklemme stieg.

Zur allgemein wachsenden Verunsicherung im Laufe des Jahres trug nicht zuletzt bei, dass die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums zur Krisenbekämpfung wiederholt als unzureichend erachtet wurden und daher jeweils nur kurzfristig für Erleichterung an den Märkten sorgten. Zu einer breiter angelegten Entspannung der Märkte führten erst die Bereitschaft zu einer Stärkung der fiskalpolitischen Regeln sowie Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen in einzelnen EU-Ländern, denen zum Teil Regierungswechsel vorangingen. Die Beruhigung der allgemeinen Lage und vor allem die der Banken resultierte dann insbesondere aus den beiden Drei-Jahres-Refinanzierungsgeschäften der Europäischen Zentralbank (EZB), bei denen Banken rund 1 Billion € an mittelfristiger Liquidität zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt wurde. Dies nahm temporär den Druck aus den privaten Refinanzierungsmärkten und erleichterte die Refinanzierung für viele Banken. Italienische und spanische Banken nutzten einen Teil der zusätzlichen Mittel, um heimische Staatsanleihen zu erwerben, wodurch sich die schwierige Finanzierungssituation der beiden Staaten entspannte. Gleichwohl landete die dem Bankensystem zugeflossene Liquidität im wesentlichen Umfang in der Einlagenfazilität der EZB und wurde noch nicht für eine Ausweitung der Kreditfinanzierung genutzt. Befürchtete größere Turbulenzen im europäischen Finanzsystem als Folge des einmaligen erzwungenen Schuldenschnitts in Griechenland blieben aus. Dennoch, die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum ist im Kern noch nicht gelöst, die weitere Entwicklung bleibt fragil und weitere Verwerfungen sind wahrscheinlich. Wie erwartet haben die Kapitalmärkte nach wie vor erhebliche Skepsis hinsichtlich der Zukunft Griechenlands und erwarten einen Austritt des Landes aus der Euro-Währungsunion. Parallel ist Spanien in den Fokus der Kapitalmärkte gerückt, da es u. a. höhere langfristige Defizitquoten ausweist und das Bankensystem geschützt werden muss. Die europäische Politik muss sich dem Vorwurf stellen, einseitig auf Haushaltskonsolidierung zu setzen und die Wachstumsimpulse zu vernachlässigen.

Weitere Wachstumshemmnisse entstehen aus dem Druck auf das gesamte europäische Bankensystem, die Kreditbestände im großen Umfang abzubauen (Deleveraging). Neben der Finanzkrise entsteht dieser Impuls aus der nahenden Umsetzung von Basel III und auch aus den Stresstests der European Banking Authority (EBA). Teilweise ist das Deleveraging durch die großvolumigen Tender der EZB abgemildert worden, indem die Erzielung von Liquidität als Motiv für den Verkauf von Beständen weniger dringend wurde.

Mit der Zuspitzung der Schuldenkrise sind erneute Belastungsfaktoren für das operative Geschäft eingetreten, die auch die Risikotragfähigkeit des Kreditgewerbes negativ beeinflusst haben. Trotz stabilisierender Effekte aus dem inländischen Kreditgeschäft infolge einer intakten Konjunktur haben die wieder auftretenden Verwerfungen an den Finanzmärkten und daraus resultierender Abschreibungen auf Staatsanleihen das Ergebnis beeinträchtigt. Vor dem Hintergrund der andauernden Unsicherheiten im Finanzsystem und fragiler Konjunkturaussichten ist eine anhaltende Belastung der Ertragslage der Banken nicht auszuschließen.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG bzw. IKB als Synonym für den Konzern) ist in den vergangenen vier Jahren – in Zeiten einer andauernden, immer wieder aufflammenden – Finanzkrise umfassend restrukturiert worden. Wesentliche Risiken wurden sukzessive abgebaut. Das Kreditgeschäft wird nur bei Vorliegen einer aktiven Kundenverbindung betrieben. Langfristige Projekt- oder Exportfinanzierungen werden nicht aktiv fortgeführt. Die Bank wurde auf den Finanzierungs- und Beratungsbedarf ihrer traditionellen Kundschaft, des deutschen Mittelstands, ausgerichtet.

Das Geschäftsmodell wurde erweitert. Die IKB bietet ihren Unternehmenskunden neben der Kreditfinanzierung auch Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen an (etwa Derivate, Platzierungen, M&A, Restrukturierungsberatung), die diesen die Optimierung ihrer Finanzierungsstruktur wie auch den Zugang zum Kapitalmarkt erlauben. Im Hinblick auf Akquisitionsfinanzierungen arbeitet die IKB mit Private-Equity-Häusern zusammen. Wie das Neugeschäft zeigt, entspricht die IKB mit diesem erweiterten Ansatz dem Bedarf ihrer Kunden.

Die IKB verfügt über ein bundesweites Vertriebsnetz aus Standorten der IKB AG und der IKB Leasing-Gruppe, das alle Regionen Deutschlands abdeckt. Der inländische Vertrieb wird durch ausgewählte europäische Standorte ergänzt. Die IKB Leasing-Gruppe ist mit 15 Leasing-Gesellschaften in zehn Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) tätig.

Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank zum 31. Dezember 2011 einen Marktanteil von 7,6 %. Bei der Vergabe von Förderkrediten liegt der spezifische Marktanteil teils weit höher. Wesentliche Wettbewerber der IKB sind größere Kreditinstitute im In- und Ausland in einem Markt, der aufgrund der Finanz- und Staatsschuldenkrise, der Interventionen der EU-Kommission, der Rettungshilfen sowie der regulatorischen Reformen stark im Umbruch ist.

Die Refinanzierungsstruktur der IKB, die bis zum Ausbruch der Finanzkrise durch die Begebung unbesicherter Anleihen dominiert war, wird seither sukzessive durch einen Refinanzierungsmix mit besicherten Finanzierungen sowie einem verbreiterten Einlagengeschäft mit Firmen- und Privatkunden abgelöst. Damit stellt sich die IKB auch darauf ein, dass aufgrund von Basel III bzw. Solvency II die Nachfrage der traditionellen Investoren (Banken, Versicherungen) nach unbesicherten Bankanleihen stark rückläufig sein wird.

Aufgrund der Bestrebungen der Bankenaufsicht, die Regulierung der Banken weltweit umfassend neu zu gestalten und zu verschärfen, zeichnet sich auch für das Geschäftsmodell der IKB ab, dass

- eine Versorgung der Kunden mit Finanzierungsmitteln in zunehmendem Maße über den Kapitalmarkt organisiert wird,
- die Kreditlaufzeiten in der Unternehmensfinanzierung sich insgesamt verkürzen,
- die Absicherung mit Derivaten für Unternehmen teurer wird,
- die Zurverfügungstellung von kurzfristig abrufbarer Liquidität sich verteuern wird,
- sich aufgrund erhöhter Kapitalerfordernisse und der notwendigen Preisdiziplin auch für die Kunden höhere Kreditkosten ergeben,
- die Finanzierung über Einlagen ein wesentlicher Baustein sein muss.

Die Vielzahl von regulatorischen Vorhaben verursacht in erheblichem Maße Eigenkapitalkosten und Verwaltungsaufwand. Deshalb bleiben für das Geschäftsmodell eine hohe Kostendisziplin, insbesondere bei der Umsetzung von Regulierungsvorgaben, und eine Optimierung risikogewichteter Aktiva von hoher Relevanz.

Zur Kompensation der von der öffentlichen Hand erhaltenen Rettungsbeihilfen hatte die IKB umfassende Auflagen der EU zu erfüllen. Die vollständige Umsetzung der EU-Auflagen wurde bis zum 30. September 2011 trotz erheblicher Kosten und Verluste aus Verkäufen von Aktiva vonseiten der IKB mit höchster Priorität verfolgt. Die IKB hat zum Jahreswechsel 2011/12 den Abschlussbericht an die EU-Kommission übermittelt. Die Rückmeldung steht noch aus.

Segmente

Die Berichterstattung im Konzern erfolgt auf Basis der Bankprodukte nach den Segmenten

- Kreditprodukte
- Beratung und Capital Markets
- Treasury und Investments
- Zentrale/Konsolidierung.

Das Segment **Kreditprodukte** weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Kredit- und Leasing-Geschäft der IKB aus. Hierunter werden sowohl Kredite aus Eigen- und Fördermitteln als auch die Geschäfte der IKB Leasing-Gruppe sowie die Mezzanine-Finanzierungen für Unternehmen der Tochtergesellschaft IKB Private Equity GmbH (IKB PE) gefasst. Die Ergebnisse aus Collateralized Loan Obligations, die sich auf Kredite dieses Segments beziehen, werden ebenfalls hier abgebildet.

Das Segment **Beratung und Capital Markets** umfasst zum einen das Beratungsgeschäft der IKB in den Bereichen M&A, Strukturierung, Restrukturierung, Struktur-/Ertragsoptimierung und Private Equity. Im

Teilsegment Capital Markets werden das Angebot an Kapitalmarktlösungen im Eigen- und Fremdkapitalbereich, Risikomanagement-Lösungen im Bereich Kundenderivate, das Einwerben von Kundeneinlagen institutioneller Anleger sowie die Beratung bei und Strukturierung von Verbriefungstransaktionen gebündelt.

Das Segment **Treasury und Investments** weist die Ergebnisbestandteile aus, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung sowie aus dem Bestand an liquiden bzw. EZB-fähigen Wertpapieren resultieren. Zudem umfasst das Segment die strukturierten Investments, wie Anleihen und Schuldscheindarlehen, die Portfolioinvestments der IKB, die die Investitionen der IKB in Verbriefungsprodukte inklusive der First Loss Pieces darstellen, sowie den Eigenhandel der IKB. Die nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die Aktiva der IKB, die keinen direkten Kundenbezug besitzen und wie Investments gemanagt werden, sind ebenfalls dem Segment Treasury und Investments zugeordnet. Der Bestand dieser Portfolien soll durch aktives Portfolio-Management Eigenkapital-schonend abgebaut werden.

In dem Segment **Zentrale/Konsolidierung** werden Verwaltungsaufwendungen von Einheiten der Zentrale, die nicht verursachungsgemäß auf andere Segmente verteilt werden können, ebenso Sonderfaktoren, die nicht durch die operativen Einheiten verursacht wurden, und konzerninterne Konsolidierungssachverhalte als Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen erfasst.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Umsetzung der EU-Auflagen

Der finale Bericht über die erfolgte Umsetzung der EU-Auflagen ist zum Jahreswechsel 2011/12 von der Bundesregierung an die EU-Kommission übermittelt worden. Eine Rückmeldung der EU-Kommission steht noch aus. Der Umstrukturierungszeitraum aus der Beihilfeentscheidung war am 30. September 2011 abgelaufen. Die IKB hat die im Restrukturierungsplan vorgesehenen Maßnahmen zeitgerecht umgesetzt, soweit diese unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig und durchführbar waren. Die IKB geht daher davon aus, dass die Auflagen zum Stichtag erfüllt worden sind.

Zur Vorgeschichte: Am 21. Oktober 2008 hatte die EU-Kommission im Verfahren über staatliche Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland für die Umstrukturierung der IKB bekannt gegeben, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen, die die IKB seit Beginn der Krise im Juli 2007 erhalten hat, unter Auflagen und Bedingungen genehmigt worden sind. Mit Entscheidung vom 15. Mai 2009 hatte die EU-Kommission einer Änderung des Zeitplans für die Abwicklung am Standort Luxemburg zugestimmt.

Die Auflagen beinhalteten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Segments Immobilienfinanzierung, die Schließung von einigen ausländischen Standorten und die partielle Einstellung des Neugeschäfts. Die Konzernbilanzsumme sollte bis 30. September 2011 um rund 47 % auf 33,5 Mrd. € (von 63,5 Mrd. € per 31. März 2007, vor Beginn der IKB-Krise) reduziert werden. Von der IKB war ein vereinbarter Restrukturierungsplan einzuhalten.

Im Einzelnen bedeuteten die Auflagen:

- Aufgabe des Segments Immobilienfinanzierung (Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008; aktiver Abbau von mindestens 20 % des Portfolios bis 30. September 2010; Abbau von weiteren 40 % des Portfolios bis 30. September 2011; Restbestand über planmäßige Tilgung); betroffene Tochtergesellschaften: IKB Immobilien Management GmbH (IKB Immobilien Management), IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG (IKB Projektentwicklung), IKB Projektentwicklungsverwaltungs GmbH,
- Verkauf des 50 %-IKB-Anteils an der Movesta Lease and Finance GmbH (Movesta) bis 30. September 2011,
- Abwicklung oder Verkauf der IKB Capital Corporation, New York, (IKB CC) bis 30. September 2011 (aktiver Abbau von 25 % des Portfolios bis 30. September 2010) und Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008,
- Abwicklung der IKB International S.A. bis 1. April 2011 (das Derivategeschäft und der Kreditbestand bis zu einer Maximalhöhe von 3,2 Mrd. € durften zur IKB nach Düsseldorf verlagert werden) und Einstellung des Neugeschäfts zum 1. Dezember 2010,
- Abwicklung der Geschäftstätigkeiten der IKB AG in Amsterdam bis 30. März 2010 und Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008 sowie
- Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen bis 30. September 2011.

Im Einzelnen stellt sich der Umsetzungsstand hinsichtlich der Auflagen folgendermaßen dar:

- Bis zum 30. September 2011 wurde das Kreditvolumen der Immobilienfinanzierung auf 1,7 Mrd. € abgebaut. Das für den 30. September 2011 vorgegebene Abbauziel von 60 % ist damit erfüllt. Die Abwicklung der Tochtergesellschaften aus dem Segment Immobilienfinanzierung ist fristgerecht erfolgt: Die IKB Immobilien Management wurde nach Formwechsel in eine GmbH & Co. KG durch Anwachsung auf die IKB aufgelöst, die IKB Projektentwicklung sowie die IKB Projektentwicklungsverwaltungs GmbH wurden in Liquidation gesetzt. Das Neugeschäft wurde fristgerecht eingestellt.
- Der 50-prozentige Anteil der IKB an der Movesta wurde im Jahr 2009 verkauft. Eine Kaufbedingung war u. a. die Herauslösung der Movesta Development GmbH sowie einzelner Sondergesellschaften aus der Movesta, die anteilig bei den Alteigentümern verblieben sind. Die Movesta Development

GmbH wurde mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2011 nach Formwechsel in eine GmbH & Co. KG im Wege der Anwachsung auf die IKB aufgelöst. Die IKB hat zudem alle rechtlich möglichen Maßnahmen zur Abwicklung auch der Sondergesellschaften ergriffen. Es wurde und wird kein Neugeschäft getätigt.

- IKB CC: Das Kreditportfolio wurde durch Verkauf vollständig abgebaut. Die Gesellschaft wurde in Liquidation gesetzt, die voraussichtlich im Mai 2013 abgeschlossen wird.
- IKB International S.A.: Das Neugeschäft der Gesellschaft wurde zeitgerecht eingestellt. Das Derivate- und Kreditgeschäft wurde, sofern die Kundenzustimmungen vorlagen, auf die IKB AG nach Düsseldorf übertragen. Die restlichen Bestände an Derivaten und Krediten mussten mangels rechtlicher Übertragbarkeit in der Gesellschaft verbleiben. Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung wurde die IKB International S.A. mit Wirkung zum 1. April 2011 aufgelöst und in Liquidation gesetzt. Zudem wurde die Banklizenz zurückgegeben. Damit fungiert die Gesellschaft ab dem 1. April 2011 als Abwicklungsgesellschaft. Der Schließungsprozess wurde von der Luxemburger Bankaufsicht Commission de Surveillance du Secteur Financier genehmigt. Bereits im Juli 2010 hatte die IKB AG das Kundenderivateneugeschäft von der IKB International S.A. erworben.
- Sämtliche Geschäftstätigkeiten der IKB AG in Amsterdam wurden eingestellt.
- Durch gezielten Abbau wurden die von der entsprechenden EU-Auflage umfassten nicht strategischen Aktivpositionen per 30. September 2011 im Vergleich zum 31. März 2007 von 1,7 Mrd. € auf 0,04 Mrd. € reduziert. Bei dem Restbestand handelt es sich um Engagements, die nur wegen rechtlicher Hindernisse nicht vollständig abgewickelt werden konnten.
- Die Bilanzsumme des Konzerns wurde zum 30. September 2011 auf 31,7 Mrd. € reduziert und lag damit unter der von der Kommission gesetzten Höchstgrenze.

Darüber hinaus gibt es weitere Verhaltenspflichten für die IKB aus der Entscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 bezüglich der Erweiterung des Garantierahmens des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin):

- Zum einen sieht die Entscheidung Einschränkungen im Eigenhandel vor. Diese sind mit den Zielsetzungen der IKB AG vereinbar.
- Zum anderen darf die IKB AG gemäß dieser EU-Entscheidung nur sehr eingeschränkt eigene Verbindlichkeiten zurückkaufen, wobei diese Einschränkungen nicht für den Rückkauf SoFFin-garantierter Anleihen gelten.

Die IKB AG hat organisatorische Vorkehrungen zur Einhaltung dieser Verhaltenspflichten getroffen. Die Vorgaben wurden von der IKB AG eingehalten.

Rückgabe von SoFFin-Garantien

Im Geschäftsjahr 2011/12 hat die IKB AG SoFFin-Garantien aufgrund von vorzeitigen bzw. planmäßigen Rückgaben von 9,5 Mrd. € auf 4,5 Mrd. € reduziert (am 18. Mai 2012 erfolgte eine weitere Reduktion um 250 Mio. € auf 4,25 Mrd. €, siehe Nachtragsbericht, Kapitel 6.). Im Zeitablauf ergab sich folgende Entwicklung:

- Nach dem Rückkauf und der Rückgabe von SoFFin-Garantien von 100 Mio. € der SoFFin-garantierten Anleihe mit Fälligkeit 29. April 2011 im Geschäftsjahr 2010/11 wurde der Restbetrag von 0,9 Mrd. € planmäßig zurückgezahlt. Der SoFFin-Garantierahmen der IKB AG reduzierte sich dadurch auf insgesamt 8,6 Mrd. €.
- Nach dem Rückkauf und der vorzeitigen Rückgabe weiterer SoFFin-Garantien von 1,3 Mrd. € der SoFFin-garantierten Anleihen mit den Fälligkeiten 27. Januar 2012 und 13. März 2012 im August 2011 betrug der SoFFin-Garantierahmen der IKB AG 7,3 Mrd. €. Die Restbeträge dieser beiden SoFFin-garantierten Anleihen wurden jeweils planmäßig zurückgezahlt. Der SoFFin-Garantierahmen der IKB AG reduzierte sich auf 6,1 Mrd. € zum 27. Januar 2012 und auf 5,0 Mrd. € zum 13. März 2012.

- Die IKB AG hat am 15. März 2012 weitere SoFFin-Garantien in Höhe von 500 Mio. € vorzeitig zurückgegeben. Die Rückgabe betraf mit je 250 Mio. € die Anleihen mit den Fälligkeiten 1. Februar 2013 und 2. Februar 2015. Der SoFFin-Garantierahmen der IKB AG reduzierte sich auf insgesamt 4,5 Mrd. € zum 15. März 2012.

Die Rückgaben waren aufgrund bestehender Liquiditätsüberschüsse möglich und reduzierten die von der IKB AG zu zahlenden SoFFin-Provisionen, die sich seit Inanspruchnahme der SoFFin-Garantien bis zum 31. März 2012 auf insgesamt 311 Mio. € beliefen. Der maximale Garantierahmen hatte 12 Mrd. € betragen. Hiervon waren 10 Mrd. € in Anspruch genommen worden.

Die Fälligkeitsstruktur der ausstehenden SoFFin-garantierten Anleihen stellt sich per 22. Mai 2012 folgendermaßen dar:

- 2,0 Mrd. € mit Fälligkeit 10. September 2012
- 0,75 Mrd. € mit Fälligkeit 1. Februar 2013
- 1,5 Mrd. € mit Fälligkeit 2. Februar 2015.

Veränderungen im Konzern

Die ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, sowie die ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, wurden mit wirtschaftlicher und steuerlicher Wirkung zum 1. April 2011 auf die IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, verschmolzen. Mit der Eintragung der Verschmelzung bei der aufnehmenden Gesellschaft sind die ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH am 13. Oktober 2011 und die ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH am 14. September 2011 erloschen.

Die IKB AG hat am 18. August 2011 Kommanditanteile der Luxemburger Fondsgesellschaft Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF, einer Investmentaktiengesellschaft mit variablem Kapital, gezeichnet. Die IKB fungiert seitdem durch ihre Tochter Valin Funds GP S.à r.l. auch als Komplementärin der Fondsgesellschaft. Die Fondsgesellschaft ist als Umbrella-Struktur gegründet, unter der sukzessive Teilfonds gegründet werden sollen, deren Aktien an dritte Investoren vertrieben werden sollen.

Die IKB AG hat von der IKB Beteiligungen GmbH deren Geschäftsanteil an der Movesta Development GmbH, Düsseldorf, erworben. Anschließend ist die Movesta Development GmbH durch Formwechsel in eine GmbH & Co. KG und anschließenden Austritt der Komplementärin mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2011 auf die IKB AG angewachsen.

Die IKB AG hat als Bestandteil ihrer Liquiditätsvorsorge im Oktober 2011 einen weiteren als Umbrella-Fonds strukturierten Investmentfonds, den Partner Fonds Government & Covered Select, Luxemburg, mit zunächst nur einem Teilfonds aufgelegt.

Die IKB AG hat im März 2012 eine Nachranganleihe über ca. 475 Mio. € auf die MATRONA GmbH (MATRONA), Düsseldorf, übertragen. Damit ist diese im Wege einer befreienden Schuldübernahme neue Schuldnerin der IKB Finance B.V. geworden. Als Gegenleistung für die Übernahme der Verbindlichkeit hat die MATRONA von der IKB AG Wertpapiere mit entsprechendem Nennwert erhalten. Beide Übertragungen erfolgten zu Buchwerten. Durch die nunmehr von ihr gehaltenen Wertpapiere ist die MATRONA wirtschaftlich in der Lage, alle Zins- und Tilgungszahlungen auf die Nachranganleihe und die Rückzahlung zum Fälligkeitszeitpunkt zu leisten.

In einem weiteren Schritt erfolgte mit Wirkung zum Ablauf des 31. März 2012 die Einbringung der MATRONA aus dem Vermögen der IKB Beteiligungen GmbH im Wege einer Sachzuzahlung in die freie Kapitalrücklage der IKB PE. Die Sacheinlage erfolgte zum Marktwert der MATRONA. Hierdurch entstand ein konzerninterner Ertrag von 193 Mio. €, der über Ergebnisabführungsverträge die Kernkapitalquote der IKB AG um 1,2 %-Punkte verbesserte.

Rechtlich relevante Ereignisse

Crédit Agricole Corporate and Investment Bank (CA-CIB, früher Calyon), Financial Guaranty Insurance Company (FGIC) und IKB haben – neben weiteren Parteien – eine Vereinbarung unterzeichnet, die darauf abzielt, verschiedene Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien zu beenden. Dies betrifft die von CA-CIB und FGIC gegen die IKB vor dem Commercial Court, High Court of Justice in London, England, eingeleiteten Verfahren sowie weitere Rechtsstreitigkeiten in New York und Jersey, Channel Islands. Die vertrauliche Vereinbarung regelt die Beendigung der Rechtsstreitigkeiten ohne Schuldanerkenntnis der beteiligten Parteien. Die IKB geht davon aus, dass die Einigung keine finanzielle Belastung für die Bank darstellt, und betrachtet ihre Rechtsrisiken infolge der Vereinbarung als deutlich verringert.

Hinsichtlich der im Risikobericht erläuterten Klageverfahren wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation hat bei einer zugelassenen Revision am 15. November 2011 vor dem XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) eine mündliche Verhandlung stattgefunden. Am 13. Dezember 2011 hatte der Senat diese Klage an das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf zurückverwiesen. Die bisherige Einschätzung, wonach die IKB dieses und die anderen noch nicht rechtskräftig entschiedenen Anlegerklageverfahren für unbegründet hält, hat sich vor dem Hintergrund dieser Entscheidung nicht geändert. Nach den Ausführungen des Senats scheiden zudem deliktische Anspruchsgrundlagen in dem dort behandelten Fall aus.

Zu den Einzelheiten der wichtigen rechtlich relevanten Ereignisse wird auf das Kapitel „Rechtsrisiken“ im Risikobericht verwiesen.

Ergebnisse der Sonderprüfung

Im August 2009 hatte das Landgericht Düsseldorf auf Antrag von Aktionären beschlossen, einen Sonderprüfer zu bestellen, der bei der IKB AG überprüfen soll, ob Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen bezüglich der IKB-Krise begangen haben. Das Landgericht hat den Auftrag zur Durchführung der Sonderprüfung Herrn Dr. Harald Ring, Mitglied des Vorstands der Treuhand- und Revisions-Aktiengesellschaft Niederrhein, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld, erteilt. Rechtsbehelfe der IKB AG gegen die gerichtliche Bestellung blieben erfolglos. Herr Dr. Ring war bereits von der Hauptversammlung im März 2008 zum aktienrechtlichen Sonderprüfer bestellt worden und hatte bis zum Widerruf seiner Bestellung durch die Hauptversammlung im März 2009 Prüfungshandlungen durchgeführt.

Ergebnisse dieser Prüfung liegen der IKB bislang nicht vor.

Debt Issuance Programme

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2011/12 unter Berücksichtigung der Situation der Kapitalmärkte von einer Aktualisierung des Debt Issuance Programme Abstand genommen.

Refinanzierung durch Online-Angebot für Privatkunden

Die IKB hatte am 15. März 2011 ihr Online-Angebot „IKB direkt“ für Privatkunden (www.ikbdirekt.de) gestartet. Mit diesem Angebot von Tages- und Festgeldanlagen schafft sich die IKB eine weitere Refinanzierungsquelle. Seit September 2011 sind Anlagen mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren möglich. Seit März 2012 bietet „IKB direkt“ Privatanlegern auch einen Auszahlplan mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren an.

Personalia

Die Herren Stefan A. Baustert, Arndt G. Kirchhoff und Bruno Scherrer, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 7. September 2011 endeten, wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 7. September 2011 wieder in den Aufsichtsrat gewählt. In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 7. September 2011 erfolgte die Wiederwahl von Herrn Bruno Scherrer zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Turnusgemäß schied mit Ablauf der Hauptversammlung am 7. September 2011 Herr Andreas Wittmann aus dem Aufsichtsrat aus. Aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter wurde Frau Nicole Riggers zum 7. September 2011 in den Aufsichtsrat gewählt.

Aufgrund seiner neuen Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstands der Bertelsmann AG hat Herr Dr. Thomas Rabe mit Wirkung zum 21. Februar 2012 sein Amt niedergelegt.

Ordentliche Hauptversammlung am 7. September 2011

Die Ordentliche Hauptversammlung der IKB AG für das Geschäftsjahr 2010/11 fand am 7. September 2011 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung wurden der Bank nicht zugestellt.

Europäische Schuldenkrise

Die griechische Regierung hat am 24. Februar 2012 den privaten Gläubigern bestimmter Anleihen den Vorschlag unterbreitet, sich an einem Schuldenumtauschangebot zu beteiligen. Ziel des Vorschlages war eine größtmögliche Beteiligung des privaten Sektors zur Unterstützung der bereits durch den öffentlichen Sektor (EU, EZB, Internationaler Währungsfonds) gewährten Hilfen, um so die Wahrscheinlichkeit eines ungeordneten griechischen Forderungsausfalls zu reduzieren.

Gemäß Umtauschangebot wurden den Gläubigern für je 1.000 € Nominal Altanleihen nach griechischem Recht angeboten:

- 315 € Nominal neue Anleihen der Republik Griechenland,
- Zinsbesserungsscheine der Republik Griechenland mit Kopplung an das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands auf die o. g. neuen Anleihen,
- 150 € Nominal besicherte Forderungen gegenüber der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) mit Restlaufzeiten von maximal zwei Jahren.

Darüber hinaus sollten Gläubiger für bis zum 24. Februar 2012 aufgelaufene Stückzinsen eine besicherte Nullkuponanleihe des EFSF mit sechs Monaten Laufzeit erhalten.

Mit einer freiwilligen Beteiligung von mindestens 90 % der betroffenen Gläubiger sollte der zwangsweise Forderungsverzicht über die Aktivierung von Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses) verhindert werden. Da diese Beteiligungsquote nicht erreicht wurde, hat die griechische Regierung im März 2012 die Umschuldungsklauseln aktiviert, was seitens des zuständigen Branchenverbandes ISDA (International Swaps and Derivatives Association Inc.) als Kreditereignis in Bezug auf die Republik Griechenland gewertet wurde.

Die IKB hat im März 2012 am Schuldenumtauschangebot für die gehaltenen Anleihen teilgenommen. Betroffen waren Anleihen mit 211 Mio. € Nominal (200 Mio. € ursprüngliches Nominalvolumen zuzüglich 11 Mio. € kumulierter Anstieg einer inflationsgebundenen Anleihe).

Das Kreditereignis in Bezug auf die Republik Griechenland führte darüber hinaus dazu, dass die von der IKB gehaltenen „First-to-Default“-Anleihen mit Griechenlandbezug (Anschaffungskosten: 148 Mio. €) fällig gestellt und im Austausch den Anleihebedingungen entsprechende Papiere geliefert wurden.

Neben Griechenland hat sich der Vertrauensverlust aufgrund der Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion auch auf die Bewertung weiterer Euro-Staatsanleihen negativ ausgewirkt. Die EU-Länder haben angesichts der weiter bestehenden Unsicherheiten reagiert und im März 2012 beschlossen, dass der bereits bestehende provisorische Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) im Juni 2013 durch einen permanenten ESM abgelöst werden soll. Aufgrund dieser und weiterer internationaler Stützungsmaßnahmen sieht die IKB derzeit keine akuten Adressenausfallrisiken hinsichtlich der vorgenannten weiteren Staaten (s. „Rahmenbedingungen“, Kapitel 1.).

Aktuelle Rating-Situation

Die IKB hatte die Verträge mit den Rating-Agenturen zum 30. Juni 2011 gekündigt, da der Nutzen eines Ratings für die Bank und ihre Investoren nicht mehr gegeben ist und Kosten eingespart werden können. Die Rating-Agenturen Fitch und Moody's haben daraufhin am 30. Juni bzw. 14. Juli 2011 ihre Ratings zurückgezogen, sodass die IKB derzeit über kein externes Rating verfügt. Mit der Rücknahme der Ratings haben die Agenturen ihre jeweils letzten Einstufungen der IKB bestätigt.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftliche Entwicklung

Trotz der abflauenden wirtschaftlichen Entwicklung konnte für den Konzern im Berichtszeitraum ein Neugeschäftsvolumen von 3,3 Mrd. € (Vorjahr: 3,7 Mrd. €) erzielt werden. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine selektive Kreditvergabe und die insgesamt im Laufe des Jahres nachlassende Kreditnachfrage zurückzuführen.

Ertragslage

Der Konzernfehlbetrag beläuft sich auf 517 Mio. € nach einem Konzernüberschuss von 21 Mio. € im Vorjahr. Ursächlich für diese Entwicklung waren an erster Stelle die Staatsschuldenkrise und die daraus folgende sprunghafte Ausweitung von Risikoprämien bei Anleihen bestimmter öffentlicher Emittenten und Banken aus der Euro-Zone sowie das krisenbedingte niedrige Zinsniveau. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich im Wesentlichen deswegen das Fair-Value-Ergebnis und das Ergebnis aus Finanzanlagen um ca. 409 Mio. € verschlechtert.

Von diesen Marktbewertungseffekten wurde insbesondere der Bestand an Finanzanlagen betroffen, den die IKB für die Refinanzierung bei der EZB hält. Dabei führten der Schuldenschnitt bei Forderungen mit Griechenlandbezug und das dadurch ausgelöste Kreditereignis im Geschäftsjahr zu einer Ergebnisbelastung in Höhe von 131 Mio. €.

Aufgrund der nach wie vor robusten Verfassung der deutschen Unternehmen hat sich die Nettozuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft der IKB noch weiter reduziert.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2011/12 und des Vorjahres sowie die im Geschäftsjahr enthaltenen wesentlichen Sondereinflüsse auf den Konzernfehlbetrag. Die Tabelle weist einen bereinigten Konzernfehlbetrag von 58 Mio. € aus.

Tabelle: Gewinn- und Verlustrechnung mit Sonderfaktoren

in Mio. €	Unbereinigte Gesamt- ergebnis- rechnung 1.4.2010 - 31.3.2011*	Unbereinigte Gesamt- ergebnis- rechnung 1.4.2011 - 31.3.2012	Absolute Verände- rung	davon Sonderfaktoren					Bereinigte Gesamt- ergebnis- rechnung 1.4.2011 - 31.3.2012
				Portfolio- Invest- ments	Langfr. Anlagen, Verpflich- tungen und Derivate	Passiv- bewer- tung, bonitäts- induziert	Passiv- bewer- tung IAS 39 AG 8	Sonstiges	
Zinsüberschuss	143,6	153,5	9,9				-30,5		184,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78,8	26,3	-52,5						26,3
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	64,8	127,2	62,4				-30,5		157,7
Provisionsüberschuss	-93,0	-63,2	29,8					-102,3	39,1
Fair-Value-Ergebnis	45,2	-304,8	-350,0	-52,5	-323,8	50,9			20,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	42,3	-16,8	-59,1	-27,1	-3,2				13,5
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	1,6	0,2	-1,4						0,2
Verwaltungsaufwendungen	321,3	297,4	-23,9					10,3	287,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	242,9	49,4	-193,5	-10,3			65,4	-14,9	9,2
Operatives Ergebnis	-17,5	-505,4	-487,9	-89,9	-327,0	50,9	34,9	-127,6	-46,7
Steuern	-38,8	11,5	50,3						11,5
Konzernüberschuss / Konzernfehlbetrag	21,3	-516,9	-538,2	-89,9	-327,0	50,9	34,9	-127,6	-58,2

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Vorjahreswerte angepasst

Der **Zinsüberschuss** lag mit 154 Mio. € um 10 Mio. € über dem Vorjahreswert von 144 Mio. €. Im Segment Kreditprodukte stieg der Zinsüberschuss trotz des rückläufigen Kreditvolumens. Die Ergebnisbeiträge aus dem Segment Treasury und Investments sind hingegen im Vergleich zum Vorjahr per saldo rückläufig.

Im Zinsüberschuss sind folgende Sonderfaktoren enthalten:

- Die Besserungsabreden im Zusammenhang mit den ehemals von der KfW Bankengruppe, Frankfurt, ausgesprochenen Forderungsverzichten und die Besserungsabrede im Zusammenhang mit dem Forderungsverzicht von LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (LSF6 Europe), Delaware, Dallas/USA, sowie Teile der Genussscheine und Stillen Einlagen werden nach IAS 39 AG8 mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Zahlungen bewertet. Dazu werden die erwarteten zukünftigen Zahlungen mit dem ursprünglich vertraglichen Effektivzins abgezinst. In der Veränderung des Barwerts im Vergleich zum Vorjahreswert ist auch ein Zinsanteil (Unwinding) enthalten, der in den Zinsaufwand einfließt. Dieses Unwinding verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 28 Mio. € auf 31 Mio. €.
- Der sich im Vorjahreszeitraum belastend auswirkende Einfluss des Sondereffektes aus der Amortisation des Ausgleichspostens für aufgelöste Sicherungsbeziehungen zum Zeitpunkt der Umstellung auf die IFRS gemäß IFRS 1 IG60A in Höhe von -46 Mio. € ist aufgrund der vollständigen Auflösung zum 31. März 2011 entfallen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** betrug aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung, insbesondere in Deutschland, 26 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio. €). Die Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen sowie Abschreibungen betrugen 55 Mio. € (Vorjahr: 152 Mio. €). Die Nettoauflösungen von Portfoliowertberichtigungen betrugen 29 Mio. € (Vorjahr: 73 Mio. €).

Der **Zinsüberschuss nach Risikovorsorge** erhöhte sich um 62 Mio. € auf 127 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €).

Der **Provisionsüberschuss** lag mit -63 Mio. € über dem Vorjahreswert von -93 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür war der Rückgang der SoFFin-Garantieprovisionen um 24 Mio. € auf 102 Mio. €. Der um die SoFFin-Garantieprovisionen bereinigte positive Provisionsüberschuss in Höhe von 39 Mio. € erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 6 Mio. €.

Das **Fair-Value-Ergebnis** betrug -305 Mio. € (Vorjahr: +45 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus den nachfolgend genannten Sonderfaktoren:

- Das Fair-Value-Ergebnis aus langfristigen Anlagen und Verpflichtungen sowie Derivaten beträgt per saldo -324 Mio. € (Vorjahr: -170 Mio. €). Maßgeblich hierfür war die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion und die daraus folgende Ausweitung von Risikoprämien bei Anleihen bestimmter öffentlicher Emittenten und Banken aus der Euro-Zone. Ebenso hatte das gesunkene Zinsniveau einen erheblichen Einfluss in Form von Marktwertverlusten bei den Verpflichtungen sowie Derivaten.
- Marktwertentwicklungen bei den Portfolioinvestments belasten das Fair-Value-Ergebnis mit 53 Mio. € (Vorjahr: Ertrag in Höhe von 37 Mio. €).
- Als Ausfluss der Staatsschuldenkrise kam es auch zu einer Erhöhung der Risikoprämien für die IKB. Bei den erfolgswirksam zum Marktwert bilanzierten eigenen Verbindlichkeiten entstanden aufgrund der Ausweitung des IKB-Spreads Bewertungsgewinne in Höhe von 51 Mio. €.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich auf -17 Mio. € (Vorjahr: +42 Mio. €). Wesentliche Einflussfaktoren waren negative Marktwertentwicklungen bei Portfolioinvestments und langfristigen Anlagen (Sonderfaktoren).

Die **Verwaltungsaufwendungen** lagen mit 297 Mio. € um 24 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 321 Mio. €. Die Personalaufwendungen reduzierten sich um 9 Mio. € auf 159 Mio. €, insbesondere durch geringere Aufwendungen für Altersvorsorge. Die Anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 15 Mio. € auf 138 Mio. €, insbesondere durch Reduzierung von Kosten für externe Berater.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 194 Mio. € auf 49 Mio. €. Wie auch im Vorjahr ist das Sonstige betriebliche Ergebnis wesentlich durch nachfolgende Sonderfaktoren bestimmt:

- Für die Abwicklungskosten von bestimmten Portfolioinvestments wurden Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. € gebildet.
- Die Bewertung von eigenen Verpflichtungen nach IAS 39 AG8 führte zu einem Bewertungsgewinn im Sonstigen betrieblichen Ergebnis in Höhe von 65 Mio. € (Vorjahr: 321 Mio. €). Dieser ergab sich vor allem aus veränderten Geschäftserwartungen, in denen sich die negativen Rückwirkungen der anhaltenden Staatsschuldenkrise auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum widerspiegeln.
- Bildung von Rückstellungen für Restrukturierungsaufwand in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €)
- Aus dem Rückkauf und der vorzeitigen Rückgabe von SoFFin-garantierten Emissionen entstand per saldo ein Ertrag in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: Aufwand 9 Mio. €).
- Aufwand in Höhe von 4 Mio. € für Gesellschaften in Abwicklung (Vorjahr: 53 Mio. €).

Das **Operative Ergebnis** lag damit bei -505 Mio. € (Vorjahr: -18 Mio. €). Das bereinigte Operative Ergebnis fiel mit -47 Mio. € deutlich besser aus.

Das **Steuerergebnis** betrug -12 Mio. €.

Insgesamt ergab sich ein **Konzernfehlbetrag** von 517 Mio. € (Vorjahr: Konzernüberschuss 21 Mio. €). Der um Sonderfaktoren bereinigte Konzernfehlbetrag betrug 58 Mio. €.

Für nähere Informationen über die Entwicklung einzelner GuV-Posten wird auf die Notes des Konzernabschlusses verwiesen.

Entwicklung der Segmente

Das Segment **Kreditprodukte** umfasst das Eigenmittel- und Förderkreditgeschäft sowie das Mobilienleasing. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurde ein Operatives Ergebnis von 113 Mio. € erzielt, nach 86 Mio. € im Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf eine deutlich geringere Risikovorsorge und einen Sondereffekt im Fair-Value-Ergebnis aus der Rückführung einer Ausplatzierung von Unternehmenskrediten zurückzuführen. Die Nettozuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland nur 10 Mio. €; im Vorjahresvergleichszeitraum mussten noch per saldo 23 Mio. € Risikovorsorge gebildet werden. Das Neugeschäftsvolumen lag im Berichtszeitraum bei 3,3 Mrd. € (Vorjahr: 3,5 Mrd. €). Während die Auszahlungen im klassischen Kreditgeschäft mit rund 2,2 Mrd. € das Vorjahresniveau nicht erreichen konnten, stieg die Nachfrage nach Leasingfinanzierungen an. Der Zinsüberschuss liegt im Segment auf Vorjahresniveau, obwohl das Kreditvolumen um 1,1 Mrd. € (8 %) abnahm.

Die IKB Leasing-Gruppe, die national und international im Mobilienleasing tätig ist, hat als Teil des Segments ein Neugeschäftsvolumen von 1,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,9 Mrd. €) erreicht. Die Gesellschaft profitierte insbesondere von der weiterhin guten Konjunktur und der Investitionstätigkeit in Deutschland.

Die Eigenkapitalrendite im Segment lag insbesondere wegen der positiven Entwicklung bei der Risikovorsorge und der nach wie vor bestehenden Teilabsicherung des Kreditbestands durch Verbriefungstransaktionen bei 20,3 % (Vorjahr: 14,8 %); die Kosten-Ertrags-Relation betrug 48,9 % (Vorjahr: 52,0 %).

Im Segment **Beratung und Capital Markets** sind die Beratungsaktivitäten und die Kapitalmarkt- und Risikomanagement-Lösungen für Kunden gebündelt. Der Zins- und Provisionsüberschuss konnte im Vergleich zum Vorjahr (11 Mio. €) auf 29 Mio. € gesteigert werden. Im Kundenderivategeschäft, das im Fair-Value-Ergebnis abgebildet wird, wurden Erträge in Höhe von 3 Mio. € erzielt, nach 23 Mio. € im Vorjahr. Durch geringere Kosten für laufende Projekte zur Erstellung der Infrastruktur – vor allem für die Kapitalmarkt- und Risikomanagement-Lösungen – sanken die Verwaltungsaufwendungen auf 64 Mio. € (Vorjahr: 71 Mio. €). Es ergab sich ein Operatives Ergebnis von -28 Mio. € (Vorjahr: -33 Mio. €).

Das Segment **Treasury und Investments** umfasst die Ergebnis- und Vermögenspositionen aus dem Aktiv-Passiv-Management der Bank, dem Bestand an EZB-fähigen Wertpapieren, den strukturierten Investments sowie weiteren Aktiva, die gemäß der EU-Auflagen abzubauen waren. Im Berichtszeitraum haben sich die Ausweitung der Risikoprämien für bestimmte Staats- und Bankenrisiken und die gesunkenen Langfristzinsen durch damit verbundene hohe Bewertungsverluste bei langfristigen Anlagen des zur

Liquiditätssicherung vorgehaltenen Bestandes und bei den Derivaten (s. auch in der Sonderfaktoren-Tabelle) negativ auf das Ergebnis ausgewirkt. Es ergab sich ein Operatives Ergebnis von -602 Mio. €, nach -333 Mio. € im Vorjahr. Im Teilsegment Treasury beliefen sich die Marktwertverluste auf langfristige Anlagen und Derivate auf -324 Mio. €, während im Teilsegment Portfolioinvestments die Marktverwerfungen zu einem Fair-Value-Ergebnis von -53 Mio. € führten. Im Teilsegment Treasury fallen die an den SoFFin gezahlten Garantieforderungen in Höhe von 102 Mio. € ergebnisbelastend an. Das sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von -14 Mio. €, das im abgelaufenen Jahr im Wesentlichen aus einem Rückstellungsaufwand für Kosten im Zusammenhang mit der Abwicklung der Portfolioinvestments besteht, war im Vorjahr (-65 Mio. €) wesentlich durch die Abschreibungen auf ein Immobilienprojekt sowie Rückstellungsaufwand vor allem für Rechtskosten im Rahmen der Abwicklung der Portfolioinvestments geprägt.

In der **Zentrale/Konsolidierung** werden, neben den Verwaltungsaufwendungen von Einheiten der Zentrale, die nicht verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt werden können, buchhalterische Sonderfaktoren als Ergebnis- und Vermögenspositionen ausgewiesen. Daneben werden die Effekte aus Methodenunterschieden zwischen Managementberichterstattung und Konzernabschluss sowie die konzerninternen Konsolidierungssachverhalte erfasst. Insbesondere aus der Bewertung von Verpflichtungen wurde ein Fair-Value-Ertrag von 51 Mio. € erzielt (Vorjahr: 188 Mio. €). Der Einfluss des Sondereffektes im Zinsüberschuss aus der Amortisation des Ausgleichspostens gemäß IFRS 1 IG60A ist aufgrund der vollständigen Auflösung zum 31. März 2011 entfallen. Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis resultieren im Wesentlichen aus der Bewertung von Verpflichtungen nach IAS 39 AG8 Gewinne von 65 Mio. € (Vorjahr: 321 Mio. €).

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der IKB ist zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mrd. € auf 31,6 Mrd. € gestiegen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich aufgrund des Anstiegs von kurzfristigen Geldanlagen am Interbankenmarkt und Bar-Sicherheitsleistungen für derivative Geschäfte (Cash Collaterals) um 0,7 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € erhöht.

Die **Forderungen an Kunden** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mrd. € auf 17,8 Mrd. €. Der Rückgang ist auf den Abbau von Kundenkrediten sowie geringeres Neugeschäft im Rahmen der Umsetzung der EU-Auflagen (z. B. bei Immobilienfinanzierungen) und auf Fälligkeiten zurückzuführen.

Der Bestand an **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** verringerte sich aufgrund der guten Verfassung, vor allem der deutschen Unternehmen, um 0,3 Mrd. € auf 0,5 Mrd. €.

Der Bestand der **Handelsaktiva** erhöhte sich um 1,7 Mrd. € auf 2,5 Mrd. €, was im Wesentlichen auf höhere positive Marktwerte bei Derivaten zurückzuführen ist.

Die **Finanzanlagen** lagen konstant bei 7,9 Mrd. €; Bestandsveränderungen und Bewertungseffekte haben sich ausgeglichen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich um 2,0 Mrd. € auf 13,2 Mrd. € insbesondere durch höhere Geldaufnahmen am Interbankenmarkt sowie gestiegene zweckbestimmte Refinanzierungen.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierten sich um 5,4 Mrd. € auf 2,3 Mrd. €. Der Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten um 5,4 Mrd. € ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten sowie den Rückkauf und die vorzeitige Rückführung von SoFFin-garantierten Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich um 2,3 Mrd. € auf 10,0 Mrd. €, vorwiegend aufgrund der verstärkten Hereinnahme von Kundeneinlagen über die Privatkundenplattform „IKB direkt“.

Die **Handelspassiva** erhöhten sich um 1,8 Mrd. € auf 3,8 Mrd. €, insbesondere wegen höherer negativer Marktwerte bei Derivaten.

Das **Nachrangkapital** ging vor allem aufgrund von Bewertungseffekten um 0,1 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € zurück.

Das **Eigenkapital** fiel, vor allem aufgrund des Konzernfehlbetrags, um 519 Mio. € auf 425 Mio. €. Die im Eigenkapital ausgewiesene Neubewertungsrücklage erhöhte sich dabei gegenüber dem Vorjahr um 21 Mio. € auf -15 Mio. €.

Die Kernkapitalquote der IKB-Gruppe (basierend auf HGB-Daten) gemäß Quartalsmeldung an die Deutsche Bundesbank lag am 31. März 2012 bei 9,2 % (31. März 2011: 11,2 %). Die Gesamtkennziffer betrug laut Quartalsmeldung an die Deutsche Bundesbank am 31. März 2012 12,8 % (31. März 2011: 15,9 %). Mit Bilanzfeststellung ergaben sich zum 31. März 2012 für die IKB-Gruppe eine Kernkapitalquote von 9,4 % und eine Gesamtkapitalkennziffer von 13,0 %.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB ist stabil. Dazu beigetragen hat vor allem die Verbreiterung des Funding-Mix. Die IKB nimmt revolving Einlagen von einer Vielzahl von Geschäfts- und Privatkunden herein. Zudem baut die Bank liquiditätswirksam nicht strategische Aktiva ab und betreibt das bilanzwirksame Kreditneugeschäft selektiv.

Gesamtaussage

Die Geschäftsentwicklung und die Lage im Geschäftsjahr 2011/12 zeigen sich, gemessen am bereinigten Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit – wenn also Sondereffekte und steuerliche Effekte unberücksichtigt bleiben –, als deutlich über Vorjahresniveau stabilisiert. Das ist im Wesentlichen auf die gute konjunkturelle Entwicklung, insbesondere in Deutschland, und die damit einhergehende weit verringerte Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen. Allerdings hat auch die deutsche Wirtschaft aufgrund des schwierigen Umfelds im dritten Quartal des Geschäftsjahres an Tempo eingebüßt.

Die Ertragslage war unverändert in erheblichem Umfang von der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Staatsschuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion bestimmt.

Abgesehen von Sondereffekten hat sich die Ertragslage im operativen Geschäft stabilisiert, da

- die Entwicklung des Zinsüberschusses, auf den sich die EU-Auflagen und die SoFFin-Auflagen seit Jahren negativ auswirken, einen Boden gefunden haben sollte,
- die Provisionseinnahmen aus dem Kerngeschäft (Kreditbezogene Produkte und Beratung & Capital Markets) gesteigert werden konnten, obwohl die Aktivität an den Kreditmärkten ab Herbst 2011 einbrach,
- die Provisionsaufwendungen aufgrund verringerter Gebührenzahlungen an den SoFFin rückläufig waren,
- die Risikovorsorge sehr niedrig ausfiel und
- die Verwaltungsaufwendungen gesenkt wurden, obwohl noch bis Mitte des Geschäftsjahres Aufwendungen zur Erfüllung der EU-Auflagen und zur Umsetzung von Regulierungsanforderungen, z. B. Basel III, entstanden.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Bank hat ein umfassendes Risikomanagement etabliert. Dabei sind die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche sind in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt.

Aufsichtsrat. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand. Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit, legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen, insbesondere die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemerkreditbearbeitung, für das portfoliobezogene Kreditrisikocontrolling, für das Marktpreisrisikocontrolling, für Verbriefungsengagements sowie für die Risikoüberwachung operationeller Risiken liegt beim Risikovorstand. Die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung ist dem Finanzvorstand zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliance-Risiko liegen im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse. Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Strategie- und Risikoausschuss, welcher die in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten Ziele bezüglich deren Umsetzung überwacht, aktuelle Marktentwicklungen und -erwartungen in die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen einfließen lässt und Anpassungsnotwendigkeiten zur Geschäfts- und Risikostrategie erörtert. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den Bereichsleitungen verschiedener Markt- und Marktfolgebereiche zusammen und tagt mindestens vierteljährlich.

Kreditrisikomanagement. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses sowie die fortlaufende Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken. Darüber hinaus obliegt dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden für die Bank zu reduzieren. Neben Non-performing Loans stehen auch alle Engagements, für die zwar keine nachhaltigen Wertminderungen erwartet werden, die jedoch aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen Betreuung durch die auf Abwicklung oder Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen, in einem besonderen Fokus.

Risikocontrolling. Dem Bereich Risikocontrolling obliegen die Berechnung und Analyse der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite sowie die Berichterstattung über die Risikopositionen auf Konzernebene.

Darüber hinaus erfolgen die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

In gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank und die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist ebenfalls zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Die Compliance-Funktionen sind im Bereich Recht angesiedelt. Die Koordination dieser Funktionen erfolgt durch den Chief Compliance Officer, der diese Funktionen neben den Aufgaben als Leiter des Rechtsbereichs ausübt.

Überwachung von Risiken aus Verbriefungen und Strukturierten Kreditprodukten. Die Überwachung der Strukturierten Kreditprodukte erfolgt durch den Marktfolgebereich Management Verbriefungsstrukturen. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs zählt unter anderem die marktunabhängige Durchführung des Kreditgenehmigungs- und Impairment-Prozesses für strukturierte Kreditprodukte. Der Bereich ist zudem für die Berichterstattung über diese Geschäfte im Rahmen des Gesamtrisikomanagements der IKB verantwortlich. Darüber hinaus obliegt dem Bereich neben der Erfüllung der umfangreichen vertraglichen Verpflichtungen der IKB im Zusammenhang mit dem Conduit Rhineland Funding¹ sowie den Zweckgesellschaften Havenrock Limited und Havenrock II Limited² auch die Administration der Zweckgesellschaft „Rio Debt Holdings (Ireland) Limited“ (Rio Debt Holdings).

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen laufend Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich obliegen dem Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling sowie die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte.

Interne Revision. Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagementsystems und der internen Kontrollverfahren organisiert. Er arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht. Schwerpunkte sind die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Beratungsgeschäfts sowie des Handelsgeschäfts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstands anlassbezogene Sonderprüfungen durch. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und die wesentlichen Ergebnisse. Unabhängig davon ist sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtorgans oder des Finanz- und Prüfungsausschusses unter Einbeziehung des Vorstands direkt bei dem Leiter der Revision Auskünfte einholen kann.

¹ Hierbei handelt es sich um die Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, (RFCC) sowie diverse Ankaufsgesellschaften mit Sitz in Jersey und Delaware. Diese rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sind nicht mehr im Markt aktiv. Sie investierten in strukturierte Wertpapiere. Für RFCC und die Ankaufsgesellschaften agiert die IKB u. a. als Berater.

² Diese zwei rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos für zwei Liquiditätsgeber an Rhineland Funding und deren gesamtes Kreditrisiko ab, das sich bei einer Inanspruchnahme der Liquiditätslinien ergab. Für die Havenrock-Gesellschaften agiert die IKB als Administrator.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung. Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Durationsmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode). Die Umstellung von der Jahresbandmethode auf die Durationsmethode ist im Rahmen der Einführung der neuen aufsichtsrechtlichen Marktpreisrisikolösung „RiVa“ erfolgt. Im Zuge der Einführung von Murex als neuem Handelssystem wurde zusätzlich die Szenario-Matrix-Methode implementiert. Die Zulassung durch die Aufsicht ist erfolgt.

Nach Einführung der Standardsoftware „LeDIS“ zur Dokumentation, Verwaltung und inhaltlichen Prüfung der Netting-Rahmenverträge wird seit 9. März 2012 das OTC-Derivate-Netting angewendet. Die Anzeige der aufsichtsrechtlichen Nutzung von Aufrechnungsvereinbarungen zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate ist bei der Aufsicht erfolgt.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten, wie sie mit Bilanzfeststellung wirksam werden:

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Institutsgruppenebene (§ 10a Kreditwesengesetz – KWG)

Regulatorische Kapitalsituation in Mio. €	zum 31.3.2012	zum 31.3.2011	zum 31.3.2010
Risikoaktiva	16.143	16.776	19.265
Marktrisikoäquivalent	661	663	313
Operationelles Risiko	497	782	1.100
Risikoposition	17.301	18.221	20.678
Kernkapital (TIER I)	1.698	2.120	2.257
Ergänzungskapital (TIER II)	695	919	1.030
Drittangemittel	0	0	0
Abzugsposition ¹⁾	-137	-149	-216
Eigenmittel	2.256	2.890	3.071
Kernkapitalquote in %	9,4	11,2	10,4
Gesamtkennziffer in %	13,0	15,9	14,9

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) In den Abzugspositionen befinden sich überwiegend Verbriefungspositionen sowie Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2012 resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen bei gleichzeitig limitiertem Neugeschäft.

Mit 9,4 % auf Gruppenebene ist die Kernkapitalquote gegenüber dem Vorjahr gesunken. Sie liegt weiter über der regulatorischen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die Gesamtkennziffer liegt mit 13,0 % auf Gruppenebene ebenfalls über der regulatorischen Mindest-Gesamtkennziffer von 8,0 %.

Der Vorstand geht davon aus, dass sowohl die gesetzlichen Mindestanforderungen als auch die von dem SoFFin und dem Prüfungsverband deutscher Banken e.V. auferlegten Mindestanforderungen (u. a. Kernkapitalquote von 8 %) in Zukunft eingehalten werden können (siehe auch Prognosebericht). Die laufende Umsetzung der Basel III-Regulierung wird erhebliche zusätzliche Eigenkapitalanforderungen verursachen. Aus diesem Grund wird die Bank durch den Abbau von Bilanzaktiva, die Restrukturierung ihrer Anlagen und die Nutzung einer zentralen Gegenpartei für das standardisierte Derivategeschäft ihre risikogewichteten Aktiva weiter senken. Nach wie vor bleiben erhebliche Unsicherheiten, die durch die nicht immer vorhersehbaren Ergebnisse des Gesetzgebungsprozesses verursacht werden. Dieser ist noch nicht abgeschlossen, obwohl die Anwendung der neuen Regeln für den 1. Januar 2013 vorgesehen ist.

Risikotragfähigkeit. Zur internen Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit wird auch die ökonomisch verfügbare Risikodeckungsmasse dem nach betriebswirtschaftlichen Methoden gemessenen Gesamtbankrisiko (ökonomischer Kapitalbedarf) sowohl aus Eigenkapitalgeber-Sicht (Going-Concern-Sicht) als auch aus Fremdkapitalgeber-Sicht (Liquidationssicht) gegenübergestellt. Aus Eigenkapitalgeber-Sicht soll sichergestellt werden, dass ein für den Fortbestand des Bankbetriebs erforderliches Mindestkapital (Benchmark-Kapital) nicht angegriffen wird, selbst wenn in der Betrachtungsperiode aus dem laufen-

den Geschäft sowohl die erwarteten als auch die unerwarteten Verluste eintreten würden. Aus der Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers soll sichergestellt sein, dass auch bei Eintritt aller erwarteten und unerwarteten Risiken das von der Bank aufgenommene nicht nachrangige Fremdkapital in voller Höhe zurückgezahlt werden kann. Anders als in der Eigenkapitalgeber-Sicht wird hierbei aber ein deutlich höheres Sicherheitsniveau (Konfidenzniveau) zugrunde gelegt.

Die Risikodeckungsmasse besteht sowohl in der Eigenkapital- als auch in der Fremdkapitalgeber-Sicht aus dem Core Capital (Grundkapital, Rücklagen, Bilanzgewinn/-verlustvortrag, operatives Planergebnis der kommenden zwölf Monate), den Genussrechten und Stillen Einlagen sowie in der Fremdkapitalgeber-Sicht dem Nachrangkapital. Die unrealisierten Marktwertverluste³ werden in beiden Sichten und das Benchmark-Kapital zusätzlich in der Eigenkapitalgeber-Sicht von der Deckungsmasse abgezogen.

In der Eigenkapitalgeber-Sicht ist die Risikodeckungsmasse seit Ende des letzten Geschäftsjahres von 688 Mio. € auf 377 Mio. € zurückgegangen. In der Fremdkapitalgeber-Sicht beträgt die Risikodeckungsmasse zum 31. März 2012 1.142 Mio. € (31. März 2011: 2.065 Mio. €). Der Rückgang ist auf folgende Entwicklungen seit Geschäftsjahresbeginn zurückzuführen:

- Rückgang des „Core Capital“ durch ein gegenüber der ursprünglichen Planung schlechter ausgefallenes operatives Ergebnis im Geschäftsjahr 2011/12. Ursache waren die bereits im Abschnitt „Geschäft und Rahmenbedingungen“ dargestellten Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise. Darüber hinaus wurde das negative Planergebnis für das Geschäftsjahr 2012/13 von der Deckungsmasse abgezogen.
- In der Fremdkapitalgeber-Sicht wirkt sich die Krisensituation in der Euro-Zone besonders aus; praktisch hat sich ein Stress-Szenario verwirklicht. In der Rechnung spiegelt sich das zunehmend im Anstieg der Stillen Lasten wider. Zudem bestimmen Krisentage – gerade Ende Dezember 2011 – die verwendete historische Simulation und führen methodisch zu erhöhten erwarteten Verlustschätzungen. Diese Wertabschläge werden in der Risikodeckungsmasse vollumfänglich berücksichtigt, auch wenn die Bank nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgeht.

Der ökonomische Kapitalbedarf auf Konzernebene zur Abdeckung des „unerwarteten“ Gesamtbankrisikos [Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko (nur in der Eigenkapitalgeber-Sicht) sowie allgemeines Geschäftsrisiko und operationelles Risiko] wird mittels bankeigener quantitativer Modelle bestimmt. Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder und werden daher nicht nochmals explizit in die Risikotragfähigkeitsberechnungen einbezogen. Für Beteiligungsrisiken wird gegenwärtig kein ökonomischer Kapitalbedarf berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung. Dasselbe gilt auch für die Rechtsrisiken.

Nachfolgend werden für die Eigenkapitalgeber-Sicht und die Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers die für einen Risikohorizont von einem Jahr quantifizierten Risiken der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Eigenkapitalgeber-Sicht. Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht eines Eigenkapitalgebers bei einem Konfidenzniveau von 90 %.

³ Eigenkapitalgeber-Sicht: Zinsinduzierte unrealisierte Marktwertverluste aus Positionen, deren Endfälligkeiten in einem zeitlichen Abstand von bis zu zwei Jahren zueinander liegen. Fremdkapitalgeber-Sicht: Sämtliche zins-, volatilitäts- und Credit-Spread-induzierte Lasten mit Ausnahme der unrealisierten Marktwertverluste im klassischen Kreditgeschäft in illiquiden Märkten.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Eigenkapitalgeber-Sicht

	31.3.2012		31.3.2011	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	154	46	198	51
Marktpreisrisiko	66	20	71	18
Operationelles Risiko	29	9	29	8
Geschäftsrisiko	76	22	72	19
Liquiditätsrisiko	12	4	16	4
Summe	338	100	387	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-80		-98	
Gesamtrisikoposition	258		289	
Risikodeckungsmasse	377		688	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Fremdkapitalgeber-Sicht. Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers bei einem Konfidenzniveau von 99,76 %.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Fremdkapitalgeber-Sicht

	31.3.2012		31.3.2011	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	727	43	764	47
Marktpreisrisiko	686	41	609	37
Operationelles Risiko	97	6	97	6
Geschäftsrisiko	167	10	158	10
Summe	1.677	100	1.628	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-349		-308	
Gesamtrisikoposition	1.328		1.321	
Risikodeckungsmasse	1.142		2.065	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Risikotragfähigkeit der IKB ist vor dem Hintergrund der massiven Auswirkungen der Verschuldungskrise einiger europäischer Staaten – allen voran Griechenland, aber auch Italien und Spanien – einzuwerten. Während sich das Adressenausfallrisiko im klassischen Kreditgeschäft aufgrund der robusten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland eher unauffällig entwickelt hat, führte die vorgenannte Verschuldungskrise nicht nur zu Marktpreisrisiken, die dem Stress-Niveau nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers Ende 2008 entsprechen – hier bestimmen Krisentage (gerade Ende Dezember) die verwendete historische Simulation und führen methodisch zu erhöhten geschätzten Risiken. Die europäische Verschuldungskrise hat auch einen massiven Wertverlust bei europäischen Staatsanleihen zur Folge und somit gleichzeitig zu einem extremen Verzehr an Deckungsmasse in Form stiller Lasten und erheblicher Wertberichtigungen auf die in der Liquiditätsanlage der Bank gehaltenen Staatsanleihen geführt.

Trotz dieser als „Stress“ zu bezeichnenden Gesamtsituation übersteigt die Risikodeckungsmasse in der Going-Concern-Sicht die Risikoposition nach wie vor deutlich. Allerdings ist der Auslastungsgrad mittlerweile auf 68 % (31. März 2011: 42 %) angewachsen. Sollten über die geplanten operativen Verluste tatsächlich auch die geschätzten unerwarteten Risiken im Geschäftsjahresverlauf eintreten, hätte die Bank immer noch eine Kernkapitalquote über dem geforderten gesetzlichen Minimum von 4 % (s. auch Kapitel 7., Prognosebericht). Das gilt auch beim Verzicht auf Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den Risiken (Diversifikationseffekte). Ursache hierfür sind vor allem die Wertberichtigungen auf griechische Staatsanleihen. Steuerungsrelevant für die Risikotragfähigkeit ist die Going-Concern-Sicht, da die Bank bei der Risikotragfähigkeit die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter Beachtung der bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen als vorderstes Ziel betrachtet.

In der Liquidationssicht, die zeigt, inwieweit bei einer fiktiven Liquidation der Bank die Gläubiger auch nach Eintritt aller unerwarteten Risiken befriedigt werden können, ist die Gesamtrisikoposition erstmalig nicht mehr vollständig durch die Risikodeckungsmasse abgedeckt (Unterdeckung: 16 %). Dieses Ergebnis ist EU-krisenbedingt. Dies zeigt sich neben den o. g. Wertberichtigungen auf die Griechenlandanleihen auch in den massiven Spread-Ausweitungen bei langlaufenden italienischen Staatsanleihen, in deren Folge die

Stillen Lasten und Marktpreisrisiken gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn nochmals angestiegen sind. Gerade für Italien lassen sich aus den Ausschlägen der Risikoprämien implizit Ausfallerwartungen ableiten, die die IKB nicht teilt. Darin spiegeln sich nach Auffassung der IKB sowohl Spekulationen gegen das Land bzw. den Euro wider als auch eine fast absolute Risikoaversion von Anlegern, deren Vertrauen in die europäische Politik nicht mehr gegeben ist.

Mit Blick auf die Tatsache, dass die Liquidationssicht somit maßgeblich von den Risiken aus den in der Liquiditätsanlage der Bank gehaltenen langlaufenden italienischen Staatsanleihen dominiert ist (Gesamtrisikobeitrag: 284 Mio. €; anteilige Stille Lasten: 341 Mio. €) und die IKB eine zu Griechenland vergleichbare Entwicklung für andere südeuropäische Länder nicht sieht, hält die Bank die vorgenannte Unterdeckung im Sinne der Risikotragfähigkeit für noch vertretbar. Ohne Berücksichtigung des Risikos und der Stillen Lasten auf diese langlaufenden italienischen Staatsanleihen würde die Auslastung der Deckungsmasse lediglich 70 % betragen.

Prognoserechnungen und Stresstests. Mit Blick auf die nach wie vor von Unsicherheit geprägte gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden beiden Geschäftsjahre. Basis für diese Prognoserechnungen sind neben dem Business-Plan der Bank auch verschiedene Stress-Szenarien. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Businessplans die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Kapitalbedarf für unerwartete Risiken in der Going-Concern-Sicht auch in den nächsten beiden Geschäftsjahren übersteigen wird.

Bezogen auf die Marktpreisrisiken fließen in die Risikotragfähigkeits-Rechnung der IKB derzeit Werte wie für ein Stress-Szenario ein, das mit der Situation infolge der Lehman-Insolvenz vergleichbar ist. Sollten sich die Risiken jedoch noch weiter erhöhen bzw. die Realwirtschaft stärker beeinträchtigt werden, wird es zu weiteren Belastungen der Risikotragfähigkeit kommen.

Die Analyse der wirtschaftlichen und makroökonomischen Stress-Szenarien zeigt, dass bei extremeren Szenarien, wie z. B. dem Zerfall der Euro-Zone mit gesamtwirtschaftlichen Folgen für den gesamten EU-Wirtschaftsraum oder einem schweren konjunkturellen Abschwung, auch in der Going-Concern-Sicht die Risikodeckungsmasse nicht mehr in der Lage ist, die Gesamtrisikoposition vollständig abzudecken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die gegenwärtige Lage an den Kapitalmärkten bereits weite Teile eines Stress-Szenarios beinhaltet.

Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden alle Risikostrategien unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung sowie der konjunkturellen Lage überarbeitet. Die im Strategie- und Risikoausschuss identifizierten Anpassungsnotwendigkeiten der Strategien wurden dabei berücksichtigt.

Kreditrisikostrategie. Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter auf niedrigem Niveau begrenzen. Neben der Beschränkung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt der IKB in Deutschland liegen. Im Ausland beschränken sich die Aktivitäten (mit Ausnahme des Leasing-Geschäfts) derzeit auf Westeuropa, insbesondere auf Frankreich und Italien. Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung.

Marktpreisrisikostrategie. Im Kundengeschäft liegt der Schwerpunkt mit Bezug auf mögliche Marktpreisrisiken in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements der Kunden. Ergänzt wird dies durch den Aufbau eines Brokerage-Modells, in dem Wertpapiere, die von Kunden emittiert worden sind, im Handelsbuch mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren hereingenommen werden. Für Geschäfte im Handelsbuch beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar, wobei die hiermit verbundene maximale Risikoposition sehr gering gehalten wird. Der Hauptteil der Marktpreisrisiken des Konzerns resultiert dementsprechend aus dem Aktiv-Passiv-Management sowie den Investmentportfolios.

Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread-Risiken sowie Zinsänderungsrisiken, die im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung weiterhin begrenzt bzw. moderat zurückgeführt werden sollen.

Liquiditätsstrategie. Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen, der Ausgabe von Schuldscheinen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form, der Teilnahme am EZB-Tenderverfahren sowie SoFFin-garantierten Emissionen. Das SoFFin-Garantievolumen konnte im Geschäftsjahr 2011/12 von 9,5 Mrd. € auf 4,5 Mrd. € zurückgeführt werden. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen, diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des derzeit eingeschränkten Kapitalmarktzugangs. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere mit geringen Marktrisiken.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlement-Prozesses darstellt.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit, Neugeschäfts- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den erwarteten Risikovorsorgebedarf.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung. Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Bonitätsanalyse, Votum, Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den marktunabhängigen Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch Gremien unter Einbindung des Vorstands getroffen.

Die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations, bei komplexen Kreditverträgen unter Einbindung des Bereichs Recht.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer auf Basis von Jahresabschlüssen, Planzahlen und Liquiditätsplanungen kommt der Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt und der Zukunftsaussichten bei der Kreditanalyse eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit bzw. Syndizierbarkeit – von Krediten gelegt. Im Konsortialgeschäft, bei Akquisitionsfinanzierungen sowie einfallbezogen bei weiteren Unternehmensfinanzierungen, bei denen die Übernahme von Underwriting-Risiken und die spätere Ausplatziierung vorgesehen sind, ist das Vorliegen eines positiven Syndizierungsvotums des von der Geschäftsinitiierung unabhängigen Teams Syndication des Marktbereichs Financial Markets & Treasury vor Kreditentscheidung erforderlich. Ferner existiert ein Limitsystem bezüglich der Größe einzelner Underwriting-Positionen sowie zur Summe aller Underwriting-Positionen, um sicherzustellen, dass die für einen nur kurzfristigen Verbleib im Kreditbuch vorgesehenen Risikopositionen auch im genehmigten Zeitrahmen syndiziert werden.

Die Kreditentscheidungen über Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige strukturierte Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Management Verbriefungsstrukturen oder durch den Vorstand getroffen.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisikomanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Kreditrisikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte werden durch den Bereich Management Verbriefungsstrukturen durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingsysteme. Die Auswahl der Geschäftspartner und Investments wird durch Anforderungen an die Besicherung der Engagements und die Bonität durch die Kreditleitlinien operationalisiert. Insofern spielt die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer eine zentrale Rolle innerhalb des Kreditprozesses.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingsysteme. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle sowie konjunktureller Erwartungen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls im Rating berücksichtigt. Dies hat zur Folge, dass sich mit verändernden Konjunkturerwartungen auch die Bonitäten der Kunden verändern werden.

Bei klassischen Unternehmensfinanzierungen setzt die Gesellschaft das „IKB-Mittelstandsrating“ ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Für Akquisitionsfinanzierungen verwendet die Gesellschaft ein für Leveraged-Finance-Transaktionen entwickeltes System. Das System berücksichtigt sowohl die Finanzierungsstruktur unter Verwendung von Kennzahlen als auch qualitative Faktoren der Transaktion. Die Entwicklung, Pflege und der Betrieb des Ratingsystems für Akquisitionsfinanzierungen sind an einen externen Dienstleister ausgelagert.

Bei Projekt- und Spezialfinanzierungen werden Ratingverfahren eingesetzt, die unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen, da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilienrating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Da sowohl Projektfinanzierungen als auch Immobilienfinanzierungen nicht mehr zum strategischen Fokus der IKB gehören und keine Neugeschäfte mehr erfolgen, werden beide Ratingverfahren von der Bank nicht mehr weiterentwickelt.

Länderrisiken. Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte, Ratingagenturen und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Asset-Korrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt gemeinsam durch auf Branchenrisiken spezialisierte Einheiten in Markt und Marktfolge. Deren umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Cluster-Analysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren. Darüber hinaus finden in der Regel monatliche Portfolio-Besprechungen zwischen den Firmenbetreuern und Sanierungsspezialisten der Marktfolge in den Niederlassungen statt, um frühzeitig über potenzielle Problemengagements zu diskutieren und Maßnahmen zur Reduzierung des Ausfallrisikos einzuleiten.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern der auf Branchen spezialisierten Industriegruppen, der Bereiche Kreditrisikomanagement und Risikocontrolling sowie der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturfälle auf die einzelnen Wirtschaftszweige Volumens- und Risikobeitragslimite festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Im Bereich Kreditrisikomanagement erfolgt darüber hinaus eine fortlaufende Überwachung des Kreditportfolios durch die auf Industriesektoren spezialisierten Risikoanalysten.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos. Das Kreditvolumen zum 31. März 2012 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011	Differenz
Forderungen an Kreditinstitute	2.976	2.308	668
Kredite an Kunden	15.690	18.430	-2.740
Handelsaktiva	2.479	816	1.664
Finanzanlagen ¹⁾	7.931	7.869	62
Operating- und Finanzierungsleasing-Verträge	2.170	2.029	141
Eventualverbindlichkeiten (brutto), Credit Default Swaps, Garantien	467	625	-157
Summe Kreditvolumen	31.713	32.076	-363

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) ohne auf Dritte entfallende Teile (10 Mio. €, Vorjahr: 24 Mio. €)

Das Kreditvolumen ist um 0,4 Mrd. € auf 31,7 Mrd. € zurückgegangen. Die Kredite an Kunden sind im Wesentlichen bedingt durch den Abbau nicht strategischer Assets um 2,7 Mrd. € zurückgegangen. Dagegen sind die Handelsaktiva durch den Anstieg positiver Derivate-Marktwerte um 1,7 Mrd. € angestiegen. Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute um 0,7 Mrd. € ist überwiegend bedingt durch die Zunahme von Call Accounts im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen im Derivategeschäft.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen

Größenklassen ¹⁾ in Mio. €	31.3.2012			31.3.2011	
	Kreditvolumen		Anzahl ¹⁾	Kreditvolumen	
kleiner 5 Mio. €	4.522	14 %	20.911	4.433	14 %
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	2.479	8 %	343	2.697	8 %
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	3.458	11 %	250	3.741	12 %
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.269	10 %	109	3.464	11 %
50 Mio. € und größer	13.152	41 %	70	11.020	34 %
Zwischensumme	26.880	85 %	21.683	25.355	79 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	4.833	15 %	0	6.721	21 %
Gesamt	31.713	100 %	21.683	32.076	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die reduzierten Volumina in den Größenklassen bis 50 Mio. € sind auf Kreditrückzahlungen und Verkäufe von Kreditforderungen zurückzuführen.

Der Anstieg des Anteils der Größenklasse 50 Mio. € und größer ist geprägt von angestiegenen positiven Marktwerten von Derivaten sowie für Derivate gestellte Collaterals mit Kreditinstituten. Die durchschnittliche Engagementhöhe in dieser Größenklasse beträgt 188 Mio. € (Vorjahr: 165 Mio. €). Der größte Teil der Engagements über 50 Mio. € entfällt auf Kreditinstitute (8,9 Mrd. €, Vorjahr: 5,8 Mrd. €), den öffentlichen Sektor (2,2 Mrd. €, Vorjahr: 3,0 Mrd. €) und Portfolioinvestments (unverändert 0,6 Mrd. €).

Das Volumen der Risikoausplatzierungen hat sich überwiegend durch Tilgungen der mittels eigener Verbriefungstransaktionen ausplatzierten Kredite um 1,9 Mrd. € auf 4,8 Mrd. € reduziert.

Unter den Risikoausplatzierungen befinden sich vor allem synthetische Verbiefungen, bei denen die KfW Bankengruppe (KfW) das Kreditrisiko absichert, sowie Haftungsfreistellungen, die ebenfalls überwiegend im Rahmen der KfW-Programme genutzt wurden. Die aktuellen Risikoausplatzierungen belaufen sich insgesamt auf 4,8 Mrd. €. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Zum Bilanzstichtag betrug die Inanspruchnahme dieser Kredite 2,6 Mrd. € (Vorjahr: 4,2 Mrd. €). Die Ausplatzierungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

- 0,3 Mrd. € entfallen auf Kredite, für die die Bank lediglich Erstverlustrisiken in Höhe von 12,1 Mio. € (ursprünglich 15,3 Mio. €) zurückbehalten hat.
- Kredite mit einem Volumen von 0,5 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 32,6 Mio. € (ursprünglich 39,2 Mio. €) ausplatziert sind. Diese Subordination wird unverändert als ausreichend angesehen.
- Für Kredite in Höhe von 1,4 Mrd. € wurde im Berichtsjahr die Absicherung des Senior-Anteils des Portfolios aufgelöst. Es verbleibt eine Absicherung in Höhe von 228,9 Mio. €, die als ausreichende Subordination angesehen wird.
- Für Kredite mit einem Volumen von 0,4 Mrd. € ist das Kreditrisiko vollständig ausplatziert.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbiefungen. Für das traditionelle Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten

Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2012 Kreditvolumen		31.3.2011 Kreditvolumen	
Grundpfandrechte	4.481	14 %	5.204	16 %
Sicherungsübereignung	2.779	9 %	2.637	8 %
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	2.677	8 %	3.232	10 %
Collateralized ²⁾	4.033	13 %	1.218	4 %
Besichertes Kreditvolumen³⁾	13.971	44 %	12.291	38 %
Blankokredite	12.909	41 %	13.064	41 %
Zwischensumme	26.880	85 %	25.355	79 %
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	4.833	15 %	6.721	21 %
Gesamt	31.713	100 %	32.076	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Fixed and Floating Charges, Mortgage over Shares
- 2) Derivate mit positiven Marktwerten (1,9 Mrd. €) und Call Accounts (2,2 Mrd. €) jeweils im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen, d. h. mit korrespondierenden Positionen, überwiegend Derivate mit negativen Marktwerten
- 3) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile
- 4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die durch Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten besicherten Engagements sind im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt um 1,1 Mrd. € zurückgegangen.

Unter „Collateralized“ werden Derivate mit positiven Marktwerten und Call Accounts ausgewiesen, die jeweils im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen bestehen, d. h. zu korrespondierenden Positionen – überwiegend Derivaten mit negativen Marktwerten – gehören. Diese Position ist durch den Anstieg der Derivate-Marktwerte im Vergleich zum Vorjahr signifikant um 2,8 Mrd. € angestiegen.

Der größte Teil der Blankokredite entfällt auf Kreditinstitute (5,4 Mrd. €, Vorjahr: 5,7 Mrd. €), den öffentlichen Sektor (2,4 Mrd. €, Vorjahr: 3,4 Mrd. €) und Portfolioinvestments (0,8 Mrd. €, Vorjahr: 0,9 Mrd. €). Die übrigen Blankokredite sind überwiegend aufgrund von Neugeschäft und angestiegenen Marktwerten von Derivaten von 3,1 Mrd. € auf 3,9 Mrd. € angestiegen. Die auf Kreditinstitute und den öffentlichen Sektor entfallenden Blankokredite betreffen überwiegend Wertpapiere, die dem Liquiditätsbestand zugehören und EZB-fähig sind.

Geografische Struktur. Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen zum 31. März 2012 wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen

Regionen in Mio. €	31.3.2012 Kreditvolumen		31.3.2011 Kreditvolumen	
Inland	13.500	43 %	13.494	42 %
Ausland	13.379	42 %	11.861	37 %
Westeuropa	10.112	32 %	9.324	29 %
Osteuropa	779	2 %	740	2 %
Nordamerika	2.318	7 %	1.579	5 %
Sonstige Länder	170	1 %	218	1 %
Zwischensumme	26.880	85 %	25.355	79 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	4.833	15 %	6.721	21 %
Gesamt	31.713	100 %	32.076	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Während das Kreditvolumen im Inland nahezu unverändert blieb, stieg es im Ausland um 13 %, vorwiegend in Westeuropa und Nordamerika um jeweils 0,8 Mrd. €, bedingt durch das angestiegene Derivatevolumen und westeuropäische Bankenanleihen an.

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem Länderrating der IKB

Länderbonitäten ¹⁾ Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2012 gesamt ²⁾	Länderbonitäten				
		1-6	7-9	10-12	13-15	16-19
Westeuropa	10.112	9.430	496	140	0	46
Osteuropa	779	520	51	208	0	0
Nordamerika	2.318	2.318	0	0	0	0
Sonstige Länder	170	111	23	22	15	0
Gesamt	13.379	12.379	570	370	15	46

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse
- 2) Absicherungen durch ECA-(Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

93 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren den sechs besten Länderrisikoklassen 1-6 zuzuordnen. Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 13-15 betrifft im Wesentlichen den Iran (12 Mio. €) und Ägypten (2 Mio. €). Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 16-19 betrifft Griechenland (46 Mio. €).

Innerhalb von Westeuropa verteilen sich die Risiken auf folgende Staaten:

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken

31.3.2012 in Mio. €	Kreditvolumen nach Risikoentlastung	davon Staatenrisiken	davon Kreditinstitute ¹⁾	davon restliche Adress- ausfallrisiken ²⁾
Frankreich	2.223	218	1.141	865
Großbritannien	2.045	0	1.076	969
Italien	1.580	886	275	419
Spanien	1.437	87	671	679
Luxemburg	549	0	458	92
Irland	496	19	20	457
Niederlande	373	20	185	168
EU ³⁾	330	234	0	96
Schweiz	264	0	146	119
Schweden	242	0	205	37
Portugal	140	50	28	62
Griechenland	46	17	17	12
Sonstige	386	26	143	217
Gesamt	10.112	1.556	4.364	4.191

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Covered Bonds.
- 2) in Irland 305 Mio. € Portfolioinvestments enthalten, in der EU 96 Mio. € Anleihen der Zweckgesellschaft Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)
- 3) Europäische Kommission und EFSF

Seit Ende des Jahres 2009 führte die Verschuldung einiger EU-Staaten zu einem massiven Vertrauensverlust in die Europäische Währungsunion. Um eine weitere Ausdehnung dieser Vertrauenskrise zu verhindern und damit die Stabilität des Euro zu sichern, haben sich mittlerweile die gesamten Euro-Staaten auf einen Stabilitätspakt verständigt, der die Zahlungsfähigkeit der EU-Staaten sicherstellen soll. Die Hilfen der Euro-Staaten sind bisher Griechenland, Irland, Portugal und Spanien gewährt bzw. von diesen beantragt worden. Aufgrund dieser Stützungsmaßnahmen der EU sieht die Bank derzeit keine akuten Adressausfallrisiken hinsichtlich dieser Staaten mit Ausnahme Griechenlands.

Die Bank hat im März 2012 griechische Staatsanleihen mit einem Nominalvolumen von 211 Mio. € umgetauscht und dafür nominal 67 Mio. € griechische Staatsanleihen mit einem Buchwert von 9 Mio. € sowie

35 Mio. € nominal/Buchwert EFSF erhalten. Letztere wurden nach dem Bilanzstichtag zum Buchwert veräußert.

Von dem Kreditereignis Griechenlands am CDS-Markt waren vier sogenannte First-to-Default-Wertpapiere mit Referenzland Griechenland in Höhe von insgesamt 148 Mio. € Anschaffungskosten betroffen. Zwei dieser Wertpapiere waren zum Bilanzstichtag bereits umgetauscht – geliefert wurden nominal 30 Mio. € griechische Staatsanleihen mit einem Buchwert von 8 Mio. € sowie nominal 38 Mio. € Hellenic Railway (Buchwert 12 Mio. €). Diese Papiere wurden nach dem Bilanzstichtag veräußert. Die beiden verbleibenden First-to-Default-Wertpapiere (nominal 80 Mio. €, Buchwert 17 Mio. €) wurden erst nach dem Bilanzstichtag umgetauscht und die erhaltenen Wertpapiere veräußert. In der obenstehenden Übersicht wurden die First-to-Default-Papiere dem Risikoland Griechenland zugeordnet.

Nach dem Bilanzstichtag sind somit alle griechischen Anleihen veräußert worden.

Darüber hinaus hält die Bank noch ein weiteres First-to-Default-Wertpapier in Höhe von 50 Mio. €, dessen Rückzahlung im Falle des Ausfalls der referenzierten staatlichen Schuldner in Form von Staatsanleihen dieses Landes erfolgt. Als Referenzschuldner dienen die Länder Frankreich, Italien, Portugal, Tschechien und Zypern.

Die Länderrisiken werden im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Eine separate Länderrisikovorsorge auf der Grundlage der Länderrisikobligen wird nicht gebildet.

Branchenstruktur. Die IKB ordnet jedem Kunden eine der insgesamt rund 430 Branchen nach Wirtschaftszweigsystematik zu. Diese Branchen werden gruppiert und in Branchen-Cluster zusammengeführt.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen

Branchen in Mio. €	31.3.2012 Kreditvolumen		31.3.2011 Kreditvolumen	
Industriebranchen	12.661	40 %	12.175	38 %
Maschinenbau	1.061	3 %	1.141	4 %
Dienstleistungen	935	3 %	872	3 %
Energieversorgung	853	3 %	1.049	3 %
Metallerzeugnisse	814	3 %	750	2 %
Großhandel	801	3 %	646	2 %
Sonstige	8.197	26 %	7.717	24 %
Immobilien	1.385	4 %	1.919	6 %
Finanzsektor	969	3 %	1.146	4 %
Banken	9.436	30 %	6.669	21 %
Öffentlicher Sektor	2.429	8 %	3.446	11 %
Zwischensumme	26.880	85 %	25.355	79 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	4.833	15 %	6.721	21 %
Gesamt	31.713	100 %	32.076	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

In den Industriebranchen ist das Kreditvolumen gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mrd. € angestiegen und im Immobilienbereich um 0,5 Mrd. € zurückgegangen. Unverändert hoch ist der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 3 %. Die Erhöhung im Bankensektor um 2,8 Mrd. € ist vor allem auf angestiegene Derivate mit positiven Marktwerten sowie auf westeuropäische Anleihen zurückzuführen.

Bonitätsstruktur. Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur

Bonitätsstruktur ¹⁾ in Mio. €	31.3.2012 Kreditvolumen		31.3.2011 Kreditvolumen	
1-4	10.212	32 %	9.981	31 %
5-7	6.267	20 %	4.036	13 %
8-10	5.222	16 %	4.808	15 %
11-13	2.604	8 %	2.732	9 %
14-15	733	2 %	1.291	4 %
Lehman Assets ²⁾	339	1 %	352	1 %
Problemengagements ³⁾	1.501	5 %	2.156	7 %
Zwischensumme	26.880	85 %	25.355	79 %
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	4.833	15 %	6.721	21 %
Gesamt	31.713	100 %	32.076	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse
- 2) Portfolioinvestments, deren Ausfallwahrscheinlichkeit aufgrund von Rechtsrisiken nicht mehr von den Bonitäten der Portfolioinvestments abhängt und daher nicht beziffert werden kann
- 3) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen (Wertpapiere)
- 4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Anstieg in den Bonitätsstufen 5-7 um 2,2 Mrd. € ist im Wesentlichen auf Bonitätsverschlechterungen von Bankadressen sowie des öffentlichen Sektors zurückzuführen. Neben den Problemengagements ist auch das Volumen in den Bonitätsstufen 14-15 durch Bonitätsverbesserungen mit Schwerpunkt im Leasing-Geschäft und Kreditrückzahlung zurückgegangen.

Problemengagements.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung dieser Problemengagements.

Tabelle: Problemengagements¹⁾

Kreditvolumen	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2011 in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Wertgemindert (Non-performing Loans)	1.261	1.761	-500	-28,4 %
Nicht wertgemindert	370	487	-117	-24,0 %
Gesamt	1.631	2.248	-617	-27,4 %
In % des Kreditvolumens	5,1 %	7,0 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2012: 130 Mio. €; 31. März 2011: 92 Mio. €)

Die nicht wertgeminderten Problemengagements gingen durch Verbesserungen der Kreditqualität sowie durch Übergänge in die wertgeminderten Problemengagements zurück.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Non-performing Loans.

Tabelle: Non-performing Loans

Kreditvolumen	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2011 in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inland	662	1.173	-511	-43,5 %
Ausland	378	401	-23	-5,8 %
Wertgeminderte Kredite	1.040	1.574	-534	-33,9 %
Wertpapiere (wertgeminderte Finanzanlagen) ¹⁾	220	187	34	18,0 %
Wertgemindert (Non-performing Loans) gesamt	1.261	1.761	-500	-28,4 %
In % des Kreditvolumens	4,0 %	5,5 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2012: 130 Mio. €; 31. März 2011: 92 Mio. €)

Der Rückgang der Non-performing Loans geht überwiegend auf Abwicklungsmaßnahmen inländischer Kreditnehmer zurück. Bei den ausländischen Kreditnehmern ging das Volumen der Non-performing Loans nur leicht zurück.

Risikovorsorge. Für eingetretene Verluste im bilanziellen Kreditgeschäft wird eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für das außerbilanzielle Kreditgeschäft wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigt die IKB sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cashflows aus Zins- und Tilgungsleistungen als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen ist der Bereich Kreditrisikomanagement, der jeden Fall einzeln beurteilt, die Sanierungsstrategie bewertet und die Schätzung der erwarteten Zahlungseingänge vornimmt. Die Festsetzung von Wertberichtigungen bei den Tochtergesellschaften IKB Leasing GmbH und der IKB Private Equity erfolgt durch die Tochtergesellschaften.

Im Berichtszeitraum 1. April 2011 bis 31. März 2012 lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Wesentlichen aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage mit 26 Mio. € um 67 % unter dem Vorjahresniveau von 79 Mio. €. Der Rückgang der Portfoliowertberichtigungen um 29 Mio. € resultiert überwiegend aus dem Rückgang der nicht wertgeminderten Problemengagements. Die Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gingen um 91 Mio. € zurück, während die Auflösung von Einzelwertberichtigungen fast unverändert blieb. Die Direktabschreibungen sind um 11 Mio. € zurückgegangen. Schwerpunkte der Risikovorsorge lagen bei Akquisitionsfinanzierungen mit 29 Mio. €, davon 21 Mio. € im Segment Kreditprodukte, sowie mit 15 Mio. € bei Immobilienfinanzierungen im Segment Treasury und Investments, jeweils überwiegend Finanzierungen im Ausland betreffend. Die Nettorisikovorsorge enthält 8 Mio. € Aufwand im Zusammenhang mit dem Verkauf von nicht erhöht risikobehafteten Kundenforderungen zur Portfoliooptimierung.

Tabelle: Risikovorsorge

	1.4.2011 - 31.3.2012 in Mio. €	1.4.2010 - 31.3.2011 in Mio. €*	Veränderung
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	199,2	289,7	-31 %
Direktabschreibungen	13,4	24,7	-46 %
Eingänge aus abgeschriebenem Forderungen	-8,1	-12,5	-35 %
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowert- berichtigungen	-28,8	-72,8	-60 %
Auflösung von EWB/Rückstellungen	-149,4	-150,3	-1 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	26,3	78,8	-67 %
Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen			
Anfangsbestand	741,4	941,0	-21 %
Inanspruchnahme	-326,2	-317,1	3 %
Auflösung	-149,4	-150,3	-1 %
Umgliederung	0	0,2	
Unwinding	-20,8	-25,8	-19 %
Zuführung EWB/Rückstellungen	199,2	289,7	-31 %
Fremdwährungsänderung	2,1	3,7	
Bestand EWB/Rückstellungen	446,3	741,4	-40 %
Portfoliowertberichtigungen			
Anfangsbestand	112,3	185,1	-39 %
Zuführung/Auflösung	-28,8	-72,8	-60 %
Fremdwährungsänderung	-0,1	-	
Bestand Portfoliowertberichtigungen	83,4	112,3	-26 %
Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rück- stellungen)	529,7	853,7	-0,7%

* Vorjahreswerte angepasst

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Berücksichtigung von Sicherheitenstellungen im Kreditgeschäft methodisch weiterentwickelt. Dabei wurde festgestellt, dass im Konzernabschluss zum 31. März 2011 sowohl die Zinserträge als auch die Risikovorsorge zu niedrig ausgewiesen wurden. Durch die verbesserte Berücksichtigung der Sicherheiten-Cashflows im Kreditgeschäft erhöht sich die Risikovorsorge um 8 Mio. €. Im Gegenzug erhöhen sich die Zinserträge aus Unwinding um denselben Betrag. Die Korrektur des Fehlers führt zu einer Ausweisänderung. Auswirkungen auf das Konzernergebnis ergeben sich dadurch nicht.

Der Risikovorsorgebestand für das Kreditgeschäft beträgt zum 31. März 2012 einschließlich der Portfoliowertberichtigungen 529 Mio. €. Die Abdeckung der wertgeminderten Kredite (1.040 Mio. €) durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen (446 Mio. €) beträgt 43 % und ist damit rückläufig im Vergleich zum Geschäftsjahresbeginn (47 %). Grund ist der weitere Abbau von hoch einzelwertberichtigten nicht strategischen Engagements.

Portfoliowertberichtigungen. Durch Portfoliowertberichtigungen werden Verluste abgedeckt, die zwar schon eingetreten sind, aber noch nicht individuell identifiziert werden konnten. Die Bank unterscheidet hierbei zwei Subportfolien: zum einen Kredite, für die kein objektiver Hinweis auf eine individuelle Wertminderung vorliegt, und zum anderen Kredite, die zwar als Problemkredite identifiziert wurden, für die aufgrund ihrer Besicherung und/oder Cashflow-Erwartung eine Einzelwertberichtigung als nicht erforderlich angesehen wurde.

Die Verlustschätzung erfolgt auf Basis historischer Daten und Expertenabschätzungen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Verlustereignisses wird durch Anwendung eines Skalierungsfaktors für die Zeit zwischen Eintreten des Verlustereignisses und dessen Identifikation (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Strukturierte Kreditprodukte. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten die Risiken aus diesen Positionen weiter abgebaut werden. Die Risiken aus den verbliebenen strukturierten Kreditprodukten entfallen, gemessen am Buchwert, zum überwiegenden Teil auf rechtliche Risiken von Positionen im Zusammenhang mit der Lehman-Insolvenz, auf wirtschaftliche Risiken aus Positionen, die ausschließlich auf Risiken von Unternehmen und Staaten referenzieren, sowie auf Rückbehalte von IKB-Eigenverbriefungen. Ökonomische Risiken aus Investments mit Subprime-Bezug bestehen für die IKB nur noch aus einem Teil der auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets.

Das Teilsegment Portfolioinvestments besteht per 31. März 2012 aus:

- Verbriefungspositionen in Höhe von nominal 206 Mio. € (31. März 2011: 187 Mio. €) mit einem Buchwert von 132 Mio. € (31. März 2011: 106 Mio. €), die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören und größtenteils aus der Verbriefung eigener Kredite stammen. Diese Assets haben überwiegend ein Sub Investment Grade Rating.
- Zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und Referenzaktiva auf Unternehmen und Staaten im Gesamtvolumen von nominal 200 Mio. € und einem Buchwert von 136 Mio. € (31. März 2011: drei synthetische Transaktionen mit einem Nominalvolumen von 270 Mio. € und einem Buchwert von 230 Mio. €). Die Transaktionen verfügen über ein externes Rating von Baa. Eine dritte Transaktion mit nominal 70 Mio. € wurde im Juni 2011 zu pari zurückgezahlt.
- Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 688 Mio. € (31. März 2011: 893 Mio. €) und einem Buchwert von 85 Mio. € (31. März 2011: 168 Mio. €), die auf Rio Debt Holdings synthetisch übertragen wurden. Die Subprime-Risiken der IKB belaufen sich auf einen Buchwert von 27 Mio. € (31. März 2011: 73 Mio. €). Die Residualerlöse werden zwischen IKB und Lone Star aufgeteilt. Nach Abzug des Fair Value des Rechts auf Mehrerlöse (Equity-Kicker-Anteil) von Lone Star verbleibt ein auf die IKB entfallender Anteil am Buchwert von 75 Mio. € (31. März 2011: 144 Mio. €).
- Vier synthetische Transaktionen mit einem Nominalwert von 339 Mio. € (31. März 2011: 332 Mio. €) und einem Buchwert von 339 Mio. € (31. März 2011: 352 Mio. €) befinden sich aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung (eine Transaktion wurde bereits abgewickelt). Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind auf rechtliche Risiken im Rahmen der Abwicklung sowie die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten begrenzt. Die Ratings für diese Assets wurden zurückgezogen.

Das tatsächliche wirtschaftliche Risiko der IKB aus den Portfolioinvestments, gemessen am Buchwert, beträgt per 31. März 2012 somit lediglich noch 344 Mio. € (31. März 2011: 486 Mio. €). Davon entfallen 132 Mio. € (31. März 2011: 106 Mio. €) auf die unter dem ersten Punkt genannten Verbriefungspositionen aus dem Kerngeschäft der IKB, 136 Mio. € (31. März 2011: 236 Mio. €) auf die unter Punkt 2 aufgeführten synthetischen Transaktionen sowie 75 Mio. € (31. März 2011: 144 Mio. €) auf das unter Punkt 3 genannte IKB-Risiko aus den Rio Assets. Darüber hinaus bestehen die in Punkt 4 dargestellten rechtlichen Risiken.

Das Nominalvolumen der Portfolioinvestments mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) reduzierte sich auf 613 Mio. € (31. März 2011: 664 Mio. €). Das Nominalvolumen der Investments mit Bezug auf ABS Underlyings reduzierte sich auf 835 Mio. € (31. März 2011: 1.094 Mio. €).

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Der Liquiditätsbedarf der Bank wurde im Berichtszeitraum – und wird auch weiterhin – im Wesentlichen durch die Hereinnahme von Kundengeldern, Mittelaufnahmen am Interbankengeldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form und die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren gedeckt. Im Berichtszeitraum hat sich das Volumen der neu hereingenommenen Kundeneinlagen weiter positiv entwickelt. Der Bestand beläuft sich mittlerweile auf knapp 6 Mrd. € (Vorjahr: knapp 4 Mrd. €).

Darüber hinaus konnte Liquidität durch Verkäufe von Aktiva sowie durch Emission von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Schuldscheindarlehen generiert werden. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Die verbesserte kurz- und mittelfristige Liquiditätsausstattung hat es der Bank ermöglicht, im Geschäftsjahr 2011/12 das SoFFin-Garantievolumen von 9,5 Mrd. € auf 4,5 Mrd. € zurückzuführen.

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 10 bis 11 Mrd. €. Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen aus heutiger Sicht im Wesentlichen wie bisher die Hereinnahme von Kundengeldern und Schuldscheindarlehen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren und die Veräußerung von Bilanzaktiva zur Verfügung. Weiterhin stellen auch besicherte Refinanzierungsstrukturen eine Option für die Bank dar.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintritts mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, welche die Prolongation von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und den Verkauf von Bilanzaktiva nicht oder nicht ausreichend erlaubt.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise. Das Management von Marktpreisrisiken erfolgt auf Konzernebene.

Die IKB unterscheidet die Portfolios Eigen- und Kundenhandel, Investmentportfolio einschließlich Liquiditätsreserve und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Alle Portfolios werden täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt.

Zinsänderungsrisiko. Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Aktiv- und Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio und in der Kreditrefinanzierung.

Credit-Spread-Risiko. Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Das relevante Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen des Investmentportfolios sowie den sonstigen verbliebenen Portfolioinvestments.

Volatilitätsrisiko. Volatilitätsrisiken bestehen in möglichen Wertänderungen von Optionspositionen aufgrund von Änderungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreisen. Verbleibende Optionsstillhalter-Positionen liegen insbesondere im Investmentportfolio der Bank.

Fremdwährungsrisiko. Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken. Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der operativen Steuerung und täglichen Überwachung verwendet die Bank einen Value-at-Risk-Ansatz mittels historischer Simulation, wobei alle relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Volatilitäten, Wechselkurse, Spreads, Aktienpreise) berücksichtigt werden. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine volle Bewertung der strukturierten Zinsprodukte anhand der letzten 250 historischen Marktszenarien unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zins-, Wechselkurs- und Spread-Sensitivitäten der Instrumente.

Der Value at Risk drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von einem Tag (Haltedauer) aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Dies entspricht dem zweitschlechtesten Szenarioergebnis der Simulation. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (Liquidationssicht) bzw. 90 % (Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt (siehe Abschnitt „Risikotragfähigkeit“).

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Clean-Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Im Hinblick auf die Beurteilung der Prognosegüte des Modells traten im Geschäftsjahr keine über das statistische Maß hinausgehende Ausreißer auf.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Marktrisikoprofils im Konzern auf Basis des Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Basis Point Value	0,3	-0,05
Vega	0,1	0,6
VaR – Fremdwährung	-2,5	-2,5
VaR – Zins und Volatilität	-5,2	-7,5
VaR – Spread	-53,3	-41,7
Korrelationseffekt	4,9	7,8
VaR gesamt	-56,1	-43,9

Der wesentliche Treiber des Marktrisikos ist derzeit das Credit-Spread-Risiko aus Staatsfinanzierungen als Folge der beobachteten massiven Spread-Volatilitäten infolge der anhaltenden europäischen Verschuldungskrise.

Die Credit-Spread-Sensitivitäten der Wertpapier- und Derivatepositionen (Wertänderung pro Basispunkt zusätzlicher Credit-Spread-Ausweitung) betrug im Berichtsjahr zu den Quartalsstichtagen zwischen 4,2 und 4,6 Mio. €.

Limitierung. Die Limitierung besteht aus einem Value-at-Risk-Limit für den Konzern, basierend auf einem 99 %-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von einem Tag. Das Value-at-Risk-Limit korrespondiert mit dem Limit für das Marktpreisrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit. Darüber hinaus werden Währungsrisiken im Gesamtbestand mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt. Im zurückliegenden Geschäftsjahr waren keine Limitüberschreitungen zu verzeichnen.

Risikoberichterstattung. Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Zinsergebnis, das Marktpreisrisiko und die Limitauslastungen.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie Markt- und Liquiditätsrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis des Value at Risk um das barwertige Risiko unter Stress-Annahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung mittels des Dashboards über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Das Operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlusts, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das im Bereich Risikocontrolling angesiedelte Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das ORM zu melden. Wesentliche Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden. Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den vierteljährlichen Risikobericht ein.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Bruttoschadensvolumen betrug insgesamt 18,5 Mio. € auf Konzernebene. Davon entfielen rund 12,4 Mio. € auf die IKB AG. Aufgrund von Schadensminderungen (z. B. Versicherungs-, Vergleichs- oder Kulanzzahlungen) kann der GuV-wirksame Schaden geringer ausfallen. Sofern einzelne Schadenshöhen (noch) nicht exakt zu bestimmen sind, beruhen die Werte auf Schätzungen. Die größten operationellen Risiken sieht die Bank derzeit in den bestehenden Rechtsrisiken (siehe hierzu Kapitel „Rechtsrisiken“).

Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen und Risikosteuerungsimpulse ableiten.

Zum Verantwortungsbereich des ORM gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das ebenfalls auf der Basis der Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests und Benutzerübungen in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine sofortige Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt grundsätzlich durch die verfügbaren internen Ressourcen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Tagesgeschäft wird ein textbausteinbasiertes Mustervertragssystem verwendet, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben.

Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Ressourcen, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft verfügbaren Informationen erhalten, sowie eine leistungsfähige technische Infrastruktur die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des Managements der Rechtspositionen der IKB schließt die Gesellschaft mit potenziellen Anspruchstellern und -gegnern verjährungshemmende Vereinbarungen.

Folgende wesentliche rechtliche Auseinandersetzungen bestehen:

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation. Gegen die Gesellschaft sind seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 mehr als 140 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützen sich auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, zum Teil aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

Die genannten gerichtlichen Verfahren belaufen sich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rund 14,6 Mio. €. Daneben sind weitere Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren außergerichtlich an die Gesellschaft mit der Forderung auf Schadenersatz herangetreten.

Zwischenzeitlich sind bereits mehr als 110 dieser Anlegerklagen mit z. B. rechtskräftigen Urteilen für die Bank oder Klagerücknahmen endgültig beendet worden; in keinem Fall ist die Bank bislang rechtskräftig zu Schadenersatz verurteilt worden. Derzeit liegen dem BGH fünf Nichtzulassungsbeschwerden vor.

In einer Nichtzulassungsbeschwerde hat am 15. November 2011 vor dem XI. Zivilsenat des BGH eine mündliche Verhandlung stattgefunden. Am 13. Dezember 2011 hatte der Senat die Klage an das OLG Düsseldorf zurückverwiesen. Nach den Ausführungen des Senats scheiden deliktische Anspruchsgrundlagen in dem dort behandelten Fall aus.

Die IKB hält auch die noch nicht rechtskräftig abgewiesenen Klagen von Anlegern (mit einem verbleibenden vorläufigen Streitwert von rund 10,6 Mio. €) sowie die o. g. außergerichtlichen Schadenersatzforderungen weiterhin für unbegründet. Es ist aber auch mehr als vier Jahre nach Ausbruch der Krise der Gesellschaft immer noch nicht gänzlich auszuschließen, dass weitere Anleger Schadenersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Weitere Rechtsstreitigkeiten. Am 16. September 2011 haben Crédit Agricole Corporate and Investment Bank (CA-CIB, früher Calyon), Financial Guaranty Insurance Company (FGIC) und IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) – neben weiteren Parteien – eine Vereinbarung unterzeichnet, die darauf abzielt, verschiedene Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien zu beenden.

Dies betrifft die von CA-CIB und FGIC gegen die IKB vor dem Commercial Court, High Court of Justice in London, England, eingeleiteten Verfahren sowie weitere Rechtsstreitigkeiten in New York und Jersey, Channel Islands.

Die vertrauliche Vereinbarung regelt die Beendigung der Rechtsstreitigkeiten ohne Schuldanerkenntnis der beteiligten Parteien. Die IKB geht davon aus, dass die Einigung keine finanzielle Belastung für die Bank darstellt und betrachtet ihre Rechtsrisiken infolge der Vereinbarung als deutlich verringert.

Anfang Oktober 2009 wurde bekannt, dass King County, eine im US-Bundesstaat Washington ansässige juristische Person öffentlichen Rechts, beim United States District Court of the Southern District of New York eine unbezifferte Sammelklage (Class Action) eingereicht hatte, die sich u. a. auch gegen die IKB richtete. Ebenfalls im Oktober 2009 und bei demselben Gericht reichte die Iowa Student Loan Liquidity Corporation eine unbezifferte Sammelklage u. a. gegen die IKB ein. Mit beiden Klagen werden Schadenersatzansprüche wegen falscher bzw. irreführender Ratingangaben zu den von der Zweckgesellschaft Rhinebridge ausgegebenen Senior Notes, die von den Ratingagenturen mit der besten Bonitätsnote bewertet wurden, geltend gemacht.

Am 10. Januar 2012 reichten die Kläger eine erweiterte Klagebegründung ein. Am 31. Januar 2012 beantragte die IKB, die erweiterte Klage u. a. wegen mangelnder Schlüssigkeit abzuweisen. Das Gericht ließ die Klageerweiterung am 4. Mai 2012 in Teilen zu.

King County, Iowa Student Loan Liquidity Corporation und IKB haben am 25. Mai 2012 eine Vereinbarung gerichtlich protokolliert, die darauf abzielt, die vor dem United States District Court of the Southern District of New York, USA, zwischen den Parteien anhängige Rechtsstreitigkeit zu beenden. Die vertrauliche Vereinbarung regelt die Beendigung der Rechtsstreitigkeit ohne Schuldanerkenntnis der beteiligten Parteien. Die IKB geht davon aus, dass die Einigung keine finanzielle Belastung für die Bank darstellt, und betrachtet ihre Rechtsrisiken infolge der Vereinbarung als vermindert.

Die IKB ist weiterhin der Ansicht, dass die von den Klägern gegen die IKB erhobenen Vorwürfe unbegründet sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB darüber hinaus in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, (RFCC), den Havenrock-Transaktionen und/oder Rhinebridge von anderen an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge (einschließlich des Verfahrens der Kläger King County und Iowa Student Loan Liquidity Corporation) oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden.

Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die Risiken aus aktuell geltend gemachten Rechtsstreitigkeiten durch die Freistellung im Wesentlichen gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung erfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas/USA (LSF6 Europe), nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Strafverfahren/Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Düsseldorf im Juli 2009 Anklage gegen den ehemaligen Vorstandssprecher, Herrn Stefan Ortseifen, erhoben hatte, wurde Herr Ortseifen von der zuständigen Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Düsseldorf im Juli 2010 wegen Marktmanipulation zu einer auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von 10 Monaten verurteilt. Mit Entscheidung des BGH vom 20. Juli 2011 wurde die gegen dieses erstinstanzliche Urteil eingelegte Revision verworfen; das Urteil ist seitdem rechtskräftig.

Von Lehman Brothers arrangierte CDOs. Die Bank investierte in strukturierte Kreditprodukte (ursprünglich fünf synthetische CDOs mit einem Nominalvolumen von insgesamt 334 Mio. € und 213 Mio. US-\$), innerhalb derer Lehman Brothers als Absicherungsnehmer über eine Zweckgesellschaft fungierte. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers wurden die betroffenen Transaktionen aufgrund vertraglicher Beendigungsmöglichkeiten vom Emittenten gekündigt. Die Dokumentation sieht für einen solchen Fall die Liquidation der Transaktionssicherheiten und eine Ausschüttung der Erlöse nach einer bestimmten Reihenfolge vor (sogenannter „Transaktionswasserfall“).

Nach den vertraglich vereinbarten Regelungen ist der Swap-Kontrahent (hier Lehman Brothers) im Falle seiner Insolvenz im Verhältnis zu den Investoren bei der Ausschüttung der Erlöse aus den Transaktionssicherheiten nachrangig zu bedienen. Diese Regelung zur Rangfolge wurde mittlerweile – ohne Beteiligung der Bank – von Gerichten in Großbritannien und den USA überprüft. Während in Großbritannien letztinstanzlich ihre Wirksamkeit bejaht wurde, hat ein erstinstanzliches US-Insolvenzgericht einen Verstoß gegen insolvenzrechtliche Grundprinzipien angenommen. Der zugrunde liegende Streit wurde unmittelbar nach Zulassung zum Berufungsgericht in den USA durch einen außergerichtlichen Vergleich der Parteien beigelegt. Andere Musterverfahren laufen noch. Eine letztinstanzliche Bestätigung der Rechtsauffassung der Gegenseite vor den US-amerikanischen Gerichten kann zu einem Entfallen der Auszahlung und gegebenenfalls zu Rückforderungsansprüchen gegenüber der IKB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sieht die Bank als gering an. Die Bank befindet sich wegen der Transaktionen in vom US-Insolvenzgericht angeordneten vorgerichtlichen Vergleichsverfahren mit Lehman Brothers.

Beihilfe-Verfahren. Im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hat die EU-Kommission die Maßnahmen als Beihilfe qualifiziert und im Oktober 2008 unter strengen Auflagen genehmigt. Die Gesellschaft hatte seitdem erhebliche Ressourcen eingesetzt, um diese Auflagen umzusetzen. Der Umstrukturierungszeitraum aus der Beihilfeentscheidung war am 30. September 2011 abgelaufen. Der finale Bericht über die erfolgte Umsetzung der EU-Auflagen ist zum Jahreswechsel 2011/12 von der Bundesregierung an die EU-Kommission übermittelt worden. Die IKB hat die im Restrukturierungsplan vorgesehenen Maßnahmen zeitgerecht umgesetzt, soweit diese unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig und durchführbar waren. Die IKB geht daher davon aus, dass die Auflagen zum Stichtag erfüllt worden sind. Eine förmliche Rückmeldung der EU-Kommission steht noch aus. Für den Fall der Nichterfüllung von Auflagen können der Gesellschaft wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Nachteile entstehen. Darüber hinaus ergeben sich aus der Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 über die Zulässigkeit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens strenge Verhaltenspflichten, deren Nichteinhaltung ebenfalls zu wesentlichen rechtlichen und wirtschaftlichen Nachteilen für die Gesellschaft führen könnte.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen. Gegen die Beschlüsse der nachfolgenden Hauptversammlungen sind derzeit noch Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen rechthängig:

- Hauptversammlung vom 28. August 2008 (Tagesordnungspunkt 6: Aufsichtsratswahlen);
- Hauptversammlung vom 25. März 2009 (u. a. Tagesordnungspunkte 3 und 4: Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats);
- Hauptversammlung vom 27. August 2009 (u. a. Tagesordnungspunkte 2 und 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats);
- Hauptversammlung vom 26. August 2010 (u. a. Tagesordnungspunkte 2 und 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats).
- Hinsichtlich der Hauptversammlungen vom 27. März 2008, 28. August 2008, 25. März 2009 und 7. September 2011 sind ferner Auskunftserzwingungsverfahren gemäß § 132 Aktiengesetz (AktG) bei Gericht anhängig.

Derivatgeschäft. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden von Kunden die Beratungsleistungen der Bank im Zusammenhang mit bestimmten Swap-Produkten moniert. In zwei Fällen sind Klagen rechtshängig gemacht worden. Die Bank ist in außergerichtlichen Gesprächen mit weiteren Kunden. Gegen die erhobenen Vorwürfe wird sich die Bank verteidigen.

Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin

Eine Auflage des SoFFin verpflichtet die IKB zur Erstellung von Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichten, die die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IKB darstellen.

Weiterhin hat die IKB AG sicherzustellen, dass sie angemessen kapitalisiert ist, d. h. konkret, über eine Kernkapitalquote nach § 10 Abs. 2a KWG von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer verfügt. Reduziert sich während der Laufzeit des Garantievertrages das Kernkapital des Unternehmens nach § 10 Abs. 2a KWG auf weniger als 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer, so hat die IKB den SoFFin hierüber unverzüglich zu informieren und unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die geforderte Kernkapitalquote von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer wieder zu erreichen.

Unter anderem mit der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen sind bestimmte Rechtsfolgen, u. a. Strafanordnungen in Höhe von bis zu 25 Mio. € pro Verstoß, verbunden. Es wurden daher Prozesse implementiert, um die operationellen Risiken der Nichteinhaltung zu minimieren.

Weiterhin ist die Gesellschaft dazu verpflichtet, ihre Vergütungssysteme nachhaltig und transparent auszugestalten und an der nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten (weitere Auflagen in diesem Kontext siehe „Vergütungsbericht“).

Zudem darf während der Laufzeit der Garantien weder der Vorstand Dividendenzahlungen vorschlagen noch die Gesellschaft Zahlungen auf Besserungsscheine leisten. Der Rückkauf von Aktien sowie der Vorschlag einer Kapitalherabsetzung sind nur zur Stärkung des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals oder zu Sanierungszwecken möglich.

Sofern Auflagen verletzt werden, kann der SoFFin die Rahmenvereinbarung kündigen und u. a. werthaltige Besicherung für ausstehende Garantien fordern.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der IT-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des Informationssicherheits-Managements (ISM), das auf dem internationalen Standard ISO 27001 und dem „Grundschutzhandbuch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aufbaut.

Außerdem wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die sich verändernde externe Bedrohungslage angepasst. Risiken für die Infrastruktur werden durch die Verteilung auf zwei räumlich getrennte Rechenzentren minimiert.

Die IT-internen Service-Management-Prozesse orientieren sich an der „IT Infrastructure Library (ITIL)“ und deren Überwachung und Kontrolle an „Control Objectives for Information and Related Technology (CobiT).“

Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil der Vorsorge ist die Weiterbildung der Mitarbeiter.

Unterstützt und verifiziert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Das Managementsystem für die Informationssicherheit (ISMS) wurde erneut vom TÜV Rheinland auf Basis der ISO 27001 zertifiziert. Die Auslagerung von IT-Dienstleistungen wird im Rahmen des ISMS berücksichtigt, insbesondere werden die Datensicherheit und Datenschutzaspekte wesentlicher Auslagerungen durch eigene Zertifikate qualitätsgesichert.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB unter anderem den Rechtsnormen des KWG, Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), Geldwäschegesetzes (GwG) und setzt neuere Vorgaben aus dem Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz (AnsFuG) und der Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) um. Hieraus entstehen Pflichten zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche. Weiterhin sind die organisatorischen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben wie die zuletzt im Juni 2011 aktualisierten „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)“ umzusetzen.

Die Wahrnehmung der Compliance-Funktionen und das Reporting über die Erfüllung von Organisationspflichten erfolgt auf der Basis einer jährlich zu aktualisierenden „Compliance-Landkarte“, in der alle Compliance-Funktionen spezifiziert und Aufgabenträgern zugeordnet sind. Die Compliance-Funktionen werden überwiegend zentralisiert wahrgenommen.

Die Koordination und Information der Compliance-Funktionen erfolgen über das Compliance Board, welches sich aus dem Vorstand, den Bereichsleitern der Bank sowie den mit spezifischen Compliance-Funktionen betrauten Mitarbeitern (Beauftragte für Corporate Governance, Datenschutz, Geldwäsche und Operationelle Risiken) zusammensetzt. Die Koordination des Compliance Boards und der Compliance-Funktionen erfolgt durch den Chief Compliance Officer.

Im Einzelnen obliegen dem Compliance Board folgende Aufgaben:

- das ganzheitliche Monitoring aller Compliance-Funktionen,
- die Sicherstellung und Überwachung des Compliance-Risikomanagements und
- die Multiplikator-Funktion für Compliance-Themen in der Bank.

Daneben wurde 2011 eine Kerngruppe Compliance etabliert, welche verstärkt die bereichsübergreifende Bearbeitung von Compliance-Themen operativ unterstützen soll. Geleitet wird die Kerngruppe Compliance vom Chief Compliance Officer.

Mit einer jährlichen Risikoinventur, die von den Bereichen Finanzen, Risikocontrolling und Recht koordiniert wird, soll nicht nur die aufsichtsrechtlich geforderte ganzheitliche und konzernweite Risikoerhebung und Aktualisierung der Gefährdungsanalysen, sondern auch die umfassende Berichterstattung (Jahresbericht des Chief Compliance Officers) auf einheitlicher Datenbasis sichergestellt werden.

Bezogen auf externen Betrug ist entsprechend der aktuellen Gefährdungsanalyse von einer mittleren Gefährdungslage der IKB auszugehen, die der anderer Häuser vergleichbarer Größe und mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell entspricht. Der IKB drohen danach keine branchenunüblichen und übermäßigen Betrugsrisiken.

Im Rahmen der Risikoinventur wurden bezüglich der Geschäftstätigkeit der IKB sowie der Aufbau- und Ablauforganisation keine erhöhten Risiken bezüglich Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung identifiziert. Aufgrund der mit der neuen geschäftspolitischen Ausrichtung einhergehenden weitgehenden Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf Deutschland und das westliche Europa sowie der verstärkten Ausrichtung auf Beratungsprodukte geht die IKB von einer weiteren Reduzierung des Geldwäscherisikos aus.

Die 2011 eingerichtete zentrale Stelle gemäß § 25c KWG hat ihre Arbeit mit der Identifizierung der zentralen Sicherungssysteme zur Betrugsbekämpfung aufgenommen. Eine entsprechende Organisationsanweisung wurde eingeführt.

Insgesamt unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem erheblich geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag. Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit hat die IKB angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt. Bezüglich der Geschäftstätigkeit der „IKB direkt“ mit Privatkunden wird bei wachsender Kundenzahl das Instrumentarium der Geldwäschrprävention stetig erweitert, um politisch exponierte Personen zu identifizieren und dem Missbrauch von Konten entgegenzuwirken.

Die Regelungen zur Geldwäscheprävention sind in speziellen Organisationsanweisungen für die IKB sowie in spezifischen Handbüchern an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt. Des Weiteren hat die IKB ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapier-Compliance für alle Mitarbeiter zum Teil standortspezifisch verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten und Zuwendungen. In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisation der Bank kam es in den letzten Jahren zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse wurden verändert und Stellenprofile modifiziert. Auch aufgrund der klaren Regelungen im Interessenausgleich und Sozialplan sowie der nach wie vor stabilen Führungsstrukturen ist die Reorganisation ohne nennenswerte Ineffizienzen oder erhöhte Fehlerneigung gelungen. Weitere Kostensenkungs- und Restrukturierungsmaßnahmen sind insbesondere am Standort Düsseldorf geplant. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wurden mit den Arbeitnehmervertretern ein neuer Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt und am 8. Mai 2012 unterzeichnet. Mit Blick hierauf sind Unsicherheiten unter den Mitarbeitern während der Entscheidungs- und Umsetzungsphase zu erwarten.

Die Anzahl der Personalabgänge lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011/12 über der Anzahl der Neueinstellungen. Der Schwerpunkt der Abgänge war in den zentralen Bereichen. Befürchtete Rekrutierungsengpässe sind nur in wenigen Bereichen eingetreten. Als risikomindernd kann gewertet werden, dass es gelungen ist, eine Reihe hochqualifizierter neuer Mitarbeiter und Führungskräfte zu rekrutieren.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen erfolgen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden qualitativ eingewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer und kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands und des Zentralbereiches Strategische Planung und Beteiligungsmanagement. Hierzu gehört die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie durch den Vorstand zusammen mit dem Planungsprozess. Darüber hinaus findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele, Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses, der Vorstandsklausurtagungen sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Restrukturierungsmaßnahmen.

Die EU-Auflagen sind aus Sicht der Bank vollständig und fristgerecht erfüllt worden. Der Abschlussbericht liegt der EU-Kommission vor. Mit der Neuausrichtung des Geschäftsmodells der IKB, u. a. durch eine Verbreiterung des Produktangebotes für Mittelstandskunden (primär durch Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen) und eine intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials, wird die Zielsetzung verfolgt, die Bedürfnisse der Kunden der IKB adäquat abzudecken und hierdurch die IKB profitabel auszurichten.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Ratingagenturen, Mitarbeitern und Anteilseignern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung.

Es ist ein wichtiges Ziel der IKB, die durch die Krise beschädigte Reputation wieder dauerhaft zu verbessern. Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Beim Management von Reputationsrisiken wird einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Finanzen angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Die Abweichungen von den Planungs- und Zielgrößen werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Marktbereichsleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Markt- und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungsrisiko wird im IKB-Konzern der potenzielle Wertverlust aufgrund von u. a. Dividendenausfall, Buchwertabschreibung, Veräußerungsverlust und Reduktion der stillen Reserven bezeichnet.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Auflagen wurden bestimmte strategische Beteiligungen (z. B. IKB CC und IKB International S.A. sowie Beteiligungen des Immobiliengeschäfts, z. B. IKB Immobilien Management und IKB Projektentwicklung) abgebaut bzw. in Liquidation gesetzt. Durch diese Maßnahmen konnte das Beteiligungsrisiko reduziert werden. Unabhängig von den EU-Auflagen verfolgt die IKB das Ziel, die Anzahl der Tochtergesellschaften/Beteiligungen sowie die Komplexität des Beteiligungsportfolios niedrig zu halten, was sich in der Beteiligungsstrategie widerspiegelt. Die Beteiligungsstrategie ist Teil der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB.

Die Bank unterscheidet kreditsubstituierende und strategische Beteiligungen. Kreditsubstituierende Beteiligungen sind insbesondere Beteiligungen im Rahmen des Produktangebots der Bank. Strategische Beteiligungen geht die Bank ein, um einen nachhaltigen (strategischen) Mehrwert zu erzielen. Die Bank unterscheidet dabei strategische Beteiligungen, die das Kunden- und Marktpotenzial erweitern sollen und Bestandteil des Geschäftsmodells sind, und strategische Beteiligungen an (Gemeinschafts-)Unternehmen, die mit dem Ziel eingegangen werden können, das Produktangebot zu ergänzen, Synergien zu erschließen und neue Zielkunden zu erreichen (Kooperationen/Joint Ventures). Ergänzt werden diese um Beteiligungen an Unternehmen, die Dienstleistungen für die Bank erbringen (Outsourcing von Dienstleistungen) oder die Verbundbeteiligungen und Vorratsgesellschaften darstellen. Die strategischen Beteiligungen werden einmal jährlich einer Wesentlichkeitsprüfung unterzogen. Die sich daraus ergebenden wesentlichen Beteiligungen werden in den vierteljährlichen Beteiligungsreport übernommen.

Der Bereich Strategische Planung und Beteiligungsmanagement übernimmt bzw. koordiniert die operativen Beteiligungsprozesse. Der Bereich Recht verantwortet die Prüfung und Gestaltung aller gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Sachverhalte und berät hinsichtlich der rechtlichen Aspekte von strategischen Entscheidungen sowie bei der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen. Dem Bereich Finanzen obliegen das Beteiligungscontrolling und die Bewertung der strategischen Beteiligungen. Die Kompetenzen für Entscheidungen über strategische Beteiligungen liegen beim Gesamtvorstand. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung oder zur Gründung von Unternehmen, sofern der Gegenstand des jeweiligen Geschäfts 5 % des haftenden Eigenkapitals der IKB übersteigt oder aufsichtsrechtliche Normen dieses Vorgehen verlangen.

Die wesentlichen Tochter- und Beteiligungsunternehmen der IKB sind im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans disziplinarisch und fachlich einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet. Demnach ist für die Tochtergesellschaften der IKB PE-Gruppe, der IKB Leasing-Gruppe, die IKB Finance B.V. sowie die IKB CC Herr Dr. Wiedmann, für die IKB Data GmbH, die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH sowie die abzuwickelnden bzw. zu verkaufenden Immobilientöchter Herr Dr. Glüder und für die IKB International S.A. in Liquidation Herr Schüttler zuständig.

Die Einbindung der Beteiligungsgesellschaften in die Umsetzung der konzernweiten Geschäfts- und Risikostrategie erfolgt mittels jährlich stattfindender Beteiligungs-Workshops unter Leitung des Bereichs Finanzen für jede wesentliche strategische Beteiligung, in denen Performance-Ziele und Risikolimits festgelegt werden. Ebenfalls mindestens jährlich und anlassbezogen nimmt der Bereich Finanzen die Bewertung der strategischen Beteiligungen vor. Darüber hinaus finden regelmäßig Analysen und Diskussionen mit dem Management der Beteiligungen zum frühzeitigen Erkennen von Fehlentwicklungen und zur Einleitung adäquater Maßnahmen statt.

Die Bestimmung der wesentlichen Risiken der Beteiligungsgesellschaften erfolgt im Rahmen einer jährlichen konzernweiten Risikoinventur, deren Bewertung durch den Bereich Risikocontrolling erfolgt. Alle als wesentlich eingestufteten Risiken der Beteiligungsunternehmen sind in das Risikocontrolling auf Gruppenebene einbezogen.

Zur Einhaltung der SoFFin-Auflagen, die eine Kernkapitalquote von mindestens 8 % für die IKB AG und die IKB-Gruppe bestimmen, erfolgen innerhalb der Gruppe interne Transaktionen zur Reallokation von risikogewichteten Aktiva und zum Ausgleich der Kapitalquoten.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Im Rahmen des operativen Beteiligungscontrollings erstellt der Bereich Finanzen Beteiligungsreports für alle wesentlichen strategischen Beteiligungen zur Überwachung der Erreichung der Performance-Ziele und der Einhaltung der Risikolimits.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Die Gesamtrisikosituation der IKB ist im Geschäftsjahr 2011/12 entscheidend durch die europäische Staatsschuldenkrise, die bereits lange andauert und zum Jahresende 2011 für kurze Zeit in eine akute Gefährdung der Finanzmärkte mündete, beeinflusst worden. Die Beteiligung des Privatsektors und das Kreditereignis für Griechenland führten zu weiteren Marktwertverlusten im Griechenlandengagement der IKB, die zum einen zwar das Griechenlandrisiko der Bank bereinigten, zum anderen aber auch die Eigenkapitalposition negativ beeinflusst haben. Das zögerliche und widersprüchliche Krisenmanagement der europäischen Politik hat sich als ein bedeutender Risikofaktor offenbart. Die IKB wird als Konsequenz aus den Geschehnissen den Abbau von risikogewichteten Aktiva zielstrebig weiter verfolgen und insbesondere in ihrer liquiden Anlage die Umschichtung von Staatsrisiken und unbesicherten Bankanleihen fortsetzen.

Über den Ausfall Griechenlands hinaus wirkt sich die europäische Staatsschuldenkrise aufgrund der dramatischen Ausweitung der Risikoprämien für Anleihen vieler EU-Mitgliedsstaaten sowohl in massiven Marktwertverlusten als auch in einem hohen Marktrisiko aus, wie es zum Zeitpunkt der Insolvenz von Lehman Brothers beobachtet wurde. Für die IKB resultieren die Marktwertverluste und das Marktrisiko vor allem aus längerlaufenden Italienanleihen, für die die Bank aber kein nennenswert erhöhtes Ausfallrisiko sieht.

Die Risikotragfähigkeit ist aufgrund der für die IKB führenden Eigenkapitalgeber-Sicht für das Geschäftsjahr 2012/13 und einen darüber hinausgehenden Zeitraum von zwei Jahren auf Basis der Planungen der Bank unverändert gegeben. Im Gegensatz dazu zeigt die Fremdkapitalgeber-Sicht, dass in dem durch

hohe Volatilität und höchste Risikoaversion geprägten Marktumfeld und bei längerem Anhalten der Stress-Situation, die nicht-nachrangigen Gläubiger bei einer fiktiven Liquidation nicht vollständig befriedigt werden könnten, sofern die unerwarteten Risiken tatsächlich in der quantifizierten Höhe schlagend würden.

Eine wichtige Grundlage stellt für die IKB eine ausreichende Finanzierung für die geplanten Geschäftsaktivitäten und die Rückführung ausstehender Verbindlichkeiten dar. Aufgrund des veränderten Geschäftsmodells der Bank wird ihr Refinanzierungsbedarf grundsätzlich geringer als bisher sein. Die IKB hat ihre Refinanzierungsstruktur verändert und sich aus der Abhängigkeit von unbesicherten Anleiheemissionen gelöst. Das verstärkte und diversifizierte Einlagengeschäft mit Unternehmenskunden und mit Privatkunden und Repos (EZB und General Collateral-Pooling) sind für die Refinanzierung von wachsender und wichtiger Bedeutung. Besicherte Refinanzierungen am Kapitalmarkt stellen eine Liquiditätsoption für die Bank dar. Eine Ausweitung des Kreditneugeschäfts über den geplanten Umfang hinaus mit der Folge steigender Liquiditätsanforderungen wird nicht erwartet. Die Liquidität ist nach den Planungen – auch unter Berücksichtigung der fällig werdenden SoFFin-garantierten Anleihen – mit ausreichend Puffer gegeben.

Die IKB hat – sich teils überschneidende – Auflagen der Europäischen Kommission für die staatlich gewährten Beihilfen, des SoFFin für die gegebenen Garantien für Schuldverschreibungen sowie des Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes für das abgesicherte Einlagevolumen einzuhalten. Die Auflagen der Europäischen Kommission sind zum Stichtag (30. September 2011) erfüllt. Die Kernkapitalquote liegt auch nach Berücksichtigung der Risikovorsorge auf Griechenlandanleihen der Bank in der Institutsgruppe weiter über der u. a. vom SoFFin geforderten Mindesthöhe von 8 % und wird diese voraussichtlich auf Basis der Planung der Bank auch im Prognosezeitraum von zwei Jahren übersteigen. Damit sind neben der Beachtung des maximalen Volumens an Einlagen und Emissionen auch die wesentlichen Vorgaben des Einlagensicherungsfonds erfüllt.

Entscheidend für den Erfolg der IKB bleibt, inwieweit die Erfolge insbesondere durch den Ausbau des Geschäfts mit Derivaten, kundenbezogenen Kapitalmarktprodukten und Beratungsdienstleistungen in den nächsten Quartalen fortgeführt werden können. Die daraus generierten Erträge ergänzen die Zinseinnahmen aus dem traditionellen Kreditgeschäft, die mit insgesamt höheren Margen im Neugeschäft wieder zugenommen haben. Im ersten Halbjahr lagen die Entwicklung des Neugeschäfts sowie die Steigerung der Provisionserträge aufgrund der Staatsschuldenkrise bereits unterhalb der Erwartungen. Im zweiten Halbjahr hat die Staatsschuldenkrise die Entwicklung an den Kreditmärkten nochmals gedämpft, ohne dass absehbar ist, wann eine Umkehr einsetzen wird.

Trotz des relativ geringen Wachstums und einer sich zunehmend abzeichnenden Rezessionsgefahr für Europa zeigen sich die deutschen Unternehmen in einer guten bis sehr guten Verfassung. Dies spiegelt sich in der sehr niedrigen Risikovorsorge, die voraussichtlich nicht dauerhaft anhalten wird. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Entwicklung wegen der Staatsschuldenkrise fragil. Im Zuge der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum geriet der Bankensektor erneut unter Druck. Die Turbulenzen an den Anleihemärkten führten dazu, dass sich die Risiken bei den Finanzinstituten infolge möglicher direkter oder indirekter Verluste aus Staatsanleihepositionen erhöht haben. Die erhöhte Unsicherheit spiegelte sich am Interbankengeldmarkt wider, dessen Funktionsweise erneut beeinträchtigt war. Aufgrund des nach wie vor hohen, für einige Länder wieder gewachsenen Risikos für das Bankensystem konzentriert die IKB ihre Anlage in EZB-fähigen Anleihen zunehmend auf gedeckte oder besicherte Anleihen.

Die Unsicherheit der Märkte und höhere Volatilität werden die IKB daher noch einige Zeit begleiten. Grundsätzlich können weiterhin neue Krisen mit unerwarteten Kreditausfällen, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken für das Bankensystem – und damit auch für die IKB – nicht ausgeschlossen werden. Dies kann möglicherweise mit der Einschränkung von Geschäftsmöglichkeiten verbunden sein sowie entsprechende Auswirkungen auf die Erfüllung von regulatorischen Anforderungen, die Risikotragfähigkeit und die Entwicklung der Risikovorsorge haben. Des Weiteren ist die Bank den dargestellten Rechtsrisiken ausgesetzt.

Der Vorstand geht trotz der schlagend gewordenen Griechenlandrisiken und trotz der weiter schwelenden Staatsschuldenkrise davon aus, dass die Restrukturierung der IKB weiter fortgeführt bzw. abgeschlossen werden kann. Den hauptsächlichen Unsicherheitsfaktor stellen die weitere Dauer und Tiefe der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum dar.

5. Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Anzuwendende Rechtsvorschriften, Rechnungslegungsstandards und Erstanwendung

Gemäß § 289 Absatz 5 Handelsgesetzbuch (HGB) haben kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften im Lagebericht die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (IKSR) zu beschreiben. Als wesentlich werden Informationen erachtet, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemein bestimmbar und wird unter Berücksichtigung der Relevanz der Information für die Gesamtaussage des Jahresabschlusses beurteilt. Ergänzend wurden die Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) 5 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) (Ausführungen im Lagebericht in Bezug auf das Risikomanagement- und Kontrollsystem) soweit anwendbar beachtet.

Verantwortlichkeiten bezüglich des IKSR

Der Vorstand der IKB ist für die Einrichtung, Weiterentwicklung, Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit adäquater rechnungslegungsbezogener interner Kontrollen und des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems verantwortlich. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts liegen in der Verantwortung des Vorstandes.

Aufgabe des Aufsichtsrates ist es, die Wirksamkeit des IKSR zu überwachen. Zur Durchführung dieser Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Finanz- und Prüfungsausschuss gebildet, der aus vier Mitgliedern besteht. Der Finanz- und Prüfungsausschuss befasst sich regelmäßig und fortlaufend mit der Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie mit Fragen der Rechnungslegung und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Prüfung des Jahresabschlusses, über die der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses dem Aufsichtsrat berichtet. Dem Aufsichtsrat obliegen zudem die Feststellung des Jahresabschlusses und die Erteilung der Aufträge zur Prüfung von Jahres- und Konzernabschlüssen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben sich in ihren Sitzungen mit dem IKSR anhand vorgelegter Unterlagen und ergänzender Erläuterungen des Vorstands vertraut gemacht.

Die Wirksamkeit des IKSR wird regelmäßig intern durch die interne Revision und extern durch die zuständigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Schwerpunkt der Prüfung sind dabei auf Basis eines mehrjährigen Prüfungsplanes die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit des IKSR, die Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie sonstiger Regelungen bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Der Aufsichtsrat hat die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Konzernjahresabschlusses beauftragt. Dem Abschlussprüfer obliegt es, den Konzernabschluss, bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie Konzernanhang (Notes) und den Konzernlagebericht zu prüfen. Die Konzernabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Aufgabe des Abschlussprüfers ist es, auf der Grundlage seiner durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben. Im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses wurde die Wirksamkeit des IKSR überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Organisation des Rechnungswesens

Das Rechnungswesen der IKB erfolgt im Wesentlichen zentral am Hauptstandort Düsseldorf im Bereich Finanzen. Dem Bereich Finanzen obliegt die Erstellung des Einzel- und Konzernabschlusses. Die Buchhaltung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen wird in der Regel im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen zentral im Bereich Finanzen bzw. bei der IKB Leasing-Gruppe durchgeführt. Für einzelne Tochterunternehmen und in den Konzernabschluss einbezogene Zweckgesellschaften werden Buchhaltungsdienstleistungen durch externe Dienstleister erbracht. Die gelieferten Buchhaltungsinformationen werden im Abschlusserstellungsprozess im Bereich Finanzen plausibilisiert und sind in der Regel durch den lokalen Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft geprüft oder haben eine prüferische

Durchsicht durchlaufen. Der Bereich Finanzen wird bei der Wahrnehmung von Teilaufgaben bei der Erstellung des Jahresabschlusses durch andere Bereiche der Bank unterstützt. Die Stabsstelle Steuern ist für die Abwicklung sämtlicher Steuerangelegenheiten der Bank, die steuerliche Begleitung der Auslandseinheiten (Auslandsfilialen, ausländische Tochtergesellschaften, ausländische Beteiligungsgesellschaften) der Bank und die Berechnung der latenten Steuern nach HGB/IFRS verantwortlich. Die Bereiche Kreditrisikomanagement bzw. Management Verbriefungsstrukturen ermitteln die Wertberichtigungen und Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft bzw. den Wertberichtigungsbedarf von Verbriefungen. Finanzinstrumente, die nicht im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft stehen, werden durch den Bereich Risikocontrolling und den Bereich Management Verbriefungsstrukturen bewertet. Die Erstellung des Lageberichts wird federführend durch die Stabsabteilung Kommunikation unter Hinzuziehung anderer Bereiche der Bank durchgeführt.

Ziele und Grenzen des IKSR

Die rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen des Unternehmens und das Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess haben das Ziel, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Buchführung sowie der publizitätspflichtigen Abschlüsse und ihrer Bestandteile nach den Regelungen von HGB und IFRS sicherzustellen. Die internen Kontrollen des Unternehmens umfassen dabei solche Grundsätze und Verfahren, die sicherstellen sollen, dass

- Verzeichnisse geführt werden, in denen alle Geschäftsvorfälle des Unternehmens hinreichend detailliert, genau und richtig erfasst werden,
- die Geschäftsvorfälle sowohl in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen als auch mit der Satzung und den generellen oder besonderen Regelungen des Managements erfasst, verarbeitet, dokumentiert und bewertet werden, um Abschlüsse in Übereinstimmung mit den Vorschriften des HGB und nach den Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS zu ermöglichen, und
- der unerlaubte Erwerb, Gebrauch oder die Entwendung von Unternehmensvermögen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung rechtzeitig erkannt oder verhindert werden.

Interne Kontrolle kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung dieser Zielsetzungen sicherstellen. Das bedeutet zum einen, dass die Errichtung der internen Kontrolle von dem Kosten/Nutzen-Verhältnis im Zusammenhang mit diesen Kontrollen bestimmt ist. Zudem ist die interne Kontrolle, auch wenn sie automatisiert bzw. EDV-gestützt erfolgt, durch einen menschlichen Faktor gekennzeichnet, der die Möglichkeit von Fehlern bei der Ausführung von Tätigkeiten oder Irrtümern bei Schätzungen oder Ausübung von Ermessensspielräumen einschließt. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlansagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden. Weiterhin ist mit Prognosen über die Wirksamkeit der internen Kontrollen in zukünftigen Perioden das Risiko verbunden, dass bestehende Kontrollen aufgrund geänderter Umstände nicht mehr angemessen sind oder dass der Grad der Einhaltung der Richtlinien und Verfahren abnimmt.

Organisation und Funktionsweise

Anforderungen an das interne Kontrollsystem

Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems der IKB entspricht den Anforderungen des Framework für interne Kontrollen, das von dem Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO Framework) verabschiedet wurde. Diese Anforderungen wurden auch von anderen Organisationen übernommen und gelten somit als anerkannter Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems. Daneben wurden die Anforderungen an das IKSR aufgrund der Mindestanforderungen an das Risikomanagement beachtet. Das Risikomanagementsystem liegt auch bezogen auf das Rechnungswesen in der Verantwortung des Gesamtvorstandes.

Die grundlegende Basis, auf der das IKSR betrieben wird, bildet nach dem COSO Framework das sogenannte Kontrollumfeld. Es ist gekennzeichnet durch die Einstellung, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements. Im Verhaltenskodex für die Mitarbeiter der IKB sind Kompetenz und Verantwortung der Mitarbeiter und gesetzmäßiges und verantwortungsvolles Verhalten als wesentliche Voraus-

setzung für die Geschäftstätigkeit genannt. Diese Anforderungen werden durch interne Regelungen und organisatorische Maßnahmen umgesetzt.

Die Ziele des internen Kontrollsystems werden durch umfangreiche Kontrollaktivitäten verwirklicht. Kontrollen sind Methoden und Maßnahmen, die in den Abläufen festgelegt werden, um Fehler in der Rechnungslegung aufzudecken. Sie sind dem Arbeitsgang vor-, gleich- oder nachgelagert. Der Umfang der Kontrollen reicht von Stichproben bis hin zur vollständigen Prüfung aller Vorfälle eines Sachverhalts. Die Kontrollen können weiterhin in Form von automatischen (programmierten Kontrollen) oder manuellen Kontrollen abgewickelt werden.

Da die rechnungslegungsbezogenen Prozesse weitestgehend in elektronischer Form und mittels unterschiedlicher EDV-Systeme abgewickelt werden, stellt der Vorstand sicher, dass die Aufbau- und Ablauforganisation im Rechnungswesen, der Umfang der Kontrollen sowie die Ausgestaltung der EDV-Systeme für den gegenwärtigen Geschäftsumfang angemessen sind.

EDV-Einsatz und Vorgaben im internen Kontrollsystem

Die EDV-Systeme müssen nicht nur die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften richtig abbilden können, sondern auch den Grundsätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) bzw. den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung bei Einsatz von Informationstechnologie (IDW RS FAIT 1) entsprechen. Durch eine systematische Auswahl der Systeme und vertragliche Vereinbarungen stellt die IKB AG sicher, dass die Systeme diesen Anforderungen jederzeit gerecht werden. Eine Überprüfung erfolgt durch regelmäßige externe und interne Prüfungen. In den von der IKB verwendeten Rechnungslegungssystemen wird die erforderliche Funktionstrennung dadurch gewährleistet, dass nur die für die Bearbeitung der Aufgaben erforderlichen Berechtigungen erteilt werden. Die interne Revision überprüft regelmäßig die Angemessenheit und die Einhaltung des Berechtigungskonzeptes. Im Rahmen eines Regelprozesses bzw. im Rahmen von internen Projekten wird das bestehende Berechtigungskonzept im SAP-Umfeld permanent überprüft und weiter spezifiziert. Damit wurden Berechtigungsrollen enger gefasst, um sicherzustellen, dass sensible Daten auch nur von einem definierten Personenkreis bearbeitet und eingesehen werden können. Das Vier-Augen-Prinzip ist Bestandteil des anwendungsinternen Kontrollsystems. Die ordnungsgemäße Arbeit mit den Systemen erfolgt auf Basis einer umfassenden Systemdokumentation und regelmäßiger Schulungsmaßnahmen.

Ausgestaltung des IKSR

Für das Rechnungswesen existieren klare Anweisungen zu Bilanzierung, Bewertung, Ausweis und Buchungsregeln für Geschäftsvorfälle sowie zu den notwendigen Angaben in Anhang und Lagebericht. Diese Regeln sind in Bilanzierungshandbüchern, die den Mitarbeitern im Rechnungswesen zugänglich sind, hinterlegt. Für die Erstellung und Überarbeitung der Bilanzierungshandbücher gibt es einen klar definierten Prozess. Ausgehend von den Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften nach HGB und IFRS werden bereits auf der Basis von Gesetzesentwürfen und Entwürfen der Rechnungslegungsstandards die Auswirkungen auf die IKB untersucht. Somit wird sichergestellt, dass Anforderungen, die größere bilanzielle, prozessuale und EDV-systembezogene Auswirkungen haben, durch initiierte Projekte ordnungsgemäß und rechtzeitig umgesetzt werden. Die geänderten Rechnungslegungsvorschriften werden in die Bilanzierungshandbücher eingearbeitet. Durch die Qualitätssicherung der Bilanzierungshandbücher durch externe Sachverständige der Rechnungslegung wird sichergestellt, dass die geänderten Rechnungslegungsvorschriften richtig und vollständig eingearbeitet wurden. Die bilanziellen Auswirkungen neuartiger Geschäftsvorfälle und deren Abbildung im Rechnungswesen werden im Rahmen von Neuproduktprozessen erarbeitet und in die Arbeitsabläufe implementiert, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Sachverständiger. Der Kontenplan der IKB AG wird stetig modifiziert und optimiert, um eine Steigerung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erzielen.

Die Erfassung sämtlicher Geschäftsvorfälle wird durch klar definierte Arbeitsabläufe in der Buchhaltung sichergestellt. Die Ersterfassung und -verarbeitung finden weitgehend standardisiert unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips (getrennte Eingabe und Freigabe) statt.

Durch die Umsetzung des Grundsatzes „keine Buchung ohne Beleg“ und die Funktionstrennung zwischen ausführender, genehmigender und erfassender Funktion ist zudem sichergestellt, dass nur Geschäftsvorfälle erfasst werden, die auch tatsächlich stattgefunden haben. Dies ist im SAP FI-System zusätzlich technisch unterlegt und kann damit über SAP-Protokolle von Dritten eindeutig nachvollzogen werden.

Im Kreditgeschäft werden sämtliche Lebenszyklen eines Kredites von der Antragstellung, Prüfung und Genehmigung bis zur Tilgung in einem EDV-gestützten Nebenbuchhaltungssystem abgebildet. Durch nachgelagerte Überprüfungen der Eingaben in den Systemen und die Prüfung der Vertragsdaten durch den Marktfolgebereich ist sichergestellt, dass diese Vertragsdaten richtig und vollständig in den Systemen erfasst werden. Die Buchung der Geschäftsvorfälle erfolgt durch für die Produktart fest hinterlegte Buchungsregeln. Ebenso wird in dem betreffenden System mit den für die Refinanzierung eingegangenen Verbindlichkeiten verfahren. Dadurch wird sichergestellt, dass die Geschäftsvorfälle richtig und vollständig abgebildet werden. Die Bewertung erfolgt mittels fest im System hinterlegter Buchungsregelungen. Die Wertberichtigungen werden durch den Bereich Risikocontrolling ermittelt und im Buchführungssystem erfasst.

In ähnlicher Weise erfolgt die Abwicklung für den Kauf und Verkauf von Wertpapieren und sonstigen Finanzinstrumenten. Die Geschäftsvorfälle werden hier aus dem Handelssystem in das Nebenbuchhaltungssystem automatisch überspielt. Durch nachgelagerte manuelle und maschinelle Kontrollen wird sichergestellt, dass die Daten vollständig und richtig in das Nebenbuchhaltungssystem übernommen wurden. Daneben werden die Salden von Bank- und Nostrokonten sowie Depots regelmäßig mit dem buchhalterischen Bestand abgestimmt. Die Bewertung der Geschäfte erfolgt mittels systemseitig hinterlegten Bewertungsläufen. Zusätzlich wurden Verfahren implementiert, die sicherstellen, dass Finanzinstrumente identifiziert werden können, für die keine Preise auf aktiven Märkten abgeleitet werden können. Hier wird die Ermittlung des beizulegenden Wertes mittels anerkannter Bewertungsmethoden in den Bereichen Risikocontrolling und Management Verbriefungsstrukturen durchgeführt. Die Bewertungsmodelle werden intern auf ihre Eignung überprüft und regelmäßig an sich ändernde Erfordernisse angepasst. Für Wertpapiere des Anlagevermögens werden durch die Bereiche Risikomanagement und Management Verbriefungsstrukturen Faktoren ermittelt, die zu einer dauerhaften Wertminderung führen, sowie die Höhe der Wertminderung berechnet und in den Systemen erfasst.

Für den Zahlungsverkehr, die Lohn- und Gehaltsabrechnung, die Anlagenbuchhaltung und den Beschaffungsprozess existieren definierte – teilweise systemgestützte – Arbeitsabläufe, die sicherstellen, dass die Transaktionen vollständig erfasst werden (z. B. Plausibilitätsprüfungen, Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips).

Die Geschäftsvorfälle werden von den Nebenbuchhaltungssystemen taggleich in das Hauptbuch eingespielt. Richtigkeit und Vollständigkeit der Einspielung werden durch genau definierte Schnittstellen und tägliche Abstimmungen zwischen dem Hauptbuch und den Nebenbüchern sichergestellt.

Aufbau- und Ablauforganisation des Jahresabschlussprozesses

Für den Jahresabschlussprozess existieren gesonderte Arbeitsanweisungen. Diese sollen sicherstellen, dass die einzelnen Jahresabschlussarbeiten aufeinander abgestimmt sind und alle notwendigen Arbeitsschritte auch tatsächlich durchgeführt werden. Neben den täglichen Arbeitsabläufen wird insbesondere durch analytische Kontrollhandlungen, Verfahren der Zumeldung (insbesondere bei Rückstellungen) und Einholung von Saldenbestätigungen sichergestellt, dass die Geschäftsvorfälle vollständig erfasst wurden. Die Jahresabschlussbuchungen sind gleichfalls durch Buchungsbelege nachgewiesen und die Buchungsbelege zum Nachweis der Kontrolle ordnungsgemäß abgezeichnet. Durch die Gewährleistung des systemseitigen Vier-Augen-Prinzips wird der Grundsatz „keine Buchung ohne Beleg“ umgesetzt. Die richtige Bewertung wird größtenteils durch systemseitig hinterlegte Bewertungsregeln gewährleistet. Im Weiteren verweist die IKB auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang. Soweit erforderlich, wird die Bewertung unter Einbeziehung externer Sachverständiger, z. B. bei den Pensionsrückstellungen, vorgenommen. Die Berechnung der laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag und der latenten Steuern erfolgt durch die Stabsstelle Steuern. Die vollständige Erfassung der Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht wird dadurch gewährleistet, dass die dafür notwendigen Daten im Vorfeld klar identifiziert werden und die Verantwortlichen für die Lieferung klar benannt werden. Durch einen fest definierten Qualitätssicherungsprozess, der in Organisationsanweisungen und Richtlinien festgelegt ist, werden vom Mitarbeiter bis zum Finanzvorstand diese Angaben auf Plausibilität, Vollständigkeit und Konsistenz überprüft.

Die für den Prozess der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses gültigen Verfahren und Maßnahmen sind analog auch für den Aufstellungsprozess des Konzernabschlusses verwirklicht. Zusätzlich werden ein verkürzter Konzernzwischenabschluss und ein Konzernzwischenlagebericht aufgestellt. Die Hauptversammlung wählt auf Vorschlag des Aufsichtsrats sowohl den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2012/13 als auch den Abschlussprüfer für

die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2012/13. Der Vorstand entscheidet, ob der verkürzte Konzernzwischenabschluss und Konzernzwischenlagebericht jeweils einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer unterzogen wird. Die Zulieferung von IFRS-Daten der Tochterunternehmen für die Abschlüsse auf Konzernebene erfolgt durch Reporting Packages. Bei deren Erstellung sind die Vorgaben des Bilanzierungshandbuchs zu beachten. Um sicherzustellen, dass die Reporting Packages tatsächlich mit den zentralen Vorgaben des Konzerns übereinstimmen, werden sie einer regelmäßigen internen Kontrolle unterzogen. Zusätzlich werden sie dezentral durch den lokalen Abschlussprüfer geprüft bzw. prüferisch durchgesehen.

6. Ereignisse nach dem 31. März 2012 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2012 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben:

Pflichtwandelung von Wandelschuldverschreibungen

Die IKB Deutsche Industriebank AG hatte im Dezember 2008 nachrangige Wandelschuldverschreibungen (ISIN DE000A0SMN11) im Nominalbetrag von 123.671.070,72 € begeben. Die nach Durchführung mehrerer wahlweiser Wandlungen verbliebenen Wandelschuldverschreibungen von nominal 146.488,32 € wurden am 11. April 2012, dem in den Emissionsbedingungen vorgesehenen End-Pflichtwandelungstag, in eine dem in den Emissionsbedingungen definierten Wandlungsverhältnis entsprechende Anzahl von Inhaberk Aktien der IKB pflichtgewandelt. Die Anzahl der Gesamtstimmrechte erhöhte sich durch die Pflichtwandelung sowie eine im Januar 2012 durchgeführte wahlweise Wandelung von 633.326.261 um 58.662 auf 633.384.923 und das gezeichnete Kapital von 1.621.315.228,16 € um 150.174,72 € auf 1.621.465.402,88 €.

Segmentwechsel vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs

Der Vorstand der IKB Deutsche Industriebank AG hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, einen Börsensegmentwechsel sämtlicher Wertpapiere der Bank vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs einzuleiten.

Die Maßnahme betrifft folgende Wertpapiere der IKB, ISIN:

Aktien: DE0008063306; Inhaberschuldverschreibungen (Nachranganleihen): DE0002197761, XS0118282481, XS0163286007, XS0163773251, XS0165828673, XS0165937458, XS0169197646, XS0171797219, XS0200612355, XS0241326924, XS0266017622, XS0282589505; Inhaberschuldverschreibungen: DE0002731304, DE0002731445, DE0002731494, DE000A0SMPA3, DE000A0SMPB1, XS0238155088; Genussscheine: DE0002731429, DE0002731197; Credit Linked Notes: DE000A0EUEZ7

Die IKB hat für die IKB-Aktie einen Antrag auf Widerruf der Zulassung im General Standard des regulierten Marktes der Frankfurter Wertpapierbörse gestellt, verbunden mit der Einführung in den Teilbereich Entry Standard des Freiverkehrs der Frankfurter Wertpapierbörse. Auch die übrigen Wertpapiere der IKB sollen in Qualitätssegmente des Freiverkehrs an einer deutschen Börse eingeführt werden. Der Segmentwechsel soll Ende des Kalenderjahres 2012 abgeschlossen sein.

Die IKB kann mit dem Segmentwechsel Kosten einsparen und verfügt dann über die Option, sich auf die Rechnungslegung nach dem deutschen HGB zu beschränken.

Debt Issuance Programme

Die Bank plant, im Geschäftsjahr 2012/13 das Debt Issuance Programme zu aktualisieren.

SoFFin-Garantien

Die IKB AG hat am 18. Mai 2012 weitere SoFFin-Garantien in Höhe von 250 Mio. € vorzeitig zurückgegeben. Die Rückgabe betraf die Anleihe mit der Fälligkeit 2. Februar 2015. Der SoFFin-Garantierahmen der IKB AG reduzierte sich auf insgesamt 4,25 Mrd. €.

Veränderungen im Konzern

Im April 2012 ist der Investmentfonds Partner Fonds Eurobonds, Luxemburg, vollständig liquidiert worden.

Im Mai 2012 sind der IKB Partner Fonds, Luxemburg, und der Partner Fonds Europa Renten Teilfonds II, Luxemburg, aufgelöst worden.

Rechtlich relevante Ereignisse

King County, Iowa Student Loan Liquidity Corporation und IKB haben am 25. Mai 2012 eine Vereinbarung gerichtlich protokolliert, die darauf abzielt, die vor dem United States District Court of the Southern District of New York, USA, zwischen den Parteien anhängige Rechtsstreitigkeit zu beenden. Die vertrauliche Vereinbarung regelt die Beendigung der Rechtsstreitigkeit ohne Schuldanerkenntnis der beteiligten Parteien. Die IKB geht davon aus, dass die Einigung keine finanzielle Belastung für die Bank darstellt, und betrachtet ihre Rechtsrisiken infolge der Vereinbarung als vermindert.

Interessenausgleich und Sozialplan

Zur Durchführung von weiteren Kostensenkungs- und Restrukturierungsmaßnahmen wurden mit den Arbeitnehmervertretern ein neuer Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt und am 8. Mai 2012 unterzeichnet.

Anleihen mit Griechenlandbezug

Nach dem Bilanzstichtag sind alle griechischen Anleihen veräußert worden (s. auch Risikobericht, Kapitel 4.). Daraus entstehende Belastungen sind zum Stichtag wertaufhellend berücksichtigt worden.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Olivier Brahin hat mit Wirkung zum 25. Mai 2012 sein Amt niedergelegt.

7. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die europäische Schuldenkrise belastet die Weltwirtschaft sowie die Finanzmärkte weiterhin; ein Ende der Krise ist noch nicht absehbar. Das zögerliche und widersprüchliche Krisenmanagement der europäischen Politik konnte bislang kein Vertrauen in den Kapitalmärkten schaffen. Selbst die entschiedenen Interventionen der EZB sind hinsichtlich ihrer positiven Wirkungen angesichts einer zerstrittenen Politik nur von kurzer Dauer. Trotz der großvolumigen Tender der EZB werden die Märkte beherrscht von der Sorge um einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Währungsunion, die spanischen Banken und damit Spanien selbst.

Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung bleiben vor allem die Emerging Markets, auch wenn hier in einzelnen Regionen eine Verlangsamung der Dynamik zu beobachten ist. Dennoch werden sie im Vergleich zu den Industrienationen deutlich höhere Wachstumsraten realisieren und ihr Gewicht am Welt-BIP stetig erhöhen. Die Industrieländer dagegen dürften sich aufgrund fallender Vermögenspreise in einigen Ländern, der zum Teil hohen Verschuldung des Privatsektors und des enormen Konsolidierungsdrucks der Staatshaushalte auf einem niedrigeren Wachstumspfad bewegen.

Die Konjunktur der USA zeigte sich zum Anfang des Jahres 2012 mit einem BIP-Anstieg im ersten Quartal von 0,6 % weiterhin gefestigt. Auch spiegelt die BIP-Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten für 2012 und 2013 mit jeweils über 2 % eine stärkere Dynamik als im Euro-Raum wider, dennoch bleibt das US-Bild mit Blick auf die aktuellen Konjunkturindikatoren und die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes durchwachsen. Zudem belasten mittelfristig Strukturprobleme das Wachstumsbild: Die Häuserpreise zeigen immer noch keine Anzeichen einer Erholung, die private Entschuldung schreitet weiter voran, was den Konsum dämpft, und die hohe Staatsverschuldung erhöht den Konsolidierungsdruck.

Auch in der Euro-Zone schien sich zumindest in den letzten Monaten die Situation gegenüber 2011 zu stabilisieren. Vor dem Hintergrund einer Verschärfung der Euro-Schuldenkrise und der Gefahr einer Kreditklemme hat die EZB mit zwei Dreijahres-Tendern für eine umfangreiche Liquiditätszuführung im Volumen von 1 Billion € gesorgt. Gleichzeitig wurden die ohnehin schon aufgeweichten Sicherheitsanforderungen weiter gelockert. Damit hat das Risiko von gravierenden Liquiditätsproblemen im Bankensektor vorerst abgenommen. Impulse zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben jedoch unsicher, da dazu die Banken die Kreditvergabe an die Wirtschaft forcieren müssten. Die politische Unsicherheit bleibt hoch, auch wenn seit Ende des vergangenen Jahres in Italien, Spanien und Portugal stärker reformorientierte Regierungen bestehen, die bereits zahlreiche Reformen und zusätzliche Sparanstrengungen beschlossen und umgesetzt haben. Schließlich wurde mit dem Beschluss des Fiskalpakts auf europäischer Ebene der Wille zu einer Bewältigung der Krise dokumentiert. Dennoch ist nach wie vor die Unsicherheit über den Fortgang der Krise groß. Insbesondere die Wahlausgänge in Frankreich und vor allem Griechenland haben zu einer erneuten Verunsicherung geführt, und die Nervosität ist an den Märkten – zumindest zeitweise – zurückgekehrt. Zwar sind die Auswirkungen der Wahlausgänge noch unklar, aber die Befürchtungen sind groß, dass der Machtwechsel in beiden Ländern – also die „Abstrafung“ der Sparpolitik durch die Bevölkerung – und die Anti-Euro-Stimmung in Griechenland die Euro-Zone wieder tiefer in die Krise stürzen könnten. Zudem dürften ungünstige Nachrichten über die Staatsfinanzen in den Krisenländern oder den Fortgang der Reformen jederzeit zu einer neuerlichen Verschlechterung der Lage führen. Zuversichtlich stimmt jedoch, dass der Schuldenschnitt Griechenlands die Finanzmärkte nicht erschüttert hat, obwohl er schließlich so ausgestaltet wurde, dass er als Kreditereignis gewertet wurde. Die befürchteten negativen Auswirkungen der damit verbundenen Auszahlung von Kreditversicherungen auf die Stabilität der Finanzmärkte blieben aus.

Der restriktive Kurs der Finanzpolitik belastet die öffentliche und private Nachfrage in der Euro-Zone allerdings deutlich, wodurch die Haushaltslage kurzfristig sogar verschärft wird und eine Rezession unvermeidbar scheint. Dabei divergieren die konjunkturellen Aussichten zwischen den Ländern in der Euro-Zone erheblich: Für Deutschland deutet sich eine positive Grundtendenz an. Für andere Länder bleiben die Aussichten hingegen schwach oder verschlechtern sich weiter; dies vor allem dort, wo die Finanzpolitik einen stark restriktiven Kurs einschlagen musste (Portugal, Griechenland, Italien, Spanien und Irland). Für die IKB-Kernländer erwarten die Forschungsinstitute folgende Entwicklung: Spanien und Italien zeigten bereits zum Ende des Jahres 2011 eine besonders schwache Entwicklung. Im laufenden Jahr wird mit

einer weiteren Schrumpfung des BIP um rund 1,5 % gerechnet. Erst 2013 folgt dann eine – allerdings nur leichte – Erholung in Italien. In Spanien dagegen sinkt die Wirtschaftsleistung weiter. Die Konjunktur in Frankreich und Großbritannien zeigte sich robuster, aber die Erholung beider Länder verläuft ebenfalls nur schleppend, sodass 2012 jeweils nur mit einem BIP-Zuwachs von 0,4 % bzw. 0,6 % gerechnet wird. 2013 sollte dann ein Wachstum über 1 % möglich sein.

In Deutschland stellt sich die Situation günstiger dar. Nach einer mit -0,2 % gegenüber dem Vorquartal leicht rückläufigen Wirtschaftsaktivität im vierten Quartal 2011 gehen die Forschungsinstitute davon aus, dass ab Mitte 2012 die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt. Zwar konnte die Entwicklung der Industrieproduktion seit Jahresanfang diesen Aufwärtstrend noch nicht bestätigen, aber die Anstiege in den Erwartungskomponenten des ifo-, aber auch des ZEW-Indexes deuten auf eine Stabilisierung in den Folgequartalen hin.

Die wesentlichen Wachstumsbeiträge werden 2012 von der Binnenkonjunktur kommen. Den privaten Konsum stützen vor allem die stabile Lage am Arbeitsmarkt und die erwarteten Lohnzuwächse. Das Investitionswachstum sollte im Jahresverlauf angesichts einer relativ hohen Kapazitätsauslastung und anziehender Konjunktur stärker werden. Auch die Bauinvestitionen werden Wachstumsimpulse liefern.

Erfreulich ist die bisherige Exportentwicklung, die im weiteren Verlauf des Jahres von der allmählich anziehenden Weltkonjunktur profitieren sollte. Dank der Fokussierung auf Investitionsgüter sollten vor allem die dynamisch wachsenden Emerging Markets für Bestellungen sorgen. Von der Nachfrage aus der Euro-Zone, in die Deutschland noch immer 43 % seiner Ausfuhren absetzt, ist angesichts der dortigen Wachstums- und Konsolidierungsprobleme aber keine Steigerung zu erwarten. In der Summe rechnen die Institute 2012 mit einem Zuwachs der Exporte von rund 3 %. Die Importe sollten etwas stärker zulegen – dies ist der guten Binnennachfrage in Deutschland geschuldet –, sodass der Außenbeitrag insgesamt in 2012 keinen positiven Wachstumsimpuls liefern dürfte. Mit dem unterstellten BIP-Zuwachs von 0,9 % im Jahr 2012 wird Deutschland die Wachstumslokomotive in der Euro-Zone bleiben. 2013 dürfte sich in einem insgesamt stabileren globalen Umfeld eine höhere Dynamik von 2 % zeigen.

Der weiterhin angeschlagene Bankensektor im Euro-Raum erhält sowohl durch bereits erfolgte Liquiditätsmaßnahmen als auch durch Zinssenkungen Unterstützung. Auch langfristig bleibt wegen der anhaltend restriktiven Fiskalpolitik keine Alternative zu einer expansiven Ausrichtung der Geldpolitik. Während die „lender of last resort“-Aktivitäten der EZB erfolgreich und notwendig sind, ist für die Stützung der wirtschaftlichen Aktivität ungewiss, inwieweit diese bei niedrigstem Zinsniveau und wenig optimistischem Ausblick in vielen Ländern überhaupt gelingen kann.

Das deutsche Bankensystem hatte sich bereits stabilisiert, aber mit der Zuspitzung der Schuldenkrise sind erneute Belastungsfaktoren für das operative Geschäft eingetreten, die auch die Risikotragfähigkeit des Kreditgewerbes negativ beeinflusst haben. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheiten im Finanzsystem und der fragilen Konjunkturaussichten ist eine Eintrübung der Ertragslage nicht auszuschließen. Hinzu kommt, dass das Inkrafttreten der neuen Basel III-Regulierung in Europa für den Beginn des nächsten Kalenderjahres vorgesehen ist. Auch deshalb sind für viele Banken Anpassungen in der Neukreditvergabe und beim Abbau von Risikoaktiva dringender geworden. Angesichts einer schwachen Kreditnachfrage in Deutschland wird das jedoch kaum in eine Kreditklemme münden.

Das größte Abwärtsrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung geht nach wie vor von der Schulden- und Vertrauenskrise im Euro-Raum aus, die im Kern noch nicht gelöst ist. Zwar haben die außerordentlichen liquiditätspolitischen Maßnahmen der EZB den Stress im Bankensystem verringert, aber hierdurch wird letztlich nur Zeit gewonnen. Verlieren – etwa weil die notwendigen finanzpolitischen Reformen nicht angegangen werden – Länder des Euro-Raums auf den Kapitalmärkten erneut an Vertrauen, dürfte dies auch die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Es besteht aber auch die Möglichkeit einer kräftigeren Expansion als hier prognostiziert. So sind die Zinsen in zahlreichen Ländern auf einem historisch niedrigen Niveau. Dies gilt in besonderem Maße für Deutschland, wo die monetären Rahmenbedingungen zurzeit besonders günstig sind.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die grundlegenden Anpassungen des Geschäftsmodells der IKB sind auf den Weg gebracht. Die Bank wurde rekapitalisiert, das Risikomanagement ausgebaut, Risiken wurden reduziert sowie die Liquidität gesichert. Vor allem kann sich die IKB mit Erfüllung der EU-Auflagen (Stichtag: 30. September 2011) stär-

ker auf das Kundengeschäft fokussieren. Die aus der Erfüllung der EU-Auflagen bis dahin entstandenen Belastungen werden sukzessive entfallen. Die Rückführung des Garantierahmens des SoFFin wird weiter verfolgt, wodurch u. a. die bislang hohen Provisionsaufwendungen sinken werden. Damit wurden wesentliche Grundlagen geschaffen, die Bank wieder profitabel zu machen.

Die IKB sieht gute Chancen, ihre Aktivitäten im Bereich von Beratungs-, Absicherungs- und Kreditprodukten zu erweitern. Aufgrund der Kosten der Restrukturierung sowie der Anlaufkosten für die neuen Geschäftsaktivitäten wird es noch Zeit brauchen, bis sich die Neuausrichtung nachhaltig positiv in der Gewinn- und Verlustrechnung niederschlägt. Der Ausfall Griechenlands hat die Rückkehr zu positiven Ergebnissen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verzögert. Erkennbar ist bereits jetzt ein positiver Trend bei der Diversifikation und der Erhöhung der Erträge durch verbesserte Margen im Neugeschäft. Nicht kostendeckende Geschäfte werden ausgesteuert. Im kundenbezogenen Provisionsgeschäft nahmen die Anzahl der Mandate bei Kunden und die Erträge zu.

Komplexität und Belastungen, die aus der Vielzahl an Geschäftsfeldern und Tochtergesellschaften entstanden sind, werden weiter abgebaut, und dafür werden mögliche Optionen untersucht. Die IKB wird die Komplexität der Konzernstruktur weiter reduzieren sowie die Effizienz aller wesentlichen Prozesse weiter erhöhen, um Kosten zu senken. In diesem Zusammenhang plant die Bank den Abbau von rund 200 Stellen. Für die Kostenentwicklung wird auch wesentlich sein, dass die umfassenden Änderungen aufgrund der Vielzahl der Regulierungsvorhaben effizient umgesetzt werden können.

Die IKB hat die Voraussetzungen geschaffen, um ihre Bilanzstruktur weiter zu optimieren. Das betrifft sowohl die Entwicklung der Bilanzsumme als auch die Zusammensetzung von Aktiva und Passiva. Die IKB wird weiter darauf ausgerichtet bleiben, nicht-strategische Aktiva wirtschaftlich abzubauen sowie ihr Portfolio von profitablen Krediten an ihre Zielkunden zu optimieren. Das Management der Passivseite ist von besonderer Bedeutung. Dazu gehören ein stabiles Einlagengeschäft sowie eine Restrukturierung bzw. Verkürzung der Passivseite, beispielsweise durch die vorzeitige Rückführung von SoFFin-garantierten Anleihen. Insgesamt soll eine hinreichend hohe Kernkapitalausstattung sichergestellt werden. Zu diesem Zweck wird die Möglichkeit zur Ausplatzierung von Kreditrisiken untersucht. Dabei kann die IKB auf langjährigen Erfahrungen mit Eigenverbriefungen aufbauen. Mit Blick auf die Umsetzung von Basel III werden die Risikoaktiva weiter reduziert sowie Erträge aus Risikoaktiva durch Zusammenarbeit mit Investoren durch Erlöse aus Dienstleistungen ersetzt.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Unterstützung des Vorhabens von Lone Star.

Vermögenslage

Die Gesamtkennziffer (Solvabilitätskoeffizient) und die Kernkapitalquote der IKB-Gruppe liegen mit 13,0 % bzw. 9,4 % niedriger als im Vorjahr, aber deutlich höher als die heutigen gesetzlichen Mindestanforderungen. Wesentliche Steuerungsgröße ist bislang die Kernkapitalquote, die für die IKB AG und die Institutsgruppe über 8 % liegt und einen Puffer für unerwartete Einzelereignisse aufweist. Die IKB ist vertraglich vor allem gegenüber dem SoFFin verpflichtet, diese Mindestwerte von jeweils 8 % Kernkapital einzuhalten. Die IKB erwartet, diese Mindestwerte von jeweils 8 % für die AG und die Institutsgruppe weiterhin zu erfüllen. Zu diesem Zweck wird die IKB weitere Risikoaktiva verkaufen oder synthetisch absichern und sich auf die Generierung von Krediten ausrichten, in die auch Dritte investieren können. Entsprechende Initiativen sind bzw. weitere werden auf den Weg gebracht. Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste und stressartige Marktverwerfungen können die Lage der IKB weiter belasten und auch die Einhaltung einer Kernkapitalquote von 8 % ohne weitere Maßnahmen unmöglich machen. Für die Geschäftsjahre 2012/13 und 2013/14 geht die Bank von einer weiteren Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden aus, da das Kreditneugeschäft noch von Tilgungen im Kreditgeschäft und dem Abbau von Aktiva überkompensiert wird. Die Passivseite wird im Prognosezeitraum voraussichtlich von sinkenden Verbrieften Verbindlichkeiten und der Verbreiterung des Funding-Mix geprägt sein.

Auswirkungen von Basel III

Als ein wesentlicher Baustein des Reformpakets des Basler Ausschusses wird – eine entsprechende Umsetzung in europäisches bzw. nationales Recht vorausgesetzt – die Mindestanforderung für das harte

Kernkapital (core Tier 1 capital) von 2 % auf 4,5 % angehoben und die Mindestanforderung für das Kernkapital insgesamt von 4 % auf 6 %. Diese Anforderungen sollen stufenweise im Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2015 erfüllt werden. Zusätzlich werden Banken verpflichtet, ein Kapitalerhaltungspolster von 2,5 % vorzuhalten, welches durch hartes Kernkapital abgedeckt und stufenweise vom 1. Januar 2016 bis zum 1. Januar 2019 aufgebaut werden soll. Darüber hinaus wird ein antizyklisches Kapitalpolster eingeführt, das aus hartem Kernkapital bestehen soll. Entsprechend den jeweiligen nationalen Verhältnissen kann dieses Polster zwischen 0 % und 2,5 % betragen.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass bis zum Ende der Umsetzungsphase am 1. Januar 2019 mit einer harten Kernkapitalquote von bis zu 9,5 % gerechnet werden muss, wobei die Ausgestaltung des antizyklischen Kapitalpuffers abzuwarten ist. Zur Sicherung dieser und anderer Mindestquoten wird die IKB im Wesentlichen eine Steuerung der Bilanzsumme z. B. durch Abbau von Risikoaktiva und Risikotransfer sowie die Bildung von Reserven wie etwa gemäß § 340g HGB vornehmen.

Die Kapital- und Liquiditätsausstattung der IKB wird für das Institut und die Institutsgruppe auf Grundlage des HGB und der gültigen aufsichtsrechtlichen Normen ermittelt und liegt anhand der heute bekannten Rechtslage voraussichtlich oberhalb der noch nicht in europäisches Recht übernommenen Basel-III-Grenzwerte. Im Laufe der Umsetzung der neuen Regeln wird sich erst herauskristallisieren, welche Kernkapitalquoten Banken zukünftig anstreben müssen, diese können durchaus auch über den Mindestvorgaben der internationalen Aufsicht liegen. Derzeit geht die Bank davon aus, dass auch nach Inkrafttreten einer EU-Verordnung zur Einführung von Basel III wesentliche nationale Übergangsvorschriften zumindest temporär unverändert bestehen bleiben werden.

Die Vorbereitungen für die Umsetzung von Basel III – einschließlich der sehr umfassenden Regulierung, die Basel III zeitlich oder sachlich begleitet – verursachen hohe Kosten und komplexe Steuerungsfragen. Derzeit arbeitet die IKB in mehreren Großprojekten an der Umsetzung der neuen Regelungen, darunter befinden sich die Umgestaltung des Meldewesens, die u. a. die Nutzung einer neuen Meldesoftware erfordert, und der Anschluss an eine Zentrale Gegenpartei für das standardisierte Derivategeschäft, der u. a. ein leistungsfähiges Handelssystem bedingt. Trotz eines frühzeitigen Projektstarts und der hohen Kosten für diese Projekte resultieren erhebliche Unsicherheiten, da viele gesetzliche Vorgaben noch nicht abschließend feststehen oder diese erst noch durch die EBA oder die nationale Bankenaufsicht spezifiziert oder umgesetzt werden müssen. Im Hinblick auf den politisch von internationalen und nationalen Entscheidungsträgern gewünschten Umsetzungstermin von Basel III, den 1. Januar 2013, sind die Ressourcen der Bank bereits sehr angestrengt, sodass weitere Verspätungen und Unsicherheiten bei der Rechtssetzung von der Bank kaum mehr aufgefangen werden können. Diese Unsicherheiten betreffen auch das Ausmaß der Maßnahmen, die zur Steuerung von Bilanzsumme und risikogewichteten Aktiva vorgenommen werden müssen.

Letztlich wird Basel III aufgrund der Erwartungen der IKB auch die Strategien und Geschäftsmodelle der Banken beeinflussen. In der strategischen Positionierung (siehe Kapitel 1.) spiegeln sich bereits wichtige Schlussfolgerungen wider. Stärker als frühere Neuregulierungen wird die Umsetzung von Basel III – im Verbund mit weiteren Regulierungen, so u. a. Solvency II und Bankenrestrukturierungsgesetze – über die Beeinflussung der Refinanzierungsseite der Banken auf die Finanzierung der Wirtschaft durchwirken und diese verteuern. Davon werden auch der typische Mittelstandskredit und das zu Absicherungszwecken von Unternehmen genutzte Derivategeschäft betroffen werden. Die IKB erwartet weiterhin, dass alle Banken in wachsendem Umfang Einlagengeschäft betreiben müssen, während die Mittelbeschaffung über unbesicherte Anleihen durch die neuen Aufsichtsregeln zurückgedrängt wird.

Liquiditätssituation

Besicherte Finanzierungen im Interbankengeldmarkt und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden. Hinzu kommt, dass sich eine wachsende Zahl von Banken erstmalig (meist per Internet) oder in größerem Umfang über Einlagen finanziert.

Auf die Emission von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Kapitalmarkt ist die IKB nicht angewiesen. Ohnehin steht der Markt für unbesicherte Bankanleihen vor einem Umbruch, da auch seitens der Aufsicht (Basel III, Solvency II) den wesentlichen Investoren zukünftig die Spielräume zur Anlage verkürzt werden. Darüber hinaus werden nach den Plänen der EU zukünftig auch Anleihegläubiger stärker in die Haftung genommen.

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken.

Die aufzunehmenden Mittel werden zur Rückzahlung der fälligen SoFFin-garantierten Anleihen und sonstiger fälliger Refinanzierungen und für das Neugeschäft verwendet. Aufgrund des veränderten Geschäftsmodells der Bank wird ihr Refinanzierungsbedarf grundsätzlich geringer als bisher sein.

Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen und der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Bei einem normalen Geschäftsverlauf ist die IKB im Prognosezeitraum auch ohne Zugang zu einer Kapitalmarktrefinanzierung ausreichend mit Liquidität versorgt.

Die Liquidität ist nach den Planungen – auch unter Berücksichtigung der fällig werdenden SoFFin-garantierten Anleihen – mit ausreichend Puffer gegeben.

Ertragslage

Die aktuelle Lage ist geprägt von Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Dauer und Tiefe der Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion, den Auswirkungen auf das europäische Bankensystem und einer möglichen Abkühlung der Wirtschaft in Deutschland, die zu einer hohen Ergebnisvolatilität in der Geschäftsentwicklung der IKB führen können.

Eine hohe Unsicherheit besteht hinsichtlich der – teils sehr überraschenden – Belastungen, die sich aus der gegenwärtigen „Regulierungswelle“ und den notwendigen Anpassungsreaktionen ergeben. Die Institute sollen zum 1. Januar 2013 Regeln umsetzen, für die bislang die einschlägigen Gesetze noch nicht verabschiedet und viele technische Standards noch nicht bekannt sind.

Welchen Zeitraum die EU-Regierungen noch benötigen werden, um eine überzeugende Lösung der Staatsschuldenkrise zu finden und die Märkte zu beruhigen, ist ungewiss. In jedem Fall muss heute schon davon ausgegangen werden, dass wie im abgelaufenen Geschäftsjahr die wirtschaftliche Aktivität in Europa weiterhin geringer ausfallen wird. Auch deutsche Unternehmen warten häufig mit ihren Investitionsentscheidungen auf eine klare Lage. Insoweit sind auch die Ertragsenerwartungen der IKB zeitlich verschoben, und das Geschäftsmodell wird sich nur verzögert in ein positives Ergebnis umsetzen lassen. Dazu haben auch die Wertberichtigungen für Griechenlandrisiken beigetragen. Die zukünftige Ertragsstruktur wird einen stärkeren Anteil an Provisionserträgen aus Beratungs-, Derivate- und Kapitalmarktgeschäft sowie aus „Assets under Management“ enthalten. Mit profitablen Neukreditgeschäft wird sich der Zinsüberschuss mittelfristig stabilisieren. Die Belastung durch die Garantieprovisionen an den SoFFin wird abnehmen. Die Bilanzsumme wird weiter rückläufig sein.

Die Verwaltungskosten im Konzern werden weiter durch Effizienzsteigerung, insbesondere bei der Erfüllung regulatorischer Anforderungen, Reduzierung der Konzernkomplexität und Personalabbau reduziert.

Um die Refinanzierungskosten einzugrenzen und die Liquidität auch in Zukunft zu sichern, wird die IKB die Refinanzierungsstruktur weiter diversifizieren. Wesentliche Bestandteile sind besicherte Finanzierungen, die aktive Nutzung von Programmkrediten und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken sowie ein nachhaltiges Einlagengeschäft mit Unternehmens- und Privatkunden.

Der Vorstand hält an dem Ziel fest, mittelfristig operativ Gewinne zu erzielen und damit Spielräume zur weiteren Stärkung des Kernkapitals zu schaffen. Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von insgesamt 1.151,5 Mio. € sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber wird voraussichtlich dazu führen, dass für mehrere Geschäftsjahre auch bei operativen Gewinnen keine oder nur geringe Überschüsse in der IKB ausgewiesen werden.

8. Vergütungsbericht

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2011/12 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Die Ausgestaltung des Vergütungsberichts berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Bank hat auf der Basis der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Instituts-Vergütungsverordnung) eine Selbsteinschätzung durchgeführt und ist danach kein bedeutendes Institut im Sinne der Instituts-Vergütungsverordnung. Die besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme bedeutender Institute gelten daher nicht für die IKB.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2011/12 gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an:

Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender des Vorstands),

Dr. Dieter Glüder,

Claus Momburg,

Dr. Michael H. Wiedmann.

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich grundsätzlich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie erfolgsunabhängigen Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Vergütungskomponenten bestehen nicht. Die Vorstandsmitglieder Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann erhalten neben ihrer festen jährlichen Grundvergütung zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung zusätzlich einen monatlichen Betrag von 10.000 € brutto.

Das Aufsichtsratsplenum setzt auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig. Die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsratsplenum unter Einbeziehung etwaiger Konzernbezüge auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden sowohl die Aufgaben des einzelnen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Konzerns als auch die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt. Die Vergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Für außerordentliche Entwicklungen ist eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) der variablen Vorstandsvergütung vereinbart.

Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsratsplenum überprüft.

Für das Verständnis der gegenwärtigen Ausgestaltung des Vergütungssystems sind folgende – schon mehrere Jahre zurückliegende – Aspekte wichtig: Der IKB wurde im August 2009 ein erweiterter Garantierahmen durch den SoFFin gewährt. Der SoFFin hatte die Gewährung dieser Mittel unter anderem unter die Bedingung gestellt, dass die Vorstandsmitglieder der IKB ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p. a. übersteigen, verzichten und durch geeignete Vereinbarungen sichergestellt wird, dass eventuelle Nachzahlungsansprüche keine Auswirkungen auf die Bilanz der IKB haben, also insbesondere keine Bildung von Rückstellungen oder Buchung von Verbindlichkeiten erfolgen. Alle Vorstandsmitglieder, die ab und nach dem 3. Juli 2009 im Amt waren, hatten – auch um bilanzielle Auswirkungen bis zum Ablauf der mit dem SoFFin vereinbarten Frist (31. Dezember 2010) zu vermeiden – entsprechende Verzichtserklärungen für den vorgenannten Zeitraum abgegeben. Nebenleistungen (z. B. Kfz, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) blieben vom Vergütungsverzicht unberührt. Nachzahlungen sind gemäß den mit dem SoFFin getroffenen Vereinbarungen erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien – nach derzeitigem Stand wäre dies im Jahre 2015 – zulässig.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile

Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Aufgrund der oben genannten Auflagen des SoFFin im Zusammenhang mit der Garantiegewährung wurden die Vorstandsverträge mit Wirkung zum 1. Juli 2009 angepasst. Das Jahresgrundgehalt der Vorstandsmitglieder beträgt seitdem jeweils 500 Tsd. €.

Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien und der Dienstwagennutzung bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile

Das im Geschäftsjahr 2011/12 geltende Vergütungssystem besteht gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex grundsätzlich aus fixen und variablen Bestandteilen. Die variable Vergütungskomponente (Tantieme) hat vollständig Risikocharakter – eine Mindesttantieme ist nicht vereinbart. Die Tantieme ist daher weder dem Grunde noch der Höhe nach eine gesicherte Vergütungskomponente.

Grundlage der variablen Vergütung ist das Erreichen der mit jedem aktiven Vorstandsmitglied schriftlich vereinbarten Ziele. Das Aufsichtsratsplenum hat mit den Vorstandsmitgliedern für die nächsten Jahre jeweils Ziele sowohl zur Sicherung der Existenz und des Fortbestehens der Bank als auch zur Weiterentwicklung des zukünftigen Geschäftsmodells mit einer langfristigen Anreizwirkung vereinbart. Die Ziele zur Sicherung der Existenz und des Fortbestehens der Bank orientieren sich an den Vorgaben, Bedingungen und Auflagen der EU, des SoFFin und des Einlagensicherungsfonds und sind damit wie die Ziele zur Weiterentwicklung des zukünftigen Geschäftsmodells der Bank an den strategischen Zielen der IKB ausgerichtet.

Die Festlegung der Höhe der variablen Vergütung erfolgt entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Mit jedem Vorstandsmitglied ist eine Zieltantieme bei einer Zielerreichungsquote von 100 % festgesetzt. In Abhängigkeit von der tatsächlichen Zielerreichung im Bemessungszeitraum kann sich diese Zieltantieme erhöhen oder bis auf Null verringern. Mit allen Vorstandsmitgliedern wurden Begrenzungen der Tantiemen (sogenannte Caps) vereinbart. So ist die Tantieme in drei Fällen auf maximal 200 % und in einem Fall auf maximal 130 % der Zieltantieme begrenzt.

Bereits ab dem Geschäftsjahr 2010/11 war das System der erfolgsabhängigen variablen Vergütung dahingehend angepasst worden, dass diese im Rahmen einer mehrjährigen Betrachtung seitdem gestaffelt ausgezahlt wird. Sofern sich nachträglich herausstellt, dass die mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils vereinbarten Ziele in dem Geschäftsjahr, für das eine variable Vergütung gewährt wurde, tatsächlich nicht in dem Umfang erreicht wurden, wie dies bei Gewährung der Tantieme angenommen wurde, kann der Aufsichtsrat die bis dahin noch nicht zur Auszahlung fälligen Teile der für das betroffene Geschäftsjahr gewährten Tantieme seitdem bis zu deren Fälligkeit nach pflichtgemäßer Ausübung seines Ermessens zurückverlangen.

Die vom Aufsichtsrat für ein Geschäftsjahr beschlossenen Tantiemen der Vorstandsmitglieder sind danach in Höhe von 40 % unverzüglich nach Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat, frühestens jedoch drei Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr, für das sie gewährt werden, fällig. Weitere 30 % der Tantiemen sind 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das erste Geschäftsjahr und weitere 30 % der Tantiemen 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das zweite Geschäftsjahr, das jeweils dem Geschäftsjahr folgt, für das die Tantieme gewährt wurde, zur Auszahlung fällig.

Die Gewährung der Tantiemen steht zudem jeweils unter dem Vorbehalt etwaiger Anordnungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Der Aufsichtsrat hält diese Form der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder, d. h. die Gewährung einer Tantieme für die Erfüllung vereinbarter Ziele innerhalb eines Geschäftsjahres – verbunden mit einer Revisionsmöglichkeit über einen mehrjährigen Zeitraum und der Möglichkeit zur anteiligen Kürzung der für

das betreffende Geschäftsjahr gewährten Tantieme –, in Anbetracht der Situation der Gesellschaft für geeignet, sowohl den Interessen der IKB als auch den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen Rechnung zu tragen. Vereinbarte Ziele des Vorstands der IKB betreffen sowohl den Fortbestand der Bank, für den nach wie vor auch entscheidend ist, dass bestimmte – z. B. seitens des SoFFin – gemachte Auflagen eingehalten werden können, als auch die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells der Bank.

Im Hinblick auf die kurzfristig zu gewährleistende Einhaltung bzw. Umsetzung jener Auflagen und auch im Hinblick darauf, dass die IKB in ihrer nach wie vor schwierigen Situation auf die kontinuierlich gute Arbeit ihrer amtierenden Vorstandsmitglieder angewiesen ist, hat der Aufsichtsrat die vorstehend beschriebene Struktur zur variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder beschlossen.

Change of Control

Die Anstellungsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder enthalten Change-of-Control-Klauseln. Danach ist jedes Vorstandsmitglied berechtigt, im Falle eines Kontrollwechsels seinen Dienstvertrag bis zum Monatsende zu kündigen und sein Amt zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstvertrags niederzulegen. Dieses Sonderkündigungsrecht kann innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt des Kontrollwechsels ausgeübt werden. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn i.S.d. §§ 21 ff. WpHG eine nicht mit LSF6 Europe i.S.d. §§ 15 ff. AktG verbundene Person mehr als 50 % der Stimmrechte an der Gesellschaft erwirbt bzw. dieser zuzurechnen sind.

Leistungen durch Dritte

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten. Auch für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen wurde im Geschäftsjahr 2011/12 keine Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt.

Übersicht über die Vorstandsvergütung

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011/12 ergeben sich gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und den Beschlüssen des Aufsichtsratsplenums aus der nachfolgenden Tabelle.

Tabelle: Vergütungsstruktur Vorstand

Jahresvergütung in Tsd. €	Grundgehalt GJ 2011/12	Pensionsersatz GJ 2011/12	Variable Bezüge GJ 2011/12 ¹⁾²⁾	Sachbezüge/ Sonstiges GJ 2011/12	Bezüge insgesamt GJ 2011/12 ¹⁾²⁾
Hans Jörg Schüttler	500,0	120,0	1.000,0	0,3	1.620,3
Dr. Dieter Glüder	500,0	-	630,0	9,9	1.139,9
Claus Momburg	500,0	-	460,0	15,2	975,2
Dr. Michael H. Wiedmann	500,0	120,0	530,0	2,1	1.152,1
Gesamtsumme	2.000,0	240,0	2.620,0	27,5	4.887,5

1) Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2011/12 wurde bisher vom Aufsichtsrat noch nicht beschlossen, aber jeweils in Höhe der mit den Vorstandsmitgliedern vereinbarten Zieltantiemen, d.h. insgesamt in Höhe eines Betrages von 2.620 Tsd. € (Herr Schüttler 1.000 Tsd. €, Herr Dr. Glüder 630 Tsd. €, Herr Momburg 460 Tsd. € und Herr Dr. Wiedmann 530 Tsd. €), zurückgestellt.

2) Wenn und soweit der Aufsichtsrat die Tantieme für das Geschäftsjahr 2011/12 beschließt, sind beschlossene Tantiemen der Vorstandsmitglieder danach in Höhe von 40 % unverzüglich nach Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat, frühestens jedoch drei Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr, für das sie gewährt werden, fällig. Weitere 30 % der Tantiemen sind 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das erste Geschäftsjahr und weitere 30 % der Tantiemen 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das zweite Geschäftsjahr, das jeweils dem Geschäftsjahr folgt, für das die Tantieme gewährt wurde, zur Auszahlung fällig.

Betreffend das vorherige Geschäftsjahr 2010/11 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 28. Juni 2011 die Tantiemen der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010/11 jeweils wie folgt festgesetzt: Herr Schüttler 1.000 Tsd. €, Herr Dr. Glüder 630 Tsd. €, Herr Momburg 460 Tsd. € und Herr Dr. Wiedmann 530 Tsd. €. Aufgrund der Auflagen des SoFFin, keine Auszahlung der als Nachzahlung für den Zeitraum des Vergütungsverzichts der Vorstandsmitglieder beschlossenen Tantiemen vor Auslaufen der durch den SoFFin gewährten Garantien vorzunehmen, werden daher die vom Aufsichtsrat am 28. Juni 2011 festgesetzten anteiligen Tantiemen für die ersten neun Monate des Geschäftsjahres 2010/11 (jeweils 75 % der vorgenannten Tantiemebeträge für das Geschäftsjahr 2010/11) erst nach Auslaufen der SoFFin-Garantien

zur Auszahlung fällig. Die anteiligen Tantiemen für die letzten drei Monate des Geschäftsjahres 2010/11 (jeweils 25 % der vorgenannten Tantiembeträge für das Geschäftsjahr 2010/11) wurden innerhalb des Berichtszeitraumes ausbezahlt.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit und Altersversorgung

Wie dargestellt haben alle im Geschäftsjahr 2011/12 amtierenden Vorstandsmitglieder ein Sonderkündigungsrecht für den Fall eines Kontrollwechsels. Eine Abfindung für die Vorstandsmitglieder im Falle der Ausübung dieses Sonderkündigungsrecht ist nicht vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg haben im Pensionsfall Anspruch auf ein lebenslanges Ruhegeld. Der Pensionsfall ist gegeben, wenn der Anstellungsvertrag (a) mit oder nach Vollendung des 63. Lebensjahres endet, (b) vor Vollendung des 63. Lebensjahres wegen dauernder Dienstunfähigkeit endet oder (c) vor Vollendung des 63. Lebensjahres wegen vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung endet, wobei in diesem Fall der Pensionsfall nicht gegeben ist, wenn das jeweilige Vorstandsmitglied eine ihm angebotene Verlängerung des Anstellungsvertrags zu gleichen oder für ihn günstigeren Bedingungen ablehnt oder die vorzeitige Beendigung oder Nichtverlängerung auf einem von dem jeweiligen Vorstandsmitglied verschuldeten wichtigen Grund, beschränkt auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz, beruht. Auch die Beendigung des Dienstvertrages im Falle eines Kontrollwechsels stellt für die Herren Momburg und Dr. Glüder einen Pensionsfall im Sinne des oben unter Buchstaben (c) genannten Falls dar; dies gilt jedoch nicht, wenn die Bank das Dienstverhältnis wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund kündigt.

In einem unter Buchstabe (c) genannten Pensionsfall erhalten die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld. Weder Herr Schüttler noch Herr Dr. Wiedmann haben Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes im Falle des Ausscheidens.

Die zu gewährende Versorgungsleistung ist abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit. Der Grundanspruch beträgt für die Herren Dr. Glüder und Momburg 35 % bzw. 50 % des ruhegeldfähigen Einkommens. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 % und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Für den Fall der Beendigung des Anstellungsvertrags aufgrund Kontrollwechsels und bei Herrn Dr. Glüder zudem für den Fall der Beendigung des Anstellungsvertrags auf Veranlassung der Bank beträgt das Übergangsgeld jedoch mindestens 150 Tsd. € p. a. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeits-einkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Herr Momburg hat durch Vereinbarung auf seinen dienstvertraglichen Anspruch auf Übergangsgeld unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Gericht in einem rechtskräftigen Urteil schuldhaftes Verhalten (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) seiner Person im Zusammenhang mit der Krise der Bank feststellt, verzichtet. Dies gilt nicht für den Anspruch auf Zahlung des Übergangsgeldes im Falle des Kontrollwechsels, der allerdings nur besteht, wenn der Dienstvertrag nicht wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund gekündigt wird.

Herrn Dr. Glüder steht darüber hinaus im Falle der Beendigung des Dienstvertrages aufgrund Kontrollwechsels oder auf Veranlassung der Bank in Abweichung zu § 1b BetrAVG in jedem Fall eine unverfallbare Anwartschaft zu. Dies gilt nicht, wenn die IKB das Dienstverhältnis wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund kündigt.

Nach dem Tod von Herrn Dr. Glüder oder Herrn Momburg wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtignte Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes (25 %, falls kein Anspruch auf Witwengeld besteht). Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Pensionsrückstellungen gebildet, im Pensionsfall ergeben sich folgende Zahlungen:

Tabelle: Pensionszahlungen Vorstand

in Tsd. €	Jahresbezüge bei Eintritt des Pensionsfalles per 31.3.2012	Service Cost im Geschäftsjahr 2011/12
Dr. Dieter Glüder	375*	463
Claus Momburg	375*	151

* Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahrs

Die Vorstandsmitglieder Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann haben wegen abweichender Regelungen der Altersversorgung mit der IKB keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen.

Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft

Gegenüber dem ehemaligen Vorstandsmitglied Joachim Neupel rechnete die IKB AG von Mai 2008 bis Mai 2010 monatlich mit ihrem Anspruch auf Rückzahlung des überzahlten Teils der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 in Höhe von rund 451 Tsd. € gegenüber den Pensionsansprüchen von Herrn Neupel auf. Herr Neupel hat diesbezüglich Klage im Urkundsverfahren auf Zahlung seiner Pensionen für die Monate Mai bis Juli 2008 erhoben, mit der er im Dezember 2008 im Rahmen eines Vorbehaltsurteils obsiegt hat. Die Wirksamkeit der von der IKB geltend gemachten Aufrechnung blieb dem Nachverfahren vorbehalten.

Die IKB hat im Januar 2009 im Rahmen einer Widerklage die Rückzahlung des nach Aufrechnung mit den laufenden Pensionszahlungen damals noch offenen Teils der über den Mindestbetrag hinausgehenden Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 geltend gemacht. Im Mai 2010 ist der entsprechende Rückzahlungsanspruch der IKB durch Aufrechnung mit den laufenden Pensionszahlungen jedoch erloschen.

Zusätzlich macht die IKB im Rahmen der Widerklage seit Mai 2009 auch Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 324 Tsd. € gegen Herrn Neupel geltend, die im Zusammenhang mit von Herrn Neupel veranlassten, aus Sicht der Gesellschaft unberechtigten Maßnahmen an einem der Bank gehörenden, von Herrn Neupel angemieteten Wohnhaus, sowie einem der Bank gehörenden und von Herrn Stefan Ortseifen angemieteten Wohnhaus stehen. Seit Mai 2010 rechnet die IKB mit den vorgenannten Schadenersatzansprüchen gegen Herrn Neupels Pensionsansprüche auf. Die Aufrechnung wurde ab April 2011 ausgesetzt. Das Landgericht Düsseldorf hat im Nachverfahren im Juni 2011 mit Urteil Herrn Neupels Klage stattgegeben und die Widerklage abgewiesen. Gegen dieses Urteil ist derzeit die Berufung beim Oberlandesgericht Düsseldorf anhängig.

In einem zweiten Prozess aus dem Jahr 2010 klagt Herr Neupel aufgrund der erfolgten Aufrechnung der IKB außerdem auf Zahlung seiner Pension für die Monate August 2008 bis Mai 2010. Auch in diesem Verfahren macht die IKB neben ihrem Anspruch auf Rückzahlung des überzahlten Teils der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 die vorgenannten Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 324 Tsd. € im Wege der Aufrechnung gegen Herrn Neupel geltend. Hinsichtlich dieser Klageforderung ist im Dezember 2010 zunächst ebenfalls ein Vorbehaltsurteil zugunsten Herrn Neupels ergangen, gegen das die IKB Berufung zum Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt hat und dessen Aufhebung sie zugleich im Rahmen des Nachverfahrens beantragt hat. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat mit Urteil vom 27. Oktober 2011 das Vorbehaltsurteil des Landgerichts Düsseldorf aufgehoben und Herrn Neupels Klage bis auf einen Restbetrag von 3.450 € abgewiesen. Das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf ist rechtskräftig. Der verbleibende Teilbetrag bezieht sich auf die Aufrechnung mit den vorgenannten Schadenersatzansprüchen. Wegen dieses Teilbetrags ist derzeit das Nachverfahren vor dem Landgericht Düsseldorf anhängig.

Herr Ortseifen hat im Mai 2008 Klage erhoben mit dem Ziel, die Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund seines Vorstands-Dienstvertrages durch die IKB feststellen zu lassen. Seit Dezember 2010 klagt Herr Ortseifen auch auf Zahlung seiner Bezüge für den Zeitraum vom 8. August bis zum 31. Dezember 2007. Zudem verlangt er seit Dezember 2011 die Zahlung seiner Bezüge für das Jahr 2008 sowie den Mindestbetrag der Tantieme für das Geschäftsjahr 2007/08.

Die IKB hat im August 2008 im Rahmen einer Widerklage unter anderem die Rückzahlung der über den Mindestbetrag hinausgehenden Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 in Höhe von 805 Tsd. € gericht-

lich geltend gemacht. Daneben macht die IKB auch Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 465 Tsd. € gegen Herrn Ortseifen geltend, die im Zusammenhang mit von Herrn Ortseifen veranlassten, aus Sicht der Gesellschaft unberechtigten Maßnahmen an einem der Bank gehörenden, von Herrn Ortseifen angemieteten Wohnhaus, sowie einem der Bank gehörenden und von Herrn Joachim Neupel angemieteten Wohnhaus stehen. Das Verfahren war im Hinblick auf das Strafverfahren gegen Herrn Ortseifen ausgesetzt und ist nunmehr wieder aufgenommen worden.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft Herrn Ortseifen und seine Ehefrau auf Zahlung rückständiger Miete sowie Räumung des von Herrn Ortseifen angemieteten, im Eigentum der Bank stehenden Wohnhauses verklagt. Dieses Verfahren ist derzeit im Hinblick auf das Verfahren über die Wirksamkeit der Kündigung des Vorstands-Dienstvertrags im vorgenannten Verfahren ausgesetzt.

Frühere Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen belief sich auf 3.521 Tsd. € (Vorjahr: 3.247 Tsd. €). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen 43.543 Tsd. € (Vorjahr: 39.872 Tsd. €).

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB AG geregelt. Sie trägt – in Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie; beide Komponenten werden aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20 Tsd. €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine variable Vergütung in Höhe von 200 € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90,- € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Abweichend hiervon erhalten die Mitglieder des Nominierungsausschusses in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats keine zusätzliche Vergütung für ihre Tätigkeit. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20 Tsd. € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats steht zudem zur finanziellen Unterstützung und Förderung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen ein Budget von in der Regel 2 Tsd. € bzw. ein höheres, aus Sicht des Vorstands angemessenes Budget je Geschäftsjahr zur Verfügung. Nicht in Anspruch genommene Aus- und Fortbildungsmittel verfallen am Ende eines Geschäftsjahres.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2011/12 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder, unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Die Aufsichtsratsmitglieder Herr Scherrer, Herr Dr. von Köller, Herr Brahin, Herr Dr. Nolting und Herr Dr. Tuczka haben auf die feste Vergütung zugunsten der Gesellschaft verzichtet.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Die Bezüge der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beliefen sich im Berichtszeitraum – ohne die u. g. Vergütung für die Aufsichtsratsstätigkeit – auf insgesamt 362 Tsd. € (Vorjahr: 408 Tsd. €).

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011/12 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Tabelle: Vergütung Aufsichtsrat

in Tsd. €	Insgesamt (nur feste Vergütung; variable Vergütung entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Bruno Scherrer (Vorsitzender)	Verzicht
Dr. Karsten von Köller (stellv. Vorsitzender)	Verzicht
Stefan A. Baustert	20
Olivier Brahin	Verzicht
Dr. Lutz-Christian Funke	20
Ulrich Grillo	20
Arndt G. Kirchhoff	20
Bernd Klein	20
Dr. Claus Nolting	Verzicht
Dr. Thomas Rabe (bis 21.2.2012)	18
Nicole Riggers (seit 7.9.2011)	12
Dr. Carola Steingräber	25
Carmen Teufel	20
Dr. Andreas Tuczka	Verzicht
Ulrich Wernecke	25
Andreas Wittmann (bis 7.9.2011)	10
Zwischensumme	210
Auf Bezüge entfallende Umsatzsteuer	38
Auslagenersatz Aufsichtsrat gesamt	10
Gesamt	258

9. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2012 betrug 1.621.318.914,56 € und war eingeteilt in 633.327.701 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 25. August 2015 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum Ablauf des 25. August 2015 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10% des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 26. August 2010 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 25. August 2015 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals im Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung der IKB AG am 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechtigt zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht bestand spätestens am 11. April 2012. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hat am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 4. Mai 2010 ins Handelsregister eingetragen. Ferner hat am 20. Januar 2012 ein Gläubiger der Wandlungsschuld-

verschreibung von seinem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Mit Ausgabe der Bezugsaktien am 30. Januar 2012 stieg das Grundkapital der Gesellschaft hierdurch um 3.686,40 € auf 1.621.318.914,56 €. Hinsichtlich der am 11. April 2012 durchgeführten Pflichtwandlung wird auf das Kapitel „Ereignisse nach dem 31. März 2012 (Nachtragsbericht)“ verwiesen. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 2. Mai 2012 ins Handelsregister eingetragen.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch einen weiteren Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde das aus dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 noch bestehende, um bis zu 229.102,08 € bedingt erhöhte Grundkapital (Bedingtes Kapital 2008) herabgesetzt auf bis zu 150.174,72 €, eingeteilt in bis zu 58.662 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe. Mit Ausnahme der beschriebenen Wandlung blieb das bedingte Kapital 2008 unverändert. Die Herabsetzung wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 25. August 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/ oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 400.000.000,00 € jeweils mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte zum Bezug von bis zu 74.874.422 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stammaktien (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 191.678.520,32 € nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Seit dem 20. Juli 2009 wird ein Stimmrechtsanteil von 91,51 % unmittelbar von den LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware), Dallas, USA, und mittelbar von den LSF6 Europe Partners, LLC (Delaware), Dallas, USA, Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda), Hamilton, Bermuda, Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) Hamilton, Bermuda, und Herrn John P. Grayken, USA, gehalten. Das restliche Kapital wird von institutionellen und privaten Anlegern gehalten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung der Gesellschaft kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Die Vereinbarungen mit den Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen, die in (unmittelbarer) Folge eines Kontrollwechsels wirksam werden, sich ändern oder enden.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Der Vorstand hat im Konzernlagebericht für die Gesellschaft Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Die IKB verfügt mit LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware), Dallas, USA, einem Unternehmen des Finanzinvestors Lone Star, über einen Hauptaktionär, der die weitere Fokussierung auf die mittel- und langfristige Unternehmensfinanzierung, insbesondere des deutschen Mittelstandes, ergänzt um ein um Kapitalmarkt- und Beratungsleistungen erweitertes Angebot, unterstützt. Mitte Oktober 2010 hat die Lone-Star-Gruppe mitgeteilt, dass ein strategischer Partner für die IKB gesucht wird, um die Entwicklung der Bank voranzutreiben.
- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgen den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernennt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.

Investitionen des Mittelstands bleiben auf Erholungskurs

IKB-Statement zur Frühjahrsumfrage 2012 des BDI-Mittelstandspanels

Nach der kräftigen Ausweitung der industriellen Investitionen im letzten Jahr deuten die aktuellen Umfrageergebnisse für 2012 eher auf eine „kontrollierte Offensive“ hin. Zwar ist der Anteil der investierenden Firmen nur leicht rückläufig. Aber was die Höhe ihrer Budgets betrifft, haben die Unternehmen zunächst vorsichtiger disponiert; nur ein gutes Viertel plant derzeit eine Steigerung der Investitionssumme. Diese Taktik kann angesichts der aktuellen Konjunkturrisiken auch nicht überraschen.

Zu beachten sind hierbei zwei Aspekte: Die klassischen Sachinvestitionen haben nicht mehr die Bedeutung wie früher. Aus zahlreichen Bilanzauswertungen weiß die IKB, dass mittelständische Firmen für Forschung und Entwicklung, aber auch für Unternehmenskäufe oft viel mehr Mittel aufwenden als für die Anschaffung von Maschinen und Anlagen. Solche Maßnahmen sind meist weniger konjunkturreagibel. Zudem verlagert sich der Schwerpunkt der Aktivitäten in Richtung Ausland: Ohne Stützpunkte vor Ort lassen sich die globalen Wachstumsmärkte auf Dauer kaum bedienen. Der Bestand an deutschen Auslandsinvestitionen steigt kontinuierlich an – gerade weil die großen Mittelständler vermehrt ins Ausland gehen.

Grundsätzlich hält die es die IKB dennoch für nicht unwahrscheinlich, dass bei sich wieder festigenden Konjunkturaussichten die Investitionen in Deutschland stärker als geplant zunehmen. Denn es besteht Nachholbedarf. Gerade die Ausrüstungsinvestitionen haben nach dem heftigen Einbruch von 2009 noch immer nicht das Vorkrisenniveau

erreicht, schon seit dem Sommer vorigen Jahres beobachtet die IKB eine Seitwärtsbewegung. Aber nur mit fortlaufender Modernisierung von Produktion, Entwicklung und Logistik an den inländischen Standorten werden die Unternehmen in der Lage sein, die großen Absatzchancen auf den globalen Märkten wahrzunehmen und sich gegenüber der stärker werdenden Konkurrenz zu behaupten.

Die momentan verschärfte Euro-Krise und die schwache Konjunktorentwicklung in den südeuropäischen Ländern werden das Investitionsverhalten der Unternehmen nur temporär beeinträchtigen. Denn schon in den letzten Jahren wurden die deutschen Exporte weniger von der europäischen Nachfrage als vielmehr von der Nachfrage aus Drittmärkten getragen. Und trotz mancher kritischer Meldungen bleiben die Geschäftsaussichten in diesen Märkten grundsätzlich sehr günstig. So steht in den USA zwar ein Fragezeichen hinter der mittelfristigen Entwicklung des privaten Verbrauchs, aber der in Gang gekommene Prozess der Re-Industrialisierung, von dem deutsche Investitionsgüterexporteure besonders profitieren, sollte sich fortsetzen.

Ebenso wird China auch bei einem etwas abgeschwächten Wachstumstempo wegen seines inzwischen erreichten höheren Gewichts nach wie vor der Treiber für die Weltwirtschaft bleiben. Mit anhaltend stabiler Nachfrage auf diesen wichtigen Wachstumsmärkten dürften sich aber die Erwartungen der deutschen Industrieunternehmen wieder fangen – und dann werden auch die Investitionen wieder stärker anziehen.

IKB – Volkswirtschaft und Research

„BDI-Mittelstandspanel – Ergebnisse der online-Mittelstandsbefragung Frühjahr 2012“; die gesamte Studie finden Sie unter: [www.ikb.de/Branchen & Märkte](http://www.ikb.de/Branchen%20&%20M%C3%A4rkte)

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2012

Konzern-Gesamtergebnisrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2011 bis 31. März 2012

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Zinsüberschuss	(24)	153,5	143,6
Zinserträge		1.675,1	1.862,9
Zinsaufwendungen		1.521,6	1.719,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(25)	26,3	78,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		127,2	64,8
Provisionsüberschuss	(26)	-63,2	-93,0
Provisionserträge		48,5	43,4
Provisionsaufwendungen		111,7	136,4
Fair-Value-Ergebnis	(27)	-304,8	45,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	(28)	-16,8	42,3
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	(29)	0,2	1,6
Verwaltungsaufwendungen	(30)	297,4	321,3
Personalaufwendungen		158,7	167,2
Andere Verwaltungsaufwendungen		138,7	154,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(31)	49,4	242,9
Sonstige betriebliche Erträge		233,9	499,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen		184,5	256,7
Operatives Ergebnis		-505,4	-17,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(32)	8,0	-43,6
Sonstige Steuern		3,5	4,8
Konzernfehlbetrag/-überschuss		-516,9	21,3

* Zahlen angepasst

Das Konzernergebnis entfällt, wie bereits im Vorjahr, in voller Höhe auf die Aktionäre der IKB.

Ergebnis je Aktie

	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Konzernfehlbetrag/-überschuss (Mio. €)	-516,9	21,3
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	633,4	633,4
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	-0,82	0,03
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	-0,82	0,03

* Zahlen angepasst

Im Berichtszeitraum hat sich die Anzahl der für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie einzubeziehenden Stückaktien nicht verändert. Somit waren im Geschäftsjahr 2011/12 durchschnittlich 633.384.923 (inklusive der noch nicht gewandelten Stücke) nennwertlose Stammaktien zu berücksichtigen.

Das verwässerte und unverwässerte Ergebnis sind identisch, da bei allen wandelbaren Instrumenten bereits von einer vollen Wandlung ausgegangen wird.

Zusammengefasste Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Konzernfehlbetrag/-überschuss	-516,9	21,3
Erfolgsneutrale Veränderung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	29,2	-38,1
Erfolgswirksame Veränderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	6,5	-14,4
Erfolgsneutrale Veränderung aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	-5,0	9,2
Erfolgsneutrale Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-1,6	-0,3
Erfolgsneutrale Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/ Verlusten (IAS 19)	-30,9	13,4
Latente Steuern auf das Sonstige Ergebnis	0,1	9,4
Sonstiges Ergebnis	-1,7	-20,7
Gesamtergebnis (total comprehensive income)	-518,6	0,6

* Zahlen angepasst

Die zu den einzelnen erfolgsneutralen Effekten zugehörigen Steuereffekte sind in der Note (64) angegeben.

Das Gesamtergebnis entfällt, wie bereits im Vorjahr, in voller Höhe auf die Aktionäre der IKB.

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2012

in Mio. €	Notes	31.3.2012	31.3.2011*	31.3.2010**
Aktiva				
Barreserve	(8, 33)	19,1	84,8	14,9
Forderungen an Kreditinstitute	(9, 34)	3.023,6	2.316,2	2.518,3
Forderungen an Kunden	(9, 35)	17.783,6	20.330,9	23.665,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(10, 36)	-508,1	-818,5	-1.072,2
Handelsaktiva	(11, 37)	2.479,2	815,5	1.341,3
Finanzanlagen	(12, 38)	7.941,3	7.892,3	8.345,9
davon zum 31. März 2012: 2096,8 Mio. € (31. März 2011: 954,4 Mio. €; 31. März 2010: 576,9 Mio. €) als Sicherheit hinterlegte Finanzanlagen, frei zum Verkauf oder zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer				
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	(13, 39)	10,5	10,8	9,5
Immaterielle Vermögenswerte	(14, 40)	24,9	19,3	12,9
Sachanlagen	(15, 41)	183,5	167,5	179,5
Laufende Ertragsteueransprüche	(16, 42)	22,3	36,1	42,7
Latente Ertragsteueransprüche	(16, 43)	218,0	190,8	233,2
Sonstige Aktiva	(17, 44)	381,2	386,0	258,5
davon Vorräte (31. März 2012: 97,0 Mio. €; 31. März 2011: 97,0 Mio. €; 31. März 2010: -)				
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(18, 45)	14,6	-	197,9
Gesamt		31.593,7	31.431,7	35.747,5

Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(9, 46)	13.221,8	11.193,6	11.998,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(9, 47)	9.997,4	7.693,7	7.517,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	(19, 48)	2.277,2	7.710,5	10.791,7
Handelspassiva	(11, 49)	3.835,6	2.003,6	2.481,9
Rückstellungen	(20, 21, 50, 51)	164,4	137,1	156,8
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 52)	103,9	107,0	109,8
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 53)	67,4	30,3	103,3
Sonstige Passiva	(17, 54)	483,5	468,1	432,1
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(18)	-	-	2,6
Nachrangkapital	(22, 55)	1.017,7	1.144,4	1.214,2
Eigenkapital	(23, 56)	424,8	943,4	939,2
Gezeichnetes Kapital		1.621,3	1.621,3	1.621,3
Kapitalrücklage		597,8	597,8	597,8
Gewinnrücklagen		-1.242,9	-1.243,0	-291,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-19,1	-17,5	-17,2
Neubewertungsrücklage		-15,4	-36,5	-6,9
Konzernbilanzverlust/-gewinn		-516,9	21,3	-964,2
Gesamt		31.593,7	31.431,7	35.747,5

* Zahlen angepasst

** Siehe hierzu auch Konzernabschluss zum 31. März 2011

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen			Rücklage aus der Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklage		Konzernbilanzverlust/-gewinn*	Gesamtes Eigenkapital*
			Gesetzliche Rücklage	Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (IAS 19)	Sonstige Gewinnrücklagen*		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern		
Eigenkapital 31.3.2010	1.621,3	597,8	10,2	-33,8	-267,6	-17,2	0,9	-7,8	-973,9	929,9
IAS 8 Anpassungen zum 31.3.2011	-	-	-	-	-	-	-	-	7,2	7,2
IAS 8 Anpassungen zum 31.3.2012	-	-	-	-	-0,4	-	-	-	2,5	2,1
Eigenkapital 1.4.2010*	1.621,3	597,8	10,2	-33,8	-268,0	-17,2	0,9	-7,8	-964,2	939,2
Konzernüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	-	21,3	21,3
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	9,2	-	-0,3	-35,9	6,3	-	-20,7
Gesamtergebnis*	-	-	-	9,2	-	-0,3	-35,9	6,3	21,3	0,6
Verrechnung Konzernfehlbetrag 1.4.2009 bis 31.3.2010*	-	-	-	-	-964,2	-	-	-	964,2	-
Änderungen: Konsolidierungskreis	-	-	-	-	3,6	-	-	-	-	3,6
Eigenkapital 31.3.2011	1.621,3	597,8	10,2	-24,6	-1.230,7	-17,5	-35,0	-1,5	51,5	971,5
IAS 8 Anpassungen zum 31.3.2012	-	-	-	-	2,1	-	-	-	-30,2	-28,1
Eigenkapital 1.4.2011*	1.621,3	597,8	10,2	-24,6	-1.228,6	-17,5	-35,0	-1,5	21,3	943,4
Konzernfehlbetrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-516,9	-516,9
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-21,2	-	-1,6	24,5	-3,4	-	-1,7
Gesamtergebnis	-	-	-	-21,2	-	-1,6	24,5	-3,4	-516,9	-518,6
Verrechnung Konzerngewinn 1.4.2010 bis 31.3.2011*	-	-	-	-	21,3	-	-	-	-21,3	-
Eigenkapital 31.3.2012	1.621,3	597,8	10,2	-45,8	-1.207,3	-19,1	-10,5	-4,9	-516,9	424,8

* Zahlen angepasst

Konzern-Kapitalflussrechnung vom 1. April 2011 bis 31. März 2012

in Mio. €	2011/12	2010/11*
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	-516,9	21,3
Im Konzernüberschuss/-fehlbetrag enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	35,4	83,2
+/- Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	63,0	48,1
+/- Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (im Wesentlichen Veränderung der sonstigen Rückstellungen und bestimmter Verbindlichkeiten sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	390,4	-308,8
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-28,0	-2,3
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,2
+/- Sonstige Anpassungen (im Wesentlichen Umgliederung von Zinsen inklusive Ergebnisse aus Leasinggeschäften und Ertragsteuern)	-166,3	-155,4
Zwischensumme	-222,4	-313,7
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
+/- Forderungen an Kreditinstitute	-708,3	202,1
+/- Forderungen an Kunden	2.303,8	2.951,3
+/- Handelsaktiva	-1.675,0	449,9
+/- Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	34,9	5,3
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.975,5	-801,5
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.138,8	660,1
+/- Handelspassiva	1.723,8	-396,7
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-5.413,2	-2.848,6
+/- Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-92,2	-53,8
+ Erhaltene Zinsen	1.144,3	1.114,0
+ Erhaltene Dividenden	4,9	7,0
- Gezahlte Zinsen	-999,2	-1.036,5
+/- Ertragsteuerzahlungen	-15,0	-12,7
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	200,7	-73,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
+ Finanzanlagen	3.068,9	3.400,4
+ Sachanlagevermögen	15,4	12,8
Auszahlungen für den Erwerb von		
- Finanzanlagen	-3.253,8	-3.200,1
- Sachanlagevermögen	-87,9	-61,3
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	8,7
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0,0	7,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-257,4	167,6
- Rückzahlung Nachrangkapital	-9,0	-23,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9,0	-23,9
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	84,8	14,9
+/- Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	200,7	-73,8
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-257,4	167,6
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9,0	-23,9
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	19,1	84,8

* Zahlen angepasst

Konzernanhang

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) mit Sitz in 40474 Düsseldorf, Wilhelm-Bötzkes-Straße 1, Deutschland, ist eine Spezialbank für Unternehmensfinanzierung in Deutschland und Europa. Zielgruppen sind der Mittelstand sowie internationale Unternehmen und Projektpartner.

Der Konzernabschluss der IKB wurde am 01. Juni 2012 durch den Vorstand aufgestellt und zur Veröffentlichung freigegeben. Es besteht die Möglichkeit, dass der Aufsichtsrat den Konzernabschluss nicht ohne Änderungen billigt.

Der Konzernabschluss der IKB wurde zum 31. März 2012 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, soweit diese bis zum Abschlussstichtag, basierend auf der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den dazugehörigen Folgeverordnungen, nach EU-Recht anzuwenden sind. Darunter fallen zugleich deren Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC). Darüber hinaus wurden die nationalen Vorschriften gemäß § 315a Abs. 1 HGB angewandt.

Der Konzernabschluss enthält neben der Konzern-Gesamtergebnisrechnung (Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie Sonstiges Ergebnis (Two Statement Approach)) die Konzern-Bilanz, die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Konzern-Kapitalflussrechnung sowie den Konzernanhang (Notes). Die Konzern-Segmentberichterstattung ist den Notes zu entnehmen.

Nachstehend aufgeführte Einzelschriften des IFRS 7 werden außerhalb des Konzernjahresabschlusses im Risikobericht des Konzernlageberichts erfüllt:

- IFRS 7.33: Qualitative Angaben zu Risiken, die aus Finanzinstrumenten resultieren
- IFRS 7.34(c): Angaben zu Risikokonzentrationen
- IFRS 7.34 i. V. m. IFRS 7.40-42: Qualitative und quantitative Angaben zu Marktrisiken.

Alle Beträge sind, sofern nicht anders vermerkt, in Mio. € dargestellt. Die Beträge sowie die Prozentzahlen sind in der Regel mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen zwischen den Darstellungen ergeben. Für die Angabe von Vergleichswerten der Vorjahresperiode wird in diesem Abschluss außerhalb von Tabellen die Bezeichnung „Vorjahr“ verwendet.

Übersicht Rechnungslegungsvorschriften

Im Laufe der vergangenen Jahre wurde vom International Accounting Standards Board (IASB) eine Reihe von Standardänderungen veröffentlicht. Diese Änderungen werden in der folgenden Tabelle nach ihrem jeweiligen Veröffentlichungsdatum geordnet dargestellt.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2011/2012

Ifd. Nr.	Standard / Interpretation	Titel	Datum der Veröffentlichung durch das IASB	gemäß Angabe des IASB verbindlich anzuwenden von Unternehmen, deren Geschäftsjahr am oder nach dem folgenden Datum beginnt	Übernahme in europäisches Recht	
					erfolgt am	mit Beginn des ersten nach dem [Datum] beginnenden Geschäftsjahres
Erstmals im Geschäftsjahr 2011 / 2012 anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften						
1	IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	4.11.2009	1.1.2011	19.7.2010	31.12.2010
2	IFRIC 14	Beitragsvorauszahlungen bei bestehenden Mindestdotierungsverpflichtungen	26.11.2009	1.1.2011	19.7.2010	31.12.2010
3	IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verpflichtungen durch Eigenkapitalinstrumente	26.11.2009	1.7.2010	23.7.2010	30.6.2010
4	IFRS 1 / IFRS 7	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Überarbeitung in Zusammenhang mit den Änderungen zu IFRS 7	28.1.2010	1.7.2010	30.6.2010	30.6.2010
5	AIP (2010)	Improvements to IFRS	6.5.2010	1.7.2010 / 1.1.2011	18.2.2011	31.12.2010
Verabschiedung der Standards durch das IASB und Übernahme in EU-Recht erfolgt, aber noch keine Anwendung im Geschäftsjahr 2011 / 2012						
6	IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben - Übertragung finanzieller Vermögenswerte	7.10.2010	1.7.2011	20.11.2011	30.6.2011
Verabschiedung der Standards durch das IASB, aber noch keine Übernahme in EU-Recht erfolgt						
7	IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung für finanzielle Vermögenswerte	12.11.2009 / 28.10.2010 / 16.12.2011	1.1.2015		
8	IFRS 1	Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fixer Daten	20.12.2010	1.7.2011		
9	IAS 12	Latente Steuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte	20.12.2010	1.1.2012		
10	IAS 27	Einzelabschlüsse	12.5.2011	1.1.2013		
11	IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	12.5.2011	1.1.2013		
12	IFRS 10	Konzernabschlüsse	12.5.2011	1.1.2013		
13	IFRS 11	Gemeinschaftliche Vereinbarungen	12.5.2011	1.1.2013		
14	IFRS 12	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	12.5.2011	1.1.2013		
15	IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwerts	12.5.2011	1.1.2013		
16	IAS 1	Darstellung des Abschlusses - Darstellung einzelner Posten des sonstigen Ergebnisses	16.6.2011	1.7.2012		
17	IAS 19	Bilanzierung von Pensionsrückstellungen	16.6.2011	1.1.2013		
18	IFRIC 20	Abraumkosten in der Produktionsphase einer über Tagebau erschlossenen Mine	19.10.2011	1.1.2013		
19	IAS 32	Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	16.12.2011	1.1.2014		
20	IFRS 7	Angaben - Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden	16.12.2011	1.1.2013		
21	IFRS 1	Darlehen der öffentlichen Hand	13.3.2012	1.1.2013		

Erstmals im Konzernjahresabschluss angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Konzernjahresabschluss basiert auf Standards und Interpretationen, die innerhalb der Europäischen Union für das Geschäftsjahr verpflichtend anzuwenden sind:

- (1) Die vorgenommenen Änderungen in IAS 24 betreffen insbesondere die Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen (*Related Parties*). Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Überarbeitung bildete außerdem die Einführung einer Erleichterungsvorschrift für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte *Government-related Entities*). Aufgrund der Modifizierung der Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen hat sich für die IKB durch ihren derzeitigen Großaktionär der Kreis der nahe stehenden Unternehmen oder Personen erweitert, auf den sich die Angaben beziehen.
- (2) Die Änderung des IFRIC 14 „Beitragsvorauszahlungen bei bestehenden Mindestdotierungsverpflichtungen“ bezieht sich auf die Bilanzierung von Pensionsansprüchen. Die Änderung betrifft Unternehmen, deren Pensionspläne Mindestdotierungsvorschriften vorsehen und die Beitragsvorauszahlun-

gen auf Mindestdotierungen leisten. Im Rahmen der Änderung ist es nun möglich, dass ein Unternehmen den Nutzen aus einer solchen Vorauszahlung als Vermögenswert darstellt. Die Änderungen haben derzeit keine Relevanz für die IKB.

- (3) IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verpflichtungen durch Eigenkapitalinstrumente“ findet Anwendung, wenn eine finanzielle Verpflichtung eines (Konzern-)Unternehmens durch dieses vollständig oder teilweise durch die Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten getilgt wird. Im Falle einer vollständigen oder teilweisen Tilgung durch Eigenkapitalinstrumente erfolgt dann die vollständige oder teilweise Ausbuchung der Verpflichtung. Sofern eine verlässliche Wertermittlung möglich ist, wird eine direkte Bewertung der Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. Ist eine verlässliche Wertermittlung nicht möglich, wird der beizulegende Zeitwert der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente indirekt anhand der getilgten Verpflichtung bestimmt. Bei Abweichung des Buchwerts der ausgebuchten finanziellen Verpflichtung von dem beizulegenden Zeitwert des Eigenkapitalinstruments erfolgt eine erfolgswirksame Erfassung der Differenz. Die Änderungen haben derzeit keine Auswirkungen für die IKB.
- (4) Die Überarbeitungen des Standard IFRS 1 im Zusammenhang mit den Änderungen zu IFRS 7 haben für die IKB keine Relevanz.
- (5) Ferner wurden innerhalb des jährlichen „Annual Improvements Project“ im Mai 2010 erneut Änderungen an bestehenden IFRS durchgeführt. Dabei wurden in der Regel Inkonsistenzen in den einzelnen Standards bzw. zwischen bestehenden Standards bereinigt oder der Wortlaut aufgrund von Folgeänderungen angepasst. Der überwiegende Teil der Änderungen hat keine Auswirkungen für die IKB.

Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften

Im Folgenden werden Standards und Interpretationen beschrieben, die vom IASB veröffentlicht und während des letzten Geschäftsjahres von der Europäischen Union übernommen wurden.

- (6) Am 7. Oktober 2010 hat das IASB Änderungen zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ als Teil des Projekts „Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte“ verabschiedet. Dabei werden die in IAS 39 enthaltenen Ausbuchungsregeln unverändert beibehalten. Die neuen Vorschriften sehen ergänzende Angabepflichten für übertragene, aber nicht oder nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte vor. Dabei soll die Beziehung zwischen diesen Vermögenswerten und den dazugehörigen Verbindlichkeiten dargelegt werden. Darüber hinaus sind bei übertragenen und ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten Art und mögliche Risiken aus dem anhaltenden Engagement im Konzernanhang offenzulegen. Die Änderungen sollen dem Adressaten der Finanzinformationen einen besseren Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ermöglichen. Aus der Änderung des Standards werden aktuell keine wesentlichen Auswirkungen auf die IKB erwartet. Die geänderten Angabepflichten sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen.

Vom IASB verabschiedete Standards, die noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden durch das IASB verabschiedet, aber zum 31. März 2012 noch nicht in EU-Recht übernommen. Durch die Änderungen der Standards und Interpretationen, die voraussichtlich ab dem Zeitpunkt umgesetzt werden, ab dem sie verpflichtend anzuwenden sind, werden sich zumindest teilweise wesentliche Effekte auf die Bilanzierung und Bewertung sowie auf die Konsolidierung ergeben.

- (7) Durch die Vorschriften des IFRS 9 „Finanzinstrumente“ soll die Verständlichkeit der Abschlüsse im Hinblick auf die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten erhöht werden. Dabei wird vor allem die bisherige Einteilung des IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte in vier Kategorien zugunsten von zwei Bewertungskategorien (Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Zeitwert) aufgegeben. Die Zuordnung zu einer der beiden Kategorien erfolgt bei erstmaliger Erfassung. Liegen die beiden nachfolgenden Bedingungen bei einem finanziellen Vermögenswert vor, wird dieser in die Bewertungskategorie „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ eingeordnet: a) Der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Cashflows zu halten; b) Die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu festgelegten Zeitpunkten zu Cashflows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbe-

trag darstellen. Dabei stellen Zinsen das Entgelt für den Zeitwert des Geldes und für das Ausfallrisiko, das mit dem über einem bestimmten Zeitraum ausstehenden Kapitalbetrag verbunden ist, dar. Liegen die beiden vorgenannten Voraussetzungen nicht kumulativ vor, dann sind die finanziellen Vermögenswerte im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die Regelungen des IFRS 9 sind nach dem aktuellen Stand des Standards für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen, anzuwenden.

Ergänzend wurden am 28. Oktober 2010 Vorschriften zur Behandlung finanzieller Verpflichtungen veröffentlicht und in den Standard übernommen. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen finanzielle Verpflichtungen, bei denen ein Unternehmen von der Ausübung der Fair-Value-Option Gebrauch gemacht hat. Der Teil der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, der aufgrund des eigenen Kreditrisikos entstanden ist, wird zukünftig grundsätzlich im Sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income) und nicht mehr in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Damit wird ein Ausweis von Gewinnen und Verlusten aufgrund von Veränderungen der eigenen Bonität vermieden. Alle anderen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sind dagegen weiterhin in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die ergänzenden Vorschriften des IFRS 9 sind nach dem aktuellen Stand des Standards für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen, anzuwenden.

In Zusammenhang mit IFRS 9 werden auch die Standardvorgaben für die Impairmentermittlung (Phase 2) sowie das Hedge Accounting (Phase 3) überarbeitet. Zum Thema Impairment wurde vom IASB bereits ein Exposure Draft im vierten Quartal 2009 veröffentlicht, der zurzeit überarbeitet wird. Ein neuer Exposure Draft ist für das zweite Halbjahr 2012 angekündigt. Ein neuer Standard für das Hedge Accounting ist ebenfalls für das zweite Halbjahr 2012 vorgesehen.

Die angedachten Änderungen des IFRS 9 werden signifikante Auswirkungen auf die Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB haben.

- (8) Die am 20. Dezember 2010 vom IASB veröffentlichte Änderung zu IFRS 1 „Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fixer Daten“ besitzt keine Relevanz für die IKB.
- (9) Das IASB hat am 20. Dezember 2010 Änderungen zu IAS 12 „Ertragsteuern“ veröffentlicht, die erstmals für Geschäftsjahre Anwendung finden, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen. Durch die Änderung des IAS 12 wird hervorgehoben, dass die Realisierung des Buchwerts eines Vermögenswerts im Anwendungsbereich von IAS 40 durch Veräußerung anstatt durch Nutzung erfolgt. Die Neuregelung bezieht sich ausschließlich auf Immobilien, die als Finanzinvestitionen gemäß IAS 40 gehalten werden. Die Änderungen haben derzeit keine Auswirkungen auf die IKB.
- (10) Der IAS 27 „Einzelabschlüsse“ beinhaltet die Vorschriften zu Einzelabschlüssen, die übrig geblieben sind, nachdem die Vorschriften zur Beherrschung in IFRS 10 übernommen wurden. Der überarbeitete Standard ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschließend analysiert.
- (11) IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ beinhaltet die Vorschriften zu gemeinschaftlich geführten Unternehmen sowie assoziierten Unternehmen, die nach der Veröffentlichung von IFRS 11 at equity bilanziert werden. Der überarbeitete Standard tritt für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, in Kraft. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschließend analysiert.
- (12) Am 12. Mai 2011 hat das IASB mit dem IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ ein einheitliches Konsolidierungsmodell für alle Unternehmen veröffentlicht und damit die Konsolidierungsleitlinien des IAS 27 „Konzern- und separate Abschlüsse nach IFRS“ und SIC 12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“ ersetzt. Eine Konsolidierung ist nach den Regeln des IFRS 10 geboten, wenn ein Mutterunternehmen variable Rückflüsse von einem Tochterunternehmen erhält und die relevanten Aktivitäten des Tochterunternehmens bestimmen kann und somit einen wesentlichen Einfluss auf diese Rückflüsse hat. Die neuen Regelungen dieses Standards sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen des IFRS 10 könnten signifikante Auswirkungen auf die IKB haben.

- (13) Der am 12. Mai 2011 veröffentlichte IFRS 11 „Gemeinschaftliche Vereinbarungen“ definiert mit gemeinschaftlichen Tätigkeiten und gemeinschaftlichen Unternehmungen zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen. Der Unterschied liegt darin, dass Partnerunternehmen bei einer gemeinschaftlichen Tätigkeit (z. B. einem gemeinschaftlichen Projekt) über Rechte an gemeinschaftlich gehaltenen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten verfügen, während Gemeinschaftsunternehmen den Partnerunternehmen nur Rechte am Netto-Reinvermögen oder dem Ergebnis einräumen. Unternehmen, die an gemeinschaftlichen Tätigkeiten beteiligt sind, erfassen dementsprechend ihre Anteile auf Grundlage der direkten Rechte und Verpflichtungen anstatt aufgrund der Beteiligung an der gemeinschaftlichen Vereinbarung. Für Gemeinschaftsunternehmen wird die Equity-Bilanzierung verpflichtend, sodass das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung entfällt. Weiterhin sieht der Standard Regelungen für Unternehmen vor, die an einer gemeinschaftlichen Vereinbarung, nicht aber an der gemeinschaftlichen Kontrolle beteiligt sind. Dieser Standard ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschließend analysiert.
- (14) Der ebenfalls am 12. Mai 2011 veröffentlichte IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ legt die erforderlichen Angaben für Unternehmen fest, die die neuen Standards IFRS 10 und IFRS 11 anwenden. IFRS 12 erfordert Angaben, die es den Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, die Risiken und die finanziellen Auswirkungen, die mit dem Engagement in anderen Unternehmen verbunden sind, zu beurteilen. Mit der Veröffentlichung des Standards wurden auch damit zusammenhängende Änderungen am IAS 27 und IAS 28 bekanntgegeben. Die geänderten Angabepflichten sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschätzbar.
- (15) Das IASB hat mit dem IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ einen Standard herausgegeben, der die bestehenden Regelungen zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts in den einzelnen aktuellen IFRS-Verlautbarungen durch einen einzigen Standard ersetzt. Weiterhin werden umfangreiche Angaben zur Methodik der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts gefordert. Dieser Standard ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen des IFRS 13 könnten GuV-Auswirkungen haben, die aber aus heutiger Sicht noch nicht abschließend beurteilbar sind.
- (16) Das IASB hat am 16. Juni 2011 Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ veröffentlicht. Die Änderungen sehen vor, dass die Posten des „Sonstigen Ergebnisses“ (Other Comprehensive Income) danach gruppiert werden, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig sein wird, die Bestandteile des Sonstigen Ergebnisses in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen, d.h. Single oder Two Statment Approach darzustellen. Die geänderten Regelungen des IAS 1 sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen, anzuwenden. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschätzbar.
- (17) Am 16. Juni 2011 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind demnach ebenso wie andere Bewertungsänderungen sofort im Sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income) zu erfassen. Erträge aus dem Planvermögen werden künftig erfolgswirksam auf der Grundlage des Abzinsungssatzes erfasst, unabhängig von der tatsächlichen Verzinsung. Darüber hinaus erweitert der IAS 19 die Offenlegungspflichten für leistungsdefinierte Pläne. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschätzbar.
- (18) Die Interpretation IFRIC 20 „Kosten der Abraumbeseitigung während des Abbaubetriebes im Tagebau“, die am 19. Oktober 2011 vom IASB verabschiedet wurde, beschäftigt sich mit Fragen des Ansatzes und der Bewertung von während des Abbaubetriebes anfallenden Kosten der Abraumbeseitigung im Tagebau. Für die IKB besitzt diese Interpretation keine Relevanz.
- (19) Das IASB hat am 16. Dezember 2011 eine überarbeitete Fassung des IAS 32 „Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten“ veröffentlicht. Die Anwendungsleitlinien in IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ wurden lediglich um Klarstellungen ergänzt. Die Änderungen an IAS 32 treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschätzbar.

- (20) Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des IAS 32 wurden vom IASB am 16. Dezember 2011 auch Änderungen zu IFRS 7 „Angaben – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden“ veröffentlicht. Für Finanzinstrumente unter Globalaufrechnungsverträgen (sogenannte Master Netting Agreements) oder ähnlichen Vereinbarungen werden zukünftig zusätzliche Angaben nach IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ notwendig sein, auch wenn die zugrunde liegenden Instrumente nicht saldiert ausgewiesen werden. Die geänderten Regelungen an IFRS 7 treten für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, in Kraft. Die Auswirkungen der Standardänderungen sind derzeit noch nicht abschätzbar.
- (21) Der IASB hat am 13. März 2012 eine Änderung an IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ veröffentlicht. Diese Änderung gewährt IFRS-Erstanwendern die gleichen Erleichterungen in Bezug auf die Bilanzierung von Darlehen der öffentlichen Hand wie bestehenden Anwendern. Die Regelung ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Für die IKB haben die Änderungen an IFRS 1 keine Relevanz.

Die IKB prüft gegenwärtig für die vorgenannten Änderungen, die für sie relevant sind, die möglichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Fehler

Der vorliegende Abschluss enthält im Vergleich zum Konzernabschluss zum 31. März 2011 verschiedene Änderungen.

(a) Wesentliche Schätzungsänderungen

Zur Abbildung des wahrscheinlichsten Wertansatzes bei fälligen, aber noch nicht ausgeglichenen Ansprüchen aus Wertpapieren hat die IKB eine Schätzungsänderung in Höhe von 24,2 Mio. € zu Lasten des Fair-Value-Ergebnisses vorgenommen.

(b) Fehlerkorrekturen

Aufgrund einer fehlerhaften Berechnung der Amortisierungseffekte einer Eigenemission sind in den vergangenen Perioden der Zinsaufwand und die Verbrieften Verbindlichkeiten zu gering ausgewiesen worden.

Bei bestimmten Finanzanlagen (Corporate CDO) wurde die Zusammensetzung des Portfolios nicht zutreffend berücksichtigt. Die Neuberechnung führte zu niedrigeren beizulegenden Zeitwerten und mithin entsprechend niedrigeren Buchwerten sowie einer Verschlechterung des Fair-Value-Ergebnisses.

Weiterhin ist im Rahmen des jährlichen Modellreviews festgestellt worden, dass einige Stammdaten eines von der IKB emittierten Schuldscheindarlehens (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) aufgrund eines Datenfehlers nicht korrekt im Bewertungssystem der Bank erfasst waren. Dieser Datenfehler führte zur Ermittlung eines zu geringen beizulegenden Zeitwertes für dieses Geschäft.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Berücksichtigung von Sicherheitenstellungen im Kreditgeschäft methodisch weiterentwickelt. Dabei wurde festgestellt, dass im Konzernabschluss zum 31. März 2011 sowohl die Zinserträge als auch die Risikovorsorge zu niedrig ausgewiesen wurden. Durch die verbesserte Berücksichtigung der Sicherheitencashflows im Kreditgeschäft erhöht sich die Risikovorsorge um 8 Mio. €. Im Gegenzug erhöhen sich die Zinserträge aus Unwinding um denselben Betrag. Die Korrektur des Fehlers führt zu einer Ausweisänderung. Auswirkungen auf das Konzernergebnis ergeben sich dadurch nicht.

Die Fehler wurden korrigiert. Die dargestellten Änderungen haben zu den nachfolgend genannten Effekten geführt:

31. März 2011

Der Ausweis der Verbrieften Verbindlichkeiten zum 31. März 2011 erhöht sich von 7.703,4 Mio. € um 7,1 Mio. € auf 7.710,5 Mio. € nach Korrektur des Amortisierungseffekts. Der Zinsaufwand für das Geschäftsjahr 2010/11 nimmt von 1.715,3 Mio. € um 4,0 Mio. € auf 1.719,3 Mio. € zu. Die Gewinnrücklagen vermindern sich um 3,1 Mio. €.

Die Finanzanlagen verringern sich von 7.897,8 Mio. € um 5,5 Mio. € auf 7.892,3 Mio. € aufgrund der korrigierten Fair-Value-Bewertung der Corporate CDOs. Das Fair-Value-Ergebnis verschlechtert sich aufgrund dieses Sachverhaltes um 10,7 Mio. €. Die Gewinnrücklagen erhöhen sich um 5,2 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nehmen von 7.678,2 Mio. € um 15,5 Mio. € auf 7.693,7 Mio. € aufgrund der korrigierten Fair-Value-Bewertung des Schuldscheindarlehens zu. Das Fair-Value-Ergebnis geht um 15,5 Mio. € zurück.

Das Fair-Value-Ergebnis wird aufgrund der vorstehenden Korrekturen insgesamt von 71,4 Mio. € um 26,2 Mio. € auf 45,2 Mio. € gemindert.

Der Konzernüberschuss reduziert sich infolge der Fehlerkorrekturen von 51,5 Mio. € um insgesamt 30,2 Mio. € auf 21,3 Mio. € und das Konzerngesamtergebnis von 30,8 Mio. € um 30,2 Mio. € auf 0,6 Mio. €. Die Gewinnrücklagen erhöhen sich von -1.245,1 Mio. € um 2,1 Mio. € auf -1.243,0 Mio. €. Das Eigenkapital verringert sich von 971,5 Mio. € um 28,1 Mio. € auf 943,4 Mio. €.

31. März 2010

Die Verbrieften Verbindlichkeiten zum 31. März 2010 werden von 10.788,6 Mio. € um 3,1 Mio. € auf 10.791,7 Mio. € durch die korrigierte Amortisierung erhöht. Der Zinsaufwand ändert sich von 1.824,0 Mio. € um 2,7 Mio. € auf 1.826,7 Mio. €. Die Gewinnrücklagen vermindern sich von -291,2 Mio. € um 0,4 Mio. € auf -291,6 Mio. €.

Die Finanzanlagen erhöhen sich von 8.340,7 Mio. € um 5,2 Mio. € auf 8.345,9 Mio. € aufgrund der korrigierten Fair-Value-Bewertung der Corporate CDOs. Das Fair-Value-Ergebnis verändert sich von -598,9 Mio. € um 5,2 Mio. € auf -593,7 Mio. €.

Daraus resultieren per saldo eine Änderung des Konzernfehlbetrags von -966,7 Mio. € um 2,5 Mio. € auf -964,2 Mio. € und des Gesamtergebnisses von -941,3 Mio. € um 2,5 Mio. € auf -938,8 Mio. €. Das Eigenkapital erhöht sich von 937,1 Mio. € um 2,1 Mio. € auf 939,2 Mio. €.

Bei Notes-Angaben mit fehlerhaften Vorjahreswerten verweisen wir auf die entsprechenden Erläuterungen in den Fußnoten unter den jeweiligen Tabellen bzw. im Text.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss wird entsprechend IAS 27 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Die Gesellschaften mit einem abweichenden Abschlussstichtag auf den 31. Dezember 2011 sind der Anteilsbesitzliste (Note (81)) zu entnehmen. Der abweichende Abschlussstichtag im Vergleich zur IKB AG ist bei den ausländischen Leasinggesellschaften auf die Erfordernisse nationaler Berichtspflichten und gesellschaftsrechtlicher Vorgaben zurückzuführen. Die zweite Gruppe der Gesellschaften hat den abweichenden Abschlussstichtag an die Besonderheiten des Immobiliengeschäfts ausgerichtet. Auf die Aufstellung von Zwischenabschlüssen wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die bereitgestellten Finanzinformationen basieren teilweise auf Ermessensentscheidungen und Annahmen des Managements über zukünftige Entwicklungen sowie auf Erfahrungen der Vergangenheit. Diese beeinflussen die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung enthaltenen Aufwendungen und Erträge. Dabei erfolgen sämtliche Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards und betrachten die Verhältnisse zum jeweiligen Bilanzstichtag.

Nachfolgend werden die wesentlichen Schätzungen und Beurteilungen beschrieben.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Für die Beurteilung der Bewertung von Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, ist es von großer Bedeutung, ob deren beizulegender Zeitwert auf Basis eines Marktpreises von einem aktiven Markt ermittelt wurde oder dessen Bewertung auf Modellen basiert. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, einem Broker, einer Branchen-Gruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig verfügbar sind und diese Preise tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Dritten repräsentieren. Liegt für das zu bewertende Finanzinstrument zum Bewertungsstichtag kein öffentlich notierter Preis auf einem aktiven Markt vor, so sind Hinweise auf den Fair Value aus dem Preis der jüngsten Transaktionen kurz vor dem Bewertungsstichtag zu erhalten. Sollten sich die Bedingungen seither geändert haben, so ist die korrespondierende Änderung des Fair Value des zu bewertenden Finanzinstruments durch Bezugnahme auf den aktuellen Preis ähnlicher Finanzinstrumente, soweit angemessen, zu ermitteln. Öffentlich notierte Preise auf einem aktiven Markt müssen bei der letzten Transaktion und bei ähnlichen Finanzinstrumenten als bestmöglicher substanzieller Hinweis auf den Fair Value berücksichtigt werden. Sofern keine auf aktiven Märkten öffentlich notierten Preise oder keine Marktpreise der letzten Transaktion zur Verfügung stehen, greift der Konzern für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf angemessene Bewertungsverfahren je Finanzinstrument zurück. Dabei werden die Eingangsparameter der Bewertungsmodelle von vergleichbaren Finanzinstrumenten abgeleitet, die auf aktiven Märkten gehandelt werden. Für die Umsetzung der Modelle werden Annahmen und Schätzungen, wie beispielweise in Bezug auf die zu erwartenden Marktrisiken, Modellrisiken und Bonitätsrisiken, getätigt, um etwaige Unsicherheiten abzubilden, die sich in den beizulegenden Zeitwerten widerspiegeln. Dabei obliegt es dem Management, die Angemessenheit der in den Modellen enthaltenen jeweiligen Parameter zu beurteilen.

Bei Finanzinstrumenten, deren beizulegende Zeitwerte auf Basis von Bewertungstechniken ermittelt wurden und die ihren Wert erheblich verändern würden, wenn eine oder mehrere Modellannahmen angepasst würden, weist die IKB auf diese Tatsache hin und erläutert deren Auswirkungen („Sensitivitätsanalyse“). Finanzinstrumente, deren Zeitwertermittlung auf Eingangsparametern beruht, die nicht vollständig auf beobachtbaren Marktparametern basieren, werden in Note (61) Levelklassifizierung separat erläutert.

Ermittlung von fortgeführten Anschaffungskosten

Ferner muss auf Schätzungen und Annahmen bei der Ermittlung von fortgeführten Anschaffungskosten zurückgegriffen werden. Die Bestimmung von fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode impliziert beispielsweise für Verbindlichkeiten, bei denen ein Zinsaufschub oder eine Verlustpartizipation eintreten kann, dass diese Verbindlichkeiten zum Barwert zu bilanzieren sind. Der Barwert ergibt sich dabei durch eine Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungscashflows, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments, d.h. dem Effektivzinssatz am Handelstag des ursprünglichen Erwerbs bzw. der ursprünglichen Emission (IAS 39 AG8). Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows.

Ermittlung von Wertminderungen (Impairments)

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte sowie Finanzanlagen der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden in regelmäßigen Abständen auf objektive Hinweise auf eine Wertminderung untersucht. Bei Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung sind die zukünftig noch zu erwartenden Cashflows (inkl. Verwertungserlöse aus Sicherheiten) zu schätzen und mit dem ursprünglichen Effektivzins abzuzinsen. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows.

Für die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden unter anderem objektive Hinweise, wie beispielsweise die erhöhte Wahrscheinlichkeit für ein Insolvenzverfahren des Schuldners, Zahlungsrückstände über 90 Tage, Restrukturierungsmaßnahmen oder andere negative Entwicklungen, berücksichtigt, die darauf schließen lassen, dass ein Verlust eingetreten sein könnte, für den eine Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Form einer Einzelwertberichtigung gebildet werden muss. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows. Durch Portfoliowertberichtigungen werden Verluste abgedeckt, die zwar schon eingetreten sind, aber noch nicht individuell identifiziert werden konnten. Die Verlustschätzung erfolgt auf Basis historischer Daten und Expertenabschätzungen. Zugrunde liegen ratingklassenbezogene Ausfallwahrscheinlichkeiten und besicherungsabhängige Verlustannahmen. Zur Anpassung an die Konjunkturerwartung wird zusätzlich ein Konjunkturfaktor herangezogen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. dem Bekanntwerden eines Verlustereignisses wird durch Anwendung eines Skalierungsfaktors für die Zeit zwischen Eintreten des Verlustereignisses und dessen Identifikation (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Ermittlung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

Aktive und passive latente Steuern resultieren aus der Differenz zwischen den IFRS-Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden sowie bei aktiven latenten Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen und den sich hieraus ergebenden voraussichtlichen zukünftigen Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Die Bildung und Fortführung aktiver latenter Steuern erfolgt in Abhängigkeit von der Beurteilung der Werthaltigkeit durch das Management und dessen Einschätzung bezüglich des zukünftig generierten steuerlichen Ergebnisses der jeweils betroffenen einzelnen Konzerneinheit. Dabei nimmt das Management Einschätzungen vor, die unter anderem historische Daten und Planungsrechnungen heranziehen.

Bestimmung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie sonstiger Rückstellungen

Wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige faktische oder rechtliche Verpflichtungen entstanden ist, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und sich die Höhe der zukünftigen Verpflichtung verlässlich schätzen lässt, ist eine Rückstellung anzusetzen. Dabei werden gemäß IAS 37 Rückstellungen in Höhe des Barwerts der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgaben durch das Management, die zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig sind.

Die betriebliche Altersversorgung für aktive und ehemalige Mitarbeiter erfolgt auf Basis von leistungsorientierten Versorgungsplänen. Für diese sind Rückstellungen gemäß IAS 19.54 zu bilden, die dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) abzüglich des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens entsprechen. In die Bestimmung des

Barwerts der Pensionsverpflichtungen sowie der Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Vorruhestand und Dienstjubiläen fließen Schätzungen zu biometrischen Daten, erwartete Gehalts- und Rentensteigerungsraten sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten ein.

Zusätzlich wird anhand von Simulationsmodellen die Entwicklung des Planvermögens auf der Grundlage von Parametervariationen in Note (50) dargestellt („Sensitivitätsanalyse“).

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2012 wurden gemäß IAS 27 neben dem Mutterunternehmen 27 (31. März 2011: 30; 31. März 2010: 30) inländische und 18 (31. März 2011: 17; 31. März 2010: 17) ausländische Unternehmen einbezogen. An diesen besitzt die IKB AG (un-)mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte.

In den Konzernabschluss wurden weiterhin gemäß IAS 28 ein (31. März 2011: ein; 31. März 2010: ein) assoziiertes Unternehmen sowie gemäß IAS 31 ein (31. März 2011: ein; 31. März 2010: ein) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Die Bewertung der Beteiligungen an beiden Unternehmen im Konzernabschluss erfolgte nach der Equity-Methode.

In den Konzernabschluss wurden gemäß SIC-12 acht (31. März 2011: sieben; 31. März 2010: vier) ausländische Zweckgesellschaften einbezogen.

Die konsolidierten Gesellschaften sind in Note (80) aufgeführt.

Zum 31. März 2012 haben sich folgende Veränderungen im Konsolidierungskreis ergeben:

Die ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, wurde durch Vertrag vom 23. August 2011 mit Wirkung zum 1. April 2011 auf die IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, verschmolzen. Die Verschmelzung wurde beim Registergericht des übertragenden Rechtsträgers am 30. September 2011 und beim übernehmenden Rechtsträger am 13. Oktober 2011 eingetragen. Die Gesellschaft ist damit erloschen.

Die ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, wurde durch Vertrag vom 23. August 2011 mit Wirkung zum 1. April 2011 auf die IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, verschmolzen. Die Verschmelzung wurde beim Registergericht des übertragenden Rechtsträgers und des übernehmenden Rechtsträgers am 14. September 2011 eingetragen. Die Gesellschaft ist damit erloschen.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Auflagen ist der 50 %ige Anteil an der Movesta Lease and Finance GmbH, Pullach i. Isartal (vormals: Düsseldorf), veräußert worden. Eine Kaufbedingung war, dass die Movesta Development GmbH, Düsseldorf, (Movesta Development) bei den Alteigentümern verbleibt. Geschäftsgegenstand der Movesta Development ist die Unterstützung bestehender Joint-Venture-Gesellschaften beim Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, Errichtung und Erwerb von Gebäuden, Anlagen und Betriebsvorrichtungen im Inland sowie deren Verwertung durch Vermietung, Veräußerung oder in sonstiger Weise sowie alle Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit diesem Gegenstand anfallen. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Abwicklung der Movesta Development sind die nachfolgend aufgeführten Transaktionen durchgeführt worden.

Die IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf, (IKB Beteiligungen) hat von der MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, die zu jeweils 50 % von der IKB Beteiligungen und der KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt, gehalten wird, 100 % der Geschäftsanteile an der Movesta Development zu einem Kaufpreis von 0,7 Mio. € gekauft. Der Erwerb erfolgte mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. April 2011.

Die IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, (IKB AG) hat am 1. September 2011 100 % der Anteile an der Movesta Development von der IKB Beteiligungen erworben. Die Rechtsform der Movesta Development wurde nach Maßgabe des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 16. September 2011 in Movesta Development GmbH & Co. KG, Düsseldorf, umgewandelt. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 23. September 2011. Mit dem Austritt der einzigen Komplementärin, der Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf, ist das gesamte Gesellschaftsvermögen mit sämtlichen Aktiva und Passiva der alleinigen Kommanditistin IKB AG angewachsen. Die Eintragung in das Handelsregister wurde mit Datum vom

12. Oktober 2011 vorgenommen. Die Gesellschaft ist damit aufgelöst. Auf den Konzernabschluss ergeben sich hieraus keine wesentlichen Auswirkungen.

Im Oktober 2011 erfolgte von der IKB AG ein Initialinvestment in Höhe von 50 Mio. € in den Partner Fonds European Government & Covered Select, Luxemburg. Der neu aufgelegte Fonds wird seitdem im Konzernabschluss konsolidiert. Dieser Investmentfonds dient der Anlage von Überschussliquidität der Bank.

Das Gesellschaftsvermögen mit sämtlichen Aktiva und Passiva der IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf, ist infolge des Austritts der Komplementärin Büroprojekt sechste Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, (Büroprojekt sechste) auf die alleinige Kommanditistin IKB AG angewachsen. Auf den Konzernabschluss ergaben sich hieraus keine Auswirkungen. Die IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf, wurde infolge des Austritts der Büroprojekt sechste mit Wirkung zum 31. Dezember 2011, 24:00 Uhr, aufgelöst. Die Eintragung wurde am 27. Januar 2012 beim Handelsregister vorgenommen.

Die IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf, wurde zum 31. Januar 2012 aufgrund fehlender Wesentlichkeit entkonsolidiert.

Die IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate, Italien, wird zum Stichtag 31. März 2012 erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen. Die Gesellschaft ist eine neu gegründete Tochtergesellschaft der Leasing-Gruppe.

Die MATRONA GmbH, Düsseldorf, wird zum 31. März 2012 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Der Geschäftszweck der neu gegründeten Gesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung von Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des jeweiligen Tochterunternehmens mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten. Nach IFRS wird ein neues Eigenkapital ermittelt und der Beteiligungsbuchwert gegen dieses neue Eigenkapital verrechnet. Ein darüber hinaus verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird, sofern vorhanden, als Geschäfts- oder Firmenwert unter den Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Verbleibt ein negativer Unterschiedsbetrag, wird dieser nach erneuter Prüfung der sachgerechten Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgswirksam erfasst.

Konzerninterne Vermögenswerte und Verpflichtungen, Gewinne und Verluste sowie Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie der Zwischenergebniseliminierung gemäß IAS 27 eliminiert.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen separat in der Bilanz gezeigt. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss werden die Buchwerte dieser Beteiligungen und die Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) ermittelt. Dabei werden grundsätzlich die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Der Buchwert wird an den darauffolgenden Abschlussstichtagen jeweils um den Anteil des Konzerns am Ergebnis (einschließlich der direkt im Eigenkapital ausgewiesenen Ergebnisse) der Gesellschaften erhöht oder vermindert.

Zur Abbildung von Anteilen an Joint Ventures wird vom Wahlrecht der Equity-Bewertung Gebrauch gemacht.

Gemäß IAS 28.1 i.V.m. IAS 39 werden Beteiligungen der IKB Private Equity GmbH und der IKB Equity Capital Fund GmbH zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterjährig erworbene bzw. gegründete oder veräußerte Tochterunternehmen werden vom Erwerbszeitpunkt an bzw. bis zum Abgangszeitpunkt in die Gesamtergebnisrechnung des Konzerns einbezogen.

(5) Währungsumrechnung

Bei der Umrechnung von Geschäftsvorfällen in fremder Währung sind nach IAS 21 monetäre Vermögenswerte und Schulden am Bilanzstichtag erfolgswirksam zum Stichtagskurs umzurechnen. Diese Umrech-

nung erfolgt zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Der Ausweis der Fremdwährungseffekte erfolgt im Fair-Value-Ergebnis.

Nicht-monetäre Posten, deren Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt, werden mit ihrem historischen Kurs umgerechnet. Nicht monetäre Positionen, deren Bewertung erfolgsneutral (erfolgswirksam) zum beizulegenden Zeitwert erfolgt, werden zum Stichtagskurs umgerechnet, wobei die Umrechnungsdifferenzen erfolgsneutral (erfolgswirksam) erfasst werden.

Sofern ausländische Einheiten ihren Abschluss nicht in der funktionalen Währung des Konzerns (Euro) erstellt haben, muss dieser zum Bilanzstichtag nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet werden. Auf ausländische Währung lautende Abschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften werden nach der modifizierten Stichtagskursmethode umgerechnet. Dabei wird das Eigenkapital mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage zu historischen Kursen und alle übrigen Bilanzposten zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag umgerechnet. Alle Aufwendungen und Erträge werden zum Durchschnittskurs umgerechnet. Die sich aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in Fremdwährung ergebenden Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgsneutral in der „Rücklage aus der Währungsrechnung“ im Eigenkapital erfasst.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Im Konzern der IKB werden die Regelungen des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wie folgt umgesetzt:

(a) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Sämtliche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind bei Zugang einer IFRS-Bewertungskategorie zuzuordnen. Die Kategorisierung eines Finanzinstruments entscheidet u.a. darüber, zu welchen Wertansätzen (beizulegender Zeitwert, fortgeführte Anschaffungskosten) ein Finanzinstrument in der Bilanz bewerten ist und in welchem Ausmaß Bewertungsänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage zu zeigen sind.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables). Der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zugeordnet, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, sofern diese Instrumente nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, einem Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig verfügbar sind und diese Preise tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Dritten repräsentieren.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity). Die IKB ordnet derzeit keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zu.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss). Diese Kategorie setzt sich aus zwei Unterkategorien zusammen:

a) Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading). Als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden Finanzinstrumente eingestuft, die mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, sie kurzfristig wieder zu verkaufen oder zurückzukaufen oder die Teil eines Portfolios eindeutig identifizierbarer und gemeinsam verwalteter Finanzinstrumente sind, bei dem es in jüngerer Vergangenheit nachweislich kurzfristige Gewinnmitnahmen gab. Ferner gehören grundsätzlich alle Derivate (mit Ausnahme von finanziellen Garantien) dieser Unterkategorie an. Zu den Handelsaktiva zählen originäre Finanzinstrumente, Edelmetalle sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven beizulegenden Zeitwert, soweit sie die genannten Voraussetzungen erfüllen. Die Handelspassiva umfassen insbesondere derivative Finanzinstrumente mit einem negativen beizulegenden Zeitwert, eigene Emissionen des Handelsbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen. Die Derivate, die als Sicherungsinstrument im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) eingesetzt werden, sind als „Sicherungsderivate“ separat ausgewiesen.

b) Fair-Value-Option. Die Fair-Value-Option des IAS 39 erlaubt es unter bestimmten Bedingungen, auch finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als Finanzinstrumente zu bestimmen, die in der Folge erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Davon ausgenommen sind Eigenkapitalinstrumente, für die keine Marktpreise vorliegen und deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Diese freiwillige Zuordnung darf nur dann vorgenommen werden, wenn:

- dadurch Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) vermieden bzw. erheblich reduziert werden,
- das Finanzinstrument ein oder mehrere ansonsten trennungspflichtige eingebettete Derivate enthält oder
- das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis des beizulegenden Zeitwertes erfolgt.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale). Dieser Kategorie werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die in keiner der vorgenannten Kategorien erfasst wurden.

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities). Bei Finanzinstrumenten der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ handelt es sich um alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

(b) Bewertung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

(ba) Allgemein

Bei der Bewertung erfolgt, sofern die Bewertung auf Basis von Mittelkursen durchgeführt wird, eine nachgelagerte Anpassung auf die Geld- (aktivische Position) bzw. Briefkurse (passivische Position). Für hinreichend liquide Wertpapiere, für die jedoch kein direkt beobachtbarer Geld- bzw. Briefkurs vorliegt, wird vom verwendeten Mittelkurs die durchschnittliche halbe Geld-/Briefspanne von im IKB-Bestand befindlichen Papieren abgezogen (aktivische Position) bzw. diesen hinzuaddiert (passivische Position). Bei Derivaten wird über eine Risikoanalyse der unbesicherte Derivatebestand ermittelt. Für diesen Teil erfolgt ebenfalls eine Anpassung an die Geld- bzw. Briefkurse (IAS 39.AG 72 ff).

(bb) Zugangsbewertung

Sämtliche Finanzinstrumente sind beim erstmaligen Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Bei Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, zudem unter Einbeziehung von Transaktionskosten, die direkt dem Erwerb des Finanzinstruments zuzurechnen sind. Transaktionskosten schließen nicht, Finanzierungskosten und interne Kosten für die Verwaltung und Bearbeitung der Finanzinstrumente sowie Risikokosten ein.

Für Derivate ist der Zugangszeitpunkt stets der Handelstag (Trade Date). Die Zugangs- und Abgangsbilanzierung von nicht-derivativen Finanzinstrumenten, die innerhalb einer marktüblichen Frist erfüllt werden, erfolgt bei der IKB zum Erfüllungszeitpunkt (Settlement Date). Gehen Finanzinstrumente außerhalb der marktüblichen Frist zu, so werden diese als Forward-Geschäfte zum beizulegenden Zeitwert angesetzt.

(bc) Folgebewertung

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables). Die Folgebewertung der Kredite und Forderungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, wobei Agien bzw. Disagien unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfolgswirksam über die Restlaufzeit im Zinsüberschuss vereinnahmt werden. Bei den finanziellen Vermögenswerten dieser Kategorie wird zudem geprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorliegen und entsprechend gegebenenfalls eine erfolgswirksame Wertberichtigung gebucht. Hierbei werden wertaufhellende Erkenntnisse bis zum Aufstellungszeitpunkt des Konzernabschlusses berücksichtigt, so-

weit die Verlustereignisse nachweisbar schon zum Abschlussstichtag eingetreten waren. Falls die Gründe für die Wertberichtigung entfallen sind, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

Die zugehörigen laufenden Zinsen (Zinsabgrenzungen sowie Zinszahlungen) werden im Zinsertrag erfasst.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss). Finanzinstrumente dieser Kategorie werden im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertungseffekte sowie Veräußerungsergebnisse der in dieser Kategorie bilanzierten Finanzinstrumente werden direkt im Handelsergebnis als Bestandteil des Fair-Value-Ergebnisses erfasst. Die zugehörigen Zinsen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt existiert, ergibt sich der beizulegende Zeitwert aus dem Börsen- oder Marktpreis identischer Instrumente am Bilanzstichtag. Liegen keine Preisnotierungen vor, wird der beizulegende Zeitwert auf Basis eines Vergleichs mit vergleichbaren Markttransaktionen von aktiven Märkten ermittelt.

Sofern kein Vergleich mit Preisen von Transaktionen in vergleichbaren Instrumenten, die auf aktiven Märkten notiert sind, möglich ist, werden geeignete Bewertungsmodelle (u. a. Discounted-Cashflow-(DCF)-Methode und Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell) zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. In die Bewertungsmodelle fließen unter anderem Informationen zu Zinsstrukturkurven und Volatilitäten ein, welche direkt am Markt beobachtet werden. Für komplexere Finanzinstrumente bzw. für Finanzinstrumente, die aufgrund ihrer spezifischen Ausgestaltung als einzigartig betrachtet werden können, werden abhängig von der Anwendbarkeit je Finanzinstrumentenklasse bzw. je Finanzinstrument Bewertungsmodelle verwendet, die den jeweiligen Spezifika Rechnung tragen. Insbesondere fließen in diese Modelle Annahmen über Korrelationen, Ausfallraten und Verlusthöhen und weitere zum Teil nicht direkt am Markt beobachtbare Parameter ein. Sofern Zinsderivate langlaufende Constant-Maturity-Swap-(CMS)-Strukturen aufweisen, wird die im Modell verwendete ebenfalls nicht beobachtbare Mean Reversion (Mittelwertrückkehr) positiv und negativ gestresst, um entsprechende Marktwertdeltas für diese Posten zu ermitteln.

Der Marktwert von Kundenderivaten wird unter Berücksichtigung des sogenannten Credit Valuation Adjustments (CVA) ermittelt, durch das Kontrahentenausfallrisiken bei der Bewertung von Derivaten berücksichtigt werden. Wesentlicher Inputfaktor bei der Ermittlung des CVA ist die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kunden, welche sich aus dem internen IKB-Rating und der Restlaufzeit des Derivats ableitet. Da das interne Rating auf Basis nicht am Markt verfügbarer Informationen erstellt wurde, erfolgt eine Abschätzung des beizulegenden Zeitwertes des Derivates unter gestressten Ratingannahmen. Die IKB hat hierzu das durchschnittliche Rating und die durchschnittliche Restlaufzeit des Kundenderivateportfolios bestimmt. Mittels dieser Information wird zur gegebenen Durchschnittsrestlaufzeit der Unterschied des Credit Spreads zwischen dem Durchschnittsrating und dem um eine Ratingstufe herabgesetzten Rating ermittelt. Im Anschluss werden alle Credit-Spread-Kurven jeweils einmal in die positive und in die negative Richtung verschoben und die daraus resultierenden Marktwertänderungen als Sensitivität des Ratings auf den Zeitwert des Derivats ausgewiesen.

Die beizulegenden Zeitwerte der bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Diskontierung wird über laufzeitdifferenzierte risikolose Swapsätze sowie Markt-Spreads vorgenommen. Die kurzfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten orientieren sich dabei an den im Rahmen der Marktpflege getätigten Rückkauf-Spreads. Für die längerfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten sowie nachrangige Emissionen werden CDS-Spreads zugrunde gelegt. Bei Schuldscheindarlehen, die von Nicht-Kreditinstituten gehalten werden, wird berücksichtigt, dass die Spreads geringer sind als bei den von Kreditinstituten erworbenen Schuldscheindarlehen, da der Einlagensicherungsfonds bei ersteren eine Deckung bietet. Bei der Diskontierung der Globaldarlehen werden aus aktuellen Transaktionen abgeleitete Spreads verwendet.

Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verbindlichkeit ist unter anderem von der Bonität der Bank abhängig. Eine Verbesserung (Verschlechterung) der Bonität der Bank führt zu einer Erhöhung (Vermin-derung) des beizulegenden Zeitwerts. Die auf die Veränderung der Bonität der IKB entfallenden Gewinne und Verluste werden in den Notes erläutert.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale). Die Folgebewertung der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte wird zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen, wobei sowohl positive als auch negative Bewertungsänderungen grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst werden. Bezüglich der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wird an dieser Stelle auf die Ausführungen im vorherigen Abschnitt verwiesen.

Die Bewertung wird solange erfolgsneutral durchgeführt, bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksam vorzunehmende Wertminderung (Impairment) im Sinne des IAS 39.67 eintritt.

An jedem Stichtag wird geprüft, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen (IAS 39.58). Objektive Hinweise auf eine Wertminderung liegen bei Schuldtiteln beispielsweise aufgrund signifikanter finanzieller Schwierigkeiten des Emittenten oder aufgrund des aus finanziellen Schwierigkeiten resultierenden Verschwindens eines aktiven Marktes vor. Bei Eigenkapitalinstrumenten ist ein Impairmentbedarf dann angezeigt, wenn der Fair Value signifikant oder dauerhaft unter den Anschaffungskosten bzw. dem Buchwert liegt. Gibt es derartige Evidenzen, ist die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value erfolgswirksam zu behandeln. Die bis zum Zeitpunkt der Wertminderung in der Neubewertungsrücklage ausgewiesene kumulierte Wertänderung wird in die Gewinn- und Verlustrechnung (Ergebnis aus Finanzanlagen) umgebucht. Bei Wertaufholungen muss zwischen Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten unterschieden werden. Wertaufholungen für Eigenkapitalinstrumente sind erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen. Wertaufholungen für Fremdkapitalinstrumente sind erfolgswirksam bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten im Ergebnis aus Finanzanlagen zu erfassen.

In den Fällen, in denen der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Folgebewertung zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen. Bei diesen Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich um Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Anteile an Personengesellschaften, bei denen die Schwankungsbreite von vernünftigen Schätzungen des beizulegenden Zeitwertes signifikant ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Schätzungen nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können. Ergibt sich für die Eigenkapitalinstrumente, die zu Anschaffungskosten bilanziert sind, ein Abwertungsbedarf, ist dieser über die Gewinn- und Verlustrechnung (Ergebnis aus Finanzanlagen) zu buchen. Wertaufholungen bei späteren Wertänderungen sind bei diesen Eigenkapitalinstrumenten nach IAS 39.66 untersagt.

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit im Zinsüberschuss vereinnahmt. Die zugehörigen laufenden Zinsen (Zinsabgrenzungen sowie Zinszahlungen) werden im Zinsertrag erfasst.

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities). Die Folgebewertung der Sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfolgswirksam über die Restlaufzeit im Zinsüberschuss erfasst. Eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode impliziert für Verbindlichkeiten, bei denen beispielsweise ein Zinsaufschub oder eine Verlustpartizipation eintreten können, dass diese Verbindlichkeiten zum Barwert gemäß IAS 39 AG8 anzusetzen sind. Dieser ergibt sich durch eine Neuschätzung der zugrunde liegenden Zins- und Tilgungscashflows diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag). Daraus resultierende Buchwertänderungen sind erfolgswirksam im „Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ auszuweisen. Folglich sind eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen im Barwert berücksichtigt. Auch bei unveränderten Erwartungen bezüglich der zugrunde liegenden Zins- und Tilgungscashflows verändert sich der Barwert aufgrund des Zeitablaufs (Unwinding). Dieser Unwinding-Aufwand wird im Zinsaufwand erfasst.

Dieser Wertansatz findet Anwendung auf die folgenden Sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten:

- Erhaltene Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabreden, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und
- Nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen/Preferred Shares, die im Nachrangkapital ausgewiesen werden.

(d) Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting)

Die IKB setzt Derivate als Sicherungsinstrumente zur Reduzierung von Marktpreisrisiken (z. B. Zinsrisiken und Währungsrisiken) ein. Da nach IAS 39 Grundgeschäfte (z. B. Kreditforderungen und Verbindlichkeiten) und Sicherungsgeschäfte (Derivate) unterschiedlichen bilanziellen Wertansätzen unterliegen können, erlaubt IAS 39 mit dem sogenannten „Hedge Accounting“ eine besondere Form der Bilanzierung, um eine Erfolgsermittlung sicherzustellen, die der wirtschaftlichen Risikosituation entspricht.

Im Wesentlichen ist zwischen Fair Value Hedge Accounting und Cashflow Hedge Accounting zu unterscheiden:

Fair Value Hedge Accounting. Bei einem Fair Value Hedge wird ein bestehender Vermögenswert, eine bestehende Verbindlichkeit oder eine feste vertragliche Verpflichtung (Firm Commitment) gegen Zeitwertänderungen aus bestimmten Risikofaktoren abgesichert (IAS 39.86). Die Absicherung kann auf Basis von 1:1-Beziehungen (Mikro Hedges) oder auf Portfoliobasis erfolgen, wodurch gleichartige Aktiva oder Passiva zu einer homogenen Gruppe zusammengefasst werden. Nur für den Fall einer Sicherung von festverzinslichen Aktiva und Passiva gegen zinsinduzierte Fair-Value-Änderungen ist auch ein Makro Hedge erlaubt, bei dem Aktiva und Passiva mit entgegengerichtetem Exposure in die Portfoliobildung einbezogen werden dürfen (IAS 39.81A).

Bei einem Fair Value Hedge werden sowohl die Marktwertänderungen der Sicherungsderivate als auch die risikobezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte kompensierend im Fair-Value-Ergebnis vereinnahmt. Dadurch werden die Buchwerte der designierten Grundgeschäfte erfolgswirksam um die (kumulierten) Bewertungsergebnisse angepasst, die seit dem Zeitpunkt der Hedge-Designation bzw. dem letzten Abschlussstichtag auf eine Änderung der abgesicherten Risikofaktoren zurückzuführen sind. Bei Mikro-Hedge-Beziehungen sind diese Buchwertänderungen (Hedge Adjustments) beim jeweiligen Einzelgeschäft zu erfassen. Ausschließlich für den Fall eines Makro Hedges für Zinsrisiken erlaubt IAS 39.89A, die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte in einem separaten Posten („Separate Line Item“) zu erfassen.

Die IKB wendet ein Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken an. Die zinsinduzierten Wertänderungen aktiver (passiver) Grundgeschäfte werden in dem jeweiligen Posten der Grundgeschäfte ausgewiesen. Die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen (Fair-Value-Ergebnis) ausgewiesen, soweit die Effektivität der Sicherungsbeziehung nachgewiesen werden kann. Derivate, die Absicherungsinstrumente in einem effektiven Fair Value Hedge darstellen, werden zum Marktwert (Fair Value) bilanziert und in dem Posten „Sicherungsderivate mit positivem/negativem beizulegenden Zeitwert“ in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen.

Aufgrund der restriktiven Bedingungen für das Hedge Accounting ist es nicht möglich, für alle wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen Hedge Accounting anzuwenden. Aus diesem Grunde wendet die IKB für Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung stehen und für die eine Risikokompensation erwartet wird, auch die Fair-Value-Option des IAS 39.9 an. Finanzinstrumente, die in diesem Rahmen einer vollständigen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert unterzogen werden, sind überwiegend festverzinsliche Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Mikro-Hedge-Beziehung stehen.

Cashflow Hedge Accounting. Für Derivate, die der Absicherung künftiger variabler Zahlungsströme dienen, sieht IAS 39 die Möglichkeit der Anwendung des Cashflow Hedge Accounting vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cashflows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder Geldanlagen). Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cashflow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cashflows aus schwebenden Geschäften vor.

Derivate, die Absicherungsinstrumente in einem effektiven Cashflow Hedge darstellen, werden zum Marktwert (Fair Value) bilanziert und in der Posten „Sicherungsderivate mit positivem/negativem beizulegenden Zeitwert“ in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen. Das Bewertungsergebnis ist in einen effektiven und einen ineffektiven Teil zu zerlegen. Der effektive Teil ist der Teil des Bewertungsergebnisses, der eine wirksame Sicherung gegen das Cashflow-Risiko darstellt. Dieser wird erfolgsneutral in einem gesonderten Posten „Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern“ im Eigenkapital unter der Neubewertungsrücklage erfasst. Der ineffektive Teil des Bewertungsergebnisses wird hingegen in der

Gewinn- und Verlustrechnung im „Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen“ unter dem „Fair-Value-Ergebnis“ erfasst.

Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die in dem Abschnitt „Bewertung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Cashflow Hedge Accounting ist – neben den vorab dargestellten Voraussetzungen – an eine Reihe von zusätzlichen Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf Anforderungen hinsichtlich der Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme (Effektivitätstest).

(e) Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten hängt davon ab, ob die darin enthaltenen Derivate separat vom Basiskontrakt bilanziert werden müssen. Eine Separierungspflicht für eingebettete Derivate besteht insbesondere dann, wenn die ökonomischen Charakteristika und die Risiken von Basiskontrakt und eingebettetem Derivat nicht eng miteinander verbunden sind.

Liegt eine enge ökonomische Verbindung vor, so ist eine Trennung der Instrumente nicht gestattet. Die Bilanzierung des Gesamtinstruments folgt dann der Bilanzierung des Basiskontrakts. Liegt keine enge Verbindung zwischen Derivat und Basiskontrakt vor, so ist eine Trennung der beiden Instrumente geboten, womit eine erfolgswirksame Bewertung des Derivats zum beizulegenden Zeitwert verbunden ist, es sei denn, das Gesamtinstrument wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Insbesondere Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden bei der IKB grundsätzlich nicht getrennt bilanziert, sondern unter Anwendung der Fair-Value-Option als ein Instrument in der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten“ erfasst. Sofern die Fair-Value-Option nicht ausgeübt wird, werden trennungspflichtige eingebettete Derivate separat bilanziert. Die entsprechenden Derivate werden in diesem Fall getrennt vom Basiskontrakt in den Handelsaktiva und -passiva zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der Basiskontrakt wird entsprechend seiner Kategorie bilanziert.

(f) Finanzgarantien

Nach IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlungen stellen die Entschädigung für den Verlust dar, der dem Garantienehmer durch das nicht fristgemäße Begleichen von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht.

Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmalig zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss grundsätzlich Null, da die Prämie bei marktgerechten Bedingungen mit dem Wert der Garantieverpflichtung identisch ist. Im Rahmen von Folgebewertungen ist zu prüfen, ob eine Verpflichtung zu bilanzieren ist.

Die Erfassung einer Finanzgarantie erfolgt zum Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots.

(g) Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigen Wertpapier-Termingeschäften (Verkauf und Rückkauf) mit demselben Kontrahenten (Repo-Geschäfte). Bei Repo-Geschäften sind die in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) weiterhin in der Bilanz des Pensionsgebers auszuweisen. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die erhaltene beziehungsweise zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

(h) Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Bei der Untersuchung, ob eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten vorzunehmen ist, wird von einer gemäß IAS 27 und SIC-12 konsolidierten Grundlage ausgegangen.

Eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten wird vorgenommen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen oder ausgelaufen sind bzw. übertragen wurden. Im Falle der Übertragung ist zu untersuchen, ob der Konzern, bei Eintritt bestimmter Kriterien, die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten. Dabei erfolgt eine vollständige Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden hingegen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken zurückbehalten, erfolgt keine Ausbuchung.

Im Fall von Transaktionen, bei denen weder im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, zurückbehalten noch übertragen werden, sind die übertragenen Vermögenswerte nur dann auszubuchen, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst.

Sofern nicht alle Risiken und Chancen übertragen wurden und Verfügungsmacht zurückbehalten wurde, sind die Vermögenswerte entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin auszuweisen.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird bei Tilgung ausgebucht, d.h. wenn die mit ihr verbundenen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Daneben kann eine finanzielle Verbindlichkeit auszubuchen sein, wenn im Rahmen von Umschuldungen eine neue Verbindlichkeit entsteht.

(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten ist Note (60) zu entnehmen.

Die Berichtsklasseneinteilung der entsprechenden Bilanzposten erfolgt grundsätzlich nach den Kategorien des IAS 39. Derivate in Sicherungsbeziehungen und Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden in gesonderten Berichtsklassen ausgewiesen, da diese keiner Kategorie nach IAS 39 zugeordnet werden können. Das außerbilanzielle Geschäft ist ebenfalls im Anwendungsbereich des IFRS 7 und erscheint daher in einer eigenen Berichtsklasse. Finanzinstrumente, die nach den Vorschriften des IAS 28 und IAS 31 at equity bilanziert werden, fallen nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 und werden daher in einer separaten Berichtsklasse abgegrenzt.

(8) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert.

(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten / Kunden

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden, bei denen der Buchwert einen hinreichenden Näherungswert des beizulegenden Zeitwerts darstellt, wird auf dessen separate Ermittlung verzichtet und der aktuelle Buchwert herangezogen. Agien und Disagien werden unter dem entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Sie werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert und im Zinsergebnis erfasst. Zum Thema Wertberichtigungen (Impairment) sind weitere Erläuterungen der Note (10) „Risikovor-sorge im Kreditgeschäft“ zu entnehmen.

Die in den Forderungen und Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden – sofern abspaltungspflichtig – getrennt bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert unter den Handelsaktiva oder -passiva in Ansatz gebracht.

Finanzierungsleasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Finanzierungsleasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Im Rahmen des Finanzierungsleasings bilanziert die Bank als Leasinggeber Leasingforderungen zum Nettoinvestitionswert innerhalb des Bilanzpostens Forderungen an Kunden.

Die aus dem Finanzierungsleasing resultierenden Erträge und Aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unter der Risikovorsorge im Kreditgeschäft werden zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden und Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft gebildet. Darüber hinaus wird für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Verluste, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen.

Die zeitnahe Ermittlung und Fortschreibung der erforderlichen Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden und Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft wird durch eine vierteljährliche Überprüfung der aufgrund bestimmter Kriterien identifizierten Geschäfte vorgenommen. Anstelle einer Einzelwertberichtigung ist eine Rückstellung zu bilden, wenn gegenüber einem Dritten ein Aval übernommen wurde oder Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen bestehen.

Der Impairmentprozess ist zweistufig.

1. Stufe: Triggerkriterien

In der ersten Stufe wird festgestellt, ob objektive, substantielle Hinweise vorliegen, die auf einen Einzelwertberichtigungs- bzw. Rückstellungsbedarf hindeuten. Die IKB hat Kriterien aufgestellt, welche als Hinweise (trigger events) auf eine etwaige Wertminderung (Impairment) anzusehen sind. Triggerkriterien sind u. a. Rückstände über 90 Tage, eine bereits bestehende Einzelwertberichtigung (oder Rückstellung), Insolvenz, Restrukturierungs- oder Abwicklungsmaßnahmen.

2. Stufe: Impairmenttest

Sofern mindestens ein Triggerkriterium vorliegt, wird das Kreditengagement in der zweiten Stufe einem Impairmenttest auf Kreditebene unterzogen.

Die Höhe der Wertminderung wird aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Der Diskontfaktor entspricht dem ursprünglichen Effektivzins der Forderung.

Bei einzelwertberichtigten Forderungen wird der Zinsertrag unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes durch Aufzinsung des Barwerts der zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt (Unwinding).

Eine Portfoliowertberichtigung wird für die Kredite ermittelt, die keines der Triggerkriterien erfüllen oder für die in der Einzelprüfung keine Wertminderung festgestellt wurde. Die Höhe der Portfoliowertberichtigung wird auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten ermittelt. Dem Zeitverzug vom Eintritt bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Verlustereignisses wird durch portfolioorientierte Parameter (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ in der Gewinn- und Verlustrechnung als Auflösung erfasst. Entfällt die Grundlage einer direkten Abschreibung, wird maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben.

(11) Handelsaktiva/-passiva

Den Handelsaktiva und -passiva werden gemäß IAS 39 alle Derivate zugeordnet. Diese werden mit ihrem jeweiligen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Darüber hinaus werden diesen Posten zu Handelszwecken

gehaltene Finanzinstrumente, welche im Wesentlichen Bestände in Schuldscheindarlehen sowie in Schuldverschreibungen umfassen, zugewiesen.

Für die Verfahren zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Handelsaktiva wird auf Note (6) verwiesen. Das Bewertungsergebnis und realisierte Gewinne bzw. Verluste werden im Fair-Value-Ergebnis gezeigt. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht vollkonsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese Finanzanlagen können der Kategorie „Kredite und Forderungen“ oder „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch eine erfolgswirksame Bewertung zu beizulegenden Zeitwerten (Fair-Value-Option) erfolgen. Hinsichtlich der Bewertung und des Ausweises der Bewertungsänderungen der Finanzanlagen verweisen wir in Abhängigkeit der Kategorisierung auf die Erläuterungen in Note (6).

(13) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Unter diesem Posten werden alle Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ausgewiesen, sofern sie nach der Equity-Methode bewertet werden.

Das Ergebnis wird gesondert in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen“ ausgewiesen.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten bilanziert die IKB neben selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten, die im Wesentlichen aus direkt zurechenbaren Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software resultieren, auch erworbene Software, welche nicht integraler Bestandteil der zugehörigen Hardware ist. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen. Sofern es sich bei den immateriellen Vermögenswerten um sogenannte „qualifizierte Vermögenswerte“ im Sinne des IAS 23 handelt, werden die zurechenbaren Fremdkapitalzinsen in die Bestimmung der Herstellungskosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren. Sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen, wird eine Wertberichtigung vorgenommen. Hierfür werden die Vermögenswerte mindestens zu jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit und die Angemessenheit ihrer Restnutzungsdauer überprüft. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(15) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden alle Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Sofern es sich um selbsterstellte Sachanlagen handelt, werden bei der Bestimmung der Herstellungskosten die zurechenbaren Fremdkapitalzinsen berücksichtigt.

Die planmäßigen Abschreibungen der Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis 20 Jahre vorgenommen. Der Ausweis erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

Liegen Anzeichen für eine Wertminderung aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung bzw. wegen Verfalls des Marktpreises vor, wird eine Wertberichtigung vorgenommen.

Der Ausweis von Veräußerungsgewinnen erfolgt im „Sonstigen betrieblichen Ertrag“ und der von Veräußerungsverlusten erfolgt im „Sonstigen betrieblichen Aufwand“.

Operating-Leasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Leasinggegenstände, welche die IKB im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages als Leasinggeber bilanziert, werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bewertung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die der vertraglichen Nutzungsdauer entsprechenden planmäßigen Abschreibungen unter Berücksichtigung des vertraglich vereinbarten Restwerts. Zudem werden bei dauerhaften Wertminderungen Wertberichtigungen vorgenommen.

Die IKB (Leasingnehmer) least zudem bestimmtes Sachanlagevermögen (Leasingobjekte) im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen. Diese Leasinggegenstände werden weiterhin beim Leasinggeber bilanziert.

Die aus den Operating-Leasing-Verhältnissen resultierenden Erträge und Aufwendungen werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(16) Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Ermittlung der tatsächlichen Ertragsteuern erfolgt für die einzelnen Konzernunternehmen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder. Die laufenden Ertragsteueraufwendungen und -erträge sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung aktiver bzw. passiver latenter Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen.

Der Ausweis in der Bilanz wird für tatsächliche sowie für latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen getrennt als Aktiv- bzw. als Passivposten vorgenommen. Unter den Posten „Laufende Ertragsteueransprüche“ bzw. „Laufende Ertragsteuerverpflichtungen“ werden die tatsächlichen Ertragsteuern, in deren Höhe eine Erstattung von den bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erfolgen werden, ausgewiesen. Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter den Posten „Latente Ertragsteueransprüche“ bzw. „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“ gezeigt.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden entsprechend IAS 12 auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Sie ergeben sich aus Differenzen zwischen dem im Konzernabschluss angesetzten Buchwert der Vermögenswerte/Verpflichtungen und deren steuerlichen Wertansätzen, soweit aus ihnen in der Zukunft voraussichtlich Ertragsteuerbelastungen bzw. -entlastungen entstehen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen wurden unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ertragsteuersätze, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, bewertet.

Aktive latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge eines Steuersubjekts werden angesetzt, wenn auf Basis der jeweils aktuellen Planung des betroffenen Konzernunternehmens mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 % erwartet wird, dass das betreffende Steuersubjekt in den kommenden fünf Jahren ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

Eine Abzinsung der latenten Steuern wird nicht vorgenommen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis der zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze. Steuersatzänderungen werden bei der Berechnung der latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen berücksichtigt, soweit zum Bilanzstichtag ihr Inkrafttreten sicher ist.

Die Bildung und Auflösung der latenten Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgen – in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt und genau wie dieser – entweder erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ oder erfolgsneutral über das Eigenkapital über die Neubewertungsrücklage oder die Gewinnrücklagen.

Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

(17) Sonstige Aktiva/Passiva

Unter den „Sonstigen Aktiva“ werden unter anderem Forderungen aus dem Leasinggeschäft, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Vorräte sowie Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. In dem Posten „Sonstige Passiva“ werden zum Beispiel Rechnungsabgrenzungsposten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gezeigt.

Bei Forderungen aus dem Leasinggeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Leasingtransaktionen, die aufgrund fehlender vollständiger Vertragsgestaltung noch nicht eindeutig klassifiziert werden können. Bereits erbrachte Vorleistungen werden daher unter dem Posten „Forderungen aus dem Leasinggeschäft“ ausgewiesen, da eine Klassifizierung als Operating- oder Finanzierungsleasing erst bei Vertragsabschluss vorgenommen wird.

Unter den Vorräten werden die Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Immobilienprojektentwicklung stehen, ausgewiesen. Die Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- / Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., während die Ermittlung des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. vorgenommen wird. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der Vorräte werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt.

(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Ein Vermögenswert wird als ein „Zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswert“ klassifiziert, wenn die folgenden vier Kriterien erfüllt sind. Der langfristige Vermögenswert ist im gegenwärtigen Zustand veräußerbar; der Verkauf muss mit einer hohen Wahrscheinlichkeit stattfinden; das Management hat sich auf einen konkreten Veräußerungsplan festgelegt und die Abwicklung der Veräußerung erfolgt erwartungsgemäß innerhalb der nächsten zwölf Monate nach der Umklassifizierung. In der Bilanz werden die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte innerhalb eines gesonderten Bilanzpostens „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen. Die Bewertung zum Abschlussstichtag erfolgt zu dem niedrigeren Wert aus bisherigem Buchwert und Fair Value, der voraussichtlich aus der Veräußerung erzielt werden kann, abzüglich der Veräußerungskosten. Sofern es sich bei den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten um Finanzinstrumente handelt, folgt die Bewertung weiterhin den Vorschriften des IAS 39.

(19) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Papers) ausgewiesen. Diese Finanzinstrumente werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten) oder zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für Pensionszusagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Data GmbH, IKB Private Equity GmbH und IKB International S.A werden Rückstellungen gebildet. Die Altersvorsorge erfolgt im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen (Defined Benefit Plans).

Mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen deckt die IKB vor allem Leistungen von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen ab. Danach werden Pensionen mit Beginn des Ruhestands wegen Erreichen der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität oder im Todesfall an die Hinterbliebenen gezahlt. Dabei ist die Höhe der Rückstellungen für die leistungsorientierte Altersversorgung abhängig von der jeweils anzuwendenden Versorgungsordnung. Während die Versorgungsordnung des Jahres 1979 (VO 79) im Wesentlichen auf Faktoren wie rentenfähige Dienstzeit und rentenfähiger Arbeitsverdienst basiert, beinhaltet die Versorgungsordnung des Jahres 1994 (VO 94) dagegen ein so genanntes Eckwertmodell und ein Rentenbausteinsystem. Nach der VO 94 bestimmt sich die Höhe der passivierten Verpflichtungen für die Einkommensbestandteile unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (gemäß RV-Bezugsgrößenverordnung) nach dem Endgehalt sowie dem Renteneckwert und für Vergütungsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nach der Höhe des auf Jahresbasis erdienten Rentenbausteins.

Mit Neueinführung der Versorgungsordnung 2006 (VO 06) folgte die IKB dem am Markt beobachtbaren Trend, die Altersvorsorge stärker an die Entwicklung der korrespondierenden Vermögensanlage anzulehnen. Bei der VO 06 handelt es sich um ein Cash-Balance-orientiertes Versorgungssystem, das Performance-abhängig, aber mit einer Mindestverzinsung und besonderen Zusatzleistungen bei Erwerbsminderung und Tod versehen ist. Die VO 06 ist für ab dem Geschäftsjahr 2006/07 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG, der IKB Data GmbH und der IKB Leasing GmbH gültig.

Alle Pensionsverpflichtungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Den Wertansätzen der zukünftigen Verpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zugrunde, die von unabhängigen Aktuaren erstellt wurden. Dabei werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften berücksichtigt, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten in die Berechnung einbezogen. Zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtung wird der aktuelle Marktzins für langfristige Kapitalanlagen höchster Bonität, und zur Berücksichtigung von biometrischen Wahrscheinlichkeiten werden die Richttafeln 2005G von Heubeck herangezogen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Aufwand aus den Direktzusagen teilt sich grundsätzlich in die wesentlichen Bestandteile Zins- und Dienstzeitaufwand auf. Ersterer wird im Zinsüberschuss, der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Sich ergebende versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste resultieren aus der Veränderung der den Pensionsgutachten ursprünglich zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen sowie aus Bestandsänderungen. Diese Mehr- oder Minderverpflichtungen, damit also die Differenzen zur ursprünglich geschätzten Verpflichtung, werden entsprechend der Wahlrechtsausübung im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Vorruhestandsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Versorgungszusagen aufgrund von umgewandelten Tantiemeansprüchen (Deferred Compensation), die nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden.

Rückstellungen für Zahlungen anlässlich von Dienstjubiläen, die ebenfalls auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bestimmt werden, werden unter den Sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Zudem wurde bei der IKB 2006 ein Wertkontenplan eingeführt, der ebenfalls unter den pensionsähnlichen Verpflichtungen ausgewiesen wird. Basierend auf dem Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (FlexiGesetz) können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen dieses Modells auf den sofortigen Zufluss von Entgeltbestandteilen, die nicht das reguläre Monatsgehalt betreffen, verzichten und stattdessen diese Gelder individualisiert in Renten- und Aktienfonds investieren. Durch den erst in der Zukunft stattfindenden Zufluss des mit einem Garantiezins in Höhe von derzeit 1,75 % versehenen Investments ergänzt dieses Modell die bestehenden Versorgungsregelungen der IKB und bietet somit eine weitere attraktive Möglichkeit zur Entgeltumwandlung sowie ein Instrumentarium zur flexiblen Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand. Der Wertkontenplan ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH und der IKB Data GmbH gültig.

Die Auslagerung der Vermögenswerte, die die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen VO 79, VO 94 und VO 06, die Verpflichtungen aus Deferred Compensation und die Vorruhestandsverpflichtungen absichern, sind in einen Wertkontenplan ausgelagert. Im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) haben die IKB AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften dabei die erforderlichen Vermögensmittel zur Erfüllung der Pensionsansprüche von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen.

Das von der IKB in die CTA's eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird daher mit den entsprechenden Verpflichtungen saldiert. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Abweichungen zwischen dem in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Planertrag und dem tatsächlichen Ertrag werden erfolgsneutral als versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Gewinnrücklage erfasst. Der erwartete Ertrag auf das Planvermögen wird – zusammen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der Verpflichtungen – im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(21) Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für gegenwärtige, rechtliche und faktische Verpflichtungen gebildet, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss und deren Erfüllung wahrscheinlich mit einem Ressourcenabfluss verbunden sind. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht dem bestmöglichen Schätzwert, der bereitgestellt werden müsste, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu erfüllen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten der Verpflichtungen mit berücksichtigt.

Rückstellungen sind mit ihrem Barwert angesetzt, soweit der Zinseffekt wesentlich ist. Aufzinsungseffekte hieraus werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(22) Nachrangkapital

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter der Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen unter bestimmten Voraussetzungen zum haftenden Eigenkapital. Bei einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren erfolgt nur eine anteilige Zurechnung zum haftenden Eigenkapital. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist für die nachrangigen Verbindlichkeiten nicht vorgesehen; Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Genussrechtskapital

Genussrechtskapital nimmt in voller Höhe am Verlust der Gesellschaft teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Falle eines Jahresüberschusses oder Bilanzgewinns. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber denen anderer Gläubiger nachrangig. Das Genussrechtskapital dient der Stärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes. Im Falle eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlusts der IKB (nach HGB) nehmen die Genussscheine in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsbeträge teil, und zwar im Verhältnis ihres Buchwerts zu dem im Jahresabschluss der IKB AG ausgewiesenen Eigenkapital (inkl. Genussscheinkapital, jedoch ohne andere Nachrangige Verbindlichkeiten).

Stille Einlagen/Preferred Shares

Unter die Stillen Einlagen fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter. Darüber hinaus weist die IKB hier Vorzugsaktien (Preferred Shares) zweier amerikanischer Tochterunternehmen aus.

Diese Verbindlichkeiten werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten) oder zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

Die Stillen Einlagen nehmen am Bilanzverlust der IKB AG (nach HGB) teil, und zwar im Verhältnis der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert des haftenden Eigenkapitals der Bank, das am Verlust teilnimmt.

Bei einem Bilanzverlust der IKB AG nehmen die Preferred Shares nur durch Ausfall der Zinsen im darauf folgenden Geschäftsjahr am Verlust teil.

(23) Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Im Gezeichneten Kapital wird das Grundkapital der IKB AG abzüglich des Nennwertes der gegebenenfalls im Bestand befindlichen eigenen Aktien ausgewiesen.

Kapitalrücklage

Unter der Kapitalrücklage wird der Betrag ausgewiesen, der bei der Ausgabe von Aktien über den Nennwert hinaus erzielt wird. Aus eventuellen Transaktionen in eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ebenfalls mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich aus der Gesetzlichen Rücklage, den Rücklagen aus den versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten gemäß IAS 19, die sich u. a. aus Änderungen der Berechnungsparameter sowie aus Abweichungen im Risikoverlauf (bzw. Invaliditäts- oder Todesfälle) im Vergleich der Situation zum Stichtag zu den Erwartungswerten ergeben, sowie aus den Sonstigen Rücklagen zusammen.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in Fremdwährung entstehen.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält zum einen die Bewertungsergebnisse der „Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“ (Available for Sale); zum anderen werden hier Bewertungseffekte aus Cashflow Hedge-Beziehungen gezeigt. Für die aufgeführten Posten werden jeweils latente Steuern berechnet und ebenfalls in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt.

Konzernbilanzgewinn/-verlust

Der Konzernbilanzgewinn/-verlust des laufenden Jahres wird in einem gesonderten Posten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss werden neben Zinserträgen und -aufwendungen Dividenden aus Wertpapieren, laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Beteiligungen sowie die Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft ausgewiesen. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt. Zinserträge aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden so über die Grundmietzeit vereinnahmt, dass eine konstante periodische Verzinsung aus dem Nettoinvestitionswert erzielt wird.

in Mio. €	2011/12	2010/11*
Zinserträge aus Derivaten	483,1	659,4
Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten, für die die Fair-Value-Option angewendet wird	69,0	74,4
Zinserträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	2,1	2,8
Summe Zinserträge aus ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	554,2	736,6
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	960,2	994,0
Zinserträge aus fest und variabel verzinslichen Wertpapieren	155,7	125,1
Erträge aus Beteiligungen	2,1	4,8
Dividenden	2,9	2,4
Summe sonstige Zinserträge	1.120,9	1.126,3
Summe Zinserträge	1.675,1	1.862,9
Zinsaufwendungen für Derivate	606,1	688,0
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60A	-	46,0
Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option angewendet wird	259,4	318,9
Summe Zinsaufwendungen für ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	865,5	1.052,9
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	13,7	36,6
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	529,3	538,6
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	28,8	30,1
Zinsähnliche Aufwendungen inkl. Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen	84,3	61,1
Summe sonstige Zinsaufwendungen	656,1	666,4
Summe Zinsaufwendungen	1.521,6	1.719,3
Zinsüberschuss	153,5	143,6

* Zahlen angepasst

Für wertgeminderte Forderungen und Wertpapiere werden keine laufenden Zinsen vereinnahmt, sondern die durch Zeitablauf eintretende Zunahme des Barwerts zukünftiger Zahlungen (Unwinding) als Zinsertrag erfasst. Der aus dem Unwinding-Effekt resultierende Zinsertrag beträgt 31,5 Mio. € (Vorjahr: von 30,1 Mio. € auf 38,1 Mio. € geändert wegen IAS 8 - Anpassung). Im Zinsaufwand sind Unwinding-Effekte in Höhe von 30,5 Mio. € (Vorjahr: 59,0 Mio. €) aus der Bewertung eigener Verbindlichkeiten gemäß IAS 39 AG8 enthalten. Der Zinsüberschuss wurde durch Zinseffekte aus dem Makro Hedge Accounting um 41,1 Mio. € (Vorjahr: 17,3 Mio. €) reduziert.

Die im Rahmen der IFRS-Erstanwendung gemäß IFRS 1.IG 60A entstandene Anpassung aus Fair Value Hedges hat sich bis zum 31. März 2011 vollständig amortisiert.

(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2011/12 in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert Finanzanlagen	Forderungen aus Finanzierungs- leasing Forderungen an Kunden	Rückstellungen für das außer- bilanzielle Kreditgeschäft	Gesamt
	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	166,0	-	-	10,3	22,9	199,2
Direktabschreibungen	13,4	-	-	-	-	13,4
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	8,1	-	-	-	-	8,1
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Portfoliowertberichtigungen	-30,3	-	-	1,5	-	-28,8
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	123,9	-	-	10,2	15,3	149,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	17,1	-	-	1,6	7,6	26,3
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (vgl. "(28) Ergebnis aus Finanzanlagen")	-	11,5	8,6	-	-	20,1
Gesamt	17,1	11,5	8,6	1,6	7,6	46,4

2010/11 in Mio. € *	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert Finanzanlagen	Forderungen aus Finanzierungs- leasing Forderungen an Kunden	Rückstellungen für das außer- bilanzielle Kreditgeschäft	Gesamt
	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	268,1	-	-	10,5	11,1	289,7
Direktabschreibungen	24,7	-	-	-	-	24,7
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12,5	-	-	-	-	12,5
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Portfoliowertberichtigungen	-73,8	-	-	1,0	-	-72,8
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	113,4	-	-	13,3	23,6	150,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93,1	-	-	-1,8	-12,5	78,8
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (vgl. "(28) Ergebnis aus Finanzanlagen")	-	-31,9	0,0	-	-	-31,9
Gesamt	93,1	-31,9	0,0	-1,8	-12,5	46,9

* Zahlen angepasst

(26) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2011/12	2010/11
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft	35,9	30,7
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit Verbriefungen	0,1	-1,3
Provisionsaufwand für Liquiditätsbeschaffung	-102,3	-126,2
Sonstige	3,1	3,8
Gesamt	-63,2	-93,0

Die Position „Provisionsaufwand für Liquiditätsbeschaffung“ beinhaltet die gezahlten Garantieprovisionen an den SoFFin im Zusammenhang mit den garantierten Schuldverschreibungen.

(27) Fair-Value-Ergebnis

in Mio. €	2011/12	2010/11*
Handelsergebnis	64,7	33,4
Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option	-358,2	22,2
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-11,3	-10,4
Gesamt	-304,8	45,2

* Zahlen angepasst

Die positiven Effekte im Handelsergebnis betreffen im Wesentlichen das Derivateergebnis in Höhe von 41,6 Mio. € (Vorjahr: 53,4 Mio. €), das Devisenergebnis in Höhe von 20,9 Mio. € (Vorjahr: -20,3 Mio. €) und das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und Schuldscheindarlehen in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Aus nicht zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ergibt sich ein Devisenertrag in Höhe von 44,6 Mio. € (Vorjahr Devisenaufwand: 82,2 Mio. €). Dieser enthält sämtliche Kassa-basierten Sachverhalte aus Geschäften, die nicht zum Fair Value bilanziert wurden – darunter auch bereits geflossene Cashflows aus derivativen Finanzinstrumenten. Diese Angabe gemäß IAS 21.52 (a) ist bei der IKB nicht aussagekräftig, da die Steuerung der Währungsposition nicht auf Basis der Kategorisierung der Finanzinstrumente erfolgt und die ebenfalls diesen Geschäften zuzuordnenden Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften nicht in dem oben genannten Ertrag enthalten sind.

Gemäß der Fair-Value-Option wurden ein Teil der Investments in internationale Kreditportfolien sowie Teile der zur Liquiditätsanlage gehaltenen europäischen Staats- und Bankenanleihen bewertet. Daneben wird die Fair-Value-Option bei Finanzinstrumenten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, sowie zur Umsetzung risikomindernder Sicherungsstrategien angewendet. Die Marktwertänderungen aus Sicherungs-Swaps werden zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte in dieser Position erfasst.

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair-Value-Option ist auf unterschiedliche Effekte aus der Bewertung der oben genannten Finanzinstrumente zurückzuführen. Hiervon entfallen -357,2 Mio. € (Vorjahr: -203,2 Mio. €) auf Marktwertverluste langfristiger Anlagen, Verpflichtungen und Derivate aus Sicherungs-Swaps, per saldo -52,5 Mio. € (Vorjahr: Marktwertgewinne 47,3 Mio. €) auf Marktwertverluste bei Portfolioinvestments sowie 0,6 Mio. € (Vorjahr: -9,6 Mio. €) auf Wertsteigerungen aus den Direktbeteiligungen der IKB Private Equity-Gruppe.

Die Marktwertverluste im Bereich der langfristigen Anlagen sind als Folge der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum wesentlich durch die Entwicklung der Risikoprämien bei zur Refinanzierung dienenden Staats- und Bankenanleihen geprägt. Hiervon betroffen sind vor allem Anleihen mit Griechenland- und Italien-Exposure sowie First-to-default-Wertpapiere, die unter anderem auch auf die Länder Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Portugal referenzieren.

Darüber hinaus führte das Absinken des allgemeinen Zinsniveaus zu zinsinduzierten Bewertungsverlusten bei den eigenen Verpflichtungen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wird.

Aufgrund der Ausweitung des IKB Credit-Spreads entstanden bei den eigenen Verpflichtungen bonitätsinduzierte Erträge von 50,9 Mio. € (Vorjahr: 187,7 Mio. €), die die zinsinduzierten Bewertungsverluste jedoch nicht kompensieren konnten. Bis zur planmäßigen Tilgung dieser Finanzinstrumente wird das Fair-Value-Ergebnis auch in künftigen Perioden von Credit-Spread-Veränderungen beeinflusst.

in Mio. €	Kumulative Änderung beizulegender Zeitwerte, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind		Änderung beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind	
	31.3.2012	31.3.2011	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14,7	18,5	-	-0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	438,6	492,6	35,9	176,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	4,9	0,2	-4,6	-19,1
Nachrangkapital *	484,2	423,3	19,6	30,7
Gesamt	942,4	934,6	50,9	187,7

* In der Position „Nachrangkapital“ ist aus Gründen der Vergleichbarkeit weiterhin ein fälliges Genussrecht berücksichtigt, das zum 31. März 2012 in der Position "Sonstige Verbindlichkeiten" ausgewiesen wird.

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen beinhaltet das Ergebnis aus Fair Value Hedges und aus Cash-flow Hedges. Das Ergebnis aus Fair Value Hedges enthält das Ergebnis aus Grundgeschäften in Höhe von 187,2 Mio. € (Vorjahr: 18,1 Mio. €) und aus Sicherungsderivaten in Höhe von -198,5 Mio. € (Vorjahr: -28,5 Mio. €). Der Ergebnisbeitrag aus ineffektiven Teilen effektiver Cashflow Hedges ist nicht wesentlich.

(28) Ergebnis aus Finanzanlagen

in Mio. €	2011/12	2010/11
Ergebnis aus Wertpapieren	-16,8	43,3
Ergebnis aus Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	-1,0
Gesamt	-16,8	42,3

Das Ergebnis aus Wertpapieren beinhaltet per saldo Bewertungsverluste in Höhe von 20,1 Mio. € (Vorjahr: Bewertungsgewinne 31,9 Mio. €). Aus dem Verkauf von Wertpapieren sind per saldo Erträge in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 11,4 Mio. €) entstanden.

Für Beteiligungen wurden erfolgswirksame Wertberichtigungen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €) vorgenommen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen sind Erträge in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) berücksichtigt.

(29) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen

in Mio. €	2011/12	2010/11
Linde Leasing GmbH	0,5	1,7
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH	-0,3	-0,1
Gesamt	0,2	1,6

(30) Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2011/12	2010/11
Personalaufwendungen	158,7	167,2
Übrige Verwaltungsaufwendungen	126,6	141,7
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Gebäude und Immaterielle Vermögenswerte	12,1	12,4
Gesamt	297,4	321,3

Die einzelnen Aufwandskategorien gliedern sich wie folgt auf:

Personalaufwendungen

in Mio. €	2011/12	2010/11
Löhne und Gehälter	134,6	137,6
Soziale Abgaben	17,4	17,7
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6,7	11,9
Gesamt	158,7	167,2

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung belaufen sich auf 10,2 Mio. € (Vorjahr: 10,3 Mio. €).

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beinhalten den laufenden Dienstzeitaufwand und die Beiträge zur Insolvenzversicherung an den PSVaG.

Übrige Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2011/12	2010/11
Beratungsaufwendungen	22,8	37,0
EDV-Aufwand	26,4	28,0
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (inkl. Prüfungsaufwendungen)	18,0	18,9
Raumaufwand	18,5	18,1
Pflichtbeiträge (Einlagensicherung), sonstige Beiträge und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	14,4	16,6
Arbeitsplatzaufwand	12,6	13,0
Reiseaufwand und Kfz-Aufwand	7,9	7,6
Aufwand für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	6,0	2,5
Gesamt Übrige Verwaltungsaufwendungen	126,6	141,7

In den Übrigen Verwaltungsaufwendungen sind insgesamt Aufwendungen für Beratungs- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise in Höhe von 10,3 Mio. € (Vorjahr: 20,3 Mio. €) enthalten.

Die Position „Pflichtbeiträge (Einlagensicherung), sonstige Beiträge und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen“ enthält als wesentlichen Bestimmungsfaktor die Aufwendungen für die Umlagen des Einlagensicherungsfonds in Höhe von 11,4 Mio. € (Vorjahr: 13,1 Mio. €).

Die Sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten Prüfungsaufwendungen und andere Leistungen, die entsprechend der nachfolgenden Tabelle auf unseren Abschlussprüfer entfallen. Die Abschlussprüferhonorare werden nach IDW RS HFA 36 ohne Umsatzsteuer angegeben. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

in Mio. €	2011/12	2010/11*
Abschlussprüfung	4,1	4,6
Sonstige Bestätigungsleistungen	0,1	0,7
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen	0,0	1,1
Gesamt	4,3	6,5

* Zahlen angepasst

Daneben werden in den Verwaltungsaufwendungen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen:

in Mio. €	2011/12	2010/11
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5,3	5,5
Bankbetrieblich genutzte Immobilien	0,3	0,0
Immaterielle Vermögenswerte	6,5	6,9
Gesamt	12,1	12,4

(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011
Sonstige betriebliche Erträge	233,9	499,6
Erträge aus der Neubewertung der Besserungsabreden sowie hybrider Finanzinstrumente	65,4	322,2
Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen	115,2	118,7
Erträge aus Projektentwicklungsaktivitäten	5,2	6,4
Rückkauf von Eigenemissionen	0,7	1,2
Kostenumlagen	4,9	6,7
Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	24,6	16,8
Erträge aus nicht bankbetrieblich genutzten Gebäuden	2,2	2,1
Ertrag aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	0,2	0,5
Übrige Sonstige betriebliche Erträge	15,5	25,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	184,5	256,7
Aufwand aus Ausbuchung Unterschiedsbetrag	-	19,9
Aufwendungen aus der Neubewertung der Besserungsabreden sowie hybrider Finanzinstrumente	-	1,7
Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen	111,9	114,9
Wertminderungen aus der Bewertung von Vorräten	-	57,3
Aufwendungen aus Restrukturierung	11,1	3,4
Abwicklung aus Portfolioinvestments	1,7	8,0
Aufwendungen für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude (inkl. Abschreibungen)	5,3	5,3
Zuführung zu Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	32,5	9,9
Freiwillige soziale Aufwendungen (inkl. Spenden)	1,6	1,5
Aufwendungen aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	0,1	0,1
Rückkauf von Eigenemissionen	0,2	10,0
Übrige Sonstige betriebliche Aufwendungen	20,1	24,7
Gesamt	49,4	242,9

Die Passivbewertung nach IAS 39 AG8 führte zu einem Bewertungsgewinn im Sonstigen betrieblichen Ergebnis von 65,4 Mio. € (Vorjahr 320,5 Mio. €). Basis der Bewertung ist die Ertrags- und Kapitalplanung der IKB. Aufgrund der erwarteten erhöhten regulatorischen Kapitalanforderungen wurde gegenüber den Vorjahren von einer erhöhten Kapitalstärkung ausgegangen. Die Planänderung führt im Zuge der IAS 39 AG8-Bewertung zu niedrigeren Ansätzen von Barwerten. Die daraus resultierenden Erträge aus der IAS 39 AG8-Neubewertung der Besserungsabreden und hybrider Finanzinstrumente werden in Note (47) „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ und in Note (55) „Nachrangkapital“ erläutert.

(32) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Mio. €	2011/12	2010/11
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,7	-22,4
des laufenden Jahres	1,5	1,6
aus früheren Jahren	-3,2	-24,0
Latente Steuern	9,7	-21,2
Gesamt	8,0	-43,6

Die tatsächlichen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen das Inland. Nach dem Operativen Ergebnis des Konzerns 2011/12 wäre – unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer – bei Anwendung des in Deutschland gültigen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag ein Steuerertrag von 159,4 Mio. € (Vorjahr: Steueraufwand 2,5 Mio. €) zu erwarten gewesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Steueraufwands auf den ausgewiesenen Steueraufwand:

in Mio. €	2011/12	2010/11*
Ergebnis vor Ertragsteuern	-508,9	-22,3
Anzuwendender Steuersatz in %	31,3	31,3
Rechnerische Ertragsteuern	-159,4	2,5
Steuereffekte	-	-
aus Vorjahren	-8,8	-4,4
aus Steuersatzänderungen	-	2,1
abweichende Steuersätze im In- und Ausland	3,1	2,9
aus steuerfreien Erträgen	-17,4	-13,0
aus nicht abzehbaren Aufwendungen	10,6	47,1
aus der Veränderung nicht angesetzter latenter Steuern	365,5	-135,7
aus Veränderung permanenter Effekte bilanzieller Natur	-190,4	39,0
aus sonstigen Unterschieden	4,8	15,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8,0	-43,6

* Zahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte anzuwendende Ertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland ab 2008 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % (Vorjahr: 15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) auf die Körperschaftsteuer und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,5 % (Vorjahr: 15,5 %). Insgesamt ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,3 % (Vorjahr: 31,3 %).

Ertragsteuereffekte wegen abweichender Steuersätze entstehen aufgrund der – im Vergleich zum Inland – abweichenden Ertragsteuersätze der einzelnen Sitzländer ausländischer Konzerngesellschaften und Konzerneinheiten, die unverändert zwischen 12,5 % und 46,2 % liegen, sowie unterschiedlicher Gewerbesteuerhebesätze im Inland.

Für temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen, ausländischen Niederlassungen und assoziierten Unternehmen sowie Anteilen an Joint Ventures wurden latente Steuern, soweit dies nach IAS 12 zulässig ist, abgegrenzt.

Der Steuereffekt aus der Veränderung nicht angesetzter latenter Steuern in Höhe von 365,5 Mio. € (Vorjahr: -190,4 Mio. €) entfällt im Wesentlichen auf temporäre Differenzen des deutschen Organkreises.

Der Steuereffekt aus der Veränderung permanenter Effekte bilanzieller Natur in Höhe von -259,8 Mio. € (Vorjahr: 39,0 Mio. €) resultiert hauptsächlich aus permanenten Effekten im Bereich der Finanzanlagen.

Erläuterungen zur Aktivseite der Konzernbilanz

(33) Barreserve

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Kassenbestand	0,0	0,1
Guthaben bei Zentralnotenbanken	19,0	84,6
Sonstige	0,1	0,1
Gesamt	19,1	84,8

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen zum Bilanzstichtag mit 19,0 Mio. € (Vorjahr: 84,3 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(34) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen an Kreditinstitute (Restlaufzeit < 1 Jahr)	2.972,6	2.248,3
Forderungen an Kreditinstitute (Restlaufzeit >= 1 Jahr < 5 Jahre)	43,8	56,3
Forderungen an Kreditinstitute (Restlaufzeit >= 5 Jahre)	7,2	11,6
Gesamt	3.023,6	2.316,2

(35) Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen an Kunden (Restlaufzeit < 1 Jahr)	3.679,8	3.821,0
Forderungen an Kunden (Restlaufzeit >= 1 Jahr < 5 Jahre)	8.377,4	9.700,0
Forderungen an Kunden (Restlaufzeit >= 5 Jahre)	3.713,0	4.920,3
Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen	2.013,4	1.889,6
Gesamt	17.783,6	20.330,9

Der Rückgang der Forderungen an Kunden resultiert vor allem aus dem Abbau von Krediten im Rahmen der Umsetzung der EU-Auflagen.

Im Buchwert der Forderungen an Kunden sind Hedge Adjustments aus gesicherten Grundgeschäften im Rahmen eines Makro Fair Value Hedge Accountings für Zinsrisiken in Höhe von 191,8 Mio. € (Vorjahr: 108,3 Mio. €) enthalten.

(36) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

31.3.2012 in Mio. €	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen	Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bilanziert	Forderungen aus Finanzierungs- leasing			
	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2011	698,6	7,6	112,3	35,2	853,7
Inanspruchnahmen	305,3	0,0	0,0	20,9	326,2
Auflösung	123,9	10,2	30,6	15,3	180,0
Unwinding	20,4	0,0	0,0	0,4	20,8
Zuführung	166,0	10,3	1,8	22,9	201,0
Umgliederung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Fremdwährungskursänderung	2,2	-0,2	-0,1	0,1	2,0
Endbestand zum 31.03.2012	417,2	7,5	83,4	21,6	529,7
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	21,6	21,6
Risikovorsorge zum 31.03.2012	417,2	7,5	83,4	-	508,1

31.3.2011 in Mio. € *	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen	Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bilanziert	Forderungen aus Finanzierungs- leasing			
	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2010	877,0	10,1	185,1	53,9	1.126,1
Inanspruchnahmen	311,2	0,0	0,0	5,9	317,1
Auflösung	113,4	13,3	76,8	23,6	227,1
Unwinding	25,7	0,0	0,0	0,1	25,8
Zuführung	268,1	10,5	4,0	11,1	293,7
Umgliederung	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Fremdwährungskursänderung	3,8	0,1	0,0	-0,2	3,7
Endbestand zum 31.3.2011	698,6	7,6	112,3	35,2	853,7
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	35,2	35,2
Risikovorsorge zum 31.3.2011	698,6	7,6	112,3	-	818,5

* Zahlen angepasst

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden und Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft gebildet.

Der Risikovorsorgebestand aus Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden und Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft beläuft sich zum 31. März 2012 auf 446,3 Mio. € (Vorjahr: 741,4 Mio. €).

Darüber hinaus wird für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen. Die Portfoliowertberichtigungen zum 31. März 2012 betragen 83,4 Mio. € (Vorjahr: 112,3 Mio. €).

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen (Forderungen und Kredite) und PoWB-Bestand		Inanspruchnahme Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen		Risikovorsorge im Kreditgeschäft (GuV)	
	31.3.2012	31.3.2011	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11*
Inländische Kunden	292,6	581,5	274,1	246,3	4,7	118,2
Produktion	151,3	255,9	79,0	161,7	-17,1	41,5
Handel	26,4	28,9	3,2	12,8	2,0	3,0
Dienstleistung	108,7	286,2	183,8	69,1	15,8	73,9
Verkehr	0,0	2,3	2,3	2,7	0,1	0,1
Sonstiges	6,2	8,2	5,8	0,0	3,9	-0,3
Ausländische Kunden	144,8	151,1	52,1	70,8	50,2	29,6
Produktion	47,0	54,6	21,1	26,8	15,9	-7,4
Handel	22,8	30,5	26,8	2,0	19,2	15,7
Dienstleistung	50,9	42,6	4,2	40,5	14,8	20,4
Verkehr	6,7	7,2	0,0	0,0	-0,8	-0,5
Sonstiges	17,4	16,2	0,0	1,6	1,1	1,4
Portfolioinvestments	8,9	8,8	0,0	0,0	0,2	3,8
Portfoliowertberichtigungen	83,4	112,3	0,0	0,0	-28,8	-72,8
Gesamt	529,7	853,7	326,2	317,1	26,3	78,8

* Zahlen angepasst

Kennziffern zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft:

in %	2011/12	2010/11
Zuführungsquote	0,1	0,2
Ausfallquote	1,0	1,1
Bestandsquote	1,7	2,7

Die Kennziffern der Risikovorsorge definieren sich wie folgt:

Zuführungsquote = Nettorisikovorsorge (Neubildung bzw. Zuführung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredite aus dem kommerziellen Geschäft sowie für Portfoliowertberichtigungen zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

Ausfallquote = Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredite aus dem kommerziellen Geschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

Bestandsquote = Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen für Adressenrisiken aus dem kommerziellen Kreditgeschäft und aus den Portfoliowertberichtigungen) in Relation zum Kreditvolumen.

(37) Handelsaktiva

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26,8	-
Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes	36,3	32,2
Derivate mit positivem Fair Value	2.134,1	598,0
Derivate mit positivem Fair Value, denen zum Fair Value bewertete nicht derivative Finanzinstrumente gegenüberstehen	266,8	157,5
Sicherungsderivate im Rahmen von Sicherungsbeziehungen mit positivem Fair Value	15,2	27,8
Gesamt	2.479,2	815,5

Von den in den Handelsaktiva ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 26,1 Mio. € börsennotiert und 0,7 Mio. € börsenfähig.

Die Veränderung der Handelsaktiva in Höhe von 1,7 Mrd. € ist vor allem auf höhere positive Marktwerte bei Derivaten zurückzuführen.

(38) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beinhalten die nachfolgend genannten Bestände:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011*
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.865,5	7.787,3
Beteiligungen	75,4	104,8
davon an Kreditinstituten	0,2	0,3
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,4	0,2
Gesamt	7.941,3	7.892,3

* Zahlen angepasst

Die Veränderung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten, Verkäufen und Bewertungseffekten.

Die Finanzanlagen gliedern sich in folgende Kategorien gemäß IAS 39:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011*
Finanzanlagen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde	2.064,7	2.291,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.005,0	2.202,1
Beteiligungen	59,7	89,1
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.951,8	2.746,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.935,7	2.730,4
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,4	0,2
Beteiligungen	15,7	15,7
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	15,4	15,5
Kredite und Forderungen	2.924,8	2.854,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.924,8	2.854,8
Gesamt	7.941,3	7.892,3

* Zahlen angepasst

Der Buchwert aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapiere verteilt sich wie folgt:

31.3.2012 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.347,3	7.280,2	67,1
Beteiligungen	20,7	-	20,7

31.3.2011 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.997,6	6.859,3	138,3
Beteiligungen	23,1	-	23,1

Zum 31. März 2012 waren keine (Vorjahr: keine) börsenfähigen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen im Bestand.

(39) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Linde Leasing GmbH	10,0	9,9
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH	0,5	0,9
Gesamt	10,5	10,8

Zu den Ergebnissen aus at equity bilanzierten Unternehmen siehe Note (29).

Für die Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen ergab der Wertminderungstest, wie bereits im Vorjahr, keinen Abschreibungsbedarf.

(40) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	2,6	3,4
Erworbene immaterielle Vermögenswerte	22,3	15,9
Gesamt	24,9	19,3

(41) Sachanlagen

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Operating-Leasing-Vermögenswerte	156,2	138,9
Grundstücke und Gebäude inklusive geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau	12,2	12,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15,1	16,5
Gesamt	183,5	167,5

Die Zunahme der Operating-Leasing-Vermögenswerte resultiert im Wesentlichen aus Geschäftszuwächsen der Leasing-Gruppe.

(42) Laufende Ertragsteuersprüche

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Inland	20,7	28,3
Ausland	1,6	7,8
Gesamt	22,3	36,1

(43) Latente Ertragsteueransprüche

Die Latenten Ertragsteueransprüche resultieren aus folgenden Bilanzposten:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	54,0	30,7
Handelsaktiva	5,3	34,4
Finanzanlagen	396,7	266,4
Sachanlagen	23,9	1,4
Verlustvorträge	26,0	48,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16,9	12,5
Handelspassiva	515,0	284,6
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	23,2	13,8
Nachrangkapital	0,5	1,9
Übrige Bilanzposten	27,4	50,9
Zwischensumme	1.088,9	745,1
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-870,9	-554,3
Gesamt	218,0	190,8

Die Latenten Ertragsteueransprüche und die Latenten Ertragsteuerverpflichtungen wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

Die auf Basis von Planungsrechnungen angesetzten Latenten Ertragsteueransprüche betragen im Inland 142,0 Mio. € (Vorjahr: 142,0 Mio. €) und im Ausland 13,4 Mio. € (Vorjahr: 19,2 Mio. €). Nach den Ergebnissen der Planungen ist auch vor dem Hintergrund der getroffenen Umstrukturierungsmaßnahmen davon auszugehen, dass diese in Zukunft genutzt werden können.

Für temporäre Differenzen in Höhe von 1.646,5 Mio. € (Vorjahr: 751,1 Mio. €) sind keine Latenten Steueransprüche angesetzt worden.

Insgesamt sind 1.820,6 Mio. € (Vorjahr: 1.085,8 Mio. €) KSt-Verlustvorträge sowie 1.632,2 Mio. € (Vorjahr: 998,6 Mio. €) GewSt-Verlustvorträge nicht angesetzt worden; die Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Körperschaftsteuer - nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	1.820,6	1.085,8
davon verfallen in 2012/13	-	0,1
davon verfallen in 2013/14	-	0,9
davon verfallen in 2015/16	-	1,0
davon verfallen nach 2015/16	-	0,3
davon unverfallbar	1.820,6	1.083,5
Gewerbsteuer - nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	1.632,2	998,6
davon unverfallbar	1.632,2	998,6

(44) Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	94,4	105,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58,3	89,8
Rechnungsabgrenzungsposten	48,1	37,3
Vorräte	97,0	97,0
Übrige Forderungen	83,4	56,8
Gesamt	381,2	386,0

Unter den Vorräten wird der Buchwert einer Immobilie ausgewiesen.

(45) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

In diesem Posten werden zum Verkauf bestimmte Kundenforderungen in Höhe von 14,6 Mio. € ausgewiesen, die zwischen Abschlussstichtag und Aufstellungsdatum dieses Konzernabschlusses bereits veräußert wurden. Aus diesen Kundenforderungen ist in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ein Aufwand von 1,0 Mio. € enthalten.

Erläuterungen zur Passivseite der Konzernbilanz

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Restlaufzeit < 1 Jahr)	5.158,9	3.561,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Restlaufzeit >= 1 Jahr < 5 Jahre)	6.321,2	5.411,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Restlaufzeit >= 5 Jahre)	1.741,7	2.220,8
Gesamt	13.221,8	11.193,6

Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus vermehrten Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt.

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.3.2012	31.03.2011*
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Restlaufzeit < 1 Jahr)	6.041,6	4.106,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Restlaufzeit >= 1 Jahr < 5 Jahre)	1.677,6	1.181,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Restlaufzeit >= 5 Jahre)	2.278,2	2.405,7
Gesamt	9.997,4	7.693,7

* Zahlen angepasst

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich im Wesentlichen aufgrund von Tages- und Termingeldern privater Anleger erhöht.

Die in diesem Posten enthaltenen gemäß IAS 39 AG8-bewerteten Darlehen mit Forderungsverzichten und Besserungsabreden werden zu jedem Stichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Schätzung der erwarteten Zins- und Tilgungs-Cashflows, diskontiert mit der effektiven Ursprungsrendite. Der Buchwert beträgt zum Stichtag 291,5 Mio. € (Vorjahr: 320,1 Mio. €). Der Rückgang des Buchwerts erklärt sich durch einen Unwinding-Aufwand (Buchwerterhöhung) in Höhe von 27,6 Mio. € sowie durch einen Bewertungsertrag (Buchwertverminderung) in Höhe von 56,3 Mio. €.

(48) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.3.2012	31.03.2011*
Begebene Schuldverschreibungen (Restlaufzeit < 1 Jahr)	2.181,1	5.480,7
Begebene Schuldverschreibungen (Restlaufzeit >= 1 Jahr < 5 Jahre)	73,9	2.202,5
Begebene Schuldverschreibungen (Restlaufzeit >= 5 Jahre)	22,2	27,3
Gesamt	2.277,2	7.710,5

*Zahlen angepasst

Der Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten um 5,4 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten sowie den Rückkauf und die vorzeitige Rückführung von SoFFin-garantierten Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Der Buchwert der Verbrieften Verbindlichkeiten enthält Wertänderungen von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 6,8 Mio. €) aus Hedge Adjustments bei gesicherten Grundgeschäften.

(49) Handelspassiva

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Derivate mit negativem Fair Value	3.181,5	1.593,4
Derivate mit negativem Fair Value, denen zum Fair Value bewertete nicht derivative Finanzinstrumente gegenüberstehen	416,3	297,4
Sicherungsderivate im Rahmen von Sicherungsbeziehungen mit negativem Fair Value	237,8	112,8
Gesamt	3.835,6	2.003,6

Die Veränderung in Höhe von 1,8 Mrd. € ist vor allem auf höhere negative Marktwerte bei Derivaten zurückzuführen.

(50) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Art und die Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich nach den jeweils zugrunde liegenden Versorgungsregelungen (siehe Note (20)).

Der Verpflichtungsumfang wird jährlich durch einen unabhängigen Aktuar unter Verwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Der Unterschied zu den bilanziell erfassten Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie Sonstige Aktiva (aktivierter Vermögensüberhang) resultiert aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens. Die Pensionsverpflichtung sowie das Planvermögen für leistungsorientierte Versorgungspläne haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2008
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	271,2	243,9	260,5	223,4	204,9
- beizulegender Zeitwert des Planvermögens	242,1	239,3	237,3	206,8	206,5
= Über- (+) bzw. Unterdeckung (-)	-29,1	-4,6	-23,2	-16,6	1,6
davon als Vermögenswert aktiviert	1,1	1,8	1,0	0,1	5,1
davon als Rückstellung passiviert	30,2	6,4	24,2	16,7	3,5

Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. März 2012 beträgt 271,2 Mio. € (Vorjahr: 243,9 Mio. €). Davon entfallen 269,4 Mio. € (Vorjahr: 241,7 Mio. €) auf Fonds-gedeckte Verpflichtungen und 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) auf nicht Fonds-gedeckte Verpflichtungen.

Die Fonds-gedeckten Pensionsverpflichtungen sind am Bilanzstichtag größtenteils durch die Vermögenswerte in den CTA-Beständen gedeckt. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert u. a. aus der Erhöhung der Verpflichtung aufgrund der Veränderung des Rechnungszinssatzes. Gemäß IAS 19 erhöht sich der Ausweis der Pensionsrückstellung auf die nicht durch entsprechende Vermögenswerte gedeckten Pensionsverpflichtungen; diese belaufen sich zum 31. März 2012 auf 30,2 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €).

Die Pensionsverpflichtungen haben sich in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2011/12	2010/11
Anfangsbestand der Pensionsverpflichtungen zum 1.4.	243,9	260,5
Änderung des Konzernkreises	0,2	0,0
Pensionszahlungen	12,9	11,0
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,4	0,1
Zuführungen	20,7	19,8
davon laufender Dienstzeitaufwand	7,1	8,9
davon nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	-2,4
davon Zinsaufwand	13,6	13,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	18,9	-25,5
Endbestand der Pensionsverpflichtungen zum 31.3.	271,2	243,9
Planvermögen gem. IAS 19	242,1	239,3
Bilanzielle Nettoposition zum 31.3.	-29,1	-4,6

Der gesamte Pensionsaufwand setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

in Mio. €	2011/12	2010/11
Laufender Dienstzeitaufwand	7,1	8,9
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,0	-2,4
Zinsaufwand	13,6	13,3
Planerträge	-12,0	-12,6
Pensionsaufwand	8,7	7,2

Die Pensionsverpflichtungen weisen am 31. März 2012 einen Gesamtwert in Höhe von 271,2 Mio. € auf (Vorjahr: 243,9 Mio. €). Die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Verlusten in Höhe von 18,8 Mio. € (Vorjahr: versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von 25,5 Mio. €), die mit 1,5 Mio. € (Vorjahr: -1,7 Mio. €) auf Bestandsänderungen entfallen. Als maßgeblicher Verursachungsfaktor für die auf der Verpflichtungsseite aufgetretenen versicherungsmathematischen Verluste ist vor allem der niedrige Rechenzinssatz zu nennen.

Die im Geschäftsjahr insgesamt entstandenen versicherungsmathematischen Verluste (unter Verrechnung der Verluste auf Planvermögen) belaufen sich am Bilanzstichtag auf 30,8 Mio. € (Vorjahr: versicherungsmathematischer Gewinn 13,5 Mio. €).

Die Entwicklung der erfolgsneutral erfassten versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste stellt sich für die abgelaufenen Geschäftsjahre wie folgt dar:

in Mio. €	Pensionsverpflichtung	Planvermögen	Summe
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2007	15,3	0,0	15,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-24,2	21,5	-2,7
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-31,6	0,0	-31,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	7,4	0,0	7,4
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2008	-8,9	21,5	12,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	14,4	12,8	27,2
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	9,1	0,0	9,1
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,3	0,0	5,3
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2009	5,5	34,3	39,8
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	28,0	-18,5	9,5
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	25,6	0,0	25,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	2,4	0,0	2,4
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2010	33,5	15,8	49,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-25,5	12,0	-13,5
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-23,8	0,0	-23,8
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	-1,7	0,0	-1,7
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2011	8,0	27,8	35,8
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	18,8	12,0	30,8
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	17,3	0,0	17,3
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	1,5	0,0	1,5
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2012	26,8	39,9	66,7

Das den Verpflichtungen gegenüberstehende Planvermögen hat sich in den abgelaufenen beiden Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2011/12	2010/11
Anfangsbestand des Planvermögens zum 1.4.	239,3	237,3
Erwarteter Ertrag des Planvermögens	12,0	12,6
-/+ Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-12,0	-12,0
Beitragszuführungen der IKB	2,4	1,3
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,4	0,1
Pensionszahlungen	0,0	0,0
Endbestand des Planvermögens zum 31.3.	242,1	239,3

Das Planvermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011/12 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: Gewinn in Höhe von 2,0 Mio. €) erzielt.

Am aktuellen sowie am vorangegangenen Stichtag setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

in %	31.3.2012	31.3.2011
Liquide Mittel	2,3	5,9
Aktien	24,0	10,3
Festverzinsliche Wertpapiere	69,9	66,7
Immobilien	3,7	17,0
Sonstige	0,1	0,1

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden den Berechnungen zugrunde gelegt:

	31.3.2012	31.3.2011
Zinssatz für die Abzinsung	5,25	5,75
Erwartete Steigerung der ruhegehaltstfähigen Bezüge	3,00	3,00
Erwartete Rentensteigerung (inklusive Inflationsrate)	2,00	2,00
Fluktuationsrate (differenziert nach Altersgruppen)	1,00-6,50	1,00-6,50
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 79+94, Deferred Compensation und Vorruhestand	5,00	5,25
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 2006 und des Wertkontenplans	5,00	5,00

Der erwartete Vermögensertrag aus dem Planvermögen für das kommende Geschäftsjahr basiert auf der Zielallokation und den langfristig erwarteten Vermögensrenditen je Anlageklasse. Bei den Performanceannahmen handelt es sich nicht um eine historische Betrachtung, sondern um eine Prognose auf der Basis eines Kapitalmarktmodells, bei dem die Entwicklung einer Vielzahl von Anlageklassen in die Zukunft über Simulationsmodelle fortgeschrieben wird.

Die zu erwartenden Beiträge an das Planvermögen orientieren sich an der zukünftigen Veränderung des Anwartschaftsbarwerts der Pensionsverpflichtungen. Grundsätzlich wird (weiterhin) eine vollständige Deckung der Verpflichtungen durch das Planvermögen angestrebt.

Für das Geschäftsjahr 2012/13 wird keine Einstellung in das Planvermögen erwartet. Die erwarteten Pensionszahlungen haben eine Höhe von 13,5 Mio. € (Vorjahr: 12,6 Mio. €).

Die Sensitivität der Pensionsverpflichtung hat, bei einer Änderung des Rechnungszinses um 25 Basispunkte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen, zur Folge, dass sich die Versorgungsverpflichtungen um 9,6 Mio. € verändern (Vorjahr: 8,5 Mio. €).

(51) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	Anfangsbestand zum 1.4.2011	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Nettoeffekt aus Auf-/Abzinsung	Umgliederung	Fremdwährungs-kurs-änderung	Endbestand zum 31.3.2012
Risiken aus dem Kreditgeschäft	35,2	20,9	15,3	22,9	-0,4	-	0,1	21,6
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	18,5	-	-	5,1	-	-	-	23,6
Jubiläumsrückstellungen	3,7	0,4	-	0,5	-	-	-	3,8
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	3,7	0,5	2,0	2,0	-	-	-	3,2
Prozesse und Regresse	3,8	-	2,5	3,9	-	-	-	5,2
Restrukturierung	17,5	16,0	0,1	19,5	-0,5	-7,1	-	13,3
Übrige	48,3	9,4	2,0	19,7	-0,2	7,1	-	63,5
Gesamt	130,7	47,2	21,9	73,6	-1,1	-	0,1	134,2

Die Jubiläumsrückstellungen wurden analog zu den Pensionsverpflichtungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten von unabhängigen Aktuarien – mittels des in Note (50) angegebenen Zinssatzes – ermittelt.

Unter den Rückstellungen für die Risiken aus dem Kreditgeschäft wird die Vorsorge auf Risiken außerbilanzieller Posten wie beispielsweise Bürgschaften subsumiert.

In dem nach wie vor von Unsicherheiten geprägten Marktumfeld und der Umstrukturierungssituation der IKB ist die Bank Rechtsrisiken ausgesetzt, die durch Bildung von Rückstellungen für Prozesse und Regresse sowie von Restrukturierungsrückstellungen abgesichert werden.

Die Restrukturierungsrückstellungen beinhalten zum 31. März 2012 im Wesentlichen Aufwendungen für die geplanten Maßnahmen zum Mitarbeiterabbau.

Die übrigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Projektentwicklungsaktivitäten, Mietverpflichtungen sowie Rückstellungen im Zusammenhang mit der Abwicklung von verbliebenen Portfolioinvestments.

Auf die Angaben gemäß IAS 37.86 zur Schätzung der finanziellen Auswirkungen bei Eventualverbindlichkeiten, die Angabe von Unsicherheiten hinsichtlich des Betrages oder der Fälligkeiten von Abflüssen und die Möglichkeit einer Erstattung im Zusammenhang mit Eventualverbindlichkeiten sowie auf die Angaben gemäß IAS 37.89 zur Schätzung der finanziellen Auswirkungen bei Eventualforderungen wurde in Übereinstimmung mit IAS 37.91 aus Praktikabilitätsgründen verzichtet.

Die folgende Tabelle zeigt die sonstigen Rückstellungen nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	31.3.2012			31.3.2011		
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	Summe	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	Summe
Risiken aus dem Kreditgeschäft	17,4	4,2	21,6	35,2	-	35,2
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	-	23,6	23,6	-	18,5	18,5
Jubiläumsrückstellungen	-	3,8	3,8	-	3,7	3,7
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	-	3,2	3,2	0,1	3,6	3,7
Prozesse und Regresse	1,6	3,6	5,2	1,7	2,1	3,8
Restrukturierung	8,1	5,2	13,3	9,9	7,6	17,5
Übrige	31,5	32,0	63,5	28,9	19,4	48,3
Gesamt	58,6	75,6	134,2	75,8	54,9	130,7

(52) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen

Die Laufenden Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich wie folgt:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Inland	102,1	102,9
Ausland	1,8	4,1
Gesamt	103,9	107,0

(53) Latente Ertragsteuerverpflichtungen

Die Latenten Ertragsteuerverpflichtungen resultieren aus folgenden Bilanzposten:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	130,3	68,5
Handelsaktiva	569,3	95,2
Finanzanlagen	46,2	27,3
Sachanlagen	11,9	9,2
Verbindlichkeiten	87,1	166,8
Handelspassiva	1,7	28,5
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,1	8,2
Sonstige Verbindlichkeiten	27,2	22,4
Nachrangkapital	46,8	140,9
Übrige Bilanzposten	17,7	17,6
Zwischensumme	938,3	584,6
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-870,9	-554,3
Gesamt	67,4	30,3

Die Latenten Ertragsteueransprüche und die Latenten Ertragsteuerverpflichtungen wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

(54) Sonstige Passiva

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	115,3	128,6
Rechnungsabgrenzungsposten	31,0	30,9
Verbindlichkeiten aus Restrukturierung	1,6	1,0
Übrige Verbindlichkeiten	335,6	307,6
Gesamt	483,5	468,1

In den Übrigen Verbindlichkeiten ist eine ABS-Transaktion, bei der Leasingforderungen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft verkauft wurden, enthalten. Die ABS-Transaktion führte nicht zu einem bilanziellen Abgang. Die sonstige Verbindlichkeit gegenüber dem Erwerber der ABS-Transaktion beträgt 282,4 Mio. €.

(55) Nachrangkapital

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Nachrangige Verbindlichkeiten	891,5	889,4
Genussrechtskapital	11,9	65,7
Stille Einlagen / Preferred Shares	114,3	189,3
Gesamt	1.017,7	1.144,4

Im Nachrangkapital werden Bestände in der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ zum beizulegenden Zeitwert oder in der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Für einen Teil der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Bestände wird eine Bewertung nach IAS 39 AG8 vorgenommen. Die Veränderungen der Buchwerte der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Bestände sind im Wesentlichen bonitäts- und zinsbedingt. Bei geänderten Erwartungen bezüglich zukünftiger Auszahlungen auf die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Verpflichtungen wird unter Verwendung des anfänglichen Effektivzinses ein neuer Barwert errechnet. Die Differenz zwischen neuem Barwert und bisherigem Buchwert wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr unmittelbar erfolgswirksam erfasst. Die Effekte sind in nachstehender Tabelle zusammengefasst:

in Mio. €	Unwinding (Zinsaufwand)	Barwert- änderungen (Sonstiges betriebliches Ergebnis)	Unwinding (Zinsaufwand)	Barwert- änderungen (Sonstiges betriebliches Ergebnis)
	2011/12		2010/11	
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-2,8	32,1
Genussrechtskapital	-1,4	2,5	-1,5	-1,7
Stille Einlagen/Preferred Shares	-1,5	6,6	-2,6	10,1
Gesamt	-2,9	9,1	-6,9	40,5

Aufwendungen sind mit negativem Vorzeichen versehen

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind 482,8 Mio. € (Vorjahr: 383,9 Mio. €) vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Drittrangmittel im Sinne des § 10 KWG (HGB) bestehen wie im Vorjahr nicht.

Zum 31. März 2012 bestehen die folgenden wesentlichen Nachrangigen Verbindlichkeiten ab einer Größenordnung von über 100,0 Mio. €:

Laufzeitbeginn	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. € *	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2006/2007	160,0	EUR	2,56	23.1.2017
2008/2009	101,5	EUR	12,00	27.11.2018

* Der ursprüngliche Nominalbetrag der nachrangigen Verbindlichkeit mit Fälligkeit zum 23.1.2017 ist auf den Nominalbetrag zum Emissionszeitpunkt angepasst worden.

Die Zinsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2011/12 für die Nachrangigen Verbindlichkeiten 35,7 Mio. € (Vorjahr: 35,6 Mio. €), darin sind im Berichtsjahr keine Unwinding-Aufwendungen enthalten (Vorjahr: 2,8 Mio. €).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich im Berichtsjahr kein Ergebniseffekt (Vorjahr: 32,1 Mio. €). Der Ergebniseffekt wurde im Vorjahr im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note (31)) ausgewiesen.

Genussrechtskapital

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Gesamt	11,9	65,7
darunter: Voraussetzungen des § 10 KWG	11,9	29,5
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren	-	36,2

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Aus dem Unwinding resultiert ein Aufwand von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: Aufwand 1,7 Mio. €).

Stille Einlagen/Preferred Shares

Die folgende Tabelle beinhaltet den Buchwert der „Stillen Einlagen/Preferred Shares“ zum Stichtag. Darin enthalten sind Preferred Shares, die durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben wurden, sowie Stille Einlagen nach Verlustteilnahme.

in Mio €	31.3.2012	31.3.2011
Stille Einlagen	33,6	60,6
Preferred Shares	80,7	128,7
Gesamt	114,3	189,3

Die Stillen Einlagen werden nach § 10 KWG dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugeordnet. Nach IFRS gelten sie als Fremdkapital.

Der Zinsaufwand für die Stillen Einlagen/Preferred Shares resultiert aus dem Unwinding und beträgt im Konzern 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €). Wegen der Verlustteilnahme siehe Note (6) b („Finanzielle Verbindlichkeiten“).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich in diesem Jahr ein Ergebniseffekt in Höhe von 6,6 Mio. € (Vorjahr: 10,1 Mio. €).

(56) Eigenkapital

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011*
Gezeichnetes Kapital	1.621,3	1.621,3
Kapitalrücklage	597,8	597,8
Gewinnrücklagen	-1.242,9	-1.243,0
Gesetzliche Rücklage	10,2	10,2
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	-45,8	-24,6
Sonstige Gewinnrücklagen	-1.207,3	-1.228,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-19,1	-17,5
Neubewertungsrücklage	-15,4	-36,5
Konzernbilanzverlust / -gewinn	-516,9	21,3
Gesamt	424,8	943,4

* Zahlen angepasst

Im Geschäftsjahr 2011/12 hat es keinen Bestand, weder Zugänge noch Verwertung von eigenen Aktien gegeben.

Im Berichtsjahr wurden keine Belegschaftsaktien ausgegeben.

Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 25. August 2015 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum Ablauf des 25. August 2015 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10% des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 26. August 2010 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 25. August 2015 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht.

Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung der IKB AG am 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 19. November 2008 beschlossenen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechtigt zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem beding-

ten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht bestand spätestens am 11. April 2012. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hat am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 4. Mai 2010 ins Handelsregister eingetragen. Ferner hat am 20. Januar 2012 ein Gläubiger der Wandelschuldverschreibung von seinem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Mit Ausgabe der Bezugsaktien am 30. Januar 2012 stieg das Grundkapital der Gesellschaft hierdurch um 3.686,40 € auf 1.621.318.914,56 €. Hinsichtlich der am 11. April 2012 durchgeführten Pflichtwandlung wird auf das Kapitel „Ereignisse nach dem 31. März 2012 (Nachtragsbericht)“ im Konzernlagebericht verwiesen. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 2. Mai 2012 ins Handelsregister eingetragen.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde das aus dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 noch bestehende, um bis zu 229.102,08 € bedingt erhöhte Grundkapital (Bedingtes Kapital 2008) herabgesetzt auf bis zu 150.174,72 €, eingeteilt in bis zu 58.662 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe. Mit Ausnahme der beschriebenen Wandlung blieb das bedingte Kapital 2008 unverändert. Die Herabsetzung wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 25. August 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/ oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 400.000.000 € jeweils mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte zum Bezug von bis zu 74.874.422 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stammaktien (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 191.678.520,32 € nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2011/12 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Gewinnrücklage

Siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Neubewertungsrücklage

in Mio. €	2011/12	2010/11
Anfangsbestand zum 1.4.	-36,5	-6,9
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	29,2	-38,1
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	6,5	-14,4
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode, vor Steuern	-5,0	9,2
Latente Steuern	-9,6	13,6
Endbestand zum 31.3.	-15,4	-36,5

Zum 31. März 2012 waren in der Neubewertungsrücklage Buchwerte aus dem effektiven Teil effektiver Cashflow Hedges vor Steuereffekten in Höhe von -7,1 Mio. € (Vorjahr: -2,2 Mio. €) enthalten.

Die zugehörigen Steuereffekte sind in der Note (64) angegeben.

Kapitalmanagementprozess / Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Der Kapitalmanagementprozess im IKB-Konzern knüpft an die für deutsche Institute und Institutsgruppen geltenden Vorschriften der §§ 10 bzw. 10a KWG an. Danach sind in der Institutsgruppe ausreichende regulatorische Eigenmittel vorzuhalten. Konkret sind die gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln zu unterlegen (Solvabilitätskennziffer). Für die Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Mindestquote von 4 % einzuhalten (Kernkapitalquote). Aufgrund des SoFFin-Vertrages vom 18. August 2009 ist eine Kernkapitalquote von 8 % auf Gruppenebene zu erfüllen.

Die Berechnung der Eigenkapitalquoten erfolgt für das Institut wöchentlich und für die Institutsgruppe quartalsweise. Der Vorstand wird wöchentlich über die Entwicklung der Eigenkapitalquoten mit den Veränderungen der Kapitalbestandteile und der Risikoaktiva im Rahmen eines Berichtes unterrichtet. Ziel des Kapitalmanagements ist es, die vom Vorstand angestrebte Kernkapitalquote, die deutlich über den Anforderungen des SoFFin-Vertrages liegt, zu erreichen und zu halten. Das Kapitalmanagement ist in die Gesamtbanksteuerung eingebettet.

Eine Übersicht der Eigenmittelkomponenten der IKB-Gruppe findet sich in nachstehender Tabelle:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Anrechnungsbetrag Kreditrisiko	16.143	16.776
Anrechnungsbetrag Marktpreisrisiko	661	663
Anrechnungsbetrag Operationelles Risiko	497	782
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	17.301	18.221
Kernkapital	1.698	2.120
Gezeichnetes Kapital	1.858	2.007
Sonstige Rücklagen	3.834	3.982
Sonstiges	775	913
Abzugspositionen	-4.769	-4.782
Ergänzungskapital	695	919
Genussrechtsverbindlichkeiten	34	40
Weitere langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	708	943
Sonstiges	-47	-64
Abzugspositionen	-137	-149
Zusammengefasstes haftendes Eigenkapital	2.256	2.890
Anrechenbare Eigenmittel	2.256	2.890
Kernkapitalquote	9,4 %	11,2 %
Gesamtkennziffer	13,0 %	15,9 %

Die Eigenmittel setzen sich aus dem haftenden Eigenkapital, das wiederum aus Kern- und Ergänzungskapital besteht, sowie den Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital (Tier I) besteht im Wesentlichen aus dem Gezeichneten Kapital sowie den Rücklagen (Core bzw. True Tier I) und den als Kernkapital anrechenbaren Hybridmitteln (Hybrid Tier I). Dem Ergänzungskapital (Tier II) sind die Genussrechtsverbindlichkeiten (Upper Tier II) sowie die langfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Lower Tier II) zuzurechnen. Unter den Drittrangmitteln sind u. a. kurzfristige Nachrangverbindlichkeiten bzw. die Nachrangverbindlichkeiten, die aufgrund der Begrenzungsnorm bei 50 % des Kernkapitals gekappt wurden, auszuweisen.

Seit dem 1. Januar 2008 kommen die mit Basel II eingeführten neuen Regelungen der Solvabilitätsverordnung (SolV) zur Anwendung. Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva wird dabei nach dem sogenannten Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) vorgenommen. Dabei macht die Bank von dem Wahlrecht des § 64h Abs. 4 KWG i. V. m. § 10a Abs. 6 und 7 KWG dahingehend Gebrauch, dass für die Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnung weiterhin das Aggregationsverfahren auf der Basis von HGB-Bemessungsgrundlagen zur Anwendung kommt. Die IKB AG ist ein Handelsbuchinstitut und wendet für die operationalen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

(57) Kapitalflussrechnung

Gemäß IAS 7 wird in der Kapitalflussrechnung die Veränderung des Zahlungsmittelbestands in seinen Komponenten operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit analysiert.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Hierzu gehören Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestands und aus anderen Aktiva der operativen Geschäftstätigkeit. Veränderungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva der operativen Geschäftstätigkeit werden in dieser Position ebenfalls wie die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen aufgeführt.

Daneben werden auch alle übrigen Zahlungsströme, die nicht unter dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, unter dem Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit abgebildet.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Erwerbe und Veräußerungen von Finanzanlagen, Sachanlagen, immateriellen und anderen langfristigen Vermögenswerten. Zudem werden hier Zahlungsströme aus Veränderungen des Konsolidierungskreises gezeigt.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit enthält Zahlungsströme aus Kapitalerhöhungen, ausgeschütteten Dividenden und Nachrangkapital sowie zahlungswirksamen Veränderungen von Rücklagen und Anteilen.

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aus Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen.

Erläuterungen zur Konzern-Segmentberichterstattung

(58) Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne Erfolgsrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung erfolgt auf Basis der internen Managementberichterstattung, die dem Gesamtvorstand als Chief Operating Decision Maker (CODM) zur Beurteilung der Leistungen der Segmente und zur Allokation der Ressourcen dient. Die Segmentberichterstattung wird gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt.

Die Segmentberichterstattung ist nach den Produkteinheiten der Bank ausgerichtet. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass jedes Segment wie ein selbstständiges Unternehmen mit eigener Ergebnisverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet wird.

Segmentierung

Die Berichterstattung erfolgt auf Basis der Bankprodukte nach den Segmenten:

- Kreditprodukte
- Beratung und Capital Markets
- Treasury und Investments sowie
- Zentrale/Konsolidierung.

Das **Segment Kreditprodukte** weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Kredit- und Leasing-Geschäft der IKB aus. Hierunter werden sowohl Kredite aus Eigen- und Fördermitteln als auch die Geschäfte der IKB Leasing-Gruppe sowie die Mezzanine-Finanzierungen für Unternehmen der Tochtergesellschaft IKB Private Equity GmbH (IKB PE) gefasst. Die Ergebnisse aus Collateralized Loan Obligations, die sich auf Kredite dieses Segments beziehen, werden ebenfalls hier abgebildet.

Das **Segment Beratung und Capital Markets** umfasst zum einen das Beratungsgeschäft der IKB in den Bereichen M&A, Strukturierung, Restrukturierung, Struktur/Ertragsoptimierung und Private Equity. Im Teilsegment Capital Markets werden das Angebot von Kapitalmarktlösungen im Eigen- und Fremdkapitalbereich, Risikomanagement-Lösungen im Bereich Kundenderivate, das Einwerben von Kundeneinlagen institutioneller Anleger sowie die Beratung bei und Strukturierung von Verbriefungstransaktionen gebündelt.

Das **Segment Treasury und Investments** weist die Ergebnisbestandteile aus, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung sowie aus dem Bestand an liquiden bzw. EZB-fähigen Wertpapieren resultieren. Zudem umfasst das Segment die strukturierten Investments wie Anleihen und Schuldscheindarlehen, die Portfolioinvestments der IKB, die die Investitionen der IKB in Verbriefungsprodukte inklusive der First Loss Pieces darstellen, sowie der Eigenhandel der IKB. Die nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die Aktiva der IKB, die keinen direkten Kundenbezug besitzen und wie Investments gemanagt werden, sind ebenfalls dem Segment Treasury und Investments zugeordnet. Der Bestand dieser Portfolien soll durch aktives Portfolio-Management eigenkapitalschonend abgebaut werden.

Segmentergebnisse und Kennzahlen

Den Segmenten werden Erträge und Aufwendungen gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft wird nach der Marktzinsmethode ermittelt und den Segmenten kalkulatorisch als Nettogröße (gemäß IFRS 8.23) zugewiesen. Die Segmente werden wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet. Die Kapitalzuweisung erfolgt auf Basis der Risikoaktiva (gemäß Basel-II-Standard-Ansatz) mit einer Eigenkapitalquote von 8 % unter Berücksichtigung der vorhandenen Hybridmittel. In der Spalte Zentrale/Konsolidierung erfolgt die Überleitung des auf die Segmente zugewiesenen Kernkapitals auf das Konzern-IFRS-Eigenkapital per 1.4. des jeweiligen Berichtsjahres. Der Zinsüberschuss enthält neben dem Anlageertrag aus diesen wirtschaftlichen Eigenmitteln auch den Aufwand für die Hybrid- und Nachrangmittel. Der Zinssatz für die Eigenmittelanlage entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Verzinsung auf dem langfristigen Kapitalmarkt.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen.

Die Personal- und Sachkosten der Zentrale werden, soweit verursachungsgerecht zurechenbar, auf die Segmente verrechnet. Projektkosten werden den Segmenten zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Segmenten stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit unternehmens- bzw. aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden in der Zentrale/Konsolidierung gezeigt.

Der Erfolg eines Segments ist durch das Operative Ergebnis gekennzeichnet. Darüber hinaus wird das Ergebnis anhand der Kennziffern Eigenkapitalrendite und der Kosten/Ertrags-Relation gemessen. Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Operativen Ergebnisses zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital. Die Kosten/Ertrags-Relation ermittelt die IKB aus dem Quotienten Verwaltungsaufwendungen zu den ausgewiesenen Ergebnispositionen mit Ausnahme der Risikovorsorge.

Segmentberichterstattung

in Mio. €	Kreditprodukte		Beratung & Capital Markets		Treasury und Investments		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Zinsüberschuss	205,6	199,5	1,6	2,9	-19,3	64,5	-34,4	-123,3	153,5	143,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	10,1	23,2	0,0	0,0	17,3	52,8	-1,1	2,8	26,3	78,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	195,5	176,3	1,6	2,9	-36,6	11,7	-33,3	-126,1	127,2	64,8
Provisionsüberschuss	9,5	19,5	27,4	8,3	-101,3	-122,6	1,2	1,8	-63,2	-93,0
Fair-Value-Ergebnis	20,9	-2,1	3,3	23,3	-376,4	-140,7	47,4	164,7	-304,8	45,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	-17,4	42,7	0,6	-0,4	-16,8	42,3
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	0,4	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,1	0,2	1,6
Verwaltungsaufwendungen	117,1	117,8	63,5	70,8	56,0	58,5	60,8	74,2	297,4	321,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3,3	8,1	2,8	3,0	-13,8	-65,3	57,1	297,1	49,4	242,9
Operatives Ergebnis	112,5	85,7	-28,4	-33,3	-601,5	-332,7	12,0	262,8	-505,4	-17,5
Kosten/Ertrags-Relation in %	48,9	52,0	180,9	188,8	-10,6	-26,4	-	-	-163,7	84,0
Eigenkapitalrendite in %	20,3	14,8	0,0	0,0	-104,4	-51,7	-	-	-53,6	-1,9
Durchschnittlich zugeordnetes Eigenkapital	555	578	0	0	576	643	-188	-282	943	939
Kreditvolumen *	14.253	15.428	0	0	17.023	16.589	437	58	31.713	32.076
Neugeschäftsvolumen	3.270	3.477	0	0	46	235	0	0	3.316	3.712

* Zahlen angepasst

Überleitungsrechnung Zentrale/Konsolidierung

Innerhalb der Überleitungsrechnung werden die Ergebnisse und Vermögenswerte, die auf Basis der internen Reportingsysteme den Segmenten zugeordnet wurden, auf den Konzernabschluss übergeleitet. Das Ergebnis der IKB ist beeinflusst von Sonderfaktoren, die nicht durch die operativen Einheiten steuerbar und daher nicht von ihnen zu verantworten sind. Bei diesen Sonderfaktoren handelt es sich insbesondere um buchhalterische Effekte aus der bonitätsinduzierten Passivbewertung und der Passivbewertung nach IAS 39 AG8 sowie der Amortisation von Ausgleichsposten für aufgelöste Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1 IG 60A.

In der Spalte „Konsolidierung“ werden die Effekte aus Methodenunterschieden zwischen Managementberichterstattung und Konzernabschluss sowie die konzerninternen Konsolidierungssachverhalte für jede Position gesondert dargestellt.

in Mio. €	Sonstiges		Konsolidierung		Zentrale/ Konsolidierung	
	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Zinsüberschuss	-37,4	-88,4	3,0	-34,9	-34,4	-123,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1,2	2,8	0,1	0,0	-1,1	2,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-36,2	-91,2	2,9	-34,9	-33,3	-126,1
Provisionsüberschuss	0,9	1,2	0,3	0,6	1,2	1,8
Fair-Value-Ergebnis	50,9	187,7	-3,5	-23,0	47,4	164,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,6	-0,4	0,0	0,0	0,6	-0,4
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-0,2	-0,1	0,0	0,0	-0,2	-0,1
Verwaltungsaufwendungen	60,8	74,2	0,0	0,0	60,8	74,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	57,3	296,6	-0,2	0,5	57,1	297,1
Operatives Ergebnis	12,5	319,6	-0,5	-56,8	12,0	262,8
Kreditvolumen	0	0	437	58	437	58

* Zahlen angepasst

Ergebnisse nach geografischen Märkten

Die Zuordnung von Erträgen, Aufwendungen und Kreditvolumen erfolgt gemäß dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte oder des Konzernunternehmens.

in Mio. €	Deutschland		Übriges Europa		Amerika		Gesamt	
	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011	1.4.2011 - 31.3.2012	1.4.2010 - 31.3.2011*
Zinsüberschuss	52,8	80,9	86,6	56,5	14,1	6,2	153,5	143,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-26,1	28,7	52,4	50,1	0,0	0,0	26,3	78,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	78,9	52,2	34,2	6,4	14,1	6,2	127,2	64,8
Provisionsüberschuss	-72,7	-98,1	9,5	4,3	0,0	0,8	-63,2	-93,0
Fair-Value-Ergebnis	-353,7	60,9	6,0	-20,8	42,9	5,1	-304,8	45,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	7,8	-8,6	-24,6	50,9	0,0	0,0	-16,8	42,3
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	0,2	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,6
Verwaltungsaufwendungen	258,4	276,9	39,0	44,4	0,0	0,0	297,4	321,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	47,9	191,4	-5,1	41,3	6,6	10,2	49,4	242,9
Operatives Ergebnis	-550,0	-77,5	-19,0	37,7	63,6	22,3	-505,4	-17,5
Kreditvolumen *	26.941	26.929	4.748	5.140	24	7	31.713	32.076

* Zahlen angepasst

Die Finanzanlagen der Partner-Fonds-Gesellschaften sowie der Gesellschaft Rio Debt Holdings Limited waren im Vorjahr nicht dem geografischen Segment Europa zugeordnet. Das Vorjahreskreditvolumen im Segment Europa erhöht sich durch die Umgliederung aus dem Segment Deutschland um 1.289 Mio. €.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(59) Ergebnis nach Kategorien und Überleitung zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

31.3.2012 in Mio €	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungs- leasing	Außer- bilanzielles Geschäft	Ergebnis innerhalb Anwendungs- bereich IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungs- bereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Financial Liabilities					
Zinsüberschuss	831,3	74,6	-120,9	-190,4	-593,0	164,5	0,3	166,4	-12,9	153,5
Zinserträge	831,3	74,6	485,2	69,0	-	181,7	2,4	1.644,2	30,9	1.675,1
Zinsaufwendungen	-	-	606,1	259,4	593,0	17,2	2,1	1.477,8	43,8	1.521,6
Provisionsüberschuss	14,0	-	-	-	-102,7	-0,4	-	-89,1	25,9	-63,2
Provisionserträge	18,9	-	-	-	-	-	-	18,9	29,6	48,5
Provisionsaufwendungen	4,9	-	-	-	102,7	0,4	-	108,0	3,7	111,7
Nettogewinne/-verluste	-28,9	-5,0	53,5	-358,0	57,8	-1,6	-	-282,2	-16,3	-298,5
Fair-Value-Ergebnis	-	-	53,5	-358,3	-	-	-	-304,8	-	-304,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	-11,8	-5,0	-	-	-	-	-	-16,8	-	-16,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	17,1	-	-	-	-	1,6	-	18,7	7,6	26,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	0,3	57,8	-	-	58,1	-8,7	49,4
Gesamt	816,4	69,6	-67,4	-548,4	-637,9	162,5	0,3	-204,9	-3,3	-208,2

31.3.2011 in Mio €	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungs- leasing	Außer- bilanzielles Geschäft	Ergebnis innerhalb Anwendungs- bereich IFRS 7 Gesamt *	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungs- bereich IFRS 7	Gesamt *
	Loans and Receivables *	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option *	Other Financial Liabilities *					
Zinsüberschuss	896,1	45,3	-13,2	-303,1	-607,5	128,9	-	146,5	-2,9	143,6
Zinserträge	896,1	45,3	658,9	77,7	-	145,5	-	1.823,5	39,4	1.862,9
Zinsaufwendungen	-	-	672,1	380,8	607,5	16,6	-	1.677,0	42,3	1.719,3
Provisionsüberschuss	38,4	-	-0,4	-0,5	-130,1	-0,1	-	-92,7	-0,3	-93,0
Provisionserträge	42,1	-	-	-	-	-	-	42,1	1,3	43,4
Provisionsaufwendungen	3,7	-	0,4	0,5	130,1	0,1	-	134,8	1,6	136,4
Nettogewinne/-verluste	-64,5	13,6	-157,0	184,3	322,5	1,9	-	300,8	-49,2	251,6
Fair-Value-Ergebnis	-	-	-157,0	202,2	-	-	-	45,2	-	45,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	28,7	13,6	-	-	-	-	-	42,3	-	42,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93,2	-	-	-	-	-1,9	-	91,3	-12,5	78,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	-17,9	322,5	-	-	304,6	-61,7	242,9
Gesamt	870,0	58,9	-170,6	-119,3	-415,1	130,7	-	354,6	-52,4	302,2

* Zahlen angepasst

In der Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung sind Erträge und Aufwendungen enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen.

Das in den Nettogewinnen und -verlusten ausgewiesene Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Erträge und Verluste aus dem Abgang sowie der Bewertung von Finanzanlagen. Das Fair-Value-Ergebnis beinhaltet neben Abgangs- und Bewertungserfolgen zusätzlich den Zinsüberschuss von Grund- und Sicherungsgeschäften in Höhe von -2,6 Mio. € (Vorjahr: -5,9 Mio. €). Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis werden Erträge und Aufwendungen, die aus dem Rückkauf eigener Emissionen entstanden sind, ausgewiesen. Das Zins- und Dividendenergebnis ist, mit Ausnahme des Hedge-Accounting-Zinsergebnisses, nicht in den Nettogewinnen und -verlusten enthalten, sondern wird für sämtliche IAS 39 Kategorien im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(60) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die folgende Tabelle enthält die Buchwerte der Finanzinstrumente (vor Abzug der Risikovorsorge) nach IFRS 7-Berichtsklassen (Bezeichnung nicht identisch mit Bilanzposten):

Die Barreserve wird in der Bilanz dargestellt. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert, der einen hinreichenden Näherungswert zum beizulegenden Zeitwert darstellt. Sie wird in den folgenden IFRS 7-Darstellungen nicht weiter betrachtet.

IFRS 7-Berichtsklassen für Finanzinstrumente in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011 *
Aktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	2.464,0	787,7
<i>Handelsaktiva</i>	2.197,2	630,2
<i>Derivate mit positivem Fair Value, denen zum Fair Value bewertete nicht derivative Finanzinstrumente gegenüberstehen</i>	266,8	157,5
Fair-Value-Option	2.073,7	2.291,2
<i>Forderungen an Kunden</i>	9,0	-
<i>Finanzanlagen</i>	2.064,7	2.291,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
<i>Handelsaktiva</i>	15,2	27,8
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Available for Sale	2.951,8	2.746,3
<i>Finanzanlagen</i>	2.951,8	2.746,3
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten		
Loans and Receivables	21.724,2	23.612,2
<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	3.023,6	2.316,2
<i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)</i>	15.761,2	18.441,2
<i>Finanzanlagen</i>	2.924,8	2.854,8
<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>	14,6	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing		
<i>Forderungen an Kunden</i>	2.013,4	1.889,7
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen		
<i>Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen</i>	10,5	10,8
Gesamt	31.252,8	31.365,7
Passiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	3.597,8	1.890,8
<i>Handelspassiva</i>	3.181,5	1.593,4
<i>Derivate mit negativem Fair Value, denen zum Fair Value bewertete nicht derivative Finanzinstrumente gegenüberstehen</i>	416,3	297,4
Fair-Value-Option	4.939,9	9.495,0
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	655,2	653,0
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden *</i>	1.840,8	1.625,5
<i>Verbriefte Verbindlichkeiten</i>	2.224,1	6.896,5
<i>Nachrangkapital</i>	219,8	320,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
<i>Handelspassiva</i>	237,8	112,8
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten		
Other Financial Liabilities	21.574,2	18.247,2
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	12.566,6	10.540,6
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	8.156,6	6.068,2
<i>Verbriefte Verbindlichkeiten *</i>	53,1	814,0
<i>Nachrangkapital</i>	797,9	824,4
Gesamt	30.349,7	29.745,8
Außerbilanzielles Geschäft		
<i>Eventualverbindlichkeiten</i>	340,1	496,5
<i>Andere Verpflichtungen</i>	1.609,7	1.664,2
Gesamt	1.949,8	2.160,7

* Zahlen angepasst

(61) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten**Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte und der entsprechenden Buchwerte:**

Die für die Anhangberichterstattung ermittelten beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechnet. Dabei wird je Kredit ein risikoadäquater Credit Spread zugrunde gelegt. Die Diskontierung wird über die laufzeitdifferenzierten Swapsätze zuzüglich des risikoadäquaten Credit Spreads vorgenommen. Der Swapsatz ergibt sich aus den jeweils zu den Bewertungsstichtagen geltenden Marktkonditionen. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem Kunden-Rating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Ferner wirken die Eigenkapital- und die Fundingkosten auf den Credit Spread. Jeweilige Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte gegenüber den Buchwerten können somit funding-, zins- und / oder bonitätsgetrieben sein.

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Buchwert		Unterschied	
	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011 *
Aktiva						
Loans and Receivables	20.972,2	22.417,1	21.307,0	22.913,6	-334,8	-496,5
<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	3.034,4	2.316,1	3.023,6	2.316,2	10,8	-0,1
<i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)</i>	15.022,4	17.412,1	15.344,0	17.742,6	-321,6	-330,5
<i>Finanzanlagen</i>	2.900,8	2.688,9	2.924,8	2.854,8	-24,0	-165,9
<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>	14,6	-	14,6	-	-	-
Forderung aus Finanzierungsleasing	2.005,9	1.882,1	2.005,9	1.882,1	-	-
<i>Forderungen an Kunden</i>	2.005,9	1.882,1	2.005,9	1.882,1	-	-
Aktiva nach Risikovorsorge	22.978,1	24.299,2	23.312,9	24.795,7	-334,8	-496,5
Passiva						
Other Financial Liabilities	21.806,7	18.031,3	21.574,2	18.247,2	232,5	-215,9
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	12.823,9	10.585,2	12.566,6	10.540,6	257,3	44,6
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	8.299,8	6.016,2	8.156,6	6.068,2	143,2	-52,0
<i>Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)</i>	28,3	780,8	53,1	814,0	-24,8	-33,2
<i>Nachrangkapital</i>	654,7	649,1	797,9	824,4	-143,2	-175,3
Passiva	21.806,7	18.031,3	21.574,2	18.247,2	232,5	-215,9

* Zahlen angepasst

Der Buchwert der Position "Forderungen an Kunden" wird abzüglich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 424,7 Mio. € (31.3.2011 *: 706,2 Mio. €) dargestellt.

Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum 31. März 2011 wird in der obigen Tabelle um 320,9 Mio. € geringer ausgewiesen, da bei der ursprünglichen Berechnung dieses Wertes von einer anderen zeitlichen Verteilung der Cashflows ausgegangen wurde.

Levelklassifizierung

IFRS 7 definiert für die Anhangangaben eine 3-stufige Hierarchie (Level 1 bis 3). Im Folgenden werden die grundsätzlichen Abgrenzungskriterien der einzelnen Level-Hierarchien erläutert, denen die Finanzinstrumente zugeordnet wurden, die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden:

Level 1. Unter Level 1 sind unbereinigte notierte Preise für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von aktiven Märkten zu subsumieren, auf die das Unternehmen zum Bewertungsstichtag zurückgreifen kann.

Darüber hinaus muss ein Unternehmen zum jeweiligen Bewertungsstichtag Zugang zum Markt haben. In einem aktiven Markt finden Transaktionen in hinreichend großer Frequenz und in hinreichendem Volumen statt, sodass permanente Preisinformationen zur Verfügung stehen.

Unter der Level-1-Hierarchie werden von der IKB im Wesentlichen Unternehmensschuldtitle und Staatsanleihen ausgewiesen. Die Einwertung, dass die Wertpapiere auf einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt auf täglicher Basis. Dazu werden Preise unterschiedlicher Marktteilnehmer (z.B. Bloomberg) eingeholt und mit statistischen Methoden (z.B. Ausreißermethode) analysiert.

Level 2. Level 2 umfasst alle Finanzinstrumente, deren Inputfaktoren zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes sich direkt, d.h. als Preis oder indirekt, d.h. in Ableitung von Preisen beobachten lassen. Beizulegende Zeitwerte, welche mittels DCF-Verfahren oder Optionspreismodellen ermittelt wurden und deren Inputparameter am Markt beobachtbar sind, werden unter Level 2 ausgewiesen. Unter Level 2 fallen bei der IKB alle Instrumente, die nicht dem Level 1 oder dem Level 3 zugeordnet werden können.

Level 3 Finanzinstrumente, deren Inputfaktoren nicht an Märkten beobachtbar sind, werden mit Hilfe von Bewertungsmodellen bewertet. Sofern Bewertungsparameter einen signifikanten Einfluss auf die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes haben und diese Inputfaktoren nicht beobachtbar sind, werden die Finanzinstrumente dem Level 3 zugeordnet. Der beizulegende Zeitwert ist aus der Perspektive von sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Marktteilnehmern zu bestimmen. Aufgrund dessen müssen die nicht beobachtbaren Eingangsparameter, soweit diese signifikant sind, die Annahmen widerspiegeln, die die Marktteilnehmer bei der Preisfindung unter Einbezug von Risikoannahmen heranziehen würden.

Für alle Instrumente, bei denen nicht beobachtbare Marktdaten in die Bewertung einfließen, wird mittels eines Signifikanztests überprüft, ob der Einfluss der nicht beobachtbaren Marktdaten signifikant in Relation zu den beobachtbaren Marktdaten ist (IFRS 7.27A (c)). Wesentliches Entscheidungskriterium bei der Signifikanz ist die Sensitivität des beizulegenden Zeitwertes auf Änderung der nicht beobachtbaren Eingangsgrößen in Relation zur Sensitivität des beizulegenden Zeitwertes auf Änderung der beobachtbaren Eingangsgrößen. Mit diesem Verfahren wird der Anforderung Rechnung getragen, dass Instrumente nur dann als Level 3 klassifiziert werden, wenn die nicht beobachtbaren Parameter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei unterschiedlichen Level-Hierarchien:

in Mio. €	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Aktiva								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert								
Held for Trading	39,0	-	2.028,6	554,8	396,4	232,9	2.464,0	787,7
<i>Handelsaktiva</i>	39,0	-	2.028,6	554,8	396,4	232,9	2.464,0	787,7
Fair-Value-Option	1.390,5	1.401,2	602,0	677,9	81,2	212,1	2.073,7	2.291,2
<i>Forderungen an Kunden</i>	-	-	9,0	-	-	-	9,0	-
<i>Finanzanlagen</i>	1.390,5	1.401,2	593,0	677,9	81,2	212,1	2.064,7	2.291,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen								
<i>Handelsaktiva</i>	-	-	15,2	27,8	-	-	15,2	27,8
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert								
Available for Sale	2.735,9	2.303,4	199,9	426,9	-	-	2.935,8	2.730,3
<i>Finanzanlagen</i>	2.735,9	2.303,4	199,9	426,9	-	-	2.935,8	2.730,3
Gesamt	4.165,4	3.704,6	2.845,7	1.687,4	477,6	445,0	7.488,7	5.837,0
Passiva								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert								
Held for Trading	-	-	3.542,8	1.808,6	55,0	82,2	3.597,8	1.890,8
<i>Handelspassiva</i>	-	-	3.542,8	1.808,6	55,0	82,2	3.597,8	1.890,8
Fair-Value-Option	4,2	6.643,2	4.915,8	2.828,2	19,9	23,6	4.939,9	9.495,0
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	-	-	655,2	653,0	-	-	655,2	653,0
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	-	-	1.820,9	1.601,9	19,9	23,6	1.840,8	1.625,5
<i>Verbrieftete Verbindlichkeiten</i>	-	6.604,3	2.224,1	292,2	-	-	2.224,1	6.896,5
<i>Nachrangkapital</i>	4,2	38,9	215,6	281,1	-	-	219,8	320,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen								
<i>Handelspassiva</i>	-	-	237,8	112,8	-	-	237,8	112,8
Gesamt	4,2	6.643,2	8.696,4	4.749,6	74,9	105,8	8.775,5	11.498,6

* Zahlen angepasst

Die Finanzanlagen der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind um die Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, da deren Fair Value nicht verlässlich bestimmbar ist, reduziert.

Angaben zu Level-Transfers

Zur Identifikation von Geschäften, für die ein Level-Transfer stattfand, werden quartalsweise alle zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Geschäfte zum Beginn und zum Ende des jeweiligen Quartals gegenübergestellt. Fanden Level-Wechsel während des Quartals statt, so werden als Zu- und Abgangswerte die Werte zum Ende der Periode herangezogen.

Level-Transfers zwischen den einzelnen Levels, die während des Geschäftsjahres stattfanden, werden in der folgenden Tabelle ausgewiesen:

in Mio. €	Zugang Level 1				Zugang Level 2				Zugang Level 3				
	Abgang Level 2		Abgang Level 3		Abgang Level 1		Abgang Level 3		Abgang Level 1		Abgang Level 2		
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	
Aktiva													
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert													
Held for Trading	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,2	380,8
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,2	380,8
Fair-Value-Option	-	42,9	16,9	5,0	-5,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen	-	42,9	16,9	5,0	-5,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	-	42,9	16,9	5,0	-5,2	-	-	-	-	-	-	15,2	380,8
Passiva													
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert													
Held for Trading	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	111,7
Handelspassiva	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	111,7
Fair-Value-Option	-	32,7	-	-	-	60,6	-	-	-	-	-	-	-
Nachrangkapital	-	32,7	-	-	-	60,6	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	-	32,7	-	-	-	60,6	-	-	-	-	-	0,2	111,7

Überleitungsrechnung von Level-3-Geschäften

Im Folgenden werden sämtliche unterjährigen Bewegungen von Level-3-Finanzinstrumenten ausgewiesen.

in Mio. €	Anfangsbestand			Gesamtbeitrag der Gewinne / Verluste		Exklusive Zinsabgrenzung					Endbestand			Gewinne / Verluste der zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumente
	inklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	exklusive Zinsabgrenzung	Gewinn- und Verlustrechnung	Übriges Ergebnis	Käufe	Verkäufe	Abwicklungen	Übertragungen in Level 3	Übertragungen aus Level 3	exklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	inklusive Zinsabgrenzung	
Aktiva														
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	232,9	15,0	217,9	157,0	-	77,2	-87,7	2,1	15,2	-	381,7	14,7	396,4	163,7
Handelsaktiva	232,9	15,0	217,9	157,0	-	77,2	-87,7	2,1	15,2	-	381,7	14,7	396,4	163,7
Fair-Value-Option	212,1	0,4	211,7	-49,1	-	0,4	-64,9	-	-	-16,9	81,2	0,1	81,2	46,8
Finanzanlagen	212,1	0,4	211,7	-49,1	-	0,4	-64,9	-	-	-16,9	81,2	-	81,2	46,8
Gesamt	445,0	15,4	429,6	107,9	-	77,6	-152,6	2,1	15,2	-16,9	462,9	14,8	477,6	210,5
Passiva														
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	82,2	-0,8	83,0	-16,9	-	3,6	-14,9	-	0,2	-	55,0	-	55,0	18,2
Handelspassiva	82,2	-0,8	83,0	-16,9	-	3,6	-14,9	-	0,2	-	55,0	-	55,0	18,2
Fair-Value-Option	23,6	-	23,6	-	-	-	-	-3,7	-	-	20,0	-	19,9	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23,6	-	23,6	-	-	-	-	-3,7	-	-	20,0	-	19,9	-
Gesamt	105,8	-0,8	106,6	-16,9	-	3,6	-14,9	-3,7	0,2	-	75,0	-	74,9	18,2

in Mio. €	Anfangsbestand			Gesamtbetrag der Gewinne / Verluste		Exklusive Zinsabgrenzung					Endbestand			Gewinne / Verluste der zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumente
	inklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	exklusive Zinsabgrenzung	Gewinn- und Verlustrechnung	Übriges Ergebnis	Käufe	Verkäufe	Abwicklungen	Übertragungen in Level 3	Übertragungen aus Level 3	exklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	inklusive Zinsabgrenzung	
Aktiva														
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	-	-	-	-161,6	-	-	-	-1,3	380,8	-	217,9	15,0	232,9	1,1
Handelsaktiva	-	-	-	-161,6	-	-	-	-1,3	380,8	-	217,9	15,0	232,9	1,1
Fair-Value-Option	260,4	0,4	260,0	-35,0	-	1,1	-9,4	-	-	-5,0	211,7	0,4	212,1	-31,4
Finanzanlagen	260,4	0,4	260,0	-35,0	-	1,1	-9,4	-	-	-5,0	211,7	0,4	212,1	-31,4
Gesamt	260,4	0,4	260,0	-196,6	-	1,1	-9,4	-1,3	380,8	-5,0	429,6	15,4	445,0	-30,3
Passiva														
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	-	-	-	-20,9	-	-	-	-7,8	111,7	-	83,0	-0,8	82,2	-33,5
Handelspassiva	-	-	-	-20,9	-	-	-	-7,8	111,7	-	83,0	-0,8	82,2	-33,5
Fair-Value-Option	296,1	15,6	280,5	-	-	-	-	-256,9	-	-	23,6	-	23,6	-25,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	122,8	0,6	122,2	-	-	-	-	-122,2	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	173,3	15,0	158,3	-	-	-	-	-134,7	-	-	23,6	-	23,6	-25,6
Gesamt	296,1	15,6	280,5	-20,9	-	-	-	-264,7	111,7	-	106,6	-0,8	105,8	-59,1

In der Spalte Gewinn- und Verlustrechnung werden ausschließlich Bewertungs- und Realisierungsergebnisse sowie der Amortisierungserfolg von Fremdkapitaltiteln ausgewiesen. Zinsabgrenzungen oder realisierte Stückzinsen finden hingegen darin keine Berücksichtigung.

Alle Derivate, deren Ausfallrisiko nicht über ein Collateral Agreement abgedeckt ist, werden, wie im letzten Jahr, als Level 3 Instrumente klassifiziert.

Sensitivitätsanalyse für Level-3-Geschäfte

Aufgrund eines gewissen Grads an Bewertungsunsicherheit, die einer Modellbewertung zugrunde liegt, wurde eine Variation der nicht am Markt beobachtbaren Parameter der Level-3-Geschäfte durchgeführt. Die Parametervariation von nicht am Markt beobachtbaren Eingangsgrößen erfolgt dabei auf Basis von zum Stichtag möglichen alternativen Annahmen und führt zu einer Bandbreite von beizulegenden Zeitwerten, die sich aus diesen positiven wie negativen Variationen der Eingangsparameter ergibt.

Die beizulegenden Zeitwerte einiger Kreditderivate der IKB sind maßgeblich durch nicht am Markt beobachtbare Parameter bestimmt. Gemäß IFRS 7.27B (e) sind die Modell-Eingangsparameter auf angemessene mögliche Alternativen zu ändern. Die IKB stresst hierbei nur die nicht direkt am Markt beobachtbaren Parameter. Alle direkt am Markt beobachtbaren Parameter werden nicht gestresst, da beispielsweise die Änderung der Zinskurve in direktem Widerspruch zu den tatsächlich zum Bewertungszeitpunkt vorliegenden Marktinformationen stehen würde und somit keine angemessene mögliche Alternative darstellt.

Bei den nicht am Markt beobachtbaren Parametern handelt es sich um Korrelationen und Liquiditätsspreads aus internen Ratings zur Bewertung von unbesicherten Derivaten sowie bestimmte unbeobachtbare Parameter marktüblicher Zinsstrukturmodelle. Die Verwendung möglicher Alternativannahmen in Bezug auf den nicht am Markt beobachtbaren Parameter zum 31. März 2012 würde in Summe zu einem um -1,5 Mio. € niedrigeren beizulegenden Zeitwert bzw. zu einem um -2,5 Mio. € niedrigeren beizulegenden Zeitwert führen.

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes der Level-3-Geschäfte als Reaktion auf die beschriebenen Parametervariationen. Dabei erfolgt der Ausweis der Level-3-Geschäfte auf Produktebene.

in Mio. €	Positive Veränderung		Negative Veränderung	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Private Equity Geschäft	5,0	6,5	- 5,0	- 6,5
Instrumente mit Kreditderivatkomponenten	1,4	2,5	- 1,2	- 2,6
First-to-default-Wertpapiere	1,4	2,5	- 1,2	- 2,6
Derivate ohne Barsicherheiten	- 7,9	- 2,3	3,7	1,6
Unbeobachtbare Parameter in Zinsstrukturmodellen	-	0,3	-	- 0,4
Gesamt	- 1,5	7,0	- 2,5	- 7,9

Für die Position „Derivate ohne Barsicherheiten“ ist der betrachtete Parameter der Credit Spread. Im Falle eines positiven Shifts des Credit Spreads (d.h. der Credit Spread wird größer) wird die Bonität des Kunden schlechter und es ergibt sich für den Fair Value ein negativer Effekt. Im Falle eines negativen Shifts des Credit Spreads ergibt sich dem entsprechend ein positiver Effekt für den Fair Value.

Im Geschäftsjahr gab es keine Geschäfte, bei denen wesentliche Differenzen zwischen Transaktionspreis und auf Modellbasis ermitteltem beizulegenden Zeitwert aufgetreten sind.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten und dem Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf -673,6 Mio. € (Vorjahr: -730,6 Mio. €) und resultiert aus folgenden Bilanzposten:

in Mio. €	Buchwert		Differenz zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	
	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011 *
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	655,2	653,0	50,2	18,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.840,8	1.625,5	-232,9	-433,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.224,1	6.896,4	-18,0	92,0
Nachrangkapital	219,8	320,0	-472,9	-407,4
Gesamt	4.939,9	9.494,9	-673,6	-730,6

* Zahlen angepasst

(62) Derivative Geschäfte

Die IKB schließt Termingeschäfte ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, Kreditrisiken und Währungsrisiken dienen.

Der Nominalbetrag gibt das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an und dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen wie beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten für Zinsswaps. Ferner zeigt die folgende Tabelle die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der abgeschlossenen derivativen Geschäfte, die die Aufwendungen der Bank beziehungsweise die des Vertragspartners für den Fall darstellen, dass der Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte geleistet werden müsste. Dabei ist der positive Marktwert das für die Bank am Bilanzstichtag bestehende maximale kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko.

Die Bewertungsmethoden der Finanzinstrumente sind in Note (6) dargestellt.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der derivativen Geschäfte:

in Mio. €	Nominalbetrag		Beizulegender Zeitwert					
			Positiv		Negativ		Gesamt	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Zinsderivate	68.096,1	57.353,7	2.277,8	673,3	3.665,4	1.881,0	-1.387,6	-1.207,7
Restlaufzeit bis 1 Jahr			389,3	243,0	365,9	212,2	23,4	30,8
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			350,1	166,0	447,3	295,7	-97,2	-129,7
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			1.538,4	264,3	2.852,2	1.373,1	-1.313,8	-1.108,8
Kreditderivate	229,1	194,1	0,4	0,2	9,1	8,5	-8,7	-8,3
Restlaufzeit bis 1 Jahr			0,3	-	0,3	-	-	-
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			0,1	0,2	8,8	8,5	-8,7	-8,3
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			-	-	-	-	-	-
Währungsderivate	3.776,9	2.190,8	137,9	109,9	161,1	114,1	-23,2	-4,2
Restlaufzeit bis 1 Jahr			42,5	21,1	73,9	9,4	-31,4	11,7
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			41,2	45,6	62,3	85,8	-21,1	-40,2
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			54,2	43,2	24,9	18,9	29,3	24,3
Gesamt	72.102,1	59.738,6	2.416,1	783,4	3.835,6	2.003,6	-1.419,5	-1.220,2

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der derivativen Geschäfte nach Kontrahenten.

in Mio. €	Beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2012		Beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2011	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	OECD-Banken	1.958,8	3.816,5	562,2
Sonstige OECD-Unternehmen und OECD-Privatpersonen	457,3	19,1	221,2	39,7
Nicht-OECD	-	-	-	-
Gesamt	2.416,1	3.835,6	783,4	2.003,6

(63) Kreditrisikoangaben

In folgender Tabelle wird der maximale Kreditrisikobetrag gemäß IFRS 7.36 (a) dargestellt. Der maximale Kreditrisikobetrag setzt sich aus bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten zusammen. Die in der Bilanz angesetzten Finanzinstrumente werden mit ihren Buchwerten nach Abzug von Wertberichtigungen angesetzt. Das außerbilanzielle Geschäft ist in Höhe der maximalen Inanspruchnahme nach Abzug von Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft enthalten. Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen bleiben bei der Ermittlung unberücksichtigt.

Der maximale Kreditrisikobetrag stellt sich zum 31. März 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Maximales Kreditrisikoexposure		Weder überfälliges noch wertgemindertes Kreditrisikoexposure		Kreditrisikoexposure mit nachverhandelten Konditionen		Überfälliges, aber nicht wertgemindertes Kreditrisikoexposure		Wertgemindertes Kreditrisikoexposure		beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten	
	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert												
Held for Trading	2.464,0	787,7	2.464,0	787,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	2.464,0	787,7	2.464,0	787,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Fair-Value-Option	2.073,7	2.291,2	2.073,7	2.291,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	9,0	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen	2.064,7	2.291,2	2.064,7	2.291,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Derivate in Sicherungsbeziehungen												
Handelsaktiva	15,2	27,8	15,2	27,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert												
Available for Sale	2.951,8	2.746,3	2.943,2	2.746,3	-	-	-	-	8,6	-	-	-
Finanzanlagen	2.951,8	2.746,3	2.943,2	2.746,3	-	-	-	-	8,6	-	-	-
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert												
Loans and Receivables	21.307,0	22.913,6	19.940,6	21.421,9	191,3	327,0	605,2	348,0	569,9	816,7	4.411,8	7.761,5
Forderungen an Kreditinstitute	3.023,6	2.316,2	3.023,6	2.316,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	15.344,0	17.742,6	14.112,3	16.394,1	191,3	327,0	605,2	348,0	435,2	673,5	4.411,8	7.761,5
Finanzanlagen	2.924,8	2.854,8	2.790,1	2.711,6	-	-	-	-	134,7	143,2	0,0	0,0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	14,6	-	14,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing												
Forderungen an Kunden	2.005,9	1.882,1	1.288,0	1.372,8	28,3	1,3	639,0	472,0	50,5	36,0	1.544,5	1.449,2
abzüglich Portfoliowertberichtigung	83,4	112,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Außerbilanzielles Geschäft												
Eventualverbindlichkeiten	340,1	496,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Verpflichtungen	1.609,7	1.664,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	32.684,0	32.697,1										

Finanzielle Vermögenswerte werden in der IKB ab einem Verzug von einem Tag als überfällig im Sinne des IFRS 7 eingestuft. Der Verzug bezieht sich auf rückständige Zins- oder Tilgungszahlungen.
* Zahlen angepasst

Zur Absicherung von Kreditrisiken werden bei der IKB von Kreditnehmern gestellte Sicherheiten hereingenommen, die bei einem Ausfall in Anspruch genommen oder verwertet werden. Als Sicherheiten werden grundsätzlich Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten wie Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte oder Rangrücktritt nach entsprechender Prüfung akzeptiert. Neben den genannten Sicherheiten tragen Risikoausplatzierungen durch Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen und synthetische Ausplatzierungen zur Minderung des Kreditrisikos bei. Der Anteil je Sicherheitenart beträgt für Risikoausplatzierungen 25,7 % (Vorjahr: 35,4 %), Grundpfandrechte 23,8 % (Vorjahr: 27,4 %), Sicherungsübereignungen 14,8 % (Vorjahr: 13,9 %), Assets in Collateralvereinbarungen 21,4 % (Vorjahr: 6,4 %) und sonstige Sicherheiten 14,3 % (Vorjahr: 17,0 %).

Neben den genannten Sicherheiten tragen Kreditderivate und ähnliche Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos bei. Kreditderivate und ähnliche Instrumente, die im Zusammenhang mit Forderungen stehen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht vorhanden.

Die Risikoentlastung durch Sicherheiten ist insbesondere von der jeweiligen Sicherheitenart abhängig. Bei der IKB werden deshalb individuelle Parameter und standardisierte Prozesse bei der Bewertung hereingenommener Sicherheiten verwendet. Neben der Eingangsbewertung der Sicherheiten spielt der nachhaltige Wert eine entscheidende Rolle. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Risikoentlastung durch Sicherheiten werden diese, in Abhängigkeit ihrer Art, einer kontinuierlichen Überwachung unterzogen, die eine zyklische Werthaltigkeitsprüfung und -aktualisierung beinhaltet.

Die folgende Tabelle gibt die Kreditqualität der weder überfälligen noch wertgeminderten Finanzinstrumente wieder:

in Mio. €	Kreditqualität des weder überfälligen noch wertgeminderten Kreditrisikoexposures										Gesamt			
	Bonitätsstufe 1 bis 4		Bonitätsstufe 5 bis 7		Bonitätsstufe 8 bis 10		Bonitätsstufe 11 bis 13		Bonitätsstufe 14 und schlechter		Kein Rating vorhanden			
	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011 *	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011 *		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	1.765,1	544,7	420,6	94,4	155,4	89,8	97,4	45,8	25,5	13,0	-	2.464,0	787,7	
Handelsaktiva	1.765,1	544,7	420,6	94,4	155,4	89,8	97,4	45,8	25,5	13,0	-	2.464,0	787,7	
Fair-Value-Option	687,3	1.102,4	744,4	224,2	109,6	187,7	41,8	206,7	151,5	570,2	339,1	2.073,7	2.291,2	
Forderungen an Kunden	-	-	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-	
Finanzanlagen	687,3	1.102,4	735,4	224,2	109,6	187,7	41,8	206,7	151,5	570,2	339,1	2.064,7	2.291,2	
Derivate in Sicherungsbeziehungen														
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,2	27,8	15,2	27,8
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Available for Sale	2.288,5	2.509,3	547,2	59,8	86,2	122,9	21,3	0,0	0,0	0,0	0,0	54,3	2.943,2	2.746,3
Finanzanlagen	2.288,5	2.509,3	547,2	59,8	86,2	122,9	21,3	-	-	-	0,0	54,3	2.943,2	2.746,3
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert														
Loans and Receivables	5.943,2	6.520,3	6.528,6	6.222,1	5.089,3	5.335,4	1.862,0	2.567,7	323,5	667,4	194,0	109,0	19.940,6	21.421,9
Forderungen an Kreditinstitute	2.500,0	2.279,7	354,1	24,2	146,5	-	22,0	11,5	1,0	0,8	-	-	3.023,6	2.316,2
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	1.040,5	1.903,0	6.056,7	6.011,4	4.734,5	5.335,4	1.783,0	2.515,4	303,6	519,9	194,0	109,0	14.112,3	16.394,1
Finanzanlagen	2.402,7	2.337,6	117,8	186,5	193,7	-	57,0	40,8	18,9	146,7	-	-	2.790,1	2.711,6
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	-	-	-	-	14,6	-	-	-	-	-	-	-	14,6	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing														
Forderungen an Kunden	0,5	0,2	148,3	112,9	461,1	465,5	407,3	352,2	264,9	433,5	5,9	8,5	1.288,0	1.372,8
Gesamt	10.684,6	10.676,9	8.389,1	6.713,4	5.901,6	6.201,3	2.429,8	3.172,4	765,4	1.684,1	554,2	199,6	28.724,7	28.647,7

* Zahlen angepasst

Die in der Tabelle zum maximalen Kreditrisikobetrag dargestellten nachverhandelten Kredite sind weder überfällig, noch liegt eine nachhaltige Wertminderung vor, weil die Kapitaldienstfähigkeit oder eine ausreichende Besicherung gegeben sind. Eine intensivere Betrachtung ist aber dennoch geboten, da bei diesen Krediten die Vereinbarungen mit dem Kreditnehmer nachträglich geändert wurden. Ein solcher Fall tritt zumeist im Rahmen von Restrukturierungen auf. Hierbei werden hauptsächlich Modifikationen der Zins- und Tilgungsstruktur vorgenommen, um die zukünftige Erfüllung der Kreditverpflichtungen durch den Kreditnehmer nicht zu gefährden. Für die nachverhandelten sowie die im Folgenden dargestellten rückständigen Kredite ist die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich. Allerdings gehen diese Kredite in die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen ein. Zu den Einzelheiten der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die in der IKB implementierten Ratingverfahren und Ratingprozesse werden im Konzernlagebericht erläutert.

Alle Finanzinstrumente werden einem kontinuierlichen Prüfungs- und Reportingprozess unterzogen. Hierzu hat die IKB für die Berichterstattung das sogenannte Kreditvolumen definiert. Das Kreditvolumen ist anhand des Geschäftsmodells der IKB konzipiert und eignet sich zur adäquaten Darstellung des Kreditrisikos. Zu den Einzelheiten der Ermittlung des Kreditvolumens wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Zum Bilanzstichtag 31. März 2012 befinden sich folgende finanzielle Vermögenswerte in Verzug:

31.3.2012 in Mio. €	Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	500,6	20,5	18,0	23,1	22,7	20,3	605,2	138,7
<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	500,6	20,5	18,0	23,1	22,7	20,3	605,2	138,7
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	204,5	280,3	98,9	30,8	9,2	15,2	639,0	492,0
Gesamt	705,1	300,8	116,9	53,9	31,9	35,5	1.244,2	630,7

31.3.2011 in Mio. €	Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	108,2	84,9	41,9	82,8	3,8	26,4	348,0	193,1
<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	108,2	84,9	41,9	82,8	3,8	26,4	348,0	193,1
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	34,9	185,0	143,7	42,9	30,3	35,3	472,0	363,4
Gesamt	143,1	269,9	185,6	125,7	34,1	61,7	820,0	556,5

Finanzinstrumente, die einen Tag oder mehrere Tage in Verzug sind, gelten als überfällig im Sinne des IFRS 7. Das erste Laufzeitband (ein bis fünf Tage Verzug) ist jedoch unter anderem wegen abwicklungsbedingter Verzögerungen seitens der Kreditnehmer als wenig aussagekräftig einzustufen. Bei den in dieser Tabelle dargestellten überfälligen Finanzinstrumenten liegt kein Wertberichtigungsbedarf vor.

Folgende finanzielle Vermögenswerte unterliegen zum Bilanzstichtag einer Einzelwertberichtigung:

in Mio.€	Buchwert der einzelwertberichtigten Vermögenswerte vor Wertberichtigung		Umfang der Wertberichtigung		Buchwert der einzelwertberichtigten Vermögenswerte nach Wertberichtigung		beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	1.542,3	2.108,0	972,4	1.291,3	569,9	816,7	455,6	585,9
<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	852,4	1.372,1	417,2	698,6	435,2	673,5	455,6	585,9
<i>Finanzanlagen</i>	689,9	735,9	555,2	592,7	134,7	143,2	-	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen Kunden	57,9	43,6	7,4	7,6	50,5	36,0	38,9	27,7
Gesamt	1.600,2	2.151,6	979,8	1.298,9	620,4	852,7	494,5	613,6

Im Geschäftsjahr beträgt der Umfang der Wertberichtigung in der Berichtsklasse „Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert Available for Sale Finanzanlagen“ 8,6 Mio. €.

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung sind der IKB während des Geschäftsjahres Sicherheitenerlöse in Höhe von 503,1 Mio. € (Vorjahr: 545,0 Mio. €) zugeflossen.

Weitere ausführliche Angaben zu den Risiken befinden sich im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts.

Sonstige Erläuterungen

(64) Ertragsteuern im Sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income)

in Mio. €	Bestand zum 1.4.2011	Erfolgsneutrale Veränderungen	Erfolgswirksame Veränderungen	Bestand vor Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2012	Ertragsteuer-effekte auf erfolgsneutrale Veränderungen	Ertragsteuer-effekte auf erfolgswirksame Veränderungen	Bestand nach Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-35,0	29,2	6,5	0,7	-9,1	-2,1	-10,5
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	-1,5	-5,0	-	-6,5	1,6	-	-4,9
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-17,5	-1,6	-	-19,1	-	-	-19,1
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	-24,6	-30,9	-	-55,5	9,7	-	-45,8
Summe	-78,6	-8,3	6,5	-80,3	2,2	-2,1	-80,3

in Mio. €	Bestand zum 1.4.2010	Erfolgsneutrale Veränderungen	Erfolgswirksame Veränderungen	Bestand vor Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2011	Ertragsteuer-effekte auf erfolgsneutrale Veränderungen	Ertragsteuer-effekte auf erfolgswirksame Veränderungen	Bestand nach Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0,9	-38,1	-14,4	-51,5	12,1	4,3	-35,0
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	-7,8	9,2	-	1,4	-2,9	-	-1,5
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-17,2	-0,3	-	-17,5	-	-	-17,5
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	-33,8	13,4	-	-20,4	-4,2	-	-24,6
Summe	-57,9	-15,8	-14,4	-88,0	5,1	4,3	-78,6

(65) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen der IKB setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.03.2012	31.03.2011
Eventualverbindlichkeiten	340,1	496,5
Andere Verpflichtungen	1.609,7	1.664,2
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	995,1	834,3
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	614,6	829,9
Gesamt	1.949,8	2.160,7

Den Eventualverbindlichkeiten stehen grundsätzlich Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber.

Die dargestellten Zahlen reflektieren die um Rückstellungen korrigierten Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten an den Kunden ausgezahlt werden müssten.

Im Rahmen des Verkaufs der 50%igen Gesellschaftsanteile an der Movesta Lease and Finance GmbH, Pullach i. Isartal (vormals: Düsseldorf) hat die IKB AG gesamtschuldnerisch mit der IKB Beteiligungen Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen. Hierunter fallen z. B. die übertragenen GmbH-Anteile sowie die ordnungsmäßige Abwicklung und die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Vergangenheit (u. a. Abgabe von Steuererklärungen und -anmeldungen).

(66) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Private Equity GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 1,3 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €).

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen für Miet-, Leasing- und andere Verträge betragen am 31. März 2012 insgesamt 279,3 Mio. € (Vorjahr: 302,1 Mio. €).

Die IKB AG ist gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten einer anderen Bank entstanden sind, an der der IKB AG die jeweilige Mehrheit der Anteile gehört oder über die sie unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

(67) Leasing

Finanzierungsleasing

Bei den Finanzierungsleasing-Verträgen handelt es sich überwiegend um Teilamortisationsverträge, bei denen der Restwert mit dem Leasingnehmer vertraglich festgelegt ist. Während der unkündbaren Grundmietzeit werden die Anschaffungskosten nur zum Teil amortisiert. Die Amortisation erfolgt dabei auf Basis der impliziten Zinssätze. Zum Vertragsende wird kalkulatorisch ein Restwert bestimmt. Der Restwert orientiert sich an dem erwarteten beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes zum Vertragsende. Bei den Teilamortisationsverträgen werden Verträge mit Andienungsrecht für die IKB und Verträge ohne Andienungsrecht gegenüber dem Leasingnehmer unterschieden. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht können aber Absicherungen in Form von Rückkaufvereinbarungen mit Dritten zum Tragen kommen. In den Auslandsgesellschaften werden bei diesem Vertragstyp den Kunden teilweise Kaufoptionen eingeräumt. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht oder Verträgen mit Rückkaufvereinbarungen kann sich in Abhängigkeit von der Höhe des kalkulierten Restwerts auch eine bilanzielle Abbildung als Operating-Leasing-Verhältnis ergeben.

Daneben werden auch Vollamortisationsverträge, kündbare Verträge und Mietkaufverträge vereinbart, die als Finanzierungsleasing-Verhältnisse bilanziert werden. Bei Vollamortisationsverträgen werden in der unkündbaren Grundmietzeit die gesamten Anschaffungskosten amortisiert. Diese Verträge werden bei solchen Leasinggegenständen verwandt, bei denen kein nennenswerter beizulegender Zeitwert zum Vertragsende zu erwarten ist. Kündbare Verträge haben eine unkündbare Grundmietzeit, der eine automatische Verlängerung folgt, sofern der Kunde keine Kündigung ausspricht. In dem Falle der Kündigung hat der Kunde eine Abschlusszahlung zu leisten. Im Ergebnis wird dadurch die Vollamortisation erreicht. Bei Mietkaufverträgen und Darlehensverträgen, die in den ausländischen Gesellschaften eingesetzt werden, geht das juristische Eigentum an dem finanzierten Objekt mit Zahlung der letzten Rate auf den Kunden über.

Der Finanzierungsleasing-Vertrag endet nach vollständiger und vereinbarungsgemäßer Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen durch die Vertragsparteien.

Forderungen aus dem Leasinggeschäft in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
Bruttoinvestitionswert (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	701,9	675,8
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.487,8	1.370,0
über 5 Jahre	91,4	107,4
Bruttoinvestitionswert insgesamt	2.281,1	2.153,2
darunter:		
Nicht garantierte Restwerte	28,0	27,2
Unrealisierter Finanzertrag (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	110,7	106,5
über 1 Jahr bis 5 Jahre	151,7	149,1
über 5 Jahre	5,3	8,0
Unrealisierter Finanzertrag insgesamt	267,7	263,6
Nettoinvestitionswert (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	591,2	569,3
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.336,1	1.220,9
über 5 Jahre	86,1	99,5
Nettoinvestitionswert insgesamt	2.013,4	1.889,7
Erfolgswirksam erfasste bedingte Mietzahlungen	9,2	8,2
Kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen	0,5	0,9

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
bis 1 Jahr	562,1	614,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.155,2	1.243,2
über 5 Jahre	76,2	94,2
Gesamt	1.793,5	1.951,5

Operating-Leasing

Operating-Leasing-Verhältnisse können aus Teilamortisationsverträgen sowie aus kündbaren Verträgen, bei denen ein Restwert berücksichtigt wurde, resultieren. Die Realisation des Restwerts erfolgt zum Vertragsende aus der Veräußerung oder Weitervermietung des Leasinggegenstandes. Bei Kfz-Teilamortisationsverträgen ist auch eine Mehrerlösbeteiligung des Leasingnehmers vertraglich möglich, sofern der Verwertungserlös über dem Restwert liegt. Die kündbaren Verträge werden auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die kalkulatorische Laufzeit, die Kündigungsmöglichkeiten sowie die entsprechenden Ausgleichzahlungen sind individuell vereinbart.

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
bis 1 Jahr	6,2	8,3
über 1 Jahr bis 5 Jahre	8,7	11,8
über 5 Jahre	0,0	0,1
Gesamt	14,9	20,2

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen erfolgswirksam erfasst.

Im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages (Mietvertrag) wurden die zwei Verwaltungsgebäude in Düsseldorf für eine Festmietzeit von 20 Jahren angemietet. Es besteht eine zweimalige Mietverlänge-

rungsoption über jeweils fünf Jahre zu dann gültigen Marktkonditionen. Zusätzlich wurde der IKB ein Vorkaufs- und Vormietrecht eingeräumt. Für die ersten drei Jahre des in 2006 vereinbarten Mietvertrages wurde eine Preisanpassungsklausel mit 1 % p. a. vereinbart, ab dem vierten Jahr besteht eine Regelung zu einer bedingten Mietzahlung durch die Kopplung der Mieterhöhung an die Veränderung des Verbraucherpreisindexes.

Von der IKB aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen zu leistende Mindestleasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.3.2012	31.3.2011
bis 1 Jahr	9,9	9,9
über 1 Jahr bis 5 Jahre	53,0	53,0
über 5 Jahre	122,5	135,8
Gesamt	185,4	198,7

Aus der Untervermietung von Teilen der Verwaltungsgebäude an konzernfremde Mieter erwartet die IKB p. a. Mietzahlungen von mindestens 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €).

(68) Angaben zu Sicherheiten

Angaben zu gestellten Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Vermögenswerte (bis auf Barsicherheitsleistungen), die die IKB als Sicherheiten übertragen hat. Dies umfasst auch solche Sicherheiten, über die der Sicherungsnehmer frei verfügen kann und für die ein gewohnheitsmäßiges Recht zur Weiterveräußerung besteht.

in Mio. €	Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte	
	31.3.2012	31.3.2011
Aktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	12,3	13,7
Handelsaktiva	12,3	13,7
Fair-Value-Option	843,5	820,7
Finanzanlagen	843,5	820,7
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Available for Sale	1.429,6	670,9
Finanzanlagen	1.429,6	670,9
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten		
Loans and Receivables	10.974,8	11.097,9
Forderungen an Kreditinstitute	1,4	1,6
Forderungen an Kunden	9.144,4	10.320,4
Finanzanlagen	1.829,0	775,9
Gesamt	13.260,2	12.603,2

Es sind festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 6,1 Mrd. €) als Sicherheiten für das Tendersgeschäft der Europäischen Zentralbank und für das General Collateral Pooling (Sicherheitenpool) mit Eurex Repo GmbH abgetreten. Zusätzlich wurden Kreditforderungen bei der Deutschen Bundesbank nominal in Höhe von 0,2 Mrd. € (Vorjahr: 0,6 Mrd. €) hinterlegt.

Am Bilanzstichtag waren diese Kreditfazilitäten insgesamt in Höhe von 4,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Die IKB AG hat insgesamt 10.973,4 Mio. € (Vorjahr: 11.096,3 Mio. €) Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen als Sicherheiten an andere Kreditinstitute (insbesondere die KfW) übertragen.

Es bestanden zum Bilanzstichtag Barsicherheitsleistungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für OTC-Derivate Barsicherheiten in Höhe von 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert in Höhe von 184,2 Mio. € (Vorjahr: 197,0 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, und ein Wertpapier mit einem Nominalwert in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bei der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber Barclays, London, Wertpapiere mit einem Nominalwert in Höhe von 22,0 Mio. € (Vorjahr: 22,0 Mio. €) verpfändet.

Der KfW, Frankfurt am Main, sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere mit Nominalvolumen in Höhe von 417,4 Mio. € (Vorjahr: 87,4 Mio. €) verpfändet und Barsicherheiten in Höhe von 230,0 Mio. € (Vorjahr: 230,0 Mio. €) gestellt worden. Bei anderen Kreditinstituten sind 30,0 Mio. € (Vorjahr: 40,0 Mio. €) als Barsicherheiten hinterlegt. Zur Absicherung von Globaldarlehen wurden weitere Wertpapiere als Sicherheit an verschiedene Kreditinstitute mit Nominalvolumen in Höhe von insgesamt 165,0 Mio. € (Vorjahr: 141,0 Mio. €) gestellt.

(69) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Wertpapierpensionsgeschäfte waren zum Stichtag Wertpapiere mit Nominalvolumen in Höhe von 3,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) übertragen. Die Buchwerte der zum Stichtag übertragenen Finanzanlagen betragen 2,1 Mrd. € (Vorjahr: 954,4 Mio. €) (Repo-Geschäfte). Dabei handelt es sich um Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert und weiterverpfändet werden dürfen.

Bei der SIX SIS Ltd., Schweiz, wurden Wertpapiere mit Nominalvolumen in Höhe von 0,5 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €) als Absicherung für Repogeschäfte mit diversen Schweizer Kontrahenten hinterlegt.

Aus den Repo-Geschäften resultieren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 894,1 Mio. €).

in Mio. €	In Pension gegebene finanzielle Vermögenswerte		Korrespondierende Kaufpreisverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden)	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Aktiva				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert				
Fair-Value-Option	257,7	169,8	248,8	165,6
Finanzanlagen	257,7	169,8	248,8	165,6
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert				
Available for Sale	237,5	174,7	221,5	174,7
Finanzanlagen	237,5	174,7	221,5	174,7
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten				
Loans and Receivables	1.601,6	609,9	1.511,4	553,8
Finanzanlagen	1.601,6	609,9	1.511,4	553,8
Gesamt	2.096,8	954,4	1.981,7	894,1

Die IKB hält als Pensionsnehmer keine Staatsanleihen mehr (beizulegender Zeitwert Vorjahr: 151,7 Mio. €; Reverse-Repo-Geschäfte), für die die Erlaubnis zu Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung besteht. Zum 31. März 2011 resultierten hieraus Forderungen an Kreditinstitute mit einem Buchwert von 151,4 Mio. €. Für die erhaltenen Staatsanleihen bestand nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabeverpflichtung in gleicher Höhe.

(70) Anlagenspiegel

Das Anlagevermögen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Sachanlagen				Immaterielle Vermögenswerte				Gesamt
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Geringwertige Wirtschaftsgüter	Leasinggegenstände aus Operating-Leasing-Verträgen	Gesamt	Selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Immaterielle Vermögenswerte in Entwicklung	Gesamt	
Anschaffungs- und Herstellungskosten									
Bestand zum 31.3.2011	24,1	71,7	233,1	328,9	13,3	69,0	6,7	89,0	417,9
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-0,1	-0,9	-1,0	-	-	-	-	-1,0
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-	-0,1	-1,9	-2,0	-	-	-	-	-2,0
Zugänge	0,4	4,7	70,6	75,7	0,9	11,1	0,7	12,7	88,4
Umbuchungen	-	-	0,1	0,1	-	6,7	-6,7	-	0,1
Abgänge	-	10,1	41,9	52,0	0,7	3,0	-	3,7	55,7
Bestand zum 31.3.2012	24,5	66,1	259,1	349,7	13,5	83,8	0,7	98,0	447,7
Abreibungen									
Bestand zum 31.3.2011	12,0	55,2	94,2	161,4	9,9	59,8	-	69,7	231,1
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-0,6	-0,6	-	-	-	-	-0,6
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-	-	-1,1	-1,1	-	-	-	-	-1,1
Planmäßige Abschreibungen	0,3	5,4	40,1	45,8	1,1	5,4	-	6,5	52,3
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	-	0,1	0,1	-	-	-	-	0,1
Abgänge	-	9,6	29,8	39,4	0,1	3,0	-	3,1	42,5
Bestand zum 31.3.2012	12,3	51,0	102,9	166,2	10,9	62,2	-	73,1	239,3
Buchwerte									
Bestand zum 31.3.2011	12,1	16,5	138,9	167,5	3,4	9,2	6,7	19,3	186,8
Bestand zum 31.3.2012	12,2	15,1	156,2	183,5	2,6	21,6	0,7	24,9	208,4

(71) Restlaufzeitengliederung

Die Restlaufzeit ergibt sich aus dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und Fälligkeitstermin jedes Teilbetrags eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit. Existiert ein Zinsanpassungstermin vor dem eigentlichen Fälligkeitstermin, so wurde dieser als Fälligkeitstermin gewählt.

Die folgende Tabelle zeigt eine Gliederung der Buchwerte von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten:

31.3.2012 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	2.964,7	7,9	43,8	7,2	3.023,6
Forderungen an Kunden	1.668,1	2.603,2	9.712,8	3.799,5	17.783,6
Handelsaktiva	361,4	83,6	421,6	1.612,6	2.479,2
Finanzanlagen	318,0	560,0	3.481,2	3.582,1	7.941,3
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	-	-	-	10,5	10,5
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	14,6	-	-	-	14,6
Gesamt	5.326,8	3.254,7	13.659,4	9.011,9	31.252,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.291,8	2.867,1	6.321,2	1.741,7	13.221,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.207,8	1.833,8	1.677,6	2.278,2	9.997,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	97,4	2.083,7	73,9	22,2	2.277,2
Handelspassiva	317,6	122,4	518,4	2.877,2	3.835,6
Nachrangkapital	15,2	95,1	669,5	237,9	1.017,7
Gesamt	6.929,8	7.002,1	9.260,6	7.157,2	30.349,7

31.3.2011 in Mio. €	bis 3 Monate *	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre *	Gesamt *
Forderungen an Kreditinstitute	2.243,2	5,1	56,3	11,6	2.316,2
Forderungen an Kunden	1.630,7	2.757,6	10.922,4	5.020,2	20.330,9
Handelsaktiva	231,4	39,8	231,5	312,8	815,5
Finanzanlagen*	1.410,8	976,2	3.369,4	2.135,9	7.892,3
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	-	-	-	10,8	10,8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	-	-	-	-	-
Gesamt	5.516,1	3.778,7	14.579,6	7.491,3	31.365,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.000,1	1.561,1	5.411,7	2.220,7	11.193,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden*	2.804,0	1.302,3	1.181,6	2.405,8	7.693,7
Verbriefte Verbindlichkeiten*	1.276,6	4.204,1	2.202,5	27,3	7.710,5
Handelspassiva	192,9	33,8	390,0	1.386,9	2.003,6
Nachrangkapital	5,0	11,3	583,6	544,5	1.144,4
Gesamt	6.278,6	7.112,6	9.769,4	6.585,2	29.745,8

* Zahlen angepasst

(72) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt das Liquiditätsrisiko für nicht-derivative und derivative finanzielle Verbindlichkeiten und das außerbilanzielle Geschäft nach den Anforderungen des IFRS 7.39 (a) dar. Dabei richtet sich die Restlaufzeitengliederung nach den vertraglichen Fälligkeiten. Die anfallenden Zahlungen werden in undiskontierten vertraglichen Cashflows ausgewiesen. Dabei wird grundsätzlich auf den frühestmöglichen Kündigungszeitpunkt bzw. auf den Zeitpunkt der frühestmöglichen Inanspruchnahme abgestellt.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die vertraglichen Restlaufzeiten nicht-derivativer Verbindlichkeiten:

31.3.2012 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	795,6	1.525,7	3.053,1	6.957,9	1.955,2	14.287,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.652,3	652,3	2.600,7	3.425,4	1.934,4	12.265,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	46,8	36,6	2.158,0	75,7	-	2.317,1
Nachrangkapital	193,1	41,0	393,6	1.296,0	810,6	2.734,3
Gesamt	4.687,7	2.255,6	8.205,4	11.755,0	4.700,2	31.603,9
Außerbilanzielles Geschäft	1.949,8	-	-	-	-	1.949,8

31.3.2011 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	555,5	1.482,6	1.747,9	6.172,2	2.498,5	12.456,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.867,1	1.022,6	2.147,7	2.625,1	2.670,5	10.333,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	953,4	296,4	4.366,4	2.285,5	10,4	7.912,1
Nachrangkapital	12,0	5,9	336,1	1.670,7	830,7	2.855,4
Gesamt	3.388,0	2.807,5	8.598,1	12.753,5	6.010,1	33.557,1
Außerbilanzielles Geschäft	2.160,7	-	-	-	-	2.160,7

Im Nachrangkapital sind unter anderem Verbindlichkeiten mit unendlicher Laufzeit enthalten, die ausschließlich mit einem Emittenten-Kündigungsrecht versehen sind. Die hieraus resultierenden Cashflows sind den jeweiligen Laufzeitbändern zugeordnet; im letzten Laufzeitband wird der Nominalwert der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Restlaufzeitengliederung vertraglicher Cashflows derivativer Verbindlichkeiten enthält lediglich Handelspassiva, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet sind, da der Fälligkeitstermin von Derivaten des Handelsbuchs primär von deren Wertentwicklung am Markt abhängt und nicht von vertraglich vereinbarten Cashflows.

31.3.2012 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Zinsderivate	31,9	122,4	328,9	1.429,0	3.627,9	5.540,1
Kreditderivate	-	-	0,3	8,8	-	9,1
Währungsderivate	2,4	0,6	61,6	27,3	6,4	98,3
Gesamt	34,3	123,0	390,8	1.465,1	3.634,3	5.647,5

31.3.2011 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt'
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre*	mehr als 5 Jahre	
Zinsderivate	31,5	102,9	237,0	1.061,0	1.971,0	3.403,4
Kreditderivate	-	-	-	8,5	-	8,5
Währungsderivate	5,1	-	2,9	70,2	9,9	88,1
Gesamt	36,6	102,9	239,9	1.139,7	1.980,9	3.500,0

* Zahlen angepasst

Die Position „Kreditderivate“ war in der Vorjahresangabe nicht enthalten. Die aus Swap-Geschäften resultierenden Zahlungsmittelabflüsse je Laufzeitband werden in der Darstellung der vertraglichen Restlaufzeiten nach Saldierung mit den Zahlungsmittelzuflüssen je Finanzinstrument im jeweiligen Laufzeitband abgebildet. Alle übrigen Derivate sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert enthalten. Die IKB geht davon aus, dass der beizulegende Zeitwert am besten den Cashflow, der aus der Schließung der derivativen Positionen entstehen würde, widerspiegelt. Die Einordnung des beizulegenden Zeitwerts in die verschiedenen Laufzeitbänder richtet sich dabei nach den vertraglichen Laufzeiten. Der beizulegende Zeitwert von Kreditderivaten, bei denen die IKB Sicherungsgeber ist, wird hiervon abweichend dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Tritt die IKB als Sicherungsnehmer auf, wird der negative beizulegende Zeitwert nach der grundsätzlichen Regelung dem vertraglichen Laufzeitband zugeordnet.

(73) Liquiditätsrisiko

Die IKB versteht unter dem Begriff des Liquiditätsrisikos die Komponenten Zahlungsunfähigkeitsrisiko, Liquiditäts-Fristentransformationsrisiko und volkswirtschaftliches Liquiditätsrisikos.

Das **Zahlungsunfähigkeitsrisiko** bzw. kurzfristige (dispositive) Liquiditätsrisiko ist das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die verfügbaren Zahlungsmittel und Zahlungseingänge unter Berücksichtigung der bestehenden Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Bei der IKB als geld- und kapitalmarktfremfinanziertem Institut kommt dieses Risiko insbesondere dann zum Tragen, wenn die Geld- und Kapitalmärkte und/oder die eigene Kapitalmarktfähigkeit nachhaltig gestört sind. Dieser Risikoklasse wird über die Limitierung des täglichen minimalen Liquiditätssaldos unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien in einem Betrachtungszeitraum von 365 Tagen Rechnung getragen.

Unter **Liquiditäts-Fristentransformationsrisiko** wird das Risiko verstanden, dass zukünftige Liquiditätslücken nur zu erhöhten Kosten bzw. aufgrund von Liquiditätsengpässen nicht geschlossen werden können. Dieser Risikoklasse wird unter anderem über die regelmäßige Darstellung einer langfristigen Liquiditätsablaufbilanz (bis zu 7 Jahre) Rechnung getragen. Damit die zeitliche Diversifikation der Zu- und Abflüsse über die einzelnen Laufzeitbänder analysiert und im Steuerungsprozess berücksichtigt werden kann, erfolgt täglich eine Detailauswertung des Liquiditätsablaufs unter Berücksichtigung der Steuerungsmaßnahmen über einen 7-Jahres-Horizont. Weiterhin werden im Rahmen des Konzernplanungsprozesses die Liquiditätsabläufe und Liquiditätskosten über einen Zeitraum von fünf Jahren im Detail analysiert und Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

Das **Volkswirtschaftliche Liquiditätsrisiko** umfasst das Risiko, dass aufgrund von Marktverwerfungen bzw. einer Anpassung der Rahmenbedingungen die IKB in eine Krisensituation gerät. Dieses Risiko wird anhand regelmäßiger Stresstests analysiert. Hierbei werden sowohl institutsspezifische Stresstests als auch marktweite Stresstests entwickelt. Darüber hinaus werden regelmäßig kombinierte Stressszenarien nach MaRisk BTR 3.2 berechnet und überprüft, ob das Volumen hochliquider Wertpapiere zur kurzfristigen Liquiditätssicherung (7 Tage / 1 Monat) ausreichend ist.

Strategische Liquiditätssteuerungsziele setzt der Vorstand, die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury, der auch im Rahmen des täglichen Liquiditätsrisikoberichts die Maßnahmenplanung

vornimmt. Wöchentlich erfolgt eine Diskussion von Maßnahmenplanung und Liquiditätslage unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation zwischen den Bereichen Treasury und Risikocontrolling.

Sowohl Maßnahmenplanung als auch Modellierungen unterliegen einem regelmäßig durchgeführten Backtesting seitens des Risikocontrollings, sodass potenzielle Anpassungsnotwendigkeiten zeitnah erkannt werden. Annahmen und Methoden werden mindestens jährlich sowie anlassbezogen überprüft.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag – bedingt durch das weiterhin angespannte Marktumfeld – der Hauptfokus der Liquiditätssteuerung auf der Sicherstellung der kurz- und mittelfristigen Liquidität (365-Tages-Horizont) mit der Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen als strikte Nebenbedingung. Die Liquiditätskennzahl nach Liquiditätsverordnung wird vom aufsichtsrechtlichen Meldewesen täglich ermittelt und im Rahmen der Treasury-Steuerung über eine Vorausschau prognostiziert. Die IKB hat das Ziel, stets eine Liquiditätskennziffer von mindestens 1,2 einzuhalten (aufsichtsrechtliche Anforderung: 1,0). Dieses wurde im Geschäftsjahr 2011/12 durchgehend erreicht.

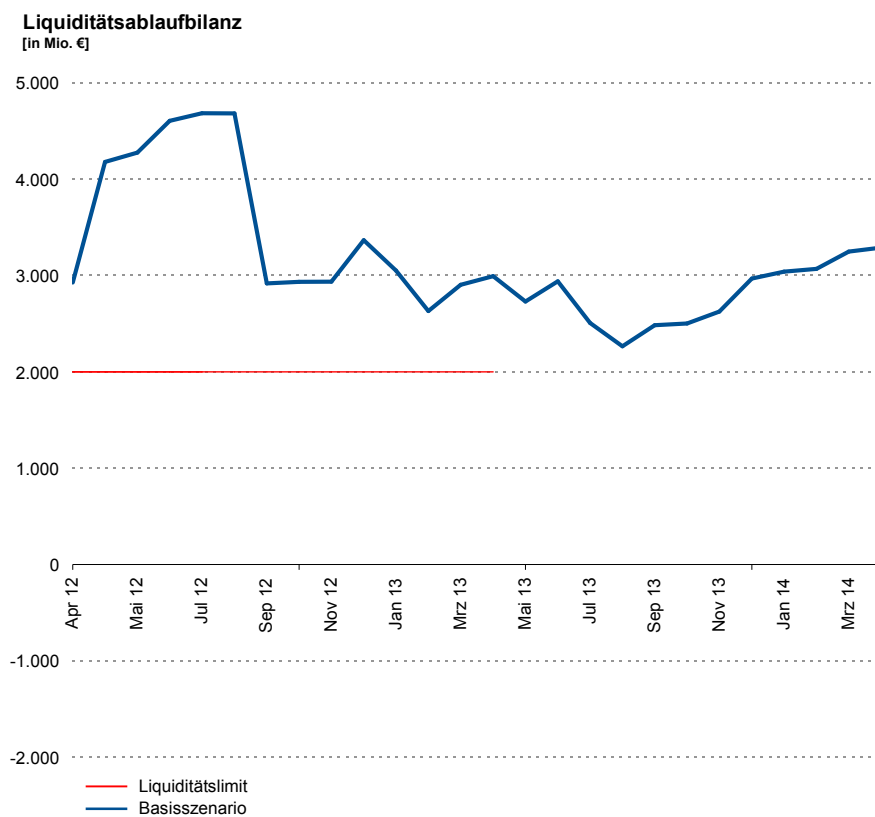
Darüber hinaus wird vom Treasury regelmäßig der Zugang zu den Kapitalmärkten zur Gewinnung von Refinanzierungsmitteln überprüft (taktische Liquidität). Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011/12 konnte die IKB über die zu Geschäftsjahresbeginn eingeführte Privatkundenplattform ca. 3,2 Mrd. € in Form von Fest- und Tagesgeld generieren. Hier rechnet die Bank auch weiterhin mit einem Anstieg des Portfolios. Im Gegenzug wurde der Bestand an Geschäftskundeneinlagen (ohne Schuldscheindarlehenemissionen) sukzessive um knapp 1,0 Mrd. € auf 2,6 Mrd. € reduziert. Über gezielte Steuerungsmaßnahmen konnte die Granularität des Kundeneinlagenportfolios weiter ausgeweitet werden.

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2011/12 bereits 1,8 Mrd. € der SoFFin-Garantien vor erreichtem Endfälligkeitstermin wieder an den SoFFin zurückgegeben. Darüber hinaus wurden SoFFin-Fälligkeiten im Gesamt-Volumen von 3,2 Mrd. € planmäßig getilgt, sodass sich das ausstehende SoFFin-Volumen zum Bilanzstichtag auf 4,5 Mrd. € beläuft (davon 2,5 Mrd. € im Eigenbestand).

Das handelsunabhängige Liquiditätsrisikocontrolling liegt in der Verantwortung des Risikocontrollings, das neben der Überwachung der Limiteinhaltung auch die tägliche Liquiditätsrisikoberichterstattung sowie die Kalkulation von Stressszenarien verantwortet. Der Liquiditätsrisikobericht beinhaltet neben dem Ablauf des bereits kontrahierten Geschäfts und der Liquiditätsreserve (insbesondere notenbankfähige Wertpapiere und Kredite) auch Modellierungen zum Bestandsgeschäft sowie weitere Maßnahmenplanungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien. Hierbei werden alle wesentlichen Konzerngesellschaften im Liquiditätsrisikobericht und bei der Liquiditätssteuerung berücksichtigt.

Die folgende Abbildung zeigt eine Liquiditätsablaufbilanz (Basisszenario) für einen Zeitraum von zwei Jahren unter Berücksichtigung von Liquiditätsmaßnahmen. Die untere Linie veranschaulicht das Limit in Höhe von 2 Mrd. € (365 Tage). Das Limit beschreibt die Mindestliquidität, welche die Bank über einen Zeitraum von 365 Tagen einhalten möchte.

2-Jahres-Liquiditätsablaufbilanz per 30. März 2012



Die Komponenten der Liquiditätsablaufbilanz umfassen:

- Kapital- und Zins-Cashflows sowie Modellierungen aus kontrahierten Geschäften
- Liquiditätsreserve (Notenbankfähige Wertpapiere und Kredite, sowie Fondsanteile)
- Kreditneugeschäft nach beobachteter Bestandsentwicklung fortgeschrieben
- Beibehaltung des Bestandes von Kundeneinlagen und passiven Schuldscheindarlehen in aktueller Höhe.

(74) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	2011/12	2010/11
Männlich	968	957
Weiblich	576	577
Gesamt	1.544	1.534

(75) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu den Organen der Bank im Kundenkreditgeschäft:

Personenkreis	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) (TEUR)		Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Verzinsung (%)	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	5	29	21,8	22,8	5,0	5,0
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	136.411	138.684	3,0	3,9	3,4	4,0
Gesamt	136.416	138.713	3,0	3,9	3,4	4,0

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert. Diese Engagements stellen 0,4 % (Vorjahr: 0,4 %) des Konzernkreditvolumens dar. Es besteht keine Einzelwertberichtigung für diese Engagements.

Die Bezüge der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat betragen im Geschäftsjahr 2011/12 362 Tsd. € (Vorjahr: 408 Tsd. €).

Die nachstehende Tabelle zeigt die übrigen Geschäftsbeziehungen, die ebenfalls zu marktgerechten Bedingungen abgeschlossen wurden:

Personenkreis	Geschäftsart	Volumen (TEUR)		Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Verzinsung (%)	
		31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Zinsswaps	31.239	33.563	2,9	3,9	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M fix: 4,23 - 4,57% erhält variabel: EURIBOR 6M fix: 3,60%	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M und EURIBOR 6M erhält 3,60 bis 4,57%
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	(Bandbreiten-) Zinsswaps	-	8.713	-	0,2	-	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M erhält: 3,85% oder EURIBOR 3M (je nach Bandbreite)
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	IHS	-	9.352	-	5,5	-	4,8

Die IKB AG hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Geschäfte von Personen mit Führungsaufgaben gemäß § 15a WpHG

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und mit ihm in einer engen Beziehung stehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte insgesamt die Summe von 5.000 € erreicht oder übersteigt.

Im Berichtsjahr sind keine entsprechenden Mitteilungen erfolgt.

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2012 nicht vor.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstigen Beteiligungsgesellschaften

Die Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen betreffen in erster Linie Refinanzierungen und Kapitalstärkung durch Mutterunternehmen des IKB-Hauptaktionärs LSF6 Europe Financial Holdings L.P. oder diesem zuzurechnende Unternehmen. Die Forderungen gegenüber Kunden entfallen hauptsächlich auf Kreditvergaben an assoziierte Unternehmen und nicht konsolidierte Tochterunternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen gemäß IAS 24.19:

in Mio. €	Unternehmen, die den Mutterunternehmen zuzurechnen sind		Tochterunternehmen		Joint Ventures / Assoziierte Unternehmen		Gesamt	
	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011	31.3.2012	31.3.2011
Forderungen								
Forderungen an Kreditinstitute	6,9	3,6	-	-	-	-	6,9	3,6
Forderungen an Kunden	-	-	18,6	60,0	50,1	73,9	68,7	133,9
Handelsaktiva	-	-	3,2	1,4	2,2	1,8	5,4	3,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	0,4	0,5	2,5	2,4	2,9	2,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	-	10,2	-	10,2
Gesamt	6,9	3,6	22,2	61,9	54,8	88,3	83,9	153,8
Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	311,4	343,7	-	1,2	-	1,0	311,4	345,9
Handelsspassiva	6,8	3,3	-	-	-	0,7	6,8	4,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	13,4	-	-	-	-	-	13,4
Gesamt	318,2	360,4	0,0	1,2	0,0	1,7	318,2	363,3

Im Zuge der Vertragsverhandlungen mit dem SoFFin wegen Erhöhung des Garantierahmens wurde die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, aufgefordert, auf Ansprüche aus den Nachrangigen Schuldverschreibungen vom November und Dezember 2008 zur Stärkung des Kernkapitals bei der IKB zu verzichten. Hinsichtlich der Pflichtwandelanleihe wurde vereinbart, dass die LSF6 Rio S.a.r.l. mit Wirkung zum 1. Juli 2009 vorzeitig die Wandlung ausübt.

Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die im Konsolidierungskreis (Note (80)) als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Patronatserklärungen gegenüber ausländischen Tochtergesellschaften der IKB Leasing GmbH, Hamburg, und der IKB Leasing GmbH, Berlin, wurden zurückgenommen. Aus bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Dritten in Höhe von 7 Mio. € könnten noch Nachhaftungsrisiken erwachsen.

Die IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG hat für die Lixxus Projektentwicklung GmbH & Co. KG eine betragslich unbegrenzte Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese Gesellschaft ihren Verpflichtungen aus einem Rechtsstreit nachkommen kann.

Die IKB Private Equity GmbH hat für die IKB Equity Capital Fund GmbH (vormals IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG) eine Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese ihren Verpflichtungen aus durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag auf sie übertragenen Darlehens- und Garantieverträgen, einschließlich der Erstattung von Rechtsverfolgungs- und Prozesskosten, nachkommen kann.

Über die bestehende Patronatserklärung hinaus hat die IKB im Geschäftsjahr 2011/12 zugunsten der IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG eine Verpflichtung zur ausreichenden Kapital- und Liquiditätsausstattung abgegeben.

(76) Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2011/12 teilen sich die Bezüge des Vorstands wie folgt auf: 2,0 Mio. € entfallen auf Festbezüge, 1,0 Mio. € - vorbehaltlich einer Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat – auf variable Bezüge, 0,2 Mio. € auf Pensionsersatzzahlungen und 28 Tsd. € auf Nebenleistungen. Die variablen Bezüge für das Geschäftsjahr 2011/12 wurden bisher vom Aufsichtsrat noch nicht beschlossen, aber jeweils in Höhe der mit den Vorstandsmitgliedern vereinbarten Zieltantiemen, d. h. insgesamt in Höhe eines Betrages von 2,6 Mio. €, zurückgestellt. Wenn und soweit der Aufsichtsrat die Tantieme für das Geschäftsjahr 2011/12 beschließt, werden 40 % der Tantiemen unverzüglich nach Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat, frühestens jedoch drei Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr, für das sie gewährt werden, fällig, weitere 30 % der Tantiemen 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das erste Geschäftsjahr und die restlichen 30 % der Tantiemen 21 Bankarbeitstage nach Billigung des Konzernabschlusses für das zweite Geschäftsjahr, das jeweils dem Geschäftsjahr folgt, für das die Tantieme gewährt worden ist, zur Auszahlung fällig. Unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat die variable Vergütung in Höhe der Zieltantiemen beschließt, belaufen sich die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011/12 auf 4,9 Mio. €.

Betreffend das vorherige Geschäftsjahr 2010/11 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 28. Juni 2011 die Tantiemen der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2010/11 jeweils wie folgt festgesetzt: Herr Schüttler 1.000 Tsd. €, Herr Dr. Glüder 630 Tsd. €, Herr Momburg 460 Tsd. € und Herr Dr. Wiedmann 530 Tsd. €.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen belief sich auf 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 43,5 Mio. € (Vorjahr: 39,9 Mio. €) zurückgestellt.

Hinsichtlich der Rückforderungen der erfolgsabhängigen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2006/07 an den Vorstand wird auf die Ausführungen im Vergütungsbericht verwiesen.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2011/12 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (inklusive Umsatzsteuer) auf 258 Tsd. € (Vorjahr: 257 Tsd. €). Hierin sind 10 Tsd. € Auslagenersatz (Vorjahr: 10 Tsd. €) enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 289 Tsd. € (Vorjahr: 258 Tsd. €) gezahlt. Die Vorjahreszahlen waren im Vorjahr um 84 Tsd. € zu niedrig im Anhang dargestellt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

Die IKB hat zum 31. März 2012 an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) vergeben.

(77) Corporate Governance Kodex

Am 23. Februar 2012 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und sie den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht (www.ikb.de).

(78) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2012

Hinsichtlich der Ereignisse nach dem Stichtag verweisen wir auf den Abschnitt Ereignisse nach dem 31. März 2012 (Nachtragsbericht) des Konzernlageberichts.

(79) Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

- a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und
- b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

angegeben.

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Bruno Scherrer, London
Senior Managing Director / Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd.

- a) COREALCREDIT BANK AG (Vorsitzender)
Düsseldorfer Hypothekenbank AG (stellv. Vorsitzender)

Stellv. Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt
Chairman Lone Star Germany GmbH

- a) Düsseldorfer Hypothekenbank AG (Vorsitzender)
MHB-Bank Aktiengesellschaft (Vorsitzender)
COREALCREDIT BANK AG (stellv. Vorsitzender)
- b) W.P. Carey & Co. LLC

Mitglieder

Stefan A. Baustert, Krefeld
Geschäftsführer der RENA GmbH

a) *NYCON ENERGY AG (stellv. Vorsitzender)*

b) *AptarGroup*

Olivier Brahin, London (bis 25. Mai 2012)
Head of European Real Estate Investments, Lone Star Management Europe Ltd.

a) *COREALCREDIT BANK AG*

Dr. Lutz-Christian Funke, Oberursel
Direktor der KfW, Bereichsleiter Unternehmenssteuerung der KfW Bankengruppe

a) *Dedalus GmbH & Co. KGaA (stellv. Vorsitzender)*

Ulrich Grillo, Mülheim an der Ruhr
Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke Aktiengesellschaft

a) *Baumarkt Praktiker Deutschland GmbH*
mateco AG
Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte Holding AG

b) *HDF Hamborner Dach- und Fassadentechnik GmbH & Co. KG (Vorsitzender)*
Grillo Zinkoxid GmbH
RHEINZINK GmbH & Co. KG
Zinacor S.A. (Belgien)

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Automotive GmbH

a) *DEKRA SE*
KOSTAL Verwaltungsgesellschaft mbH

b) *DAL Deutsche Afrika Linien GmbH & Co. KG*
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Großhaus GmbH (ab 1. April 2011)
LEWA Attendorn GmbH

Bernd Klein, Mönchengladbach
Referent Verträge und Sicherheiten, Mitglied des Betriebsrats Düsseldorf der
IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Claus Nolting, München
Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG

Dr. Thomas Rabe, Berlin (bis 21. Februar 2012)
Vorsitzender des Vorstands der Bertelsmann AG

- a) *Arvato AG (Vorsitzender seit 23. Januar 2012)*
BMG RM Germany GmbH (Vorsitzender)
Druck und Verlagshaus Gruner + Jahr Aktiengesellschaft (Vorsitzender seit 1. Januar 2012)
Symrise AG (Vorsitzender seit 18. Mai 2011)

- b) *Bertelsmann Capital Investment S.A.*
Bertelsmann Digital Media Investments S.A.
Bertelsmann Inc.
Edmond Israel Foundation
RTL Group S.A.
Springer Science+Business Media S.A.

Nicole Riggers, Düsseldorf (ab 7. September 2011)
Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats Düsseldorf, stellv. Vorsitzende des
Gesamtbetriebsrats der IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Branchenanalytikerin, Vorsitzende des Betriebsrats Berlin, Mitglied des Gesamtbetriebsrats
der IKB Deutsche Industriebank AG

Carmen Teufel, Neustetten
Vertriebsanalytikerin, Vorsitzende des Betriebsrats Baden-Württemberg, Mitglied des
Gesamtbetriebsrats der IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Andreas Tuczka, Wien
Head of European Financial Institutions / Managing Director, Lone Star Management Europe Ltd.

- a) *Düsseldorfer Hypothekbank AG*

Ulrich Wernecke, Rommerskirchen
Vorsitzender des Betriebsrats Düsseldorf, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der
IKB Deutsche Industriebank AG

Andreas Wittmann, München (bis 7. September 2011)
Firmenbetreuer, Vorsitzender des Betriebsrats München, Mitglied des Gesamtbetriebsrats
der IKB Deutsche Industriebank AG

Vorstand

Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender)

- b) *IKB Autoleasing GmbH*
IKB Leasing Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKB Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKB Private Equity GmbH

Dr. Dieter Glüder

- b) *IKB Data GmbH (Vorsitzender)*

Claus Momburg

- b) *MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH (Vorsitzender)*
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG (Vorsitzender) (seit 15. April 2011)
IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKB Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKB Private Equity GmbH

Dr. Michael H. Wiedmann

- b) *IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender)*
IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKB Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2012 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Dr. Annette Littmann (bis 30. Juni 2011)
Dortmunder Stadtwerke AG

Klaus Runzer
ae group ag
Oechsler AG

(80) Konsolidierungskreis zum 31. März 2012

	Patronats- erklärung	Kapitalanteil in %
A. Konsolidierte Tochterunternehmen		
1. Ausländische Kreditinstitute		
IKB International S.A. in Liquidation, Luxemburg ³⁾	x	100
2. Inländische sonstige Unternehmen		
Aleanta GmbH, Düsseldorf		100
Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾
EquityFund GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	x	100
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100
IKB Leasing Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Erkner	x	100 ¹⁾
IKB Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	x	100 ¹⁾
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i. L., Düsseldorf	x	100
Istop 1 GmbH, Düsseldorf		100
Istop 2 GmbH, Düsseldorf		100
Istop 4 GmbH, Düsseldorf		100
Istop 5 GmbH, Düsseldorf		100
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		100
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		100
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf		89,8
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf		94,9 ¹⁾
MATRONA GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾

1) Mittelbare Beteiligung

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) In Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

4) In Liquidation

	Patronats- erklärung	Kapitalanteil in %
3. Ausländische sonstige Unternehmen		
IKB Capital Corporation, New York ⁴⁾		100
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100
IKB Funding LLC II, Wilmington	x ²⁾	100
IKB Funding LLC I, Wilmington	x ²⁾	100
IKB Leasing Austria GmbH, Wien		100 ¹⁾
IKB Leasing CR s.r.o., Praha 9		100 ¹⁾
IKB Leasing Finance IFN SA, Bucuresti		100 ¹⁾
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4		100 ¹⁾
IKB Leasing Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest		100 ¹⁾
IKB Leasing Polska Sp.z.o.o, Poznan (Posen)		100 ¹⁾
IKB Leasing SR, s.r.o, Bratislava		100 ¹⁾
IKB Leasing S.R.L., Bukarest / Sektor 1		100 ¹⁾
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l, Luxemburg	x	100
IKB Pénzügyi Lízing zártkörűen működő Részvénytársaság, Budapest		100 ¹⁾
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4		100 ¹⁾
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI)		100 ¹⁾
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau		100 ¹⁾
B. Joint Ventures/Assoziierte Unternehmen		
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		30 ¹⁾
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		50 ¹⁾
C. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach SIC-12		
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin		
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin		
IKB Partner Fonds, Luxemburg		
Partner Fonds Europa Renten Teilfonds II, Luxemburg		
Partner Fonds Europa Renten Teilfonds I, Luxemburg		
Partner Fonds Eurobonds (Teilfonds I), Luxemburg		
Partner Fonds Government & Covered Select, Luxemburg		
Rio Debt Holdings Ltd., Dublin		

1) Mittelbare Beteiligung

2) Nachrangige Patronatsklärung

3) In Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

4) In Liquidation

Die nachfolgende Aufstellung stellt zusätzlich die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, das Ergebnis und die Erträge nach IFRS der at equity bilanzierten Unternehmen dar:

Name des at equity bilanzierten Unternehmens in Mio. €	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten	Ergebnis	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	482,1	448,9	1,5	26,8
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1,7	0,0	-0,5	0,1

(81) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2012

Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie der Angaben nach § 285 Nr. 11 und 11a HGB	Geschäftsjahr	Patronats- erklärung	Kapitalanteil in %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
1. Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
Aleanta GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	1.463	229
Equity Fund GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	13.521	0
Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	1.296	0
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	01.04 - 31.03	X	100,00	14.000	0
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03	X	100,00	724.966	0
IKB Data GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03	X	100,00	15.000	0
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03	X	100,00	31.353	2.110
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00	4.930	538 ³⁾
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00	112	-15
IKB Leasing Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Erkner	01.04 - 31.03	X	100,00	8.000	0
IKB Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg	01.04 - 31.03	X	100,00	60.056	0
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03	X	100,00	479.867	0
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i. L., Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00	-3.020	-6.441 ³⁾
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	103.750	0
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03	X	100,00	2.919	31
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	122.525	0
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	155.025	0
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	190.025	0
Istop 5 GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	91.525	0
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00	78	2
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00	271	-8 ³⁾
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00	25	-9 ³⁾
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00	136	-9 ³⁾
MATRONA GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	525	0
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		89,80	22	6 ³⁾
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		94,90	-10.675	-1.865
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00	70.080	0
2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
IKB Capital Corporation, New York ⁴⁾	01.04 - 31.03		100,00	2.594	265
IKB Finance B.V., Amsterdam Zuidooit	01.04 - 31.03	X	100,00	-2.678	120
IKB Funding LLC II, Wilmington	01.04 - 31.03	X ²⁾	100,00	21.336	12.805
IKB Funding LLC I, Wilmington	01.04 - 31.03	X ²⁾	100,00	2.734	2.215
IKB International S.A. in Liquidation, Luxemburg	01.04 - 31.03	X	100,00	27.853	-3.413
IKB Leasing Austria GmbH, Wien	01.01 - 31.12		100,00	438	33
IKB Leasing CR s.r.o., Praha 9	01.01 - 31.12		100,00	4.243	-695
IKB Leasing Finance IFN SA, Bucuresti	01.01 - 31.12		100,00	1.194	-816
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4	01.01 - 31.12		100,00	702	-85
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau	01.01 - 31.12		100,00	3.369	2.252
IKB Leasing Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest	01.01 - 31.12		100,00	2.676	-1.545
IKB Leasing Polska Sp.z.o.o, Poznan (Posen)	01.01 - 31.12		100,00	8.182	1.789
IKB Leasing S.R.L., Bukarest / Sektor 1	01.01 - 31.12		100,00	394	108
IKB Leasing SR, s.r.o, Bratislava	01.01 - 31.12		100,00	1.061	-929
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI)	01.01 - 31.12		100,00	990	-10
IKB Lux Beteiligungen S.à r.l, Luxemburg	01.04 - 31.03	X	100,00	8.479	0
IKB Pénzügyi Lízing zártkörűen működő Részvénytársaság, Budapest	01.01 - 31.12		100,00	794	-458
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4	01.01 - 31.12		100,00	13.421	-1.659

- 1) Nach § 315a HGB in Verbindung mit § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des IKB Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.
- 2) Nachrangige Patronatsklärung
- 3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.
- 4) In Liquidation

	Geschäftsjahr	Patronats- erklärung	Kapitalanteil in %
3. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von untergeordneter Bedeutung) ¹⁾			
Bella GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
Boxhagener Str. 76/78 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Brunnenstraße 105-109 Berlin Grundbesitz GmbH, Münster	01.01 - 31.12		94,90
Büroprojekt sechste Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Büroprojekt vierte Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Eaton Place 98 London GmbH, Norderfriedrichskoog	01.01 - 31.12		100,00
Einsteinufer 63-65 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Feldmühleplatz 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
FRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
GAP 15 GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		92,80
GARUMNA GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
HARPE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schloß Schweinsburg KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		88,70
HAUSTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Yachtzentrum Berlin KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		94,67
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12	X	100,00
IKB SWE GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
ILF Immobilien-Leasing-Fonds Verwaltung GmbH & Co. Objekt Boxdorf KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		93,44
ilmenau center Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
INCO Ingenieur Consult Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
INCO Ingenieur Consult GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Istop 3 GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Capital Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Capital Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Capital Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Objekt Lorsch Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Objekt Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MD Objekt Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
MFRSI Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Objekt Pankow Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Paxum GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
RAVENNA Vermögensverwaltungs AG, Berlin	01.01 - 31.12		100,00
Restruktur 1 GmbH i.L., Düsseldorf	01.01 - 31.12		100,00
Restruktur 2 GmbH i.L., Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
Robert Adams Str. 12 London GmbH i.L., Norderfriedrichskoog	01.01 - 31.12		100,00
SEQUANA GmbH, Düsseldorf	01.04 - 31.03		100,00
4. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von untergeordneter Bedeutung) ¹⁾			
Eukelade G.m.b.H., Luxemburg	01.04 - 31.03		100,00
Helike G.m.b.H., Luxemburg	01.04 - 31.03		100,00
IKB Funding Trust II, Wilmington	01.04 - 31.03		100,00
IKB Funding Trust I, Wilmington	01.04 - 31.03		100,00
Kore G.m.b.H., Luxemburg	01.04 - 31.03		100,00
Valin Funds GP Sà.r.l., Luxemburg	01.04 - 31.03		100,00
Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF, Luxemburg	01.04 - 31.03		100,00
5. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures¹⁾			
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	01.01 - 31.12		30,00
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		50,00

1) Nach § 315a HGB in Verbindung mit § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des IKB Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.

4) In Liquidation

	Geschäftsjahr	Patronats- erklärung	Kapitalanteil in %
6. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von untergeordneter Bedeutung und / oder gemäß IAS 28.1(a))¹⁾			
alu-druckguss GmbH & Co. Brandenburg KG, Brieselang	01.01 - 31.12		49,00
alu-druckguss Verwaltungs GmbH, Brieselang	01.01 - 31.12		49,04
Argantis GmbH, Köln	01.01 - 31.12		50,00
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	01.01 - 31.12		28,86
Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG, Köln	01.01 - 31.12		36,46
AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue, Aue	01.01 - 31.12		25,10
AxIT AG, Frankenthal/Pfalz	01.01 - 31.12		29,88
Chemtura Verwaltungs GmbH, Bergkamen	01.01 - 31.12		50,00
equiNotes Management GmbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		50,00
EWEKO GmbH, Hattingen	01.01 - 31.12		30,08
FMD Feinmechanik GmbH, Weilheim	01.04 - 31.03		49,03
FUNDIS Projektentwicklungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		50,00
FUNDIS Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	01.01 - 31.12		50,00
GIP Management GmbH & Co. KG, Eschborn	01.01 - 31.12		47,50
GIP Verwaltungs GmbH, Eschborn	01.01 - 31.12		50,00
GIP WestSite-Entwicklung GmbH & Co. KG, Eschborn	01.01 - 31.12		47,50
Hafenspitze Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	01.01 - 31.12		25,00
ilmenau center GmbH & Co. KG, Lüneburg	01.01 - 31.12		50,00
MFRSI Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		50,00
microTEC Gesellschaft für Mikrotechnologie mbH, Duisburg	01.01 - 31.12		48,18
Mike's Sandwich GmbH, Hamburg	01.01 - 31.12		35,59
MM Mezzanine Beratungsberatung GmbH i. L., Düsseldorf	01.04 - 31.03		50,00
MOTORRAD-ECKE GmbH, Villingen-Schwenningen	01.01 - 31.12		38,86
OCP GmbH Office Chemie Produktion, Hattingen	01.01 - 31.12		25,10
ODS Business Services Group GmbH, Hamburg	01.01 - 31.12		32,00
Projektgesellschaft Justus-von-Liebig-Straße mbH, Kronberg / Taunus	01.01 - 31.12		50,00
Vermögensverwaltungsgesellschaft DVD Dassow GmbH, Dassow	01.01 - 31.12		30,00

7. Ausländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von untergeordneter Bedeutung und / oder gemäß IAS 28.1(a))¹⁾			
Alu Druckguss Sp.z.o.o., Nowa Sól	01.01 - 31.12		49,00
Infinigate Holding AG, Rotkreuz	01.01 - 31.12		24,52

8. Inländische Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet¹⁾			
ae group ag, Gerstungen	01.01 - 31.12		12,40
AXA Immoselect Hauptverwaltungsgebäude GmbH Co Objekt Düsseldorf Uerdinger Straße KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		5,10
CoBaLe Immobilien GmbH & Co. Objekt Stuttgart KG, Frankfurt am Main	01.01 - 31.12		5,10
Feldmühleplatz 1 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	01.01 - 31.12		5,10
Global Safety Textiles HoldCo One GmbH, Maulburg	01.01 - 31.12		8,82
Oechsler Aktiengesellschaft, Ansbach	01.01 - 31.12		10,00

9. Ausländische Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet¹⁾			
EPL Acquisitions (SUB) N.V. in liquidatie, AZ Amsterdam	01.01 - 31.12		5,70
Old HG Limited, Berkshire	01.04 - 31.03		6,12
PSE Newco Limited, Yeadon Leeds	01.01 - 31.12		5,70
Ring International Holding AG, Wien	01.01 - 31.12		9,37

10. Zweckgesellschaften (in den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Zweckgesellschaften)			
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin 2			
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin 2			
IKB Partner Fonds, Luxemburg			
Partner Fonds Euro Bonds, Luxemburg			
Partner Fonds Europa Renten Teilfonds II, Luxemburg			
Partner Fonds Europa Renten Teilfonds I, Luxemburg			
Partner Fonds Government & Covered Select, Luxemburg			
Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin 2			

1) Nach § 315a HGB in Verbindung mit § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des IKB Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.

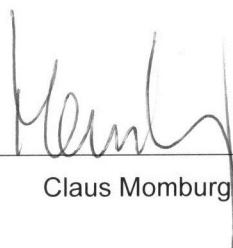
4) In Liquidation

Düsseldorf, 1. Juni 2012

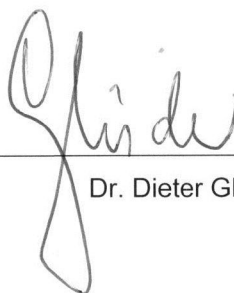
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



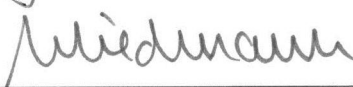
Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2011 bis 31. März 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 6. Juni 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

**Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB,
§ 315 Abs. 1 Satz 6 HGB**

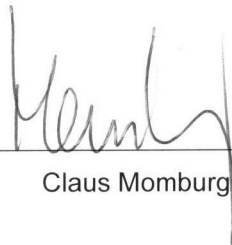
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Düsseldorf, 1. Juni 2012

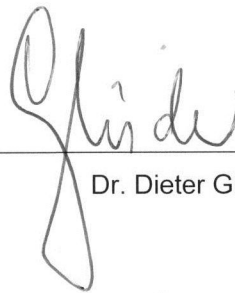
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



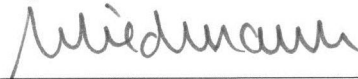
Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB einen erheblichen Teil der Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätsslage (nicht abschließende Aufzählung).

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötckes-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de